

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Mittwoch, 18. November 2020,  
Konferenzzentrum Arte, Riggensbachstrasse 10, 4600 Olten  
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 23.00 Uhr**

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Madeleine Portmann,  
6. Simone Sager, 7. Sandra Siegrist, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Gökhan Karabas, 4. Eugen Kiener,  
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist, 8. Dr. Arnold Uebelhart,  
9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Thomas Kellerhals, 2. Muriel Jeisy, 3. Bartolomeo Vinci

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Martin Räber, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Patrick Käser, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident  
Thomas Marbet, Direktion Bau  
Marion Rauber, Direktion Soziales  
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport

Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Beat Felber

Christian Ginsig

Vorsitz: Philippe Ruf

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Gemeindeparlament/Demission
3. Aufnahme und Vereidigung zweier neuer Parlamentsmitglieder
4. Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl
5. Sozialkommission/Demission und Ersatzwahl
6. Wahlbüro/Ersatzwahl
7. Zweckverband Abwasserregion Olten/Ersatzwahl
8. Dringliche Motion Ursula Rüegg (SVP) betr. Verhinderung von Schleichverkehr Säliquartier (Frage der Dringlichkeit)
9. Schulanlage Säli, Erneuerung Elektroinstallation und Beleuchtung/Genehmigung
10. Strandbad Olten, Beckensanierung Sprungbecken, Erneuerung Badewasser-aufbereitung/Genehmigung
11. Anpassung der Schulleitungspensen im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2021-24/ Genehmigung
12. Budget 2021/Genehmigung

\* \* \*

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Ich begrüsse Euch zur heutigen Sitzung.

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 14

## Änderung Traktandenliste

**Felix Wettstein:** Wir haben die Begründung draufgeschrieben. Es macht nur Sinn, sich mit dem Finanzplan, den wir ja nur zur Kenntnis nehmen, überhaupt auseinanderzusetzen, wenn wir dies tun können, bevor wir das Budget beraten, weil das Budget selber schon Bestandteil dieses Finanzplans ist und vor allem werden wir möglicherweise aus den Antworten, die wir vom Stadtrat auf allfällige Fragen zum Finanzplan erhalten, Konsequenzen für das Budget ableiten müssen. Wir haben dies in den vergangenen Jahren bekanntlich immer in dieser Reihenfolge gemacht. Jahrelang hatten wir den Finanzplan im September und das Budget im November. Aber auch in den letzten fünf Jahren, als wir beides in der gleichen Doppelsitzung hatten, war klar, dass wir zuerst die siebenjährige Perspektive des Stadtrates zur Kenntnis nehmen müssen, weil ja das bevorstehende Jahr Bestandteil davon ist, und erst nachher können wir zu dem übergehen, über das wir selber beschliessen müssen. Vom Ablauf her werden wir heute um 23 Uhr aufhören müssen. Das heisst vermutlich, dass wir mit dem Budget-Traktandum heute nicht fertig werden. Das bewirkt dann halt einfach einen Unterbruch am Punkt, an dem wir dann sein werden.

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Zum Punkt, den Felix angesprochen hat. Wir haben im Büro beschlossen, dass wir das Budget wegen des Umstands, dass wir heute um 23 Uhr aufhören müssen, vorziehen. Ohne Budget können wir nicht fungieren. Hingegen ohne Finanzplan besteht diese Möglichkeit, und wir können vom Finanzplan auch nur Kenntnis nehmen und nicht mit einfliessen. Deshalb haben wir im Büro beschlossen, dass wir das Budget vorziehen. Ich denke, das ist eine wichtige Information. Danke, dass Du auch noch darauf hingewiesen hast. Heute müssen wir pünktlich um 23 Uhr aufhören.

### Beschluss

Mit 18 : 17 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

# Mitteilungen

## Parlamentspräsident Philippe Ruf:

Referendumsvorlage betr. Krematorium, Änderung Reglemente infolge Stilllegung/  
Feststellung bezüglich Zustandekommen und Ansetzung der Urnenabstimmung

---

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 24. September 2020 der Vorlage Krematorium, Änderung Reglemente infolge Stilllegung zugestimmt. Die Publikation erfolgte am 01. Oktober 2020 mit einer Referendumsfrist bis zum 31. Oktober 2020. Gegen den Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung (SRO 111) stellt der Stadtrat fest, ob die Voraussetzungen für die Gültigkeit des Referendumsbegehrens erfüllt sind. Bei Zustandekommen des Referendums ist die Abstimmung innert 6 Monaten seit Ablauf der Referendumsfrist durchzuführen.

### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen Krematorium, Änderung Reglemente infolge Stilllegung zustande gekommen ist. Die Urnenabstimmung findet am 25. April 2021 statt.

- - - -

### Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am **23. Januar 2020** folgendem Geschäft zugestimmt:

- Provisorischer Schulraum Kleinholz, Mieterausbau Zementweg/Genehmigung (*Beschluss Ziffer I/1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 30. Januar 2020 und die Referendumsfrist ist am 29. Februar 2020 abgelaufen.

- - - -

Das Gemeindeparlament hat am **27./28. Mai 2020** folgenden Geschäften zugestimmt:

- Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122), Zuständigkeitsenerweiterung für Beglaubigungen/Teilrevision (*Beschluss Ziffer 1*)
- Steuerreglement SRO 721, Teilrevision 2020/Genehmigung (*Beschluss Ziffer 1*)
- Neubau Schulanlage Kleinholz/Genehmigung Verpflichtungskredit für Projektierung (*Beschluss Ziffer I/1*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 04. Juni 2020 und die Referendumsfrist ist am 04. Juli 2020 abgelaufen.

- - - -

Das Gemeindeparlament hat am **24./25. Juni 2020** folgendem Geschäft zugestimmt:

- Attraktivierung rechtes Aareufer/Kreditgenehmigung (*Beschluss Ziffer I/1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 02. Juli 2020 und die Referendumsfrist ist am 01. August 2020 abgelaufen.

- - - -

Das Gemeindeparlament hat am **24. September 2020** folgendem Geschäft zugestimmt:

- Neuer Bahnhofplatz Olten (NBO)/Genehmigung Verpflichtungskredit für Projektierung (*Beschluss Ziffer I/1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 01. Oktober 2020 und die Referendumsfrist ist am 31. Oktober 2020 abgelaufen.

#### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

\* \* \*

#### Information Büro

Ich gebe noch einmal eine Information des Büros weitergeben, dass wir, wenn Leute für Kommissionen nachrücken, bitte noch zwei, drei Worte zu ihnen mitteilen, damit die anderen Parteien und Fraktionen informiert sind und zwei, drei Sachen über diese Personen wissen, wenn wir sie nachmelden.

\* \* \*

## Vorstösse/Eingang

- Dringliche Motion Ursula Rüegg (SVP) betr. Verhinderung von Schleichverkehr Säliquartier
- Vorschlag gem. Art. 16 GO, Robin Kiefer betr. «Stoppt die Fahrraddiebstähle»
- Postulat Dieter Ulrich SP betr. Unterstützung Konzertveranstalter
- Dringliche Interpellation Ursula Rüegg SVP betr. «finanzielle Auswirkungen der Schliessung des Krematoriums Olten aus dem Vertrag mit der Einwohnergemeinde Starrkirch»
- Interpellation Tobias Oetiker Olten jetzt! betr. Reduktion der Vergütungen für Energieerzeugungsanlagen durch a.en ab 1. Januar 2021
- Postulat Tobias Oetiker und Laura Schöni Olten jetzt! betr. Cannabis-Pilotversuch in Olten

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 15

---

## Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 21. September 2020 demissioniert Michael Neuenschwander (Grüne) als Mitglied des Gemeindeparlaments per 30. September 2020.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Michael Neuenschwander (Grüne) zu genehmigen.

## Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Michael Neuenschwander (Grüne) genehmigt.

Mitteilung an:  
Herrn Michael Neuenschwander, Krummackerweg 27, 4600 Olten  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 16

## **Aufnahme und Vereidigung zweier neuer Parlamentsmitglieder**

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind zwei freierwerbende Parlamentssitze neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Christian Dietschi ist ein Sitz der Schweizerischen Volkspartei und durch den Rücktritt von Michael Neuenschwander ein Sitz der Grünen frei geworden. Patrick Käser (SVP) und Martin Räber (GO) haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Philipp Ruf begrüsst Patrick Käser und Martin Räber. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Patrick Käser und Martin Räber legen hierauf mit den Worten „ich gelobe es“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt.

Es folgt Applaus.

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Herzlich willkommen im Gemeindeparlament.

Mitteilung an:

Herrn Patrick Käser, Haldenstrasse 41, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Herrn Martin Räber, Bornwaldstrasse 3, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 17

## **Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl**

Für die Geschäftsprüfungskommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 21. September 2020 demissioniert Michael Neuenschwander (Grüne) per 30. September 2020 als Mitglied des Gemeindeparlamentes und somit auch als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Als Ersatz für Michael Neuenschwander schlägt die Fraktion Grüne Raphael Schär (Grüne) als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Michael Neuenschwander (Grüne) und die Ersatzwahl von Raphael Schär (Grüne) zu genehmigen.

### **Beschluss**

Einstimmig werden die Demission von Michael Neuenschwander (Grüne) und die Ersatzwahl von Raphael Schär (Grüne) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Michael Neuenschwander, Krummackerweg 27, 4600 Olten  
Herrn Raphael Schär, Klarastrasse 20, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 18

## Sozialkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Sozialkommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Ursula Rüegg (SVP) demissioniert mit Mail vom 24. September 2020 per sofort als Mitglied der Sozialkommission.

Als Ersatz für Ursula Rüegg schlägt die SVP Christine Schor, Waldheim 60, als neues Mitglied der Sozialkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Ursula Rüegg (SVP) aus der Sozialkommission und die Ersatzwahl von Christine Schor (SVP) als Mitglied der Sozialkommission zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Ursula Rüegg (SVP) und die Ersatzwahl von Christine Schor (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Frau Ursula Rüegg, Kienbergstrasse 8, 4600 Olten  
Frau Christine Schor, Waldheim 60, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösigen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 19

## Wahlbüro/Ersatzwahl

Für das Wahlbüro ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Das Ausscheiden von Christian Dietschi wegen Wegzugs per 31. Oktober 2020 aus Olten wurde bereits in der letzten Sitzung des Gemeindeparlamentes behandelt. Nun ist ein Wahlvorschlag eingegangen:

Als Ersatz für Christian Dietschi (SVP) schlägt die SVP Vreni Neumann, Martin Disteli-Strasse 64, als neues Mitglied des Wahlbüros zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Vreni Neumann (SVP) als Mitglied des Wahlbüros zu genehmigen.

## Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Vreni Neumann (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Frau Vreni Neumann, Martin Disteli-Strasse 64, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 20

## Zweckverband Abwasserregion Olten/Ersatzwahl

Für den Zweckverband Abwasserregion ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Das Ausscheiden von Christian Dietschi wegen Wegzugs per 31. Oktober 2020 aus Olten wurde bereits in der letzten Sitzung des Gemeindeparlamentes behandelt. Nun ist ein Wahlvorschlag eingegangen:

Als Ersatz für Christian Dietschi (SVP) schlägt die SVP Vreni Neumann, Martin Disteli-Strasse 64, als neue Delegierte im Zweckverband Abwasserregion Olten zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Vreni Neumann (SVP) als Delegierte im Zweckverband Abwasserregion Olten zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Vreni Neumann (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Frau Vreni Neumann, Martin Disteli-Strasse 64, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 21

## **Dringliche Motion Ursula Rüegg (SVP) betr. Verhinderung Schleichverkehr Säliquartier/Frage der Dringlichkeit**

**Ursula Rüegg:** Dringlich ist etwas, wenn man es nicht hinausschieben kann und jetzt erledigen sollte. Dringlich ist etwas, wenn es pressiert. Dringlich ist es, wenn es besonders nötig und wichtig ist. Dringlich ist es auch, wenn es zum Beispiel gilt, drohende Gefahr für Leib und Leben unmittelbar zu beseitigen. Jetzt müssen wir uns fragen. Kann man es hinausschieben, einen Kindergarten und Schulweg sicher zu machen? Pressiert es mit flankierenden Massnahmen, die das Quartier vor dem Mehrverkehr schützen, nachdem es vor den Bauarbeiten mit den bestehenden Verkehrseinschränkungen schon nicht geklappt hat? Ist es jetzt nötig und wichtig, dass wir möglichst niemanden zu Schaden kommen lassen? Wollen wir die Gefahr für Leib und Leben so lange dulden, bis etwas passiert? Oder wollen wir jetzt unverzüglich die Verantwortung für die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner übernehmen? Eine Verantwortung, die man schon hätte wahrnehmen können, bevor es mit dem Bauen losging. Jetzt und nicht in einem Jahr, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass wir alles dafür tun, dass wir möglichst alle, Kleine und Grosse, die längere Baustellenzeit sicher überstehen. Deshalb bitte ich Euch, der Dringlichkeit heute zuzustimmen. Dankeschön.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Der Stadtrat befürwortet die Dringlichkeit dieses Vorstosses.

### **Beschluss**

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 22

## **Schulanlage Säli, Erneuerung Elektroinstallation und Beleuchtung/Genehmigung**

Die Schulanlage Säli wurde in der Vergangenheit in Etappen erneuert. Nach Fassade/Fenster/Dach und Heizanlage müssen nun die elektrischen Installationen und die Beleuchtung in der Schulanlage Säli erneuert werden. Die Elektroinfrastruktur aus den 60er Jahren entspricht nicht den heutigen Sicherheitsstandards. Zudem weisen die bestehenden Leuchtkörper einen hohen Strombedarf aus und decken die heutigen Bedürfnisse des Schulbetriebes nicht mehr ab. Aus diesen Gründen sollen die elektrischen Installationen und die Beleuchtung mit einer zeitgemässen und energieeffizienten Technologie ersetzt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### **Ausgangslage**

#### **Schulanlage Säli**

Die Schulanlage Säli ist ein bedeutender architektonischer Zeuge der Nachkriegsmoderne und steht unter kantonalem Denkmalschutz. Das Schulhaus entstand von 1963 bis 1970 nach dem Konzept der Architekten Hans Zaugg und Alfons Barth und zählt zu den herausragenden Werken der so genannten Solothurner Schule, zu der diese beiden gehörten. Die Anlage besteht aus drei in einem weiten Areal realisierten Baukörpern. Zu Beginn war ein Gebäude durch die Sekundarschule genutzt, seit einigen Jahren beherbergen beide länglichen Schulzimmertrakte die Primarschule. Das Gebäude mit Turnhalle, Hallenbad und Hauswartwohnung und die Aussenanlagen komplettieren die sorgfältig in den Hangfuss eingeordnete Anlage.

Die Aussenhülle (Dach, Fenster, Fassade) des Schulhauses wurde um 2010 saniert. Im gleichen Jahr wurde die Anlage vom Kanton Solothurn und der Stadt Olten unter Schutz gestellt.

#### **Hintergrund Erneuerung Elektroinstallation und Beleuchtung**

Die bestehende elektrische Installation und die Beleuchtung stammen aus der Bauzeit der Schulanlage. So besteht z. B. an der ursprünglichen Elektroinstallation noch kein Fehlerstrom-Schutzschalter (FI-Schalter). Dieser erkennt Fehlerströme und unterbricht bei Bedarf den Stromkreis. Weil FI-Schalter im Problemfall Leben retten können, sind sie für alle Stromkreise mit Steckdosen und/oder Beleuchtungsanschlüssen vorgeschrieben. Das gilt

nicht nur bei Neubauten, sondern auch für neuinstallierte Stromkreise im Rahmen einer Modernisierung.

Die Ausleuchtung der Räume und die Bedienungsmöglichkeiten entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Wegen den technischen Defiziten wie dem Summen der Vorschaltgeräte, der veralteten Unterverteilung, neuen Anforderungen an den Brandschutz, hohen Unterhaltskosten und dem übermässigen Energieverbrauch besteht ein hoher Druck zur Erneuerung der Anlage. So werden zurzeit 300 bis 400 Fluoreszenz-Leuchtstoffröhren (FL-Röhren) und Vorschaltgeräte pro Jahr gewechselt. Die Plexiglasabdeckungen in den Obergeschossen brechen auseinander. Die Investition in die Beleuchtung amortisiert sich durch den niedrigen Energieverbrauch und die längere Lebensdauer der Beleuchtungskörper.

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2020 die Motion «Energistadt Gold» als erheblich erklärt. Die erforderliche Erneuerung der Beleuchtung ist daher unter der Rahmenbedingung einer möglichst hohen Reduktion des Energiebedarfs durchzuführen.

## **Projektanforderung**

Mit der Umsetzung des Erneuerungsprojektes werden folgende Ziele avisiert:

- Nutzung: Zeitgemässe Ausleuchtung für die schulische Nutzung inkl. den Korridoren (Bereich für fehlende Gruppenräume)
- Design: Einheitliches Leuchtengehäuse, das keinen Widerspruch zu den denkmalpflegerischen Anforderungen bildet und sich sowohl für die Nischen (Obergeschoss) wie auch für die Direktmontage an Deckenuntersicht (Erdgeschosse) eignen.
- Energieeffizienz: Deutliche Reduktion des Energieverbrauches; Einhalten Rahmenbedingungen für einen Beitrag von ProKilowatt (Förderprogramm des Bundesamtes für Energie) und der Energistadt.
- Wirtschaftlichkeit: Amortisation der Investition durch erhöhte Lebensdauer und Reduktion Energiebedarf

## **Projektentwicklung**

### **Planung**

Das Projekt wurde mit dem Elektroplanungsbüro sturzenegger planungs gmbh aus Rickenbach SO und der Firma Lichtplan und Lichtdesign AG aus Buchs ZH entwickelt. Dabei ging es darum die gesetzten Ziele in Bezug auf Nutzung, Design, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit möglichst optimal umzusetzen.

1. Für die technischen Anforderungen und zwecks Qualitätssicherung wurde für das Projekt die Kompatibilität mit dem Programm ProKilowatt vom Bundesamt für Energie (BFE) vorgegeben. Der Höchstwert für den spezifischen Elektrizitätsbedarf orientiert sich am Zielwert gemäss SIA-Norm 387/4.

2.

### **Erneuerungskonzept**

3. Es erfolgt eine komplette Erneuerung der bestehenden Beleuchtungskörper mit LED-Pendelleuchten. Präsenzmelder und Tageslichtsteuerung reduzieren den Energieverbrauch. Der Eingriff verpflichtet dazu, die aktuellen Anforderungen an die Unterverteilungen (FI-Schutz), Verdrahtung und den Brandschutz (Kabelkanäle) umzusetzen.

4. Es gibt unterschiedliche Beleuchtungstypen in der Schulanlage. In den Obergeschossen wurden die (ehemaligen) Oblichter mit Neonlampen ausgerüstet und mit Lamellenrosten

verkleidet. Die bestehenden Verkleidungen können nicht mehr eingesetzt werden, da sie auseinanderfallen. Eine Nachbildung dieser Lamellenroste ist mit unverhältnismässigen Kosten verbunden und reduziert die Lichtausbeutung. Ein Verzicht auf die Roste erfordert entlang den Oblichtern eine Fugenabdeckung aus Aluminium-Randwinkeln (gleiches Material wie Fensterrahmen).

5. Die Erneuerung bedingt auch Malerarbeiten (Verbesserung Reflexionsanteil), Baureinigung und Zügelarbeiten.

6. Es handelt sich um eine umfangreiche Schulanlage mit ca. 190 verschiedenen Räumen, dementsprechend resultieren hohe Investitionskosten. Eine Etappierung der Erneuerung ist insofern nicht sinnvoll, da dies sowohl Investition (mehrfache Initialisierungskosten) als auch Unterhalt (verschiedene Installationen) kostenintensiver gestalten. Auch aus der Sicht der Lebenszykluskosten ist eine einheitliche Infrastruktur aus einer Generation sinnvoll und kostengünstiger.

## Projektkosten

### Kostenzusammenstellung

Die Kostenzusammenstellung basiert auf Richtofferten. Die Submission der Elektroinstallationsarbeiten (offenes Verfahren gemäss Submissionsgesetz) und der Malerarbeiten (Einladungsverfahren gemäss Submissionsgesetz) erfolgt im Anschluss an die Rechtskraft der Kreditgenehmigung. Die Genauigkeit ist bei +/- 10%.

| BKP Position              | Detailbeschreibung  |            | Kosten             |
|---------------------------|---|------------|--------------------|
| Elektroanlagen            | Demontage, Unterverteilungen, Brandschutz, Neuverdrahtung, Steuerung, Beleuchtung | Fr.        | 1'455'000.-        |
| Metallbauarbeiten         | Fertigung und Montage Aluminium Randwinkel  | Fr.        | 100'000.-          |
| Malerarbeiten             | Neuer Anstrich für die Oblichter; Ausbessern Wände und Decken                     | Fr.        | 245'000.-          |
| Baureinigung              | Entfernen vom Schmutz und Staub nach jeweiliger Ausführungsetappe                 | Fr.        | 30'000.-           |
| Umzüge                    | Ettapierte Räumung der Zimmer   | Fr.        | 30'000.-           |
| Elektro- und Lichtplanung | Bauprojekt, Ausschreibung und Ausführung  | Fr.        | 110'000.-          |
| Reserve                   | Unvorhergesehenes   | Fr.        | 100'000.-          |
| Summe                     |   | Fr.        | 2'070'000.-        |
| MwSt. 7.7% (gerundet)     |   | Fr.        | 160'000.-          |
| <b>Total</b>              |   | <b>Fr.</b> | <b>2'230'000.-</b> |

### Beiträge Dritter

Der Maximalbeitrag von ProKilowatt beträgt 30% (mind. Fr. 20'000.-; max. Fr. 2 Mio.) der relevanten Investitionskosten (Elektroanlagen und Planung). Das Budget 2020 für die offenen Ausschreibungen im Bereich Projekte des Bundesamts für Energie (BFE) beträgt Fr.

20 Mio. Bei einer grösseren Rückfrage werden die Beiträge gekürzt. Daher ist noch nicht vorhersehbar, wie hoch der Beitrag sein wird. Die Eingabe ist per offiziellen Eingabetermin vom 4. September 2020 erfolgt, der Entscheid über den städtischen Antrag wird Ende 2020 erwartet.

### Amortisation der Investition

Zumindest ein wesentlicher Anteil der Investition kann über den Lebenszyklus durch geringeren Energieverbrauch und durch eine längere Lebensdauer der Leuchten amortisiert werden. Zudem werden die heutigen Nutzungs- und Sicherheitsstandards eingehalten.

### Finanzierung

Gemäss Finanzplan 2020-2026 resp. Budget 2020 sind 2020 unter Konto 2170.5040.005 Fr. 920'000.- und der Rest im Folgejahr 2021 (Konto 0000.5040.div) eingestellt. Die Umsetzung wurde infolge Zugänglichkeitsbeschränkungen Dritter in Schulanlagen (COVID-19) und der Projekteinreichung im Programm ProKilowatt auf die Jahre 2021 resp. 2022 verschoben. Daher wird das Projekt neu wie folgt im Budget 2021 resp. Finanzplan 2021-2027 abgebildet.

| Jahr         | Teilprojekt                |            |                    |
|--------------|----------------------------|------------|--------------------|
| 2020         | Planung/Vorlage/Submission | Fr.        | 80'000.-           |
| 2021         | Erneuerung Trakt 1,2 und 3 | Fr.        | 1'900'000.-        |
| 2022         | Abschlussarbeiten          | Fr.        | 250'000.-          |
| <b>Total</b> |                            | <b>Fr.</b> | <b>2'230'000.-</b> |

### Weiteres Vorgehen, Termine

Da die Erneuerungsarbeiten mit Lärm- und Staubentwicklung verbunden sind, kann die Umsetzung nur in den Schulferien erfolgen.

| Meilensteine (Inhalt)                    | Termin                      |
|--|-----------------------------|
| Submission und Vergabe                   | Anfangs 2021                |
| Umsetzung Beleuchtungserneuerung Trakt 1 | Sport-/Frühlingsferien 2022 |
| Umsetzung Beleuchtungserneuerung Trakt 2 | Herbstferien 2021           |
| Umsetzung Beleuchtungserneuerung Trakt 3 | Sommerferien 2021           |
| Abschlussarbeiten                        | Mitte 2022                  |
| Bezug / Inbetriebsetzung                 | laufend                     |

### Fazit

Die Beleuchtung in der Schulanlage genügt den heutigen Ansprüchen in Bezug auf die Ausnutzung und Energieeffizienz in keiner Weise. Die Investition kann innerhalb der Lebensdauer der Beleuchtung zumindest zu grossem Anteil amortisiert werden. Das Projekt ist auch Teil des parlamentarischen Auftrages zur Energiestadt Gold. Der Stadtrat empfiehlt die Umsetzung dieses Projektes.

### Beschlussesantrag:

I.

1. Der Kredit von Fr. 2'230'000.- (inkl. MwSt. und Reserve) zur Umsetzung der Beleuchtungserneuerung in der Schulanlage Säli wird zu Gunsten Konto Nr. 2170.5040.005 genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

## Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Corina Bolliger:** Um es vorweg zu nehmen: Die GPK hat dieses Geschäft einstimmig gutgeheissen. Es ist allen aufgefallen, wie teuer diese Erneuerung ist. Deshalb haben wir gefragt, wieso es so viel kostet, weshalb es gerade jetzt gemacht werden muss und ob es eventuell nicht noch etwas warten könnte. Folgende Argumente, die wir auf unsere Fragen und Bedenken erhalten haben, haben uns dann aber überzeugt. Einerseits ist die Lichtenanlage aus den sechziger Jahren und hat ihre Lebenszeit schon hinter sich. Andererseits ist es eine Renovation, die schon ein paar Jahre andauert, und die Fertigstellung ist seit Jahren immer verschoben worden, weil es die momentane Budgetsituation nicht zugelassen hat. So sei es mit den meisten Unterhaltsinvestitionen bisher passiert, deshalb stauen sie sich jetzt alle an, war die Antwort. Eine weitere Unterhaltsarbeit, die schon längstens hätte erledigt werden sollen. Ausserdem habe die Investition einen riesigen Nutzen für alle, die dort denken und arbeiten können müssen, weil es nicht nur den Lärm beseitigt, sondern auch die Lebensgefahr durch einen Stromschlag zu sterben. In der bestehenden Anlage fehle nämlich der sogenannte FI-Schalter, die Fehlstromschutzeinrichtung. Die GPK findet dann auch, die Schule sei ein Kerngeschäft der Stadt, und man sollte bei so wichtigen Erneuerungen nicht sparen. Für das Klima macht man nebenbei auch noch etwas Gutes. Es wird mit der neuen Lichtenanlage 30 % weniger Strom verbraucht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfiehlt die GPK, das Geschäft zu genehmigen. Merci.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Ihr habt unseren Rückweisungsantrag schon erhalten. Wir stellen einen Antrag auf Rückweisung. Erstens einmal ist in unserer Fraktion der Bedarf dieser technischen Erneuerung unbestritten. Es gibt aber Fragen bezüglich dieser Vorlage und vor allem auch dem Zeitpunkt. Gemäss der Botschaft steht der Sprechung von Geldern, von Kilowatt, kurz bevor. Es steht Ende Jahr. Deshalb sehen wir nicht ein, weshalb man diese Vorlage jetzt ausgerechnet noch vor dem Entscheid, vielleicht ist er ja diese Woche gefallen, wir wissen es nicht, hineindrücken muss. Die Anlage besteht seit 50 Jahren. Deshalb schien es uns, man könnte durchaus noch eine Session warten. Für uns ist es auch wichtig, es geht um hunderttausende Franken. Wir hätten finanziell mehr Gewissheit. Es ist ein Unterschied, ob wir 30 % oder null erhalten. In der Vorlage steht die Amortisation. Ihr habt es vielleicht gesehen. Auf Seite 2 steht: «Die Investition in die Beleuchtung amortisiert sich durch den niedrigen Energieverbrauch». Auf Seite 4 steht: «Zumindest ein wesentlicher Anteil der Investition». Es steht aber nirgends irgendeine Zahl. Wie viel Strom wird gespart,

was zahlen wir heute für den Strom, und was sind die Unterhaltsarbeiten? Dazu steht hier nichts. Es steht an einer Stelle, es wird amortisiert, und an einer anderen, es wird ein Teil amortisiert. Was gilt jetzt? Wir empfinden die 2 Millionen als sehr hoch und bedauern, dass man hier nicht eine vielleicht etwas günstigere Variante wählen konnte. Bei allem Patriotismus haben wir gewisse Zweifel, ob die Solothurner Schule wirklich ein so weltweit beachtetes Modell ist. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass wir einer ähnlichen Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt zustimmen werden. Aber diese Vorlage ist für uns unbefriedigend, und aufgrund der finanziellen Ungewissheit lehnen wir sie auch ab. Deshalb stellen wir diesen Rückweisungsantrag.

**Tobias Oetiker, Olten jetzt!:** Das Hauptargument von Matthias oder der SVP gegen die jetzige sofortige Abstimmung über dieses Thema sind die möglichen Zuschüsse, die wir erhalten. Aber machen müssen wir es so oder so. Von daher sehe ich keinen Grund, weshalb man dies verschieben sollte. Wenn sie etwas zahlen, ist dies super. Wir werden dieses Geld dann nicht oder weniger ausgeben. Aber am Entscheid ändert dies nichts.

**Raphael Schär, Fraktion Grüne:** Ich rede auch gleich noch zum allgemeinen Geschäft. Dann kann man dies etwas effizient durchbringen. Dort ist für uns eigentlich ziemlich klar, dass dies eine notwendige Sache ist. Ein Schulhaus ohne FI-Schutz geht heute einfach nicht mehr. Weiter kann man durch diese Massnahme den Lernkomfort verbessern und auch die Ziele der Energiestadt weiterverfolgen. Eine Umsetzung in einem Durchgang ist für uns klar einfacher und auch wirtschaftlicher. Zum Rückweisungsantrag: Er ist spannend. Einmal sind mögliche Beiträge, ich rede vom Ländiweg, ein Grund, um eine voraussichtlich günstigere, aber schlussendlich gleichwohl teurere Lösung zu nehmen. Diesmal ist es ein Grund, um möglicherweise etwas abzuwarten. Aber man muss vielleicht etwas weiter als 15 Minuten schauen, wie man Geld ausgeben möchte, sondern einfach einmal auch investieren, was für die Sicherheit notwendig ist. Zudem kann man wahrscheinlich davon ausgehen, dass es auf einer Achse von null bis 100 % Wahrscheinlichkeit sicherer ist, dass der Beitrag gesprochen wird, als beim Ländiweg. Dort hat man mittlerweile sogar ein weiteres Projekt gefunden, das man unterstützen kann. Zudem ist es auch unabhängig von der Wahrscheinlichkeit klar, dass die Situation nicht mehr akzeptabel ist. Es stellt sich etwas die Frage, wie viele Vorschaltgeräte der Neonröhren noch brennen müssen. Muss die Feuerwehr deswegen noch kommen, oder braucht es sonst einen Unfall, damit man diesem Beitrag heute zustimmen kann. Einfach ein Zitat aus der Vorlage: «FI-Schalter können im Problemfall Leben retten». Machen wir dies doch. Es ist ein wenig wie beim Hochwasserschutz. Wir wissen eigentlich schon lange, dass es nötig wäre. Aber es passiert gerade unmittelbar noch nichts. Das heisst aber für uns nicht, dass man weiter abwarten kann, sondern dass man die Sanierung jetzt angehen sollte. Wir unterstützen den Antrag deshalb nicht.

**Beat Bachmann, CVP/EVP/GLP:** Für unsere Fraktion ist der Antrag des Stadtrats in dieser Form unbestritten. Auch die Frage der Amortisation hat sich für uns in der Zwischenzeit geklärt, und deshalb werden wir gegen die Rückweisung stimmen.

**Deny Sonderegger:** Die FDP wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen, und wir werden dem Geschäft vollumfänglich zustimmen. Entsprechend kann ich mich Raphael Schär auch gleich kurz und bündig anschliessen und kurz etwas dazu sagen. Die Vorlage für diese Erneuerung ist bei uns unbestritten. Wir hatten in der Fraktion kein grosses Aufsehen. Die Tatsache, dass die Installationen aus den sechziger Jahren und somit aus der Entstehungszeit dieses Gebäudes resultieren, zeigt der Erneuerungsbedarf per se schon auf. Bauunternehmen, die heutzutage Arbeitsausführungen auf Baustellen ohne FI-Schalter ausführen, agieren fahrlässig und riskieren gravierende Unfälle ihrer Mitarbeitenden. Die SUVA zählt den FI-Schutz zu den lebenswichtigen Regeln im Bauwesen, und wie in der Vorlage vermerkt, sind derartige Installationen bei Neu- und Umbauten heutzutage state of the arts. Es ist daher schon fast unverhältnismässig, dass ein derartiger Schutz in einem Primarschulhaus fehlt. Unterhalten haben wir uns in der Fraktion über die einzelnen Positionen und die entsprechenden Kosten. Der Gesamtbetrag von Fr. 2'230'000.— ist in der Tat ein sehr hoher Betrag und erscheint auch uns als sehr hoher Betrag. Nichts destotrotz

anerkennen wir die Wichtigkeit dieser Investition. Da macht es unserer Ansicht nach auch keinen Sinn, das Projekt aufgrund der noch nicht bezifferten Beiträge pro Kilowatt zu torpedieren. Wir anerkennen jedoch das Anliegen der SVP, dass derartige Abklärungen im Vorfeld zu treffen sind und zukünftig auch in die Vorlage einfließen sollen. Somit kann das Parlament, wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier, über die effektiven Kosten respektive über den effektiven Kreditbetrag bestimmen. Was die Kosten der einzelnen Positionen betrifft, ist es für Parlamentarierinnen und Parlamentarier und somit als Projektaussehen ohnehin schwierig, sich ein genaues Bild zu machen. Dazu fehlen uns die Details der Ausschreibungen. Die FDP-Fraktion vertraut damit der Baudirektion, Kurt Schneider, dass im vorliegenden Projekt keine Luxusvariante umgesetzt wird, sondern ein zweckmässiger VW Golf. Die Fraktion wird wie gesagt vollumfänglich zustimmen.

**Gökhan Karabas, Fraktion SP/Junge SP:** Ich möchte mich kurz fassen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon alles dazu gesagt. Wir sind gegen die Rückweisung. Für uns ist Sicherheit allein schon Grund genug, dass man gegen die Rückweisung ist, und wenn es von der Pro Kilowatt etwas gibt, ist dies schön und freuen wir uns und wenn es sie nicht gibt, muss man dies halt trotzdem durchziehen.

## **Beschluss**

Mit 33 : 4 Stimmen wird der Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Der Stadtrat unterbreitet Euch die Vorlage mit einem Kreditantrag von 2,23 Millionen Franken für die Erneuerung der Elektroinstallation und der Beleuchtung. Es ist wichtig, dies auch herauszustreichen. Es geht nicht nur um Lichtkörper, Leuchtmittel, die wir setzen, sondern es geht um die ganze Elektroinstallation dieser Anlage aus den sechziger Jahren. Sie hat etwa das gleiche Baujahr wie ich. Aber da braucht es etwas mehr Unterhalt, wie Ihr jetzt auch gesehen habt, wenn man es vernachlässigt und den Unterhalt auch aufschiebt. Es ist nicht etwas, das wir durchdrücken wollen. Es ist etwas, das wir seit Jahren vor uns herschieben und jetzt zur Ausführung bringen wollen. Die Sanierung der Beleuchtung und Elektroinstallationen bildet eigentlich den Abschluss dieser Sanierung des gesamten Gebäudes. Wir haben mit dem Dach angefangen. Wir haben dann die Fenster, Fassade, Heizung gemacht. Wenn Ihr jetzt schaut, wird der Aussengrund erneuert. Im Osten der Schulanlage gibt es auch noch einen Kinderspielplatz. Die Elektroinstallationen und Beleuchtung bilden jetzt den Abschluss dieser Sanierung, die wir schon seit einigen Jahren aufgeschoben haben. Die Investition ist tatsächlich beträchtlich, wenn man dies anschaut. Man muss aber auch sehen, es ist mit 190 Räumen die grösste Schulanlage in der Stadt. Wenn man dies etwas dividiert, erhält man pro Raum die 2,23 Millionen durch 190. Überschlagsmässig kommt man hier auf Fr. 12'500.—. Um es noch ein wenig einfacher zu machen, mit einer Nutzungsdauer von 24 Jahren, nicht 25, damit es etwas einfacher ist, sprechen wir pro Raum über eine Amortisation von Fr. 500.— pro Jahr. Das ist nicht übermässig viel für eine Anlage, die doch sehr viele Bedürfnisse und Bedarf erfüllen muss. Es geht ja hier vor allem um die Nutzerinnen und Nutzer, die Kinder, Lehrkräfte in der Anlage. Es geht aber auch um den Energienachweis, Energieverbrauch, den man reduzieren könnte. Wir haben es überschlagsmässig gerechnet. Wir kommen auf etwa Fr. 28'500.— oder Fr. 29'000.—, die wir einsparen, indem wir neue Leuchtmittel haben, LED, und nicht die Stromfresser, die wir heute haben. Es geht auch um das Thema Sicherheit. Das ist ebenfalls angesprochen worden. Wir haben hin und wieder die Feuerwehr auf dem Platz, nicht, weil es brennt, sondern weil es einen Kurzschluss gibt oder der Brandalarm ausgelöst wird. Die Sanierung dient einerseits dem Werterhalt des Hochbaus. Es ist für die Nutzerinnen und Nutzer ein Thema. Es ist für den Energieverbrauch und letztlich auch für den CO<sub>2</sub>-Fussabdruck der Stadt ein Thema, natürlich auch ein Mittel. Es gibt ein paar Hinweise für unser Ziel, das Energiestadt-Label Gold zu erreichen und es ist auch ein Sicherheitsthema. Deshalb möchten wir Euch beliebt machen, dieser Investition zuzustimmen und die Etappierung in der Ausführung so zur Kenntnis zu nehmen. Selbstverständlich versuchen wir auch, die Inkonvenienzen auf ein Minimum zu beschränken, die Installationen in den Ferien zu machen. Wie gesagt, es geht nicht nur um die Beleuchtung. Es geht auch um

Verkleidungen von Installationen. Es wird auch gemalt. Es gibt Verblendungen, die man ersetzen muss. Es wird umgezogen. Es gibt eine Baureinigung. Es ist ein aufwändiger Prozess, der stattfindet. Deshalb vielleicht auch die Erklärung dafür, dass es relativ viel Geld kostet. Es sind nicht nur Glühbirnen, die man ersetzt. Ich gebe zu, dass ich am Anfang auch ein wenig erschrocken bin. Aber wenn man es genau hinunterbricht und schaut, dann sieht man, was eigentlich alles dahintersteht. Es ist so. Wir haben Beiträge in Aussicht gestellt erhalten. Ich kann Euch wirklich nicht sagen, ob dies jetzt ein paar tausend Franken, ob es null ist oder ob es mehr ist. Aber es ist letztlich ja eigentlich auch ein Thema bei den Submissionen. Es gibt nachher eine Submissionierung auf diese Arbeiten. Letztlich ist der Beitrag pro Kilowatt eigentlich ein Beitrag, wie ihn auch in der Submission haben. Wenn wir bei der Submissionierung Erfolg haben, gibt es einen Kreditrest, den wir nachher ausweisen wollen. Wir müssen Euch immer Bruttoanlagen oder Bruttoinvestitionskosten bekanntgeben. Das ist das Maximum. Wenn es weniger ist, werden wir Euch dies selbstverständlich dann auch anzeigen. Wir bitten Euch, dieser Vorlage zuzustimmen, damit wir diese Arbeiten dann im nächsten Jahr auch werden ausschreiben und in den nächsten zwei Jahren ausführen können. Danke.

**Matthias Borner, SVP:** Ich möchte nur kurz etwas wegen der Dimension der Kosten erwähnen. Wir haben gerade für das Kleinholz ein neues Schulhaus, das komplett neu ist, mit Wettbewerb, und ich weiss nicht mit was allem. Das hat ja ursprünglich weit unter 20 Millionen gekostet hat. Am Schluss kostet es 23 Millionen. Ein komplett neues Schulhaus. Da wechseln wir nur das Licht aus. Das kostet über 2 Millionen. Mir scheint, man sollte das Verhältnis hier schon anschauen. Ich finde, das ist etwas teuer projektiert. Wenn man einfach sagt, es ist lebensgefährlich, und jegliche Budgetsorgen vergisst, ist dies falsch.

**Gökhan Karabas, Fraktion SP/Junge SP:** Ich möchte nur noch einmal kurz erwähnen, dass es, wie Thomas schon gesagt hat, nicht nur irgendwelche Glühbirnen sind, die wir wechseln. Es ist schon einiges mehr dahinter. Der letzte Punkt, wo ich persönlich sparen möchte, und ich glaube, das geht meiner Fraktion auch so, wir möchten nicht bei der Sicherheit unserer Kinder sparen.

**Felix Wettstein:** Als Einzelsprecher habe ich eine Frage an den Stadtrat. Ich habe den Finanz- und Investitionsplan des letzten Jahres hier. Dort haben wir unter Investition für Hochbau, Werterhalt, drin: «Im Jahre 2020 werden Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Schulanlagen Säli und Frohheim, an der Stadthalle und im Feuerwehrgebäude getätigt». War dies damals dies, worüber wir jetzt befinden, gemeint mit Instandsetzungsarbeiten an den Schulanlagen Säli? Wenn ja, wie müssen wir es einschätzen oder einordnen, dass wir für die vier Bereiche, bei denen wir Instandsetzungen machen wollten, Säli, Frohheim, Stadthalle, Feuerwehrgebäude zusammengezählt 2 Millionen freigegeben haben und weitere 3 Millionen in Aussicht hatten, wenn jetzt allein 2,2 Millionen an einem Ort gebraucht werden? Vielleicht zum Schluss noch eine Anregung: Ich würde es sehr schätzen, wenn wir in Kreditvorlagen jeweils den Abschnitt «Verhältnis zur Planung» drin hätten, dass man gleich im Bericht und Antrag, den wir erhalten, schon zur Bewertung in der Geschäftsprüfungskommission finde ich dies eine entscheidende Botschaft, hineinschreibt, dieses Vorhaben war im Finanzplan vorgesehen oder das Vorhaben hat man im Moment der letzten Finanzplananpassung noch nicht sehen kommen und muss es deshalb jetzt neu aufgleisen. Diese Botschaft finde ich für uns im Rat sehr wichtig, um einschätzen zu können, was es heisst, mehrjährig zu planen.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Darf ich kurz meinen Verwaltungsleiter fragen? Ich kann mich nämlich nicht mehr an die Details erinnern. Kurt, kannst Du, wenn es der Präsident erlaubt, etwas zum Unterhalt im Werterhalt sagen?

**Kurt Schneider:** Sie sehen es in der Botschaft abgebildet. Es steht drin, was bis jetzt im Finanzplan drin war. Man muss bei solchen grösseren Objekten immer etwas berücksichtigen, dass dies nie in einem Jahr passieren kann. Es sind immer Objekte, die über mehrere Jahre gehen. Die Rechenschaft über das, was im Finanzplan war und was die

Botschaft jetzt beinhaltet, ist enthalten. Es steht auf Seite 4 von 5 unter Finanzierung. Bei solch grossen Projekten ist es nie möglich, dies in einem Jahr zu machen. Es hat in diesem Fall auch eine gewisse Verschiebung stattgefunden, auch im Zusammenhang mit anderen Sachen, die wir machen mussten. Aber der Kontext des Finanzplans 2020 bis 2026 und jetzt neu 2021 bis 2027 ist auf Seite 4 von 5 oben abgebildet.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich habe ausgerechnet, dass wir acht Stunden hier sind, und 40 Personen können zwei Minuten reden. Ich habe nur eine Frage. Matthias, ich bin jetzt von Dir enttäuscht. Vorhin hast Du gesagt, es sei zu teuer. Aber ich habe Deine Frage so verstanden. Wenn wir diesem Kredit in einem anderen Zeitpunkt zustimmen, verändert sich der Pro-Kilowatt-Beitrag. Diese Frage habe ich noch nicht beantwortet gehört.

**Matthias Borner:** Weil ich natürlich in eine Depression verfielen, wenn ich Noldi enttäuschen würde, wollte ich es nicht verpassen, ihm hier noch kurz zu antworten. Wir wollen dem Stadtrat einfach Zeit und Raum geben, damit er dies noch einmal ausarbeiten und uns aufzeigen kann, dass diese Vorlage nicht teuer ist. Die über 2 Millionen scheinen uns einfach teuer, auch wenn man es im Verhältnis anschaut.

**Luc Nünlist:** Matthias, ich muss sagen, ich habe mich schon etwas gewundert, einerseits über die Rückweisung und habe mich andererseits gefragt, ob Ihr die Vorlage gelesen oder verstanden habt oder ob hier einfach etwas günstige Polemik betrieben wird. Die Investition ist ja eigentlich unbestritten. Hier im Rat sehe ich es noch nicht ganz. Aber in der GPK war es einstimmig. Hoffentlich verlieren wir hier nicht zu viel Zeit. Zur Sache muss ich schon sagen, dass Ihr natürlich Äpfel mit Birnen vergleicht. Einfach nur das Licht wechseln, so ist es schon nicht. Man schraubt ja nicht einfach eine Glühbirne raus und eine neue rein, sondern man muss den ganzen Stromkreislauf eines riesigen Schulhauses erneuern. Das rechtfertigt auch, weshalb es einen Batzen Geld kostet, und Sicherheitsstandard, der eigentlich schon fast ein halbes Jahrhundert in jedem Neubau gängig ist, ist auch nicht irgendein Weihnachtstraum, sondern einfach Standard. Wenn jemand die Finger in die Steckdose streckt, er keinen Stromschlag hat, sondern es einfach die Sicherung hinausschlägt, das ist im Jahr 2020 eigentlich normal. Hier würden wir eigentlich wünschen, dass wir uns einfach über die realistischen Investitionen unterhalten und machen, was im Jahr 2020 nötig ist.

**Urs Knapp:** Ich möchte dort anschliessen, wo Felix Wettstein war. Ich finde, er hat Recht mit dem, was der gesagt hat. Es ist eine Frage der Transparenz. Thomas Marbet hat gesagt, es sei der letzte Teil einer Sanierung. Es ist etwas das gleiche Thema wie beim Strandbad. Es geht jetzt hier nicht um das Geschäft, sondern es werden immer etappenweise so knapp unter 4 Millionen Stückchen gemacht. Das ist eigentlich nur zulässig, wenn es nicht ein Gesamtprojekt ist. Hier ist es eindeutig ein Gesamtprojekt, bei der Badi wahrscheinlich auch. Ich verstehe dies nicht. Entweder hat man den Mut, dass man das Sälschulhaus erneuern muss, ist unbestritten, das Gesamtprojekt einmal vorzulegen, und dann gibt es halt eine Volksabstimmung. Sonst diskutieren wir alle ein, zwei Jahre, und die Begründung ist immer die gleiche. Wir müssen es machen. Wir haben schon die Aussenhülle gemacht, wir haben schon dies und jenes gemacht. Meiner Meinung nach ist dies eine nicht ganz redliche Politik. Die Ausgabengrenze von 4 Millionen, ob man eine Volksabstimmung macht oder nicht, das ist ein Teil des politischen Prozesses. Vor dieser Volksabstimmung muss man nicht Angst haben. Ich begreife nicht, dass man die Sachen, die man sanieren muss, bei einem 50-jährigen Gebäude ist dies normal, nicht gesamthaft aufzeigt. Nachher kann man es immer noch etappenweise machen.

## **Beschluss**

Mit 33 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

- I.
1. Der Kredit von Fr. 2'230'000.- (inkl. MwSt. und Reserve) zur Umsetzung der Beleuchtungserneuerung in der Schulanlage Säli wird zu Gunsten Konto Nr. 2170.5040.005 genehmigt.

### **Beschluss**

Mit 34 : 4 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

### **Gesamtbeschluss**

Mit 33 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

- I.
1. Der Kredit von Fr. 2'230'000.- (inkl. MwSt. und Reserve) zur Umsetzung der Beleuchtungserneuerung in der Schulanlage Säli wird zu Gunsten Konto Nr. 2170.5040.005 genehmigt.
  2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Direktion Bau  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 23

## **Strandbad Olten, Beckensanierung Sprungbecken mit Erneuerung der Badewasseraufbereitung und weiterer technischer Anlage-teile/Genehmigung**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

### Ausgangslage

Durch die intensive Nutzung sowie durch den natürlichen Alterungsprozess sind im Strandbad Olten Sanierungsmassnahmen erforderlich. Zwischen Herbst 2018 und Frühling 2019 wurde das Schwimmerbecken mit einer Edelstahlauskleidung (CNS) ausgestattet. Nun wird das Sprungbecken ebenfalls mit einer Edelstahlauskleidung versehen und die Technik des Badewasserkreislaufes des Schwimmer-/Sprungbeckens ersetzt. Zusätzlich soll die Traglast der Beckenumgangsplatten erhöht werden, damit die Sicherheit gewährleistet ist und eine effiziente Reinigung erfolgen kann. Weitere Sanierungen sind dann noch in den Bereichen Nichtschwimmerbecken mit Rutschbahnen sowie Kinderplanschbecken (ca. 3,5 Mio. Fr., nach 2027) und Sanierung Garderobengebäude (4,8 Mio. Fr., 2024/25) vorgesehen.

### Edelstahlauskleidung Sprungbecken und Sprunganlage

Das Sprungbecken hat die Abmessungen 20 m x 12 m, die Wassertiefe beträgt zwischen 4.02 und 4.12 m. Die Wasserfläche beträgt 240 m<sup>2</sup>, das Volumen 970 m<sup>3</sup>. An 3 Seiten ist eine Stehstufe auf einer Tiefe von 1.32 m vorhanden. Für den Ausstieg aus dem Becken gibt es 5 Leitern, 3 Stück an der Längsseite zum Ausgleichsbecken hin sowie je 1 an den schmalen Seiten. Beim Beckenkopf ist eine 3-seitige Überlaufkante aus Beton vorhanden. Die Einströmung erfolgt über Bodeneinströmdüsen. Die Anzahl der Bodeneinströmdüsen ist nicht normgerecht, pro 8 m<sup>2</sup> muss eine Düse vorhanden sein. Das Betonbecken ist grundsätzlich in einem guten und gepflegten Zustand. Durch die Einwirkung des Chlorwassers ist die Betonoberfläche ausgewaschen und die Betonrauigkeit hoch. Für die Badegäste besteht dadurch ein erhöhtes Verletzungsrisiko. Durch die Rauigkeit der Betonoberflächen bildet sich trotz Imprägnierung und Reinigung immer wieder starker Algenbewuchs an den Beckenwänden und am Beckenboden. Aufgrund der Algenbelastung ist es sinnvoll, das Becken mit einer höheren Umwälzleistung als von der SIA 385/9 vorgegeben betreiben zu können. Das Volumen des Sprungbeckens ist innerhalb von 3h vollständig umzuwälzen. Dies bedingt von Seiten Edelstahlbecken eine erhöhte Kapazität der Bodeneinströmkanäle.



Abbildung 1: Sprungbecken mit Sprunganlage, Algenbefall im Becken

Nun soll das Sprungbecken analog des Schwimmerbeckens mit einer Edelstahlauskleidung ausgestattet werden. Die Rinnenkonstruktion und die Höhe des Wasserspiegels werden dem Schwimmerbecken angeglichen. Die Einströmung erfolgt über Bodeneinströmkanäle. Im Boden sind zum Schutz der Beckenkonstruktion Flutventile angebracht, welche ein Anheben des Bodens bei hohem Grundwasserspiegel und gleichzeitig leerem Becken verhindern. Für eine Nachtumwälzung werden wie im Schwimmerbecken Absaugkästen angebracht, was eine Umwälzung des abgedeckten Beckens in der Nacht ohne Rinnenüberlauf gestattet und der Energieeinsparung dient. Aufgrund der Anforderungen der SIA 385/9 sowie der Reinigungsleistung wird die Rinne des neuen Edelstahlbeckens allseitig ausgeführt. Im Bereich unterhalb der Sprunganlage soll die Rinne schräg (abfallend zum Becken hin) eingebaut werden, um zu verhindern, dass Badegäste die Rinne zum Sitzen oder darüber laufen nutzen können. Die bestehende Beckenabdeckung muss aufgrund der neu höher liegenden Rinne angepasst werden.



Abbildung 2: Sprunganlage

Eine 5-, 3- und 1-Meter Plattform sowie ein 3- und 1-Meter Sprungbrett sind im Springerbecken vorhanden. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu (Fachdokumentation 2.019 Bäderanlagen) empfiehlt eine Wassertiefe ab 3.70 Meter, mit dem Bestand von ca. 4 Metern ist genügend Wassertiefe für alle Sprungmöglichkeiten vorhanden. Die Abstände (Abstände zur Beckenwände, und zu den benachbarten Brettern und Plattformern) werden in der gesamten Sprunganlage erfüllt.

Die Geländer der Sprunganlage sollten gemäss den Empfehlungen der bfu Fachdokumentation 2.019 Bäderanlagen mit Staketengeländer mit einem Abstand von

12 cm ausgeführt sein. Die heutigen Geländer erfüllen diese Empfehlung nicht. Des Weiteren wird empfohlen, dass die Geländer eine aufgeschweisste Metallleiste vorweisen, damit diese nicht zum Sitzen genutzt werden. Des Weiteren wird empfohlen, ab der Höhe des 3 Meter-Sprungbrettes eine Schikane auf den Plattformen zu erstellen, durch deren Einbau kann der Anlauf zum Abspringen eingengt und die Sicherheit erhöht werden.

Der Beton zeigt aufgrund des Alters typische Abnutzungserscheinungen. Dies wird mittels Sandstrahlung und Oberflächenbehandlung optische aufgefrischt. Die Sprungbretter wurden im August 2016 ersetzt und sind in einem guten Zustand.

### Beckenumgänge

Die Traglast der Betonplatten im Beckenumgang liegt aktuell bei 300 kg/m<sup>2</sup>. Zum einen entspricht die Traglast gemäss Nutzlastverordnung nicht dem üblichen Wert für Schwimmbäder, zum anderen können die Platten nicht mit der grossen Reinigungsmaschine befahren werden. Die Traglast der Elemente soll auf 500 kg/m<sup>2</sup> erhöht werden.

Hierfür wurden verschiedene Verfahren geprüft (Verstärkung mit CFK-Lamellen, Abfangkonstruktion, Ersatz). Zusätzlich sollen die Betonplatten, welche sich über die Jahre leicht verschoben hatten, neu ausgerichtet werden. Betrachtet wird der gesamte Beckenumgangsbereich, nicht nur der Bereich um das Schwimmer- und Sprungbecken.

Bei den Betonplatten an den Stirnseiten des Schwimmerbeckens sowie entlang des Sprungbeckens ist keine Verstärkung notwendig. Aufgrund ihrer Grösse und somit dem höheren Eigengewicht der Platten sind diese stärker armiert und verfügen bereits über die benötigte Traglast.

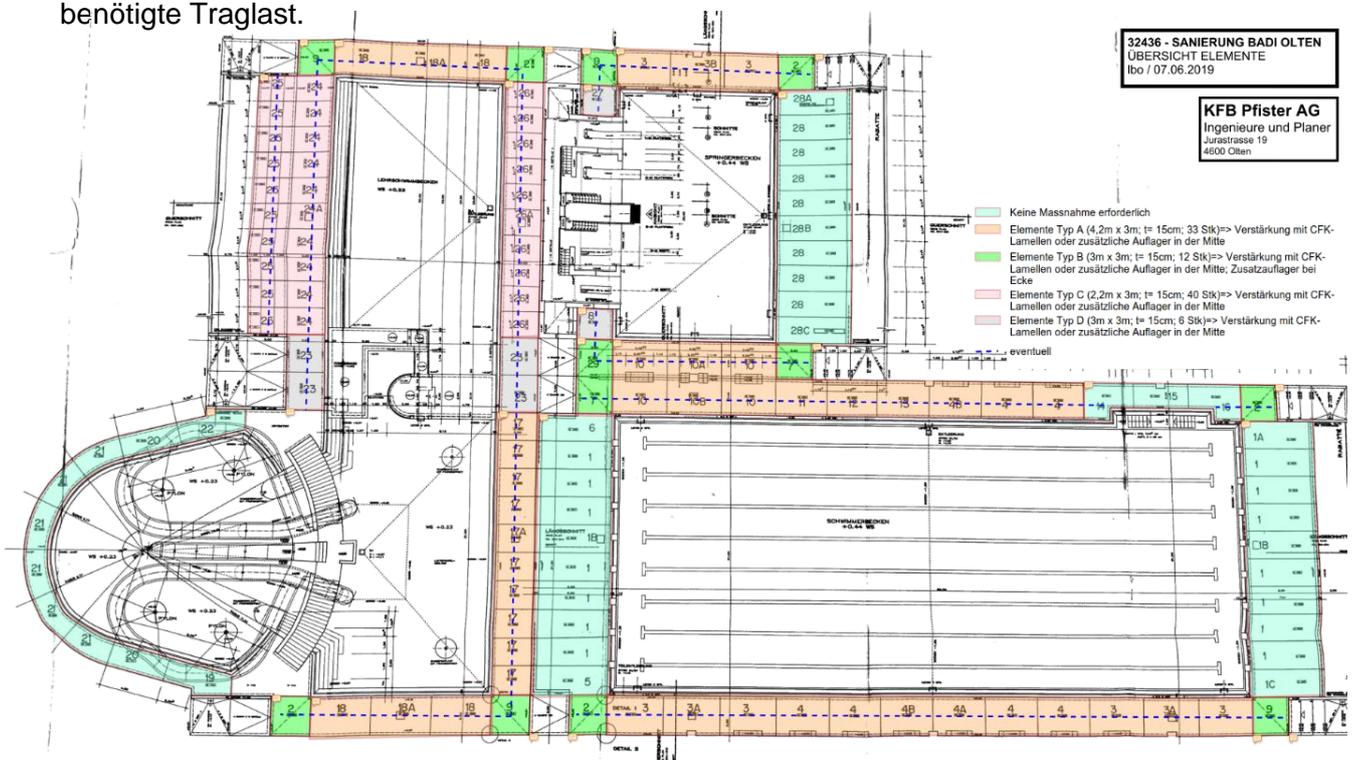


Abbildung 3: Überblick über die vorgeschlagenen Massnahmen zur Verstärkung der Betonplatten

Eine Korrosion der Bewehrung der Platten kann aufgrund der optischen Begutachtung mit den heutigen Kenntnissen nicht ausgeschlossen werden. Hierzu ist eine materialtechnologische Untersuchung mit Entnahme von Bohrkernen notwendig. Die Untersuchung wird vor der Durchführung von Verstärkungsmassnahmen getätigt.

### Badewasseraufbereitung und Technikanpassungen

Für die Filtration des Badewassers wird ein Kieselgur-Druckanschwemmfilter mit Durchmesser 2200 mm eingesetzt. Der Filter wird regelmässig gepflegt, es zeigen sich jedoch dem Alter entsprechende Abnutzungserscheinungen und Korrosionsspuren. Die Umwälzleistung von 576 m<sup>3</sup>/h entspricht den Anforderungen der SIA 385/9. Aufgrund der Nähe zur Aare werden die Becken regelmässig von Algen befallen. Aus diesem Grund erfordert der Betrieb eine gegenüber den SIA-Vorgaben erhöhte Umwälzleistung. Somit wird der Filter durch einen neuen Druckanschwemmfilter mit Durchmesser 2500 mm (analog Filter des Nichtschwimmer-/Tummelbeckenkreislaufs) ersetzt. Für die Einbringung des Filters muss im Dach des Gebäudes eine temporäre Einbringöffnung erstellt werden. Die Verrohrung und Armaturen sind grundsätzlich in einem guten Zustand. Bei einem Ersatz des Filters muss die Verrohrung inkl. Armaturen jedoch ersetzt und der erhöhten Umwälzleistung angepasst werden. Die Anschwemmung der Kieselgur erfolgt aktuell über ein Anschwemmbecken. Dies entspricht nicht mehr dem Stand der Technik, für die Anschwemmung werden heute Anschwemmbehälter mit Staubbällung eingesetzt, was die Handhabung erleichtert. Grundsätzlich ist ein einzelner Behälter für beide Kreisläufe ausreichend. Da aber nicht beide Kreisläufe gleichzeitig laufen, müssen zwei separate Behälter für eine zusätzliche Optimierung der Betriebsabläufe vorgesehen werden.

Diese werden im Betriebsraum/Kieselgurlager installiert. Um das knappe Platzangebot besser ausnutzen zu können, werden die Behälter jeweils zur Hälfte in den Filterraum gestellt, die bestehende Kalksandstein-Wand (KS) wird lokal entfernt.



Abbildung 4: Kieselgur-Druckanschwemmfilter

Das Badewasser wird über 2 Filterpumpen vom Typ Häny 125-250 aus dem Ausgleichsbecken angesogen und durch die Filtersiebe gedrückt. Die Umwälzleistung beträgt 288 m<sup>3</sup>/h pro Kreislauf, was den Anforderungen gemäss SIA 385/9 entspricht. Die Pumpen sind nicht mit einem Frequenzumformer zur bedarfsgerechten Steuerung (Nachtmodus, Eco-Betrieb bei geringer Belegung) ausgestattet und entsprechen nicht mehr den heutigen Standards der Energieeffizienz. Sie zeigen deutliche Abnutzungserscheinungen und haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Es werden zeitgemässe Pumpen mit integriertem Vorfilter eingesetzt.

Für die Druckerhöhung der Chlordosierung kommt eine Pumpe vom Typ Grundfos CRN 5 zum Einsatz. Die Pumpe zeigt deutliche Alterungserscheinungen. Es besteht das Risiko eines Ausfalls.

Für die Erwärmung des Badewassers kommt ein Plattenwärmetauscher der Firma RLM mit einer Nennleistung von 450 kW zum Einsatz. Der Wärmetauscher ist in einem guten Zustand und kann weiterverwendet werden. Heizungsseitig wird eine Druckerhöhungspumpe von Siemens eingesetzt. Für die Rückgewinnung von Wärme aus dem Stetslauf wird ein Plattentauscher Firma RLM eingesetzt. Beide Kreisläufe des Freibades sind an diesem Wärmetauscher angeschlossen. Der maximale Durchfluss beträgt 6'000 l/h, die Temperaturdifferenz liegt bei 2°C. Der Wärmetauscher entspricht nicht mehr den aktuellen

Anforderungen der Systemtrennung gemäss SVGW (doppelwandig) und muss ersetzt werden.

Der Kompressor zur Erzeugung der Druckluft für die pneumatischen Klappen vom Typ Worthington Creyssonsac stammt aus dem Jahr 2007, wurde regelmässig gewartet. Dieser ist grundsätzlich in einem guten Zustand, ist aber am Ende der Lebensdauer angekommen (Ausfallrisiko). Die Magnetventilbatterie (24V) entspricht dem Stand der Technik. Beim Ersatz der Klappen muss diese angepasst werden.

Das Ausgleichsbecken aus Beton ist nicht mit einem Anstrich oder einer Abdichtung ausgestattet, die Oberfläche ist sanierungsbedürftig. Der Zugang zum Becken führt über einen 60 cm durchmessenden Schachtdeckel, was Zugang und Personenrettung deutlich erschwert. Die Kapazität des Ausgleichsbeckens ist gemessen an den Anforderungen der SIA 385/9 knapp ausreichend gross dimensioniert, gemessen an Praxiswerten jedoch zu klein. Berücksichtigt werden muss auch, dass für die geplante Nachtabsenkung von Schwimmer- und Sprungbecken zusätzliches Aufnahmevermögen benötigt wird. Daher wird das Ausgleichsbecken erweitert, um dieses zusätzliche Volumen ohne Probleme aufnehmen zu können. Für den Zugang ist der Einbau eines mindestens 1 x 1 m grossen Einstieges mit hydraulischer Unterstützung sowie eine SUVA-konforme Einstiegsleiter erforderlich.



Abbildung 5: Ausgleichsbecken mit Einstieg    Abbildung 6: Betonabplatzungen im AGB

Ein Absetzbecken für die verbrauchte Kieselgur aus der Filtration ist nicht vorhanden. Dieses wird bei einer umfangreichen Sanierung der Anlage i.d.R. von den Behörden verlangt, um die Kieselgur zu sammeln und am Ende der Saison fachgerecht entsorgen zu können. Die beiden Kammern des heutigen Anschwemmbeckens würden sich für eine Umnutzung anbieten, sind voraussichtlich jedoch nicht ausreichend gross, um die gesamten Filtrerrückstände einer ganzen Saison aufzunehmen. Somit müsste pro Badesaison entweder 2x abgesaugt und entsorgt oder aber ein neues Absetzbecken ausserhalb des Technikgebäudes erstellt werden. Im Bauprojekt kann zusammen mit den Behörden geprüft werden, ob eine entsprechende Auflage bezüglich der Erstellung eines Absetzbeckens gemacht wird oder ob wie bis anhin die Kieselgur über die Kanalisation entsorgt werden darf.

### Automatische Steuerung

Die Steuerung der Anlage erfolgt über eine speicherprogrammierbare Steuerung (SPS) vom Typ Siemens S7-300. Der Schaltschrank verfügt über ein Touchpanel, eine Fernwartung ist nicht integriert.

Für die Chlormessung stehen Geräte vom Typ Swan AMI Trides zur Verfügung. Die SPS ist grundsätzlich in einem guten Zustand, diverse Einbauteile sollten gemäss Schaltschrankbauer jedoch in den nächsten Jahren ersetzt werden. Aufgrund der Erneuerung der Badewasseraufbereitungsanlage sowie der zusätzlichen Massnahmen zur Betriebsoptimierung (Fernwartung, Anschwemmbehälter Kieselgur, Nachtabsenkung) ist eine Weiterverwendung und Anpassung der SPS nicht sinnvoll. Diese sollte komplett ersetzt

werden. Da auch diverse Schnittstellen zum Nichtschwimmerkreislauf bestehen, wird die SPS für beide Kreisläufe ausgelegt. Als Messwasserpumpen kommen Geräte vom Typ Speck 1 WE zum Einsatz. Diese erfüllen Ihren Zweck, nähern sich aber dem Ende ihrer Lebensdauer. Diese werden ebenfalls ersetzt.



Abbildung 7: Schaltschrank mit SPS

### Kostenzusammenstellung

|   |            |                                   |
|---|------------|-----------------------------------|
| Vorbereitungsarbeiten, Untersuchungen<br>Baupisten Installationen | CHF        | 150'000.00                        |
| Baumeisterarbeiten, Betonsanierungen,<br>Abdichtungsarbeiten      | CHF        | 550'000.00                        |
| Beckenumgänge verstärken  | CHF        | 160'000.00                        |
| Edelstahlbecken Sprunganlage                                      | CHF        | 610'000.00                        |
| Badwasseraufbereitung Technikanpassung                            | CHF        | 805'000.00                        |
| Steuerung und Installationen                                      | CHF        | 160'000.00                        |
| Umgebungsarbeiten Instandstellungen                               | <u>CHF</u> | <u>50'000.00</u>                  |
| Total Baukosten   | CHF        | 2'485'000.00                      |
| Unvorhergesehenes (10%), Nebenkosten (5%), Honorare               | <u>CHF</u> | <u>995'000.00</u>                 |
| Total Gesamtkosten (exkl. MwSt)                                   | CHF        | 3'480'000.00                      |
| 7.7% MwSt   | <u>CHF</u> | <u>270'000.00</u>                 |
| <b>Gesamtkosten inkl. MwSt</b>                                    | <b>CHF</b> | <b><u><u>3'750'000.00</u></u></b> |

### Finanz- und Investitionsplan

Die Mittel (CHF 3'750'000.-) sind im Finanz- und Investitionsplan 2021-2027 enthalten. Die Umsetzung der Bauarbeiten erfolgt jeweils ausserhalb der Badesaison ab Herbst 2021 bis Frühjahr 2024.

### Resumée

Nach über 30 Betriebsjahren sind die alterungsbedingten Ersatzanschaffungen offensichtlich und führen zu Ausfallrisiken, ineffizienten Abläufen und Nutzereinsparungen. Eine periodische Anpassung der Technik an die Vorschriften aber auch an die Steigerung der Energieeffizienz und Automation ist notwendig. Der dauernde und vorausschauende Unterhalt ermöglicht es die Anlageteile 30 Jahre lang zu nutzen und dadurch über den ganzen Lebenszyklus hinweg kostengünstig zu betreiben.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament, den Kredit für das Sanierungsprojekt «Strandbad Olten, Beckensanierung Sprungbecken mit altersbedingter Erneuerung der Badewasseraufbereitung und weiterer technischer Anlageteile» zu genehmigen.

Beschlussesantrag:

I.

3. Der Kredit für das Projekt «Strandbad Olten, Beckensanierung Sprungbecken mit Erneuerung der Badewasseraufbereitung und weiterer technischer Anlageteile» im Gesamtbetrag von CHF 3'750'000.00 (inkl. MwSt.) zu Gunsten Konto Nr. 3412.5040.013 wird genehmigt.

4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I/1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Luc Nünlist:** Die GPK hat sich ausgiebig mit dem Geschäft befasst und insbesondere die Kosten lange diskutiert. Es geht wieder einmal um Edelstahl, und da bin ich ein grosser Fan. Ich habe selber, wie ich schon mehrfach gesagt habe, auch ein wenig Edelstahl im Keller. Deshalb darf ich mich zur Vorlage äussern. Die Deckenverkleidung soll von porösem Beton zu einer sauberen Edelstahlverkleidung ausgebaut werden. Das reduziert die Unterhaltsaufwendungen ein wenig und verlängert die Lebensdauer des Beckens. Edelstahl ist forever. Das ist der sichtbare Teil der Vorlage. Aber es darf uns nicht komplett darüber hinwegtäuschen, um was es in Tat und Wahrheit auch noch geht. Das ist etwas weniger prickelnd und eigentlich auch der Teil, der wirklich sehr teuer ist. Grundsätzliche müssen Pumpwerke, Wasseraufbereitungsanlagen, Kompressoren, Filter und Wärmetauscher ausgebaut, revidiert oder ersetzt werden. Diese Investitionen sind halt etwas weniger sichtbar. Es ist der Teil, der unter dem Boden funktioniert und deshalb nicht besonders sexy. Aber die Investitionssumme ist hoch. Deshalb haben wir uns auch länger darüber unterhalten. Wir bekommen jedoch keine neue Badi. Es ist einfach die alte oder das alte Sprungbecken in neuem Gewand. Das hat in der GPK ein wenig zu reden gegeben. Muss die Investitionssumme für quasi das gleiche Becken so hoch sein? Muss es vor dem Hintergrund von unklaren Zukunftsprognosen unmittelbar jetzt eingesetzt werden oder hätten wir zeitlich ein wenig Spielraum? Der Bericht und Antrag des Stadtrates ist eigentlich sehr ausführlich und vollständig, hat aber in dieser Frage noch nicht restlos beantwortet. In der GPK konnten wir dies aber noch stellen, und es ist wie gewohnt nüchtern und unaufgeregt,

aber klar beantwortet worden. Es ist so, dass wenn wir weiterhin auf viele Jahre eine offene Badi im verlässlichen Betrieb halten wollen, müssen wir diese Investition jetzt in den Werterhalt bieten. Wer sich denkt, dass man diese Anlage bei einem Ausstieg so etwas ersetzen könnte, von einem Abend auf den anderen wie einen defekten Brita-Filter, so funktioniert dies nicht. Wenn wir diesen Antrag ablehnen würden, laufen wir halt das Risiko, dass die Badi bei einem technischen Ausstieg je nachdem einen Saisonabbruch in Kauf nehmen muss. In diesem Sinne hat die GPK einstimmig zugestimmt.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Nur kurz zu diesem zweiten Sachgeschäft: Ihr habt die Beschlussesanträge auf Seite 7 gesehen, über 3,75 Millionen Franken. Das ist noch einmal etwas mehr als im Geschäft davor. Auch hier geht es einerseits um einen Ersatz des Kreislaufes beim Schwimmerbecken, der das Sprungturmbecken mit Wasser versorgt, andererseits auch um die Auskleidung des Beckens selber. Auch dies ist in einen Sanierungsplan aufgereiht, den wir im Finanz- und Investitionsplan aufgezeigt haben. Wir haben mit der Sanierung des grossen Schwimmerbeckens den Start gemacht und gehen jetzt von Norden nach Süden, wenn man es geografisch betrachtet, in die nächste Etappe. Der Zusammenhang ist, dass das Schwimmerbecken und das Sprungturmbecken von der gleichen Technologie, vom gleichen Wasserkreislauf bedient werden. Auch hier ist die Nutzung ungefähr 30 Jahre. Seit 30 Jahren ist es nicht mehr ersetzt worden. Es ist mir bewusst, dass es ein hoher Betrag ist. Wenn man es aber über die Nutzung über 30 Jahre glättet, kommt man auch hier auf eine Abschreibung von Fr. 100'000.—, die nicht wenig sind, aber recht sind, um unsere Badi in Schuss zu halten, den Unterhalt zu gewährleisten. Es ist tatsächlich so, dass wir diese Investition jetzt machen möchten und nicht unplanmässig irgendwo zu Beginn einer Saison oder mitten in der Saison sagen müssen, es ist jetzt Ende Feuer und Ende Badebetrieb. Wir müssen jetzt Filter und Pumpen bestellen. Die Saison fällt aus. Es ist auch ein finanzielles Risiko, das wir nicht eingehen möchten. Immerhin haben wir doch Einnahmen von mehreren hunderttausend Franken in der Badi. Wenn wir vorzeitig schliessen müssen, würden diese Ausfälle ja zusätzlich zu den Investitionen, die wir angehen müssten, noch belasten. Deshalb beantragen wir Euch, diese Sanierung jetzt anzugehen, auch da natürlich ausserhalb der Saison, damit wir im Mai, wenn wieder geöffnet wird, bereit sind und wir die Badi in Betrieb, offenhalten können und keine Risiken von vorzeitigen Schliessungen eingehen. Auch hier ist natürlich die Ökologie ein Thema. Ihr wisst, dass wir das Wasser, die Wärme heute schon mit dem Grundwasserstrom aufbereiten und nutzen. Wir wollen nachher auch eine Nachtabsenkung machen. Das heisst tatsächlich, das Becken ein wenig reduziert, damit es nicht mehr in den Überlauf überschwappt, was immer viel Wasser, Energie und Strom braucht. Da können wir auch einen Beitrag leisten, den Fussabdruck ein wenig zu reduzieren, weniger Energie zu verbrauchen und diejenige, die wir haben, besser zu halten, auch über Nacht. Der Stadtrat beantragt Euch, dieser Investition zuzustimmen und die Sanierung im nächsten Jahr zu starten. Danke.

**Florian Eberhard:** In der Fraktion SP/Junge SP wurden relativ ähnliche Diskussionen geführt wie in der GPK. Wir haben über den Zeitpunkt viel diskutiert, inwiefern diese Investitionen je nachdem auch hinausgeschoben werden könnten, haben uns davon überzeugen lassen, dass dieser Beitrag für den Betrieb der Badi jetzt diskussionslos nötig ist und es definitiv günstiger, wenn wir dies jetzt machen. Dass jetzt sehr viel Investitionsvolumen auf einmal auf uns zukommt, ist auch die Folge davon, dass man bei den werterhaltenden Investitionen so zögerlich unterwegs war. Wir sind auch mit den aktuellen Investitionsprojekten nicht wirklich am Aufholen, sondern erfüllen momentan einfach ungefähr das, was nötig ist, nicht mehr und nicht weniger. Wie gesagt, wir sind von der Notwendigkeit dieses Projektes überzeugt. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es doch ein recht beachtlicher Kredit ist, den wir hier für eine Badi, die mit ihren doch sehr happigen Preisen bei Weitem nicht der ganzen Stadtbevölkerung zur Verfügung steht, genehmigen. Unsere Fraktion spricht sich dafür aus, dass, wenn man schon so viel Geld investiert, nicht eine Bevölkerungsschicht durch eine hohe Preispolitik vom Nutzen ausgeschlossen wird und man die niederschwellige Freizeit- und Sportbeschäftigung allen ermöglicht. Das würde man dadurch erreichen, dass die Badipreise gesenkt würden. Ein Teil der Fraktion, und dazu gehöre auch ich, wünscht sich ein stärkeres Orientieren am Erfolgsmodell einer Gratisbadi

für alle, wie zum Beispiel im Marzili in Bern. Ein anderer Teil der Fraktion sieht die Lösung eher dabei, dass man günstigere Badipreise anbieten würde. Wir werden dieser Vorlage aber einstimmig zustimmen und das Ziel einer Badi, die für alle zugänglich ist, auf andere Wege weiterverfolgen.

**Deny Sonderegger, FDP-Fraktion:** Der Kreditbetrag für das Projekt Strandbad Olten, Beckensanierung, sowie Erneuerung der technischen Anlagen, hat in der FDP-Fraktion zu reden gegeben. Nebst inhaltlichen Themen wie Nutzen und Bedürfnisse sind insbesondere auch die Fragen zu den Priorisierungen der Sanierungen und allgemein dem Gesamtprojekt Sanierung zur Sprache gekommen. So kann vorweggenommen werden, dass die FDP-Fraktion bei diesem Geschäft der Antrag zur Streichung des Kreditbetrags für den Sprungturm stellt. Anstelle des Sprungturms soll die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens oder des Kinderplanschbeckens vorgezogen werden. Die inhaltliche Begründung dazu folgt. Erlauben Sie mir jedoch vorab, allgemein zum Gesamtprojekt Sanierung Strandbad oder vielmehr Aarebad Olten zu sprechen. Wie dem aktuellen Finanzplan 2021 bis 2027 zu entnehmen ist, sollen für die Sanierung des Schwimmbads in den kommenden Jahren gesamthaft 8,5 Millionen ausgegeben werden. Mit der bereits umgesetzten Sanierung des Schwimmerbeckens belaufen sich die Totalkosten für die Sanierung in diesem Projekt auf über 12 Millionen Franken. Da ist es mit Verlaub verwunderlich, dass es von Seiten des Stadtrates keine breit abgestützte Vorlage mit Einbezug der Bevölkerung gibt, die über die Ausgestaltung der Badi Olten befinden kann. Das gleiche Votum hat vorgängig im Vorgeschäft ja auch schon Urs Knapp eingebracht. Natürlich kann man damit argumentieren, dass es sich dabei um Ersatzinvestitionen handelt und somit per se keine Badi-Debatte eröffnet werden soll. Dennoch, gestützt auf die zahlreichen Vorstösse, unter anderem auch gerade im Votum meines Vorredners, in der Vergangenheit hinsichtlich Zugang zum Wasser von diversen Parteien wäre es eine Chance gewesen, die heutige Ausgestaltung der Badi Olten und damit verbunden der Zugang zum Wasser und die Gestaltung des öffentlichen Raums im Perimeter Schützi Olten zu thematisieren. Das wäre aus Sicht Vertreter FDP mutig und visionär gewesen. Gewichtet man diese Aspekte, müsste diese Vorlage konsequenterweise an den Absender zurückgeschickt werden, mit der Aufforderung, nach 30 Jahren ein Gesamtprojekt Neurealisation Badi Olten aufzugleisen. Im Wissen, dass damit womöglich höherer Investitionsbedarf die Folge davon ist, hätte die Oltner Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse kundzutun. So beispielsweise auch passiert bei der Eishalle Kleinholz. Mit der jetzt vorliegenden Vorlage befinden wir häppchenweise über eine Sanierung und somit über Ersatzinvestitionen ohne wesentlichen Mehrwert und ohne Einbezug der Bevölkerung und ihren Anliegen. Erlauben Sie mir, nun inhaltlich auf die Vorlage einzugehen. Sie sieht einerseits das Sprungbecken inklusive Sprunganlage vor sowie andererseits die technischen Komponenten zu erneuern. Insbesondere die Erneuerung der technischen Anlagen haben bei der FDP keinen Anlass zu Diskussionen gegeben. Sie sind zwingend wichtig und in der Vorlage auch sauber aufgeführt. Wenn man es genau liest, merkt man auch, dass zum Teil Redundanzen fehlen und damit ein Ausfall einzelner Komponenten zu einer Schliessung der Anlage führt. Selbstverständlich wollen wir dies nicht. Anders sieht es bei der Erneuerung der Schwimmbecken aus. Das Ziel des Stadtrates ist es, alle Bäder in CNS, sprich Chrom-Nickel-Stahl, oder anders ausgedrückt in Edelstahl auszukleiden und zu sanieren. Darüber lässt sich mit Verlaub diskutieren. Es ist bekanntlich die teuerste mögliche Auskleidung von Schwimmbecken. Im Wissen, dass es aus hygienischer Sicht Vorteile hat, ist die Frage erlaubt, ob eine derartige Aufwertung zielgerichtet ist und ob es keine Alternative gäbe. Beim Sprungbecken ist eine derartige Aufwertung mehr als fraglich. Als Vergleich sei erwähnt, dass die Stadt Solothurn erst anfangs Jahr die Komplettsanierung des Freibads Solothurn für 7,8 Millionen verabschiedet hat. Eine Ausführung in CNS ist dabei nicht vorgesehen. Eine Vorlage in Varianten zu Händen des Parlaments wäre wünschenswert gewesen. Zu guter Letzt erlauben Sie mir noch die Priorisierung der Investitionen anzusprechen. Als Vater eines dreieinhalbjährigen Sohnes habe ich im Sommer 2019, und 2020 trotz Corona, zahlreiche Stunden in der Oltner Badi verbracht. Aus eigener Erfahrung kann ich urteilen, dass der Zustand des Kinderplanschbeckens und insbesondere des Rutschbahnbeckens hanebüchen ist. Wer beispielsweise die blaue Rutschbahn wählt, muss sich darauf gefasst machen, dass seine

Füsse nach dem Eintauchen wundgeschoren sind und entsprechend ein erhöhtes Verletzungsrisiko in Kauf genommen wird. Es ist schon fast so arg, dass die Betreiber eigentlich einen Disclaimer «Benutzung auf eigene Gefahr» beim Rutschbahneinstieg montieren müssten. Weiter kann ich bezeugen, dass die Absturzsicherung beim Treppenaufgang zu den Rutschbahnen in keiner Weise den heutigen Standards und Vorgaben entsprechend und ein erhöhtes Absturzrisiko für kleine Kinder besteht. Diesbezüglich konnte ich mich in diesem Sommer mit einem Baufachmann und einem guten Freund vor Ort darüber unterhalten. Das entsprechende Geländer, wo die Betontreppe zu den Rutschbahnen hinaufführt, ist von der Betontreppe abgesetzt. Es hat einen breiten Spalt, und es könnte bei einem Misstritt zu erheblichen Verletzungen von Kindern oder gar einem Absturz eines Kindes führen. Im Wissen um diese Umstände macht es unserer Ansicht nach keinen Sinn, das Sprungbecken in der Sanierung zu priorisieren. Die FDP stellt somit den Antrag, den Kreditbetrag für das Sprungbecken zu streichen und gleichzeitig die Sanierung des Rutschbahnbeckens oder des Kinderplanschbeckens vorzuziehen. Eine Mehrheit der Fraktion wird der Vorlage trotzdem folgen. Es gibt Einzelne, die sich komplett verwehren werden, und Einzelne, die Teilanträge unterstützen werden. In diesem Sinne besten Dank.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Wenn man mit diesem Plan nicht einverstanden ist, muss man ihn zurückschicken. Ihr könnt nicht eine neue Vorlage in eine Vorlage hineinflicken, ohne dass wir wissen, was in diesem Kinderspielbecken anfällt und erneuert werden muss. Ihr könnt dies nicht machen, dies in eine Vorlage hineinzuflicken. Dann muss man ehrlicherweise sagen, zurück, wir wollen eine andere Priorisierung. Nachher kann man dies bringen. Aber Ihr könnt nicht anfangen, Berichte und Anträge zu verändern. Ihr müsst dies zurückweisen oder akzeptieren. Manchmal ist es so. Null oder eins. Aber Ihr könnt nicht in ein Projekt hinein fungieren, bei dem wir Euch gar keine Kostenschätzungen, Offerten, Ablaufpläne darlegen können. Entweder zurückweisen oder akzeptieren. Aber ich bin nicht Jurist. Das kann nachher der Rechtskonsulent sagen.

**Urs Knapp:** Wir können Fr. 610'000.— aus dieser Vorlage streichen. Das geht laut Amt für Gemeinden. Wir haben klar gesagt, dass uns der Stadtrat bereits im Dezember eine andere Variante unterbreiten kann. Was Deny gesagt hat, war, dass wir das Geld nicht einsparen wollen. Wir wollen andere Prioritäten setzen, und wir sehen auch den Bedarf nach der Sanierung der Technik. Deshalb weisen wir nicht zurück. Natürlich wäre Rückweisung die sauberste Lösung. Wir würden einfach Zeit verlieren. Fr. 610'000.— können wir streichen und das ist technisch der Antrag, und wir können dem Stadtrat via Protokoll mitgeben, er hat ja die Kostenschätzung gemacht, sonst wäre es nicht im Finanzplan, was kostet eine Sanierung des Kinderbads oder der Rutschbahn? Danke.

**Dr. Patrik Stadler:** Eine Reduktion dieser Fr. 610'000.—, das wäre der Posten Edelstahlbecken, Sprunganlage, ist durchaus denkbar. Was aber nicht denkbar ist, ist, dass man diesen Betrag nachher für das Kinderplanschbecken einsetzen würde. Das ist eine Vorlage, die wirklich zuerst ausgearbeitet werden muss. Da wüsste das Parlament nicht, was die finanziellen Folgen daraus sind.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Manchmal bin ich ein wenig neidisch auf unsere Ratskolleginnen und Ratskollegen, die so wunderschön vorbereitete Voten haben, die sie auf ihrem I-Pad oder Zettel ablesen können. Heute bin ich gerade froh darum, dass wir dies bei Olten jetzt! nicht machen. Ich kann viel aufnehmen, was jetzt gerade diskutiert wurde. Olten jetzt! hat etwas eine Mischung aus all diesen Voten, die uns beschäftigt haben. Einerseits finden wir auch, eine günstige oder Gratisbadi für die Bevölkerung wäre schön. Andererseits denken wir, dass es eigentlich schön wäre, wenn die Badi einmal als Ganzes angeschaut und man alles zusammen sehen würde. Ich glaube, Reto Grolimund von der FDP hat genau das Gleiche schon vor dreieinhalb Jahren, als die Hälfte neu im Parlament war, gesagt, dass es nach Salamtaktik aussieht, wenn man einmal ein Becken mit Chromstahl auslegt und dann noch ein anderes. Das sehen wir auf eine Art auch, aber nicht, dass wir dies als Salamtaktik sehen, sondern dass uns, wie so oft, in dieser Stadt fehlt, welche Badi wollen wir überhaupt? Wollen wir eine Badi für alle, die günstig und offen zugänglich ist? Wollen wir

ein Superbad? Ich kann Euch erzählen. Auf youtube gibt es Videos der Rutschbahnen in Olten, von der Rutschbahn-Community auf dieser Welt, die sagt, wie toll die Oltner Badi ist, was die Rutschbahnen anbelangt. Das könnt Ihr googeln. Sie sagen, für diese Rutschbahnen ist es ziemlich günstig. Das ist aber die Rutschbahn-Community und nicht die Familie, die in Olten wohnt. Welche Badi wollen wir? Ich glaube, das ist die Frage, die wir uns ab und zu stellen könnten, wenn wir solche Grossprojekte immer wieder machen. Die Badi ist in meinem Empfinden hier immer wieder ein Thema. Aber welche Badi wir wollen, wie sie in zehn Jahren aussehen soll oder wohin wir wollen, das hat noch nie jemand gefragt oder noch nie jemand vom Stadtrat eine Antwort darauf gegeben, was wir überhaupt wollen. In diesem Sinne sind wir auch immer ein wenig skeptisch, wenn plötzlich wieder Geld ausgegeben wird für etwas, wo wir gar nicht wissen, wohin wir gehen. Gleichzeitig muss man sagen, dass weiss ich auch dank Deny, dass es in der Badi scheinbar ganz schlimm aussieht und dass der Blick noch nicht getitelt hat, wie schlimm es dort ist, ist eigentlich ein Wunder. Aber ich weiss es nicht. Ich glaube, der Stadtrat überlegt sich etwas, wenn er die Badi sanieren will und in welche Richtung es geht. Ich meine, die FDP darf für das nächste Jahr für das andere Becken gerne eine Erhöhung im Budget beantragen. Es wäre auch ein Novum, wenn die FDP im Budget einmal mehr Geld ausgeben würde. Ich möchte sagen, dass wir das Gefühl haben, niemand weiss, wohin es mit der Badi gehen soll, niemand weiss, welche Badi wir überhaupt wollen. Diese Diskussion zu führen wäre einmal schön. Ich weiss nicht in welchem Rahmen. Grundsätzlich ist Olten jetzt! aber dafür, dass man die Aufenthaltsqualität und das Angebot in Olten stärkt. Dementsprechend werden wir gleichwohl zustimmen, obwohl wir uns vom Stadtrat wünschen würden, dass er auch einmal bei einer Badi, die halt einfach für alle da ist, überlegen würde, welche Badi wir überhaupt wollen. Danke.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Mit der geplanten Edelstahlauskleidung unseres Badibeckens sieht man wieder einmal, dass sich die Qualität jedes architektonischen Trends und jedes neuen Baustoffs nach zehn, zwanzig Jahren Wind und Wetter und in diesem Fall Chlorwasser zuerst einmal bewähren muss. Ein extrem verbreitetes Beispiel ist, dass man schon in den achtziger Jahren überall die Foliendächer eingebaut hat. Sie sind dann buchstäblich «weggebrösel». Betonschwimmbekken war vor rund 30 Jahren im Trend. Wir haben dann relativ schnell gemerkt, wenn man am Bassinrand sass, hat einem die spröde Oberfläche das Bikini ruiniert. Die Sache mit dem Algenbefall haben wir erst etwas später gemerkt. Unterdessen sind all die Edelstahlauskleidungen wirklich gut. Manchmal ist das Beste eben auch das Richtige. Der Trend mit den Edelstahlauskleidungen wird sicher auch dadurch befeuert, dass vor 30 Jahren ganz Viele die Spritzbetonbekken gemacht haben. Wir finden dies natürlich auch besonders gut, dass der Effekt sein wird, dass man weniger Chemie ins Badewasser werfen muss. Ich glaube, dass der Sanierungsbedarf vorhanden ist, hat bis jetzt noch niemand bestritten. Chlorwasser ist etwas sehr Aggressives. Der Sanierungsbedarf wird sich im üblichen Rahmen bewegen. Die Frage bei solchen Geschäften ist natürlich immer diejenige nach den Kosten. Wir haben es gehört. Wie auch bei den Sanierungsarbeiten, zum Beispiel in der Hockeyhalle, ist es halt einfach so. Das ist ein Markt. Er ist hoch spezialisiert. Da gibt es nicht wahnsinnig viele Anbieter. Das ist nicht, wie wenn man ein Bad mit neuen Platten ausstatten will. Wir vertrauen jetzt darauf, dass die Stadt hier vernünftig verhandelt hat. Noch kurz zu diesem Diskurs: Welche Badi wollen wir? Selbstverständlich sind wir absolut der Meinung, er muss geführt werden. Ich persönlich zweifle ein wenig, ob es zielführend ist, wenn man die Bevölkerung darüber abstimmen lässt, ob man etwas sanieren oder einen Wert erhalten soll. Ich finde, das versteht sich von selber. Aber wir würden es ganz sicher auch sehr schätzen, wenn man die Badi wieder einmal aus einer höheren Flughöhe anschauen und diskutieren würde, was wir dort eigentlich genau wollen. Merci.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Erstens einmal danke ich Daniel Kissling sehr für sein Votum. Ich bin wirklich mit ihm einig. Man staune. Ich war übrigens im letzten Jahr im Museum of Modern Arts. Dort gab es eine Sonderausstellung. Die Badi Olten kam wegen des Aarezugangs auch vor. Ich habe nicht schlecht gestaunt. Jetzt zur Vorlage: Uns stört einfach die Salamtaktik. Darf man dies überhaupt tun, dass man einfach immer wieder

kommt und per Zufall ist es immer unter 4 Millionen. Vor zwei Jahren hatten wir 1,7 Millionen für das Lagenbecken gezahlt. Jetzt kommen 3,7 Millionen, und am Schluss stehen noch 4,8 Millionen an. Wenn man dies alles zusammenzählt, sind wir bei 14 Millionen. Wenn wir dies vergleichen, hat es verschiedene Badi gegeben, die sich in den letzten paar Jahren saniert haben. Egerkingen eine Gesamtsanierung für 3 Millionen, Aarau Schachen 8,3 Millionen, Solothurn 9,5 Millionen. Wisst Ihr was? Das ist genau unser Punkt. Die Badi soll vor das Volk. Macht doch einmal ein Gesamtkonzept. Zeigt uns, was Ihr wollt. Dann geht es vor das Volk, und wenn das Volk ja sagt, wird bei uns niemand auch nur etwas sagen. Dann ist dies gemacht. Zum Vergleich: In Aarau hat es für die 8,3 Millionen eine Abstimmung gegeben. Dort hat das Volk mit 82 % ja gesagt. In Solothurn hat es ebenfalls eine Abstimmung gegeben. Wisst Ihr, wie viele dort ja gesagt haben? Auch 82 %. Es sind per Zufall genau gleich viele. Warum will man dies in Olten dem Volk vorenthalten? Ich möchte das Gesamtkonzept eigentlich gerne sehen. Wenn ich die Priorisierung anschau, scheint mir, dass das Sprungbecken wirklich das letzte Becken ist, das Edelstahl braucht. Da sollte man doch beim Plauschbecken, ich weiss nicht, wie der Fachbegriff heisst, dort, wo die Rutschbahnen sind, ein Edelstahlbecken machen sollte. Ich finde, dort ist es viel wichtiger als beim Sprungturm. Aber wenn man es hier aufgenommen hätte, wären wir über 4 Millionen. Das ist der Grund, weshalb sie es nicht aufgenommen haben. Wir unterstützen den Antrag der FDP sicher. Bei der Schlussabstimmung kann ich mir, je nachdem, ob der Antrag angenommen wird, vorstellen, dass es der Eine oder Andere bei uns mitmachen wird. Aber das Vorgehen finden wir falsch. Die Badi Olten sollte vor das Volk. Habt keine Angst. Andere Städte können es auch. Wenn der Souverän ein Auge darauf hat, kommen auch gescheite Budgets heraus. Merci.

**Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP:** Unsere Fraktion wird den Krediten im Gesamtbetrag von 3,75 Millionen Franken einstimmig zustimmen. Insbesondere im Hinblick auf das alterungsbedingte Ausfallrisiko der Schwimmbadtechnik sehen wir die Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung für unsere Badi als gegeben an. Was das Sprungbecken betrifft, unterstützen wir zwar die neue Chromstahlverkleidung, weil wir davon ausgehen, dass gerade bei diesem Becken die Sicherheit besonders wichtig ist, möchten aber den Stadtrat gleichzeitig auffordern, bei den folgenden Sanierungsetappen unbedingt die Nichtschwimmerbecken zu priorisieren. Noch eine Bemerkung zu den veranschlagten Kosten für die Honorare, Unvorhergesehenes und Nebenkosten. Gemäss der Kostenzusammenstellung belaufen sich diese Beträge nahezu auf einen Drittel der Gesamtbaukosten. Unsere Fraktion erachtet diese Schätzung als sehr grosszügig, zumal man aufgrund des soeben sanierten Schwimmerbeckens auf gute Planungsgrundlagen zurückgreifen können sollte. Gerade auch deshalb erwarten wir ein sehr gut vorbereitetes Submissionsverfahren, das sich mit den entsprechenden Vergabeerfolgen positiv auf die Stadtkasse auswirken wird. In diesem Sinne wünschen wir den Projektverantwortlichen ein gutes Gelingen.

**Deny Sonderegger:** Lieber Daniel Kissling, obwohl ich literarisch nicht so gut unterwegs bis wie Du, nehme ich Deine Herausforderung an und versuche es jetzt freihändig mit zwei Voten dazu. Ich bin ein wenig über die Argumentation erstaunt, auch von Seiten der Grünen. Wenn Ihr die öffentliche Debatte möchtet, müsstet Ihr ja eigentlich konsequenterweise für Rückweisung sein und dies von Anfang eines Projekts an, nämlich Projekt zurück an den Absender und sagen, zuerst wollen wir eine öffentliche Debatte führen können, wie wir das Ganze zukünftig ausgestalten wollen. Dann würde dies grundsätzlich Sinn machen. Das Zweite noch einmal, was vielleicht mit der Verwirrung um diesen Antrag ein wenig untergegangen ist, es geht noch einmal darum, und ich möchte noch einmal ein Votum eingeben, dass es wirklich geschätzt würde, auch von Seiten der Baudirektion, wenn man hier in Varianten diskutieren kann. Ich habe vorher die Sanierung des Freibads Solothurn für knapp 8 Millionen erwähnt. Für rund 18 Millionen ist in diesem Sommer die Hallenbad- und Freibadsanierung Stampfe in Rothrist abgeschlossen worden. Dort hat es zwar zwei Chromstahlbecken gegeben. Die anderen Becken sind konventionell ausgeführt worden. Es wäre in diesem Sinn einfach schön, wenn man in diesem Moment auch wirklich über Möglichkeiten diskutieren könnte. Es hat jetzt dazu auch keine inhaltlichen Thematiken

gegeben, wieso man dies will, ausser wegen des Algenbewuchses. Aber wenn man jetzt die Betonwände wieder sauber abschleifen und die Oberflächen behandeln würde, könnte man dies vielleicht auch anderweitig ausführen. Hier fehlen entsprechende Informationen dazu.

**Luc Nünlist:** Ich habe etwas vergessen. Ich möchte der Baudirektion noch danken. Danken für den Werterhalt, danken für eine vollständige Vorlage. Ich finde dies eigentlich gut gelöst. Als Einzelsprecher kann ich auch die Haltung unterstützen, dass erhebliche Investitionen von öffentlichen Geldern für die Allgemeinheit auch möglichst hindernis- und kostenfrei zugänglich gemacht werden sollten. Über die Haltung der FDP muss ich schon ein wenig die Stirne runzeln. Das ist ein Schnellschuss, ein komplexer, etwas verwirrter Antrag. Niemand weiss genau, was wir hier vor uns haben. Niemand konnte sich vorbereiten. In diesem Sinne können wir einem solchen Hüftschuss sicher nicht zustimmen. Kurz zum Edelstahl: Er ist wirklich edel. Sicher ist es eine teure, aber eben auch eine dauerhafte Lösung. Wenn wir jedes Jahr über die laufenden Kosten reden, wird Dir, Deny, als Reinigungsunternehmer sicher auch nicht entgangen sein, dass die Unterhaltsarbeiten, die laufenden Kosten im Edelmodell wesentlich günstiger sind. Wenn die FDP die CNS nicht mag, müssen sie unbedingt auch die höheren Personalressourcen im Budget einplanen, damit wir den Algenbefall reinigen können. Das braucht dann mehr Arbeit. Das Sprungbecken ist nicht dringend. Das sehe ich schon auch so. Es wäre natürlich toll, wenn wir beim Nichtschwimmerbecken aktueller wären. Aber technisch gesehen darf man nicht vergessen, auch wieder mit dem Unterhalt und mit den laufenden Kosten. Das geht tief hinunter. Das sind 930 Kubikmeter. Es ist eine grosse Sache, dies zu reinigen, und das ist aufwändig. Deshalb ist es absolut sinnvoll, dass man dies aus technischer Sicht vorzieht. Aus Benutzersicht, aus Konsumentenoptik wäre es natürlich schön, wenn das Nichtschwimmerbecken auch schon gemacht wäre. Der letzte Punkt, um an dieser Vorlage noch etwas kritisch angemerkt zu haben. Es passt mir nicht ganz alles. Eine Massnahme ist mir etwas quer im Hals und zwar, dass Kanten eingebaut, um zu verhindern, dass Gäste auf dem Beckenrand sitzen könnten. Das finde ich etwas unglücklich, auch wenn dies aus sicherheitstechnischer Sicht absolut sinnstiftend sein mag. Das ist nicht sehr menschenfreundlich und ich würde dies, wenn es geht, anders lösen.

**Heinz Eng:** Ich möchte nicht unbedingt zur Vorlage sprechen, sondern, was Deny Sonderegger schon angetönt hat, und auch Daniel Kissling und andere aufgenommen haben. Ich möchte meine Anregungen und meine Äusserungen zum Ganzen bekanntgeben. Ich beginne ganz kurz mit einem Zitat von Antoine de Saint-Exupéry, der gesagt hat: Willst Du Schiffe bauen, wecke in den Menschen die Sehnsucht nach dem Meer». Ich sage es jetzt profan und auch banal: «Willst Du in Olten eine schöne Badi umbauen, wecke in den Menschen die Sehnsucht nach dem Wasser und an die Aare». Was will ich damit sagen? Die Vorlage ist nüchtern. Da wird eine Schraube gegen eine Schraube ausgetauscht, ein Röhrchen gegen ein neues Röhrchen usw. Aber es hat kein Leben, es hat keine Sehnsucht, es hat keine Leidenschaft, es hat keine Herausforderungen, es hat kein feu sacré drin. Ich war 1964 als Vierjähriger zum ersten Mal im mittleren Becken in dieser Badi. Dieses Becken sieht noch ziemlich genau aus. In diesem Sinne hat während all dieser Jahre, und vorher hat dies ja auch schon existiert, absolut keine Innovation stattgefunden. Die Vorlage ist okay. Aber es geht ja noch weiter. Wir haben auch gehört, dass im nächsten Jahr, es steht im Finanzplan, die Garderoben umgebaut werden sollen. Mir ist unverständlich, weshalb bei einem solchen Projekt, und ich könnte eine Broschüre der Raumplanung unterbreiten, die Oltner Badi sieht man an jedem erhöhten Punkt in Olten, ein Stadtplaner hier nicht involviert ist und in diesem Prozess fragt: Was möchten wir auf diese Dauer hinaus? Wir sagen eine Gartenstadt. Wir stellen für einige hunderttausend Franken ein paar Blumentöpfe an die Rosengasse. Aber hier, bei einem Neun- oder Zehn-Millionen-Projekt ist der Stadtplaner praktisch nicht involviert. Man macht einfach diesen Austausch. Ich möchte sagen, dass man die Bedürfnisse der Zeit erkennen muss. Wellenbad, Pierce usw. Das Mittelmeer soll zu uns kommen. Hier bitte ich einfach um gewisse Gedanken und den Fächer ganz, ganz weit zu öffnen. Wir investieren hier 9 Millionen. Im nächsten Jahr werden wir die Garderoben haben, die Badi und nachher noch die Sunlight-Sauna, diejenigen, die sie noch erlebt haben, sie ist auch weg. Man könnte daraus auch einen Jahresbetrieb machen, eine Sauna, ein Flussbad,

Pierce usw. Sandstrand, wie ihn auch der Rhein in Basel hat. Da bitte ich einfach den Stadtrat, und es ist wirklich eine Bitte, im Verlauf der weiteren Debatten oder auch im nächsten Jahr zu schauen, was überhaupt möglich ist, was die Bedürfnisse der Menschen, der Bevölkerung der Stadt Olten an eine solche Badi sind. Dann darf es auch etwas kosten. Wir könnten wet and wild und ganz viele Sachen machen. Dann noch der letzte Punkt: Ich habe noch nie so viele Köpfe in der Aare gesehen wie in diesem Sommer. Das ist auch eine Chance. Die Aare ist eine Chance, eine Herausforderung. Mein Credo ist klipp und klar: Stadtplaner in einem grösseren Rahmen. Die Bevölkerung braucht es nicht unbedingt. Dann haben wir eine gute, saubere Lösung und es aus Zürich und Bern: In Olten muss Du in die Badi gehen. Das läuft etwas.

**Eugen Kiener:** Ich war in diesem Jahr etwa in zehn verschiedenen Badis. Wenn man jetzt hier irgendwie eine Philosophie für eine neue Badi sucht, scheint mir, dass es ausufert. Jede Badi ist in etwa ähnlich. Wir haben eigentlich eine schöne Badi. Sie dürfte ein wenig günstiger sein. In einem Punkt gebe ich Deny Sonderegger recht. Wir hätten es auch vorgezogen, wenn man zuerst das Kinderbecken gemacht hätte. Aber das kann man ja möglichst schnell nachziehen, und dann kommt dies gut. Wir stimmen zu.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich möchte noch zwei, drei Ergänzungen machen. Die Gesamtübersicht findet Ihr natürlich jederzeit im Finanz- und Investitionsplan. Ihr müsst in die Beilagen gehen und findet dies einerseits zum Garderobengebäude und andererseits auch zum Schwimmbad, Sanierung Becken und Technik. Das ist Seite 22 der Beilage. Die generelle Sanierung Garderobengebäude sieht man auf Seite 21. Die Etappen und die Sanierung haben wir dort abgebildet, und man hat sie mit einem grossen Schwimmerbecken gestartet. Deshalb staune ich jetzt, dass diese Frage kommt. Dort hat man gesagt, man startet damit, und hat transparent «aufgebrösel», was in den nächsten Jahren kommen wird. Aber es ist abgebildet. Ihr könnt es auch wirklich nachvollziehen. Diese Projekte sind auch tatsächlich unabhängig. Man kann ein Garderobengebäude sanieren oder nicht. Das ist unabhängig vom Wasserkreislauf. Aber er ist in diesem Fall abhängig, weil derjenige des Sprungbeckens mit demjenigen des Schwimmerbeckens zusammenfällt. Das ist der inhaltliche Grund, weshalb wir es auch miteinander machen wollen und jetzt nicht nur die Edelstahlverkleidung und das Planschbecken. Der Wasserkreislauf ist der Konnex zwischen dem grossen Schwimmerbecken und dem Sprungturm. Es ist auch nicht so, dass wir teurer sind als Solothurn oder Egerkingen. Wir haben diese Zahlen in der GPK ausgewiesen. Jetzt wird wieder das Gegenteil behauptet. Ich frage mich manchmal, wie die Transaktion zwischen den Kommissionen und Fraktionen ist, wenn die Information nicht auch weitergehen kann. Das Garderobengebäude gibt eine Vorlage, bei der das Volk mitreden wird und auch die Abstimmung hat. Das ist mindestens ein fakultatives Referendum, bei dem das Volk darüber befinden kann, weil es über 4 Millionen Franken sind. Wir haben nicht Angst vor dem Volk. Aber diese Projektteile sind jetzt hier einfach auch unabhängig. Die Garderoben muss man nicht sanieren. Den Wasserkreislauf muss man sanieren, wenn man ins Wasser geht. Wir haben gesagt, wir fangen dort an, wo die Aufenthaltsqualität der Schwimmerin und des Schwimmers tangiert ist, nämlich im Wasser mit der Edelstahlverkleidung. Wir gehen jetzt eine Etappe weiter in den Süden, machen gleichzeitig den Wasserkreislauf und auch die energetische Sanierung. Am Schluss werden wir sicher auch noch über das Garderobengebäude befinden. Klar machen wir die Gesamtsicht über die Badi, und ich kann Euch sagen, ich muss, um vor der Badi einen Briefkasten zu setzen, zweimal in die Altstadtkommission gehen. Dies zum Thema Mitwirkung und Mitsprache von allerlei Kommission und Beteiligten. Wir scheuen das Volk in dieser Frage nicht, und wir wissen, was wir wollen. Wir haben eine attraktive Badi. Heinz, es ist nicht nur ein Schwimmerbecken. Es hat Rutschbahnen dazu gegeben, es hat einen Sprungturm dazu gegeben, es hat eine Hüpfburg gegeben, ob sie einem gefällt oder nicht. Steine sind auch Ansichtssache. Es hat ein Volleyballfeld gegeben. Früher gab es eine Sauna. Das ist richtig. Diese haben wir nicht mehr. Aber die Badi hat eine Attraktivität, und vielleicht ist die Qualität auch da drin, dass man das Bestehende fortführt. Wir wollen nicht eine Wasserwelt, die man vielleicht im Zürichbiet haben kann. Die Badi, Zugang zum Wasser, für alle, auch diejenigen, die es ruhig haben wollen, auch diejenigen, die nach der Arbeit kurz Mittagspause machen

können. Ich glaube, das ist Qualität, auch das Bestehende weiter zu pflegen, die Angebote mit anständigen und auch zahlbaren Tarifen zu attraktivieren. Ich glaube, hier sind wir auf durchaus gutem Weg. Wir haben auch Angebote für Vergünstigungen ab 17 Uhr gemacht. Wir haben die Kulturlegi. Für die Kinder sind es Fr. 30.— in einer normalen Saison. In diesem Jahr war sie noch etwas günstiger, natürlich auch mit mehr Ausfällen. Ich glaube, wir haben eine tolle Badi, und der Stadtrat scheut diese Abstimmung oder auch die Diskussion dazu sicher nicht.

### **Beschluss**

Mit 25 : 13 Stimmen wird der Antrag der FDP auf Anpassung des Kredits auf Fr. 3'140'000.— abgelehnt.

### **Beschluss**

Mit 29 : 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

#### I.

1. Der Kredit für das Projekt «Strandbad Olten, Beckensanierung Sprungbecken mit Erneuerung der Badewasseraufbereitung und weiterer technischer Anlageteile» im Gesamtbetrag von CHF 3'750'000.00 (inkl. MwSt.) zu Gunsten Konto Nr. 3412.5040.013 wird genehmigt.

### **Gesamtbeschluss**

Mit 29 : 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

#### I.

1. Der Kredit für das Projekt «Strandbad Olten, Beckensanierung Sprungbecken mit Erneuerung der Badewasseraufbereitung und weiterer technischer Anlageteile» im Gesamtbetrag von CHF 3'750'000.00 (inkl. MwSt.) zu Gunsten Konto Nr. 3412.5040.013 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### II.

Ziffer I/1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Direktion Bau  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2020

Prot.-Nr. 24

## Anpassung der Schulleitungspensen im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2021-24/Genehmigung

### Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| <u>1. Management Summary</u> .....                                  | 42 |
| <u>1.1. Ausgangslage</u> .....                                      | 42 |
| <u>1.2. Problemsituation</u> .....                                  | 42 |
| <u>1.3. Ziel</u> .....  | 42 |
| <u>1.4. Lösungsansätze</u> .....                                    | 43 |
| <u>1.5. Etappierte Umsetzung von Pensenerhöhungen</u> .....         | 43 |
| <u>1.6. Finanzielle Konsequenzen</u> .....                          | 44 |
| <u>1.7. Antrag</u> .....  | 44 |
| <u>2. Ausgangslage</u> .....  | 44 |
| <u>2.1. Grundlagen</u> .....  | 44 |
| <u>2.2. Aufgabenvielfalt und Veränderungen</u> .....                | 44 |
| <u>2.3. Aufgabenbereiche</u> .....                                  | 44 |
| <u>2.3.1. Sockelpensum mit Hauptaufgaben aus Regelbetrieb</u> ..... | 45 |
| <u>2.3.2. Case-, Konflikt- und Krisen-Management</u> .....          | 45 |
| <u>2.3.3. Projekte und Reformen</u> .....                           | 46 |
| <u>2.3.4. Innovation und Entwicklung</u> .....                      | 46 |
| <u>2.4. Zielerreichung und Ergebnisse</u> .....                     | 47 |
| <u>2.5. Aktuelle Pensen</u> .....                                   | 48 |
| <u>2.6. Probleme</u> .....  | 50 |
| <u>2.6.1. Führungsspanne</u> .....                                  | 50 |
| <u>2.6.2. Schülerzahlen und Case Management</u> .....               | 51 |
| <u>2.6.3. Überschreitungen der Soll-Arbeitszeiten</u> .....         | 52 |
| <u>2.6.4. Personalausfälle</u> .....                                | 53 |
| <u>2.6.5. Projektmanagement</u> .....                               | 53 |
| <u>2.6.6. Aufgeschobene Arbeiten</u> .....                          | 54 |
| <u>2.6.7. Infrastruktur</u> .....                                   | 55 |
| <u>2.6.8. Nachfolgeplanung und Stellensituation</u> .....           | 55 |
| <u>2.6.9. Fazit</u> .....   | 55 |
| <u>3. Erwägungen</u> .....  | 55 |

|   |    |
|---|----|
| <a href="#">3.1. Lösungsansätze</a> .....         | 55 |
| <a href="#">4. Finanzielle Konsequenzen</a> ..... | 59 |
| <a href="#">5. Beschlussesantrag</a> .....        | 60 |

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat von Olten unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

## Management Summary

### Ausgangslage

Das Berufsbild der Schulleitungen hat sich in den letzten 20 Jahren entwickelt. Aus den ehemaligen Vorsteher- oder Teamleitungsfunktionen mit vorwiegend administrativen Aufgaben haben sich die heutigen Schulleitungen mit umfassenden Führungsaufgaben und hoher Akzeptanz entwickelt.

Um den Betrieb der Schule zu gewährleisten sind neben den Schulleitungen, Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung in die Kernprozesse der Schüler- und Personaladministration sowie des Schulsekretariats eingebunden. Im vorliegenden Bericht und Antrag werden im Sinne der Transparenz und Gesamtsicht alle Führungs- und Verwaltungspensen inklusive der Musikschule konsolidiert und dokumentiert. (siehe auch: Pensenzusammensetzung Schulleitung und Schulverwaltung).

Seit 2010 sind alle Schulen im Kanton Solothurn offiziell «Geleitete Schulen». Die Pensen der Oltnen Schulleitungen wurden auf Basis der Kennzahlen aus dem Schuljahr 2015/16 und im Rahmen der Konzeptarbeiten aus dem Jahr 2016 für die Periode der Leistungsvereinbarung 2018-21 festgelegt.

Der Einsatzbereich der Schulführung berücksichtigen ein Aufgabenverständnis, welches aufbauend auf dem Konzept «Geleitete Schulen» mit Funktionsdiagramm folgende Bereiche (Details siehe Beilage: Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) umfasst:

- Sockelpensum für die Operative Führung mit Hauptaufgaben aus dem Regelbetrieb
- Case-, Konflikt- und Krisen-Management
- Projekte und Reformen
- Innovation und Entwicklung

### Problemsituation

Die Schule Olten hat sich als zuverlässiger und kompetenter Partner für den Kanton, die Bildungsregion die Politik und die Einwohner von Olten mit ihren Familien, Eltern und Kindern profiliert. Den guten Resultaten nach Aussen stehen intern eine enorme Anzahl anstehender und laufender Projekte sowie aufgeschobene oder nicht geleistete Arbeiten gegenüber.

In den vergangenen 5 Jahren hat sich gezeigt, dass die Pensen der Schulleitungen für die Sockelarbeiten und einen Teil des Case-Managements im Regelbetrieb genügen. Aufwändige Fallbegleitungen parallel zur Zunahme von Schüler- und Mitarbeiterzahlen haben neben aufwändigen Projekt- und Entwicklungsarbeiten dazu geführt, dass die Schulleitungen zunehmend zeitlich und thematisch überlastet sind. Kontinuierliche Überschreitungen der Soll-Arbeitszeiten und drei krankheitsbedingte Ausfälle in den vergangenen 5 Jahren zeigen den Ernst und die Dringlichkeit der Situation auf.

### Ziel

Das Verhältnis zwischen Ressourcen und Aufgaben der Schulleitungen und der Bildungsverwaltung müssen an das Gesamtpaket der anstehenden Aufgaben angepasst werden. Die gute Absicht im ständigen Handlungsdruck des Alltags genügt nicht, um Veränderungen zu verwirklichen.

Die zukünftigen Führungspensen oder die geplanten Aufgabenpakete sollen so ausgelegt sein, dass im Regelbetrieb genügend Ressourcen für die vorgegebenen Kernprozesse, besonders aber für eine

solide Personalführung und die Begleitung komplexer Fälle vorhanden sind. Parallel dazu müssen die Ressourcen und Aufwände für die Bewirtschaftung der Bereiche «Projekte und Reformen» sowie «Innovation und Entwicklung» konsolidiert werden.

## Lösungsansätze

Da die Bildungsqualität ein mächtiges Spannungsfeld darstellt, ist es ratsam in diesem Bereich keine Kompromisse einzugehen. Die Anforderungen an die Qualität der Schulführungsarbeit ist seitens der Mitarbeitenden, Eltern sowie der Politik und Öffentlichkeit hoch.

Der Fokus der Lösungsansätze liegt somit in zwei Bereichen:

### a) Aufwandoptimierung durch Leistungsabbau

Optimierung im Bereich von **Inhalt, Umfang und Terminierung** von Aufwänden, sprich in der Abgrenzung oder Verschiebung von Themen, Aufgaben und Erwartungen.

### b) Ressourcenoptimierung durch zusätzliche Pensen

Optimierung im Bereich der **Ressourcen**, die für die geforderten Aufgabenbereiche zur Verfügung stehen.

## Aufwandoptimierung durch Leistungsabbau

Ohne zusätzliche Ressourcen muss bei den Aufgaben, Reformen und Projekten im Schul- und Schulleitungsumfeld eine klare Verzichtplanung in Kauf genommen und akzeptiert werden.

Die Kommunikation, dass die Schulorganisation sich im Bereich von gesellschaftlichen, kantonale oder kommunal getriebenen Projekten oder Anforderungen abgrenzt (Nein-Sagen), dürfte sich als Dienstleistungsbetrieb nicht einfach gestalten. Wenn der politische Wille und damit verbunden eine Legitimation vorhanden sind, kann überhaupt erst an die Umsetzung einer Verzichtplanung gedacht werden. Die Konsequenzen bildungspolitisch zu tragen, ist ein heikles Unterfangen.

## Ressourcenoptimierung durch zusätzliche Pensen

### *Empfehlungen der kantonalen Fachverbände*

Der vorliegende Lösungsansatz im Ressourcenbereich stützt sich auf die Empfehlungen der kantonalen Fachverbände (VSL SO, VSEG, LSO) aus dem Jahr 2018, die an der Mitgliederversammlung VSL SO vom 14. Januar 2019 und vom VSEG-Vorstand am 21. Februar 2019 beschlossen wurden.

### *Berechnungsfaktor*

Die Pensenhöhe berechnet sich an zweistufig geführten Schulen mit Hauptschulleitung und Standortleitungen (Schule Olten) **inklusive Schulsekretariat und Verwaltungsaufwand** über den **Mindestfaktor\* von 0.7 Stellenprozent** pro Schüler\*in. Nicht berücksichtigt wurde unter anderem die Anzahl Lehrpersonen oder Klassen als Berechnungsgrundlage.

### *Berechnungsergebnis*

Die konsolidierten Führungspensen der Schule Olten erhöhen sich im neuen Berechnungsmodell nach den Empfehlungen der Fachverbände von **bisher 929% (+0%) auf neu 1144% (+215%)** auf Basis der Kennzahlen des Schuljahres 2022/23 erhöhen. Die Empfehlungen und die Berechnung zeigen deutlich auf, dass zwischen den bisherigen und den benötigten Ressourcen eine Diskrepanz besteht.

## Etappierte Umsetzung von Pensenerhöhungen

Die Direktion Bildung und Sport ist sich der politischen Brisanz der Thematik von zusätzlichen Stellen bewusst. Dem politischen Spardruck und dem kostenbedingten Stellenstopp stehen in der aktuellen Situation direkt die gefährdeten Innovations- und Entwicklungsprojekte, die Qualität der

Personalführung und der oft krisenbedingten und belastenden Fallbegleitungen - sowie die Gesundheit der Mitarbeitenden der Schulführung gegenüber.

Es ist aus strategischer und operativer Sicht zwingend notwendig, das nötige Gleichgewicht zwischen den vorhandenen Ressourcen und dem zu leistenden Aufwand in der Schulführung herzustellen. Es sind signifikante Anpassungen erforderlich, um eine gesunde Basis für die qualitative und strukturelle Weiterentwicklung der Oltnen Schulorganisation zu schaffen.

Um die finanzielle Tragbarkeit zu erleichtern und die politische Akzeptanz zu erhöhen, schlägt die Direktion Bildung und Sport eine massvolle Pensenerhöhung von **101%** der total projektierten Pensenerhöhung von 201% Stellenprozenten auf Beginn des Schuljahres 2021/22 (1. August 2021) vor.

## Finanzielle Konsequenzen

Durch die beantragte Erhöhung der Schulleitungspensen um **101%** ergibt sich ein Betrag von **SFR 167'700.-** pro Jahr, im **Budget 2021** von **SFR 69'900.-** für die fünf Monate August bis Dezember.

## Antrag

Die Direktion Bildung und Sport beantragt, ab August 2021 die Stellenprozente Schulleitung in Lohnklasse 26 um **zusätzliche 101 Stellenprozente** zu erhöhen.

## Ausgangslage

### Grundlagen

#### Rechtliche Grundlagen

Für die Ausgestaltung der Schulleitung gemäss den örtlichen Gegebenheiten ist nach dem Volksschulgesetz die kommunale Aufsichtsbehörde (in Olten der Stadtrat) zuständig. Er legt jeweils für die Dauer einer dreijährigen Leistungsvereinbarungsperiode die Schulleitungspensen fest. Dadurch sind die Schulleitungspensen an die Leistungen gekoppelt, die gemäss Leistungsvereinbarung und dem darauf abgestimmten Schulprogramm zu erbringen sind.

#### Konzeptionelle Grundlagen

Inhaltliche Richtschnur für die Definition der Aufgaben und die Festlegung der Pensen ist das Konzept «Geleitete Schule» aus dem Jahr 2016 mit dem dazugehörigen Funktionendiagramm. Diese klären Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen (AVK) auf der Basis von kantonalen und kommunalen Rechtsgrundlagen. Entsprechend sind die Pensen der Schulleiter in Olten primär auf den Regelbetrieb ausgelegt.

#### Aufgabenvielfalt und Veränderungen

Insgesamt haben sich die Grundlagen der Schulleitungsarbeit an der Schule Olten in den letzten Jahren nicht komplett verändert. Aber Schulleitung ist eine Abstimmungs-, Kooperations- und Vernetzungsaufgabe auf mehreren Ebenen. Im Zeichen der Anforderungsvielfalt wurden neue und anspruchsvolle Arbeiten neben dem Regelbetrieb in das Pflichtenheft der Schulleitungen aufgenommen, die sich stärker als erwartet auf die Arbeitssituation der SchulleiterInnen ausgewirkt haben: Medienbildung, Umweltbildung, Gesundheitsvorsorge, Betreuung, Integration, etc. Die Liste der Aufgaben, welche den Bildungsauftrag erweitern und Einfluss auf den Schulalltag haben, lässt sich leicht verlängern.

Die Begriffe «Erziehung, Betreuung und Bildung» sind kaum mehr zu trennen. Sie stellen die Summe vieler verschiedener Einflüsse dar, die unsere Gesellschaft gerne wohlportioniert auf unsere Jugend einwirken lassen möchten: Umwelt, Medien, Schule, Freizeit und Familie.

#### Aufgabenbereiche

Das vorliegende Dokument basiert auf dem bisherigen Funktionsdiagramm, orientiert sich zur besseren Verständlichkeit der Situation der Schulleitungen jedoch stärker an den konkreten Aufgabenbereichen aus dem Alltag (Details im Anhang: [Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.](#)):

- Sockelpensum für die Operative Führung mit Hauptaufgaben aus dem Regelbetrieb
- Case-, Konflikt- und Krisen-Management
- Projekte und Reformen
- Innovation und Entwicklung

## **Sockelpensum mit Hauptaufgaben aus Regelbetrieb**

### ***Ausgangslage***

Die Schulleitungsaufgabe umfasst prominent die pädagogische, personelle, administrativ-organisatorische und finanzielle Führung (innerhalb des Budgets) und die Verantwortung für die standortbezogene Kommunikation. Eine wirksame Schulführung basiert auf transparenten, inhaltlich nachvollziehbaren und oft auch stark partizipativ geprägten Entscheiden.

Dabei steht der möglichst pannenfreie und sichere Schulbetrieb im Vordergrund. Die Schulleitungen sorgen für gute Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen: Diese kümmern sich um die zentralen Aspekte des Unterrichts und der Betreuung der SchülerInnen - die Schulleitungen halten ihnen den Rücken frei.

Obwohl die Aufgaben im Bereich «Sockelpensum / Regelbetrieb» aufwandmässigen Schwankungen unterliegen, können diese mit den bestehenden Pensen mehrheitlich abgedeckt werden.

### ***Herausforderungen***

Prozesse, die an Schulen abzuwickeln und durch die Schulleitungen zu führen sind, sind ausserordentlich vielschichtig und komplex. Der Umgang mit den Beteiligten soll geprägt von einem positiven Menschenbild respektvoll, wertschätzend und wohlwollend sein. Der Führungsaufwand ist hoch, da die Arbeit mit Menschen im Zentrum steht und die Schulleitung für verschiedene Anspruchsgruppen (Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern) zuständig ist. Herausforderungen bilden:

- Anstieg der Schülerzahlen
- Anstieg Klassenzahlen
- Anstieg Mitarbeiterzahlen / Teilzeitpensen (Führungsspanne)
- Wertevielfalt und Individualisierung (Anforderungen, Erwartungen)

## **Case-, Konflikt- und Krisen-Management**

### ***Ausgangslage***

Bildung gehört zu jenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern, die an Spannungen und Widersprüchen reich sind. Wer eine Schule führt und mitgestaltet, muss mit den unterschiedlichsten Erwartungen und Anforderungen umgehen können. Die Pensen der Schulleitungen in Olten beinhalten Ressourcen zur Fallführung, Fallbegleitung und Intervention mit:

- Schülerinnen und Schülern / Gruppen
- Eltern und Familien
- Mitarbeitenden
- Allgemeines Krisenmanagement (Unfälle, Krankheiten, besondere Vorkommnisse)

### ***Herausforderungen***

- Zunahme der Personenzahl ⇔ Fallzahlen
- Komplexität der Themen
- Wertevielfalt und Individualisierung
- - Anforderungen
- - Erwartungen
- Vernetzung der Themen und Stakeholder

- Häufung allgemeiner Krisensituationen (Krankheiten, Budgetreferendum, Corona, u.ä.)

## Projekte und Reformen

### **Ausgangslage**

Im Rahmen einer Standortanalyse wurden im Jahr 2019 folgende Bereiche durch die Schulleitungskonferenz detailliert analysiert und strukturiert:

- Strategische Entwicklung      Strukturen / Zusammenarbeit und Vernetzung (Strategische Führung)
- Organisationsentwicklung      Zusammenarbeit und Vernetzung (Operative Führung)
- Schulentwicklung              Bereich Unterricht / LP 21 / Digitalisierung
- Projektbereich                  Arbeitsfeld Schule und Unterricht
- Q-Management                Qualitätssicherung / Qualitätsentwicklung / Personalförderung und -beurteilung
- Infrastrukturelle Entwicklung    Schulraumplanung, Investitions- und Beschaffungsplanung (im Kontext Digitalisierung)
- Entwicklung Bildungslandschaft    Kinder-, Jugend und Familienförderung, Frühe Förderung und Betreuung
- Kommunikationsentwicklung    Bereich Marketing, Networking
- Verzichtspannung

In der Mehrjahresplanung (neues Führungsinstrument) werden **Inhalt, Umfang und Terminierung** von verschiedensten anstehenden oder bereits gestarteten Reformen und Projekten überschaubar und sichtbar. Dabei stellen Projekte auf kommunaler Ebene wichtige und aufwändige Themen dar. Beispielsweise der Neubau der Schulanlage Kleinholz in Abstimmung mit Ergänzungsbauten an weiteren Standorten oder der Bezug zur Frühkindlichen Förderung, Bildung und Erziehung.

### **Herausforderung**

Die Erwartungen an gelingende Projekte und erfolgreiches Projektmanagement sind hoch und können nicht erfüllt werden:

- Anzahl und Vielfalt der Themen
- Unterschätzter Aufwand (Initialaufwand, Projektumfang)

## Innovation und Entwicklung

### **Ausgangslage**

Die Bildungslandschaft und damit verbunden die Volksschule hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend verändert. Strukturen, Anforderungsprofile an Lehrpersonen, pädagogische Haltungen, Werte Normen, und Organisationsformen sind im Wandel.

Viele Themen sind innerhalb der Leistungsvereinbarung kantonale vorgegeben, haben eine hohe Priorität, sind mehrjährig und bringen einen grossen Führungsaufwand mit sich, weil die anvisierten Veränderungsprozesse konzipiert, umgesetzt und im Sinn der Wirkungsziele begleitet sein müssen. Diese Schulleitungsaufgabe beinhaltet das komplette Entwicklungs- und Veränderungsmanagement.

- Schul-, Organisations- und Unterrichtsentwicklung
  - Nationale Themen (Lehrplan 21)
  - Kantonale Themen (Informatische Bildung, Spezielle Förderung, Sonderpädagogik, Qualitätssicherung, etc.)
  - Kommunale Themen (Kommunikation, Kollaboration, Infrastruktur, Kostenoptimierung)
- Digitalisierung
  - Medienkompetenz
  - Informatikkompetenz (Programmierung etc.)- Anwendungskompetenzen (Office etc.)
- Gesellschaftlich geprägte Entwicklungen

- - Schul- und Familienergänzende Betreuung
- - Tagesschulen - Talentförderung

### **Herausforderung**

Analog der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird bei der Beantwortung aktueller bildungs- und gesellschaftspolitischer Fragen die Vernetzung und Zusammenarbeit immer wichtiger. Für grosse Schulen wie Olten ist es ratsam, projektartige Themen an dafür mandatierte ProjektleiterInnen zu vergeben. Hier entsteht ein eigenes Aufgabengebiet durch Herausforderungen wie:

- Geschwindigkeit von Themen und Trends (Disruption)
- Anzahl und Vielfalt der Themen
- Komplexität der Themen
- Wertevielfalt und Trends
- - Anforderungen
- - Erwartungen
- Grobkonzepte mit fehlenden Details
- Unterschätzter Aufwand

### **Zielerreichung und Ergebnisse**

Unter der aktuellen engagierten und sorgfältigen Führung der Schulleitungskonferenz Olten läuft der Regelbetrieb rund und stabil. Die Schulstandorte sind mit hoher Eigenständigkeit im Praxisalltag und Regelbetrieb unterwegs und nutzen wo möglich und sinnvoll die Synergien der Organisationseinheit Schule Olten.

Besonders auch Infrastrukturprojekte auf kommunaler Ebene mit dem Bauprojekt Schulanlage Kleinholz, dem Schulraumprovisorium am Zementweg, Schulwegoptimierung Bornfeld-Kleinholz, den Ausbauten mehrerer Pausenplätze, sowie verschiedenste Sanierungs- und Investitionsprojekten mit Ergänzungsbauten an verschiedensten Standorten sind solide unterwegs.

### **Handlungsorientiertes Vorgehen**

Im Kontext der Situationsanalyse 2019 und der Mehrjahresplanung wurden bereits im gleichen Jahr erste Massnahmen im Alltag der Schulorganisation Olten spürbar umgesetzt:

- - Koordination der Weiterbildungs- und Projektschritte im Rahmen der Einführung des LP21
- - Verbindung der Grossprojekte «Lehrplan21» und «Informatische Bildung»:
- - Sicherung der Planungsgrundlagen
- - Optimierung der Schülerzahlen-Prognosen
- - Anpassungen und Optimierung der Finanz- und Investitionsplanung
- - Massnahmen zur Verringerung der Rückstellungsquote bei den Kindergarteneintritten
- - Intensivierung der Vernetzung und regelmässiger Austausch zwischen Stabsdiensten und externen Dienstleistern
- - Strukturaufbau
- - Aufnahme Praktikumsbetrieb auf der Schulinsel- Aufnahme Projekt-Pensen Schulleitungen
- - Aufbau von Ressourcen im Bereich KJFF (Kinder, Jugend und Familienförderung)
- - Sachbearbeitung 20%
- - Ausbau und Regelung von Schul-Assistenzen
- - Weiterbildungsplanung PICTS (pädagogische ICT-Verantwortliche)
- - Neuanstellung im Rahmen der Nachfolgeplanungen bei den Schulleitungen
- - Massnahmen zur Klärung der Übertrittsquoten an die Sekundarschule
- - Regionale Auswertung
- - Stärkung und Profilierung der Sekundarschule (Stufen- und Jahrgangsübergreifende Projekte)
- - Sofortmassnahmen bezüglich Schulraumbeschaffung

## **Exemplarische Erfolge**

Die Schule Olten hat sich in den Bereichen Integration, Digitalisierung, Beurteilung und Unterrichtsentwicklung einen beachtlichen Leistungsausweis geschaffen. Dies zeugt von Motivation, Engagement und Anpassungsfähigkeit:

### **Frühe Förderung: «Deutsch vor dem Kindergarten» 2018**

Unterschiede in den sprachlichen Fähigkeiten zwischen gleichaltrigen Kindern im Kindergartenalter bedeuten unterschiedliche Startbedingungen. Die Deutschkenntnisse von Kindern und Jugendlichen sind entscheidend für den Schulerfolg sowie für einen erfolgreichen Berufseinstieg.

Die Schule Olten startet im Bereich der Frühkindlichen Förderung, Bildung und Erziehung aktuell mit ihren Partnerorganisationen ins dritte Projektjahr im kantonalen Innovationsprojekt «Deutsch vor dem Kindergarten». Der gesamte Projektaufwand wird innerhalb der bestehenden Pensen geleistet.

### **Umsetzung LP21: Modellschule Beurteilen 2018**

Nach der Ausschreibung des Volksschulamtes ist die Schule Olten seit Juni 2018 teil des kantonalen Projekts «Modellschulen Beurteilung» und wirkt an der Erprobung und Entwicklung neuer Beurteilungsformen im 1. Zyklus mit.

### **Informatische Bildung: smart@media-Award Nov. 2019**

Die Schule Olten wird für ihr Gesamtkonzept bei der Umsetzung des Bildungsauftrags im Bereich Informatische Bildung ausgezeichnet: Die Neuausrichtung im Rahmen des Lehrplans 21 sei konzeptionell breit abgestützt, werde an der gesamten Schule stufenübergreifend umgesetzt und beziehe auch die Eltern mit ein. Auch für die Lehrpersonen sei das Projekt mit einem grossen Kompetenzzuwachs verbunden. Es umfasse lebensnahe, handlungsorientierte, gute Unterrichtsumsetzungen.

### **Umsetzung LP21: Publikumspreis für Musikschule Olten Jan. 2020**

Die Musikschule Olten sichert sich den Publikumspreis des diesjährigen Kongresses «Forum Musikalische Bildung» organisiert durch den Verband Musikschulen Schweiz für das Projekt «Offene Musikschule».

## **Aktuelle Pensen**

### **Bisherige Pensendefinition**

Seit 2010 sind alle Schulen im Kanton Solothurn offiziell «Geleitete Schulen». Die bisherige Empfehlung zur Ausgestaltung der Schulleitungspensen stammt aus dem Jahr 2009 und wurde auch damals zusammen mit dem VSEG (Verband Solothurner Einwohnergemeinden) entwickelt. Für die Pensendefinition gemäss Konzept «Geleitete Schule» aus dem Jahr 2016 wurde bisher ein Kriterienbündel herangezogen:

- a. Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Schulleitungen
- b. Anzahl Schülerinnen und Schüler
- c. Anzahl Stellenprozente der Lehrpersonen
- d. Laufende und geplante Reformen der Volksschule

### **Pensenzusammensetzung Schulleitung und Schulverwaltung**

Um den Betrieb der Schule zu gewährleisten sind neben den Schulleitungen, Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung in die Kernprozesse der Schüler- und Personaladministration sowie des Schulsekretariats eingebunden.

| <b>Stellen-%</b> | <b>Funktion</b>  |
|------------------|------------------|
| 100 %            | Direktionsleiter |
| 100 %            | Sachbearbeitung  |
| 80 %             | Leiter Dienste   |

|              |                     |
|--------------|---------------------|
| 80 %         | Sachbearbeitung     |
| 40 %         | Lohnbuchhaltung     |
| 20 %         | KJFF-Admin (Sachb.) |
| 0 %          | KJFF-Fachperson     |
| 50 %         | Finanzbuchhaltung   |
| <b>470 %</b> | <b>Total</b>        |

Im vorliegenden Bericht und Antrag werden im Sinne der Transparenz und Gesamtsicht alle Führungs- und Verwaltungspensen inklusive der Musikschule konsolidiert ausgewiesen.

## Schulleitungspensen gemäss Leistungsvereinbarung 2018-21

### Übersicht 2015/16 bis 2020/21

Auf der Grundlage des Konzepts aus dem Jahr 2016 legte der Stadtrat die Schulleitungspensen mit insgesamt 419 Stellenprozenten während der Dauer der Leistungsvereinbarung 2018-21 auf Basis der Berechnungen aus dem Schuljahr 2015/16 fest.

Auf Grund von Veränderungen der Kennzahlen bewilligte am 29. Oktober 2018 der Stadtrat zusätzlich 40% befristete Stellenprozente als Projektpensen. Nach der Rechtsgültigkeit des Budgets 2019 konnten diese Projektpensen erstmals per 1. Juli 2019 vergeben werden.

|                           | SJ 2015/16<br>Stichtag 01.08.2015 |               |                  |                  | Basis<br>2015 | SJ 2020/21<br>Stichtag 01.08.2020 |                  |                       |           |                       |            | Variante mit<br>Projektpensen<br>40% |
|---------------------------|-----------------------------------|---------------|------------------|------------------|---------------|-----------------------------------|------------------|-----------------------|-----------|-----------------------|------------|--------------------------------------|
|                           | Pensen LP<br>[%]                  | Klassen       | SuS              | SL-Pensum<br>[%] |               | SL Total                          | Pensen LP<br>[%] | Differenz<br>LP [%] * | Klassen   | Differenz<br>Klassen* | SuS        |                                      |
| Bannfeld                  | 2'238                             | 12<br>4<br>16 | 199<br>81<br>280 | 84               | 84            | 2'448                             | +210             | 12<br>4<br>16         | +0        | 208<br>79<br>287      | 7          | 84                                   |
| Bifang                    | 2'591                             | 13<br>4<br>17 | 227<br>72<br>299 | 91               | 91            | 2'745                             | +154             | 12<br>4<br>16         | -1        | 232<br>80<br>312      | 13         | 91                                   |
| Hübeli                    | 1'302                             | 6<br>2<br>8   | 114<br>32<br>146 | 50               | 50            | 1'514                             | +211             | 7<br>3<br>10          | +2        | 130<br>58<br>188      | 42         | 50                                   |
| Sali                      | 2'774                             | 12<br>5<br>17 | 239<br>94<br>333 | 99               | 99            | 3'052                             | +278             | 14<br>6<br>20         | +3        | 282<br>99<br>381      | 48         | 99                                   |
| Sek I                     | 2'956                             | 18            | 332              | 95               | 95            | 3'383                             | +427             | 19                    | +1        | 336                   | 4          | 95                                   |
| Projektpensen             |                                   |               |                  |                  | 0             |                                   |                  |                       |           |                       |            | 40                                   |
| <b>Total</b>              | <b>11'861</b>                     | <b>76</b>     | <b>1'390</b>     | <b>419</b>       | <b>419</b>    | <b>13'141</b>                     | <b>+1280</b>     | <b>81</b>             | <b>+5</b> | <b>1'504</b>          | <b>114</b> | <b>459</b>                           |
| Vollzeitstellen           | 119                               |               |                  |                  |               | 131                               |                  |                       |           |                       |            |                                      |
| Wachstum durchschnittlich |                                   |               |                  |                  |               |                                   | +11%             |                       | +7%       |                       | +8%        | +10%                                 |

### Interpretation der Übersicht

- Die Pensen der Lehrpersonen (+11%), die Klassenzahlen (+7%) und die Schülerzahlen (+8%) haben zugenommen.
- Das Wachstum anhand des im Konzept festgelegten Kriteriensets beträgt rund +10% und ist in Bezug zu den 419% Schulleitungen (10% = 41.9%) durch Projektpensen im Umfang von 40% (ab Schuljahr 2019/20) berücksichtigt.
- Das Kriterium «Laufende und geplante Reformen der Volksschule» wurde nicht bewertet oder beziffert.

### Komplette Pensenübersicht 2020/21

## Pensenübersicht 2020/21 (mit IST- / SOLL-Vergleich)

|                           | IST-Situation 1.8.2020 (Budget 2020) |                    |               | SOLL-Vergleich 2020          |                         |
|---------------------------|--------------------------------------|--------------------|---------------|------------------------------|-------------------------|
|                           | 2020<br>SL                           | 2020<br>Verwaltung | 2020<br>Total | Empfehlung<br>VSEG 2018      | Differenz<br>IST / SOLL |
|                           | SL Basis<br>2015                     | [%]                | [%]           | SL inkl. Admin<br>Faktor 0.7 | SL inkl. Admin          |
| Bannfeld                  | 84                                   | 91                 | 175           | 201                          | -26                     |
| Bifang                    | 91                                   | 98                 | 189           | 218                          | -29                     |
| Hübeli                    | 50                                   | 56                 | 106           | 132                          | -25                     |
| Säli                      | 99                                   | 106                | 205           | 267                          | -61                     |
| Sek I                     | 95                                   | 102                | 197           | 235                          | -38                     |
| Projektpensen             | 40<br>(Projektpensen)                | 16                 | 56            |                              |                         |
| <b>Total</b>              | <b>459</b>                           | <b>470</b>         | <b>929</b>    | <b>1053</b>                  | <b>-124</b>             |
| Vollzeitstellen           |                                      |                    |               |                              |                         |
| Wachstum durchschnittlich |                                      |                    |               |                              |                         |
| Musikschule               | 60                                   | 0                  |               |                              |                         |
| <b>Total über alles</b>   |                                      |                    | <b>989</b>    |                              |                         |

Stellenprozente.

### Interpretation

Die Pensen des Schuljahres 2020/21 sind gemäss SRB vom 29. Oktober 2018 und analog Schuljahr 2019/20 ausgestaltet. Sie beinhalten gegenüber dem Schuljahr 2015/16 zusätzlich 40% Projektpensen und 20% Sachbearbeitung KJFF.

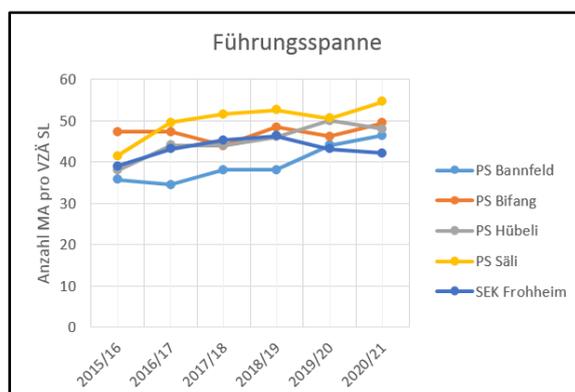
Die Berechnung gemäss den neuen Richtlinien der kantonalen Fachverbände würde aktuell ein Pensum von 1'053 Stellenprozenten (+124%) vorsehen. Eingesetzt sind aktuell 929

## Probleme

### Führungsspanne

#### Ausgangslage

Mit der obligatorischen Einführung der geleiteten Schulen wurde die ganze Personalführung in die Hände der SchulleiterInnen gelegt. Diese sind verpflichtet die Lehrpersonen zu führen, zu fördern und zu beurteilen. Die Personalführung und -entwicklung ist die wichtigste und zeitaufwendigste Aufgabe. Die Schulleitungen haben dabei ausserordentlich grosse Führungsspannen zu bewältigen: Je nach Schuleinheit umfasst der Personalbestand pro Vollzeitpensum Schulleitung zwischen 35 und 55 Lehrpersonen.



Schulleitungen erleben ihre Mitarbeitenden häufiger im kooperativen Arbeitsumfeld bei Vor-, Nachbereitung, Projekt- und Teamarbeit als in ihrer Kernaufgabe dem Unterrichten. Das kooperative Führungsverständnis baut entsprechend auf hohem gegenseitigem Vertrauen, stichprobenartigen Unterrichtsbesuchen und Auswertung von «Output-Kriterien» auf (Zielerreichung der Klassen, Zufriedenheit von Eltern und Schüler\*innen). Der Führungsaufwand ist hoch, da die Arbeit mit Menschen im Zentrum steht und die Schulleitung für verschiedene Anspruchsgruppen (Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern) zuständig

ist.

Link: [Rahmenkonzept Qualitätsmanagement Kt. Solothurn](#)

### Interpretation

- Der tiefste Wert lag bei 35 Mitarbeitenden (MA) pro Vollzeitäquivalent Schulleitung (100% SL)
- Der höchste Wert liegt bei 55 Mitarbeitenden (MA) pro Vollzeitäquivalent Schulleitung (100% SL)

- In den vergangenen 5 Jahren (2015/16 bis 2019/20) hatten Oltner SchulleiterInnen im Mittelwert 44 Lehrpersonen auf ein 100% Führungspensum zu betreuen.

### **Probleme**

- Der Erwartungsdruck durch kantonale Vorgaben und offizielle Qualitätssicherungssysteme ist gross.
- Die Führungsspannen sind im Vergleich mit Linienorganisationen in der Privatwirtschaft enorm.
- Die Anzahl der Unterrichtsbesuche und Mitarbeitergespräche ist hoch.
- Die Anzahl der Mitarbeitenden sind an allen Schulstandorten parallel zur Anzahl von Teilpensenmitarbeitenden gestiegen. Durch die Teilzeitanstellungen steigen die Ansprüche an Organisation, Kommunikation und Koordination und gleichzeitig verdichten sich die Abhängigkeiten in der Einsatzplanung (Kinderbetreuung, Koordination mehrerer Arbeitspensen in der Familie, Einsätze über mehrere Schulen hinweg, etc.)
- Der Aufwand und die Erwartungen an die Personalführung und -beurteilung sind innerhalb von Bildungssystemen - die Beurteilung im Kernauftrag praktizieren - nicht zu unterschätzen. Die Personalbeurteilung ist ein relativ neues System und entsprechend mit Initialaufwand und Kulturwandel verbunden. Die Belastungen durch die Personalführung, besonders in angespannten Situationen, sind entsprechend hoch. Die Fallführung bei Konflikten ist aufwändig.
- Kompetente und engagierte Lehrpersonen zeichnen eine «gute Schule» aus. Sie erteilen wirkungsvollen Unterricht. Der Schulleitung kommt insbesondere bei der Personalgewinnung (Auswahl geeigneter Lehrpersonen) und der Personalförderung (Weiterbildung, Unterstützung und Erhaltung) eine zentrale Rolle zu.

### **Fazit**

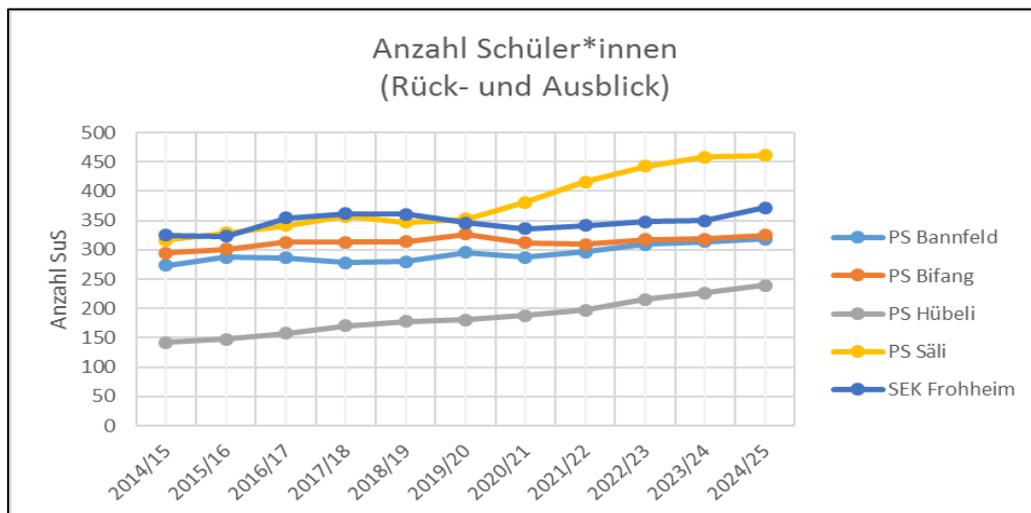
Keine der Standortleitungen kann die geforderten Mindeststandards von jährlich einem Beurteilungszyklus pro Vollzeitmitarbeiter und die zweijährlichen Zyklen bei den Teilzeitmitarbeitenden einhalten.

### **Schülerzahlen und Case Management**

Die Volksschule mit ihrer Arbeit von Menschen an Menschen lebt gesellschaftliche Entwicklung direkt mit. Die Fähigkeiten zur Kommunikation und Kooperation werden laufend wichtiger und fehlen gleichzeitig den Menschen im individualisierten Umfeld immer häufiger. Entsprechend herausfordernd und aufwändig gestalten sich Begleit-, Moderations- oder Konfliktprozesse bei Schwierigkeiten im Lern- und Arbeitsverhalten, im Rahmen der Schullaufbahn oder im sozialen Bereich in Schul-, Freizeit- oder Familienleben von Kindern und Jugendlichen.

Die Anzahl der SchülerInnen an den Standorten steigt kontinuierlich. Parallel dazu lassen sich eine zunehmende Anzahl an Fallbegleitungen und komplexere Themen beobachten.

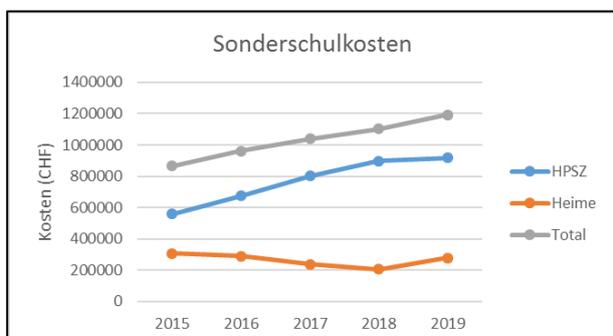
### **Grafik Schülerzahlenentwicklung**



### Probleme

- Die Aufwände für zunehmende Zahl und komplexere Fallbegleitungen sind in den Sockelpensen der Schulleitungen zu wenig berücksichtigt.
- Die Schulleitungen werden durch die Schulsozialarbeitenden, Schuldienste, Spezialisten und die Direktion Bildung und Sport tatkräftig unterstützt. Die Koordinations- und Kommunikationsarbeit bleibt jedoch häufig Sache der Schulführung und ist aufwändig und belastend.

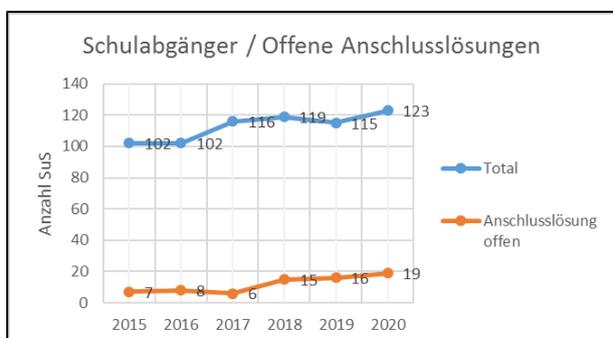
### Grafik Fallbegleitungen Sonderschulung



### Interpretation

Die Sonderschulkosten stehen in direkter Korrelation zu den Fallzahlen. Hinter jeder Sonderschulzuweisung steckt ein aufwändiger Zuweisungsprozess mit zahlreichen internen und externen Absprachen, moderierten Gesprächen und fallspezifischen Abklärungen.

### Grafik Fallbegleitungen Anschlusslösungen



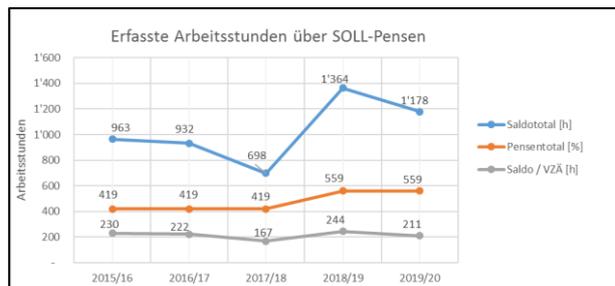
### Interpretation

Die Anzahl Schulabgänger\*innen steigt kontinuierlich innerhalb von 5 Jahren um rund 20% an. Die Anzahl offener Anschlusslösungen zum Zeitpunkt Ende Juni hat sich im Vergleich überproportional um fast das Dreifache erhöht. Hinter jeder Berufswahlbegleitung und Anschlussvermittlung stecken aufwändige Begleit- und Unterstützungsprozesse, welche oft auch die Schulleitung SEK betrifft.

### Überschreitungen der Soll-Arbeitszeiten

Die Schule Olten hat sich im Bereich von «Innovationen und Entwicklungen» einen beachtlichen Leistungsausweis und eine solide Basis für anstehende Weiterentwicklungen geschaffen. Gerade der Innovationsbereich und die parallel dazu zunehmenden und aufwändigen Fallführungen aus dem «Case-, Konflikt und Krisenmanagement» sind durch die aktuellen Pensen der Schulleitungen nicht genügend abgedeckt.

Seit Jahren leisten Oltnr Schulleitungen Arbeitspensen, die über die aktuellen Vorgaben hinausgehen: Einerseits aus Überzeugung und Eigenmotivation, andererseits aus Respekt vor Kritik, Reklamationen oder Pannen. Die analoge Situation ist beim Kader innerhalb der Direktion Bildung und Sport anzutreffen. Hier werden Risikosignale nicht beachtet.



### Interpretation

Die überproportionalen Anstiege in den letzten beiden Schuljahren lassen sich auf Zusatzaufwände durch das Budgetreferendum (Projektstopps Jugendarbeit, Zementweg, Schulfest etc.) auf nicht genügend ressourcierte Projekte im Infrastrukturbereich (Schultransport, Schulraumprovisorien, Neubau Kleinholz, u.w.) sowie auf das Krisenmanagement COVID-19

zurückführen. Für ausserordentlichen Vorkommnisse sind die Führungspensen nicht ausgelegt. Nicht zu unterschätzen sind die aufgeschobenen Arbeiten, welche im aktuellen Schuljahr zur Aufarbeitung anstehen.

### Personalausfälle

Die zunehmenden Themen und Aufgaben, sowie die wachsenden Strukturen, haben seit der letzten Ressourcendefinition (2015) zu Überforderung, Unzufriedenheit und fehlenden Perspektiven geführt. Daran konnten auch die befristeten Projektpensen im Umfang von 40% gemäss SRB vom 29.10.2018 nichts ändern.

Das Aufgabengebiet der Schulleitungen in der bisher gewohnten Qualität unter den aktuellen Bedingungen ist längerfristig nicht leistbar. Drei krankheitsbedingte Ausfälle in den vergangenen 5 Jahren zeigen dies leider unmissverständlich auf:

- April 2017: Ausfalldauer 12 Monate
- Okt. 2017: Ausfalldauer 5 Monate
- 2019: Ausfalldauer 14 Wochen (April, Mai, Juni, Juli)

Die Muster, welche zu den Ausfällen führen sind ähnlich:

- Projekte oder Fallführungen torpedieren den Regelbetrieb (Sockelpensum / Hauptaufgaben)
  - diese Themen haben hohe Dringlichkeiten
  - ohne Intervention drohen Pannen, Stillstand oder Ressourcenverschwendung
- Arbeiten im Sockelpensum können inhaltlich, terminlich oder bezüglich Qualität nicht mehr sauber erledigt werden
- Erwartungen von aussenstehenden Personen oder an sich selber können nicht mehr erfüllt werden (Unzufriedenheit, fehlende Vorbildhaltung, fehlende Qualität)
- Es kommt zu Reklamationen, zu negativem Feedback oder Vorwürfen durch Dritte

Die Situation der Überlast bei den Schulleitungen ist erkannt und stellt für die Bildungsdirektion ein zentrales Risiko für die Schulorganisation dar. Die verschiedenen Fachverbände im Kanton (Verbände der Einwohnergemeinden VSEG, SchulleiterInnen VLSO und Lehrer\*innen LSO) reagierten ebenfalls auf die Situation der Schulleitungen, welche nicht nur in Olten zu beobachten ist. Im Jahr 2018 wurden neue Empfehlungen zur Ausgestaltung der Pensen verabschiedet. Der vorliegende Bericht und Antrag orientiert sich an diesen breit akzeptierten neuen Vorgaben.

### Projektmanagement

#### Laufende Projekte und Reformen

Bereits in der Begründung der Projektpensen im Umfang von 40% wurden aufwändige und komplexe Entwicklungsprojekte im Rahmen der aktuellen Leistungsvereinbarung erwähnt. Viele Themen sind innerhalb der Leistungsvereinbarung kantonal vorgegeben, haben eine hohe Priorität, sind mehrjährig und bringen einen grossen Führungsaufwand mit sich, weil die anvisierten Veränderungsprozesse

konzipiert, umgesetzt und im Sinn der Wirkungsziele begleitet sein müssen. Diese Schulleitungsaufgabe lässt sich als eigentliches «Projektmanagement» bezeichnen. Hier entsteht ein eigentliches eigenes Aufgabengebiet. Für grosse Schulen wie Olten ist es ratsam, diese Themen projektbezogen anzugehen und an ProjektleiterInnen zu vergeben.

### ***Geplante Innovationen und Entwicklungen***

Im Rahmen einer Standortanalyse wurden im Jahr 2019 alle Themenbereiche durch die Schulleitungskonferenz detailliert analysiert und strukturiert. In der Mehrjahresplanung (neues Führungsinstrument) werden **Inhalt, Umfang und Terminierung** von verschiedensten anstehenden oder bereits gestarteten Reformen und Projekten überschaubar und sichtbar. Dabei stellen Projekte auf kommunaler Ebene wichtige und aufwändige Themen dar. Beispielsweise der Neubau der Schulanlage Kleinholz in Abstimmung mit Ergänzungsbauten an weiteren Standorten oder der Bezug zur Frühkindlichen Förderung, Bildung und Erziehung.

### ***Fehlender Einfluss***

- Leistungsvereinbarung und Schulprogramm werden durch externe Vorgaben überfüllt:
  - VSA: Kant. Projekte (**10 Vorgaben**: QM, Checks, Lehrplan 21, Informatische Bildung,...)
  - Organisationsbestimmte Ziele (**1 Zielsetzung**: Schulraum)

### ***Fehlende Strukturen, Methoden und Prozesse***

- Einzelprojekte / Neuprojekte starten ohne Detailplanungen
  - Fehlende Definition von: Inhalt, Umfang, Zeitbedarf, Ressourcen, Qualität
  - Phasenplanungen und Projekt-Gates fehlen: Initialisierung, Konzeptionierung, Realisierung, Einführung
  - korrekte Überführung von Projekten in den Regelbetrieb ist nicht gewährleistet
- Aufwändigste Innovations- und Entwicklungsprojekte in Kernaufgaben:
  - Informatische Bildung und LP21 generieren Aufwände in den Bereichen: Weiterbildung, Support, Unterrichtsentwicklung

### ***Fazit***

Aus Sicht der Direktionsleitung war die Situations- und Ursachen-Analyse ein erster Schritt zur Planung von Lösungsansätzen. Ohne Orientierung und Übersicht ist weder eine saubere Prioritätensetzung noch die entsprechende Massnahmen- oder Ressourcenplanung möglich.

Die Menge der aktuellen und anstehenden Themen schätzt die Direktionsleitung Bildung und Sport als absolut kritisch ein. Die Mehrjahresplanung zeigt die Überlast eindrücklich auf. Die projektartigen Aufgabengebiete (Infrastrukturentwicklung, Talentförderung, Begabungsförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Tagesschulen, u.ä.) kann die Schulführung der Schule Olten mit den bestehenden Pensen schlicht nicht abdecken.

Ohne Verzichtplanung oder Anpassungen bei den Ressourcen der Schulleitungen ist die Qualität der zu leistenden Führungsarbeit und die Erreichung der bildungspolitischen Zielsetzungen (Personalführung, Unterrichtsentwicklung, etc.) in Frage gestellt.

### ***Aufgeschobene Arbeiten***

Die Fülle der zunehmenden Themen und Aufgaben haben seit der letzten Ressourcendefinition auch dazu geführt, dass Arbeiten liegen geblieben sind:

- Zyklen der Mitarbeitergespräche inklusive Unterrichtsbesuche können nicht eingehalten werden
- Im Web / auf der Website sind veraltete Rechtsgrundlagen aufgeschaltet
- Interne Prozessdokumentation können nicht nachgeführt werden und veralten
- Interne Datenablagen werden unübersichtlich
- Daten über Nahtstellen hinweg (Verwaltung und Bildung) werden nicht mehr abgeglichen
- Veraltete oder beschwerliche Kommunikationskanäle auf Verwaltungs- und Schulebene mit Eltern und Kindern (Web, Mail, Messengerservice etc.) sind «Zeitfresser»
- Synergiepotential zwischen Schulstandorten bleibt ungenutzt

## Infrastruktur

Im Bereich der Infrastruktur mussten bedeutend mehr personelle Ressourcen eingesetzt werden, als ursprünglich geplant. Die in den Finanz- und Investitionsplanungen aufgeführten Projekte wurden durch weitere Projekte ergänzt (Vergangenheit und Zukunft):

- Sanierung Jugendwerk Rötzmatt 8                      Status: nicht vorgesehen / abgeschlossen
- Sofortmassnahmen Schülertransporte                Status: nicht vorgesehen / abgeschlossen
- Übergangslösung Zementweg 48                        Status: nicht vorgesehen / abgeschlossen
- Schulhaus Kleinholz                                        Status: vorgesehen / in Umsetzung
- Pausenplatz / Spielplatz Schulhaus Hübeli         Status: nicht vorgesehen / in Umsetzung
- Pausenplatz / Spielplatz Schulhaus Säli             Status: vorgesehen / in Umsetzung
- Sanierung Schulhaus Frohheim                         Status: teilweise vorgesehen / in Umsetzung

## Nachfolgeplanung und Stellensituation

Innerhalb des 9-köpfigen Gremiums der Schulleitungskonferenz Olten müssen in den nächsten drei Jahren für drei Schulleiterinnen und Schulleiter die Nachfolgen geregelt werden.

### *Stellensituation*

Der «Markt» für Schulleitungspersonen ist ausgetrocknet. Berichte über Experimente mit Fehlbesetzungen in Schulleitungspositionen häufen sich in den Medien. Die neuste Erhebung des schweizerischen Schulleiterverbands (<https://www.vslch.ch>) zeigt ein deutliches Bild: 56% der Schulen in der Deutschschweiz melden Mühe bei der Besetzung von Schulleitungsstellen. Im Kanton Aargau sind es 59% im Kanton Basel Land gar 64%.

Ein weiterer Hinweis auf die Wichtigkeit der Besetzung von Schulleitenden durch kompetente und engagierte Fachkräfte ist das neuste Angebot der FHNW ([www.fhnw.ch/wbph-drf](http://www.fhnw.ch/wbph-drf)), welches Aufsichtsbehörden bei der Besetzung von Schulleitungsstellen unterstützt.

Zusätzlich zeigt sich, dass es für Schulleitende als Hauptverantwortliche für die pädagogische Führung ihrer Schulen ebenfalls schwierig ist, qualifiziertes Lehrpersonal zu finden. Landesweit fehlen nach wie vor massiv Fachkräfte für schulische Heilpädagogik. Auffällig ist der Mangel an Fachkräften in Kantonen mit unterdurchschnittlich attraktiven Arbeitsbedingungen.

### *Anstellungs- und Rahmenbedingungen*

SchulleiterInnen, die im Dauerstress und unter hohen Belastungen ihre Arbeit verrichten, bleiben den Mitarbeitenden nicht verborgen – auch nicht die Gründe für die Belastungen. Es ist somit nicht nur für das bestehende Führungspersonal, sondern auch für die Akquise von Nachfolgen entscheidend, attraktive Arbeits- und geeignete Rahmenbedingungen aufweisen zu können.

SchulleiterInnen werden nicht auf «Vorrat» ausgebildet, sondern nur, wenn die Anwärter\*innen über eine entsprechende Anstellung verfügen. Neben der Planung von Stellenbesetzungen durch externe Fachpersonen ist es sinnvoll, im Sinne der Talentförderung Mitarbeitende mit entsprechendem Potential in den eigenen Reihen zu suchen und zu fördern.

## Fazit

Die Gegenüberstellung der Erfolge aus dem Regelbetrieb und die über die Jahre entstandenen Problemsituationen zeigen auf, dass in Olten einerseits mit hohem Engagement die Themen der Schulbildung angepackt und umgesetzt werden. Andererseits wird deutlich, dass die nötigen Ressourcen für die Erledigung des Gesamtpakets an anstehenden Aufgaben fehlt - und zusätzlicher Aufwand entstanden ist. Es müssen die notwendigen Massnahmen für die Aufarbeitung und Weiterentwicklung ergriffen werden: Anpassungen an Strukturen, an der Personalführung und Personalgewinnung und an weiteren wichtigen Prozessen.

## Erwägungen

## Lösungsansätze

In der vorliegenden Thematik gibt es mehrere Problembereiche und damit verbunden auch verschiedene Lösungsansätze. Fünf grundlegende Faktoren bilden die direkten Einflussgrößen auf die Belastung in der Bildungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungsarbeit. Es geht um die Definition von:

- Inhalt
- Umfang
- Qualität
- Ressourcen
- Termin

Da die Bildungsqualität ein mächtiges Spannungsfeld darstellt, ist es ratsam in diesem Bereich keine Kompromisse einzugehen. Die Anforderungen an die Qualität der Schulführungsarbeit ist seitens der Mitarbeitenden, Eltern sowie der Politik und Öffentlichkeit hoch.

Der Fokus der Lösungsansätze liegt somit in zwei Bereichen:

#### **a) Aufwandoptimierung durch Leistungsabbau**

Optimierung im Bereich von **Inhalt, Umfang und Terminierung** von Aufwänden, sprich in der Abgrenzung oder Verschiebung von Themen, Aufgaben und Erwartungen.

#### **b) Ressourcenoptimierung durch zusätzliche Pensen**

Optimierung im Bereich der **Ressourcen**, die für die geforderten Aufgabenbereiche zur Verfügung stehen.

### **Aufwandoptimierung durch Leistungsabbau**

Ohne zusätzliche Ressourcen muss bei den Aufgaben, Reformen und Projekten im Schul- und Schulleitungsumfeld eine klare Verzichtplanung in Kauf genommen und akzeptiert werden.

Die Kommunikation, dass die Schulorganisation sich im Bereich von gesellschaftlichen, kanton- oder kommunal getriebenen Projekten oder Anforderungen abgrenzt (Nein-Sagen), dürfte sich als Dienstleistungsbetrieb nicht einfach gestalten.

Wenn der politische Wille und damit verbunden eine Legitimation vorhanden sind, kann überhaupt erst an die Umsetzung einer Verzichtplanung gedacht werden. Die Konsequenzen bildungspolitisch zu tragen, ist ein heikles Unterfangen.

Die Reduktion der Qualität aus Aufwandgründen wird als nicht praktikabel erachtet. Der Fokus einer möglichen Verzichtplanung liegt somit im Bereich von **Inhalt, Umfang und Terminierung** von Aufwänden, sprich in der Abgrenzung oder Verschiebung von Themen, Aufgaben und Erwartungen.

#### ***Inhaltlicher Verzicht (Komplettverzicht)***

Ein inhaltlich-thematischer Verzicht entspricht einem Komplett- oder Totalverzicht und einer klaren Abgrenzung gegenüber Aufgaben. Mögliche Projekte, die durch einen Komplettverzicht betroffen sein könnten, sind:

- - Talentförderklasse
- - Optimierung der Kinder-, Jugend und Familienförderung
- - schul- und familienergänzende Tagesbetreuung (Ausbau, Angebot, Blockzeitenregelungen etc.)
- - Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Tarife u.ä.)
- - Tagesschule
- - Ausbau und Themen im Rahmen der Elternbildung und Elternpartizipation
- - Umgang mit neuen Medien
- - Austausch und Informationen zu aktuellen Erziehungs- und Bildungsfragen
- - Informationsveranstaltungen zu aktuellen und interkulturellen schulischen Themen
- - Elternpartizipation und -mitsprache (Elternarbeitsgruppen, Dialog-Meetings, etc.)
- - Bearbeitung von Anfragen und Initiativen von Eltern
- - Waldkindergarten

- - Schwimmunterricht

### ***Bearbeitung mit angepasstem Umfang oder Termin (Teilverzicht)***

Eine Anpassung von Aufgaben im Bereich Umfang oder Terminierung kommt einer weniger umfangreichen, oberflächlicheren Behandlung bzw. einer Verschiebung gleich. Mögliche Projekte, die durch einen Teilverzicht betroffen sein könnten, sind:

- - Reduktion von Umfang und Frequenz von Mitarbeitergesprächen, Unterrichtsbesuchen (QM)
- - Verschiebung von Konzeptentwicklung und Unterrichtsentwicklungsthemen
- - Lehrplan 21: Kompetenzorientierung und Individualisierung von Unterricht und Beurteilung
- - Digitalisierung: Projektpausen bei Infrastruktur-, Kommunikations- und Kollaborationsprojekten
- - Sonderpädagogik und Spezielle Förderung
- - Begabungs- und Begabtenförderung
- - Altersdurchmisches Lernen und/oder Niveauübergreifende Unterrichtskonzepte
- - Verschiebung von Weiterbildungsthemen
- - Lehrplan 21: Weiterentwicklung von Unterrichtsprojekten
- - Digitalisierung: Weiterbildungspausen in Kommunikations- und Kollaborationsbereichen
- - Multiprofessionelle Zusammenarbeit
- - Bearbeitung von Anfragen und Initiativen von Eltern
- - Schwimmunterricht
- - Präventionsthemen

### **Ressourcenoptimierung durch zusätzliche Pensen**

Um den Leistungsauftrag der Schulleitungen in Zukunft in genügender Qualität umsetzen zu können, sind parallel oder anstelle von Verzichtsplänen kontinuierlich Anpassungen an den personellen Ressourcen einzuplanen.

### ***Empfehlungen der kantonalen Fachverbände***

Der vorliegende Lösungsansatz im Ressourcenbereich stützt sich auf die Empfehlungen der kantonalen Fachverbände (VSL SO, VSEG, LSO) aus dem Jahr 2018, die an der Mitgliederversammlung VSL SO vom 14. Januar 2019 und vom VSEG-Vorstand am 21. Februar 2019 beschlossen wurden.

### ***Berechnungsfaktor***

Die Pensenhöhe berechnet sich an zweistufig geführten Schulen mit Hauptschulleitung und Standortleitungen (Schule Olten) **inklusive Schulsekretariat und Verwaltungsaufwand** über den **Mindestfaktor\* von 0.7 Stellenprozent** pro Schüler\*in. Nicht berücksichtigt wurde unter anderem die Anzahl Lehrpersonen oder Klassen als Berechnungsgrundlage.

### ***Berechnung***

Die konsolidierten Führungspensen der Schule Olten erhöhen sich im neuen Berechnungsmodell nach den Empfehlungen der Fachverbände von **bisher 929% (+0%) auf neu 1144% (+215%)** auf Basis der Kennzahlen des Schuljahres 2022/23 erhöhen. Die Empfehlungen und die Berechnung zeigen deutlich auf, dass zwischen den bisherigen und den benötigten Ressourcen eine Diskrepanz besteht.

## Umsetzung und Funktionsbezug

### Schulleitungsaufgaben

Die Sockelpensen der Standortschulleitungen werden angepasst und erhöht, damit der Regelbetrieb in den Bereichen «Personalführung» sowie «Case-, Konflikt- und Krisen-Management» solide und in leistbaren Führungsspannen sichergestellt werden können.

Die Direktion Bildung und Sport hat in Zusammenarbeit mit der Schulleitungskonferenz ein Modell erarbeitet, mit dessen Hilfe zusätzliche Pensen nicht im «Giesskannen-Prinzip» verteilt werden. Im Sinne der Effizienzsteigerung sollen zusätzliche Ressourcen aufgabenbezogen und auf teilweise neue Funktionen verteilt werden:

- Die Schulleitungspensen (inklusive Musikschule und Projektleitungspensen) erhöhen sich von **519% auf 680 (+161%)**.

Im Rahmen der Pensenerhöhung und der Empfehlungen des VSEG, VSL und LSO soll eine eigene, unbefristete Projektleiterstelle geschaffen. Diese Schulleitungsperson wird von den Aufgaben des Sockelpensums entbunden und kann sich standortübergreifend um «Projekte und Reformen» sowie um projektartige Arbeiten im Bereich «Innovation und Entwicklung» kümmern. Die Breite der Aufgabenbereiche und dadurch die Verzettlung werden verringert und die Effizienz gesteigert.

### Verwaltungsaufgaben

Zusätzliche Verwaltungspensen entlasten primär die Leitung Dienste (80% Kaderstelle) von administrativen und organisatorischen Aufgaben. Damit werden Ressourcen für wichtige Entwicklungsthemen (Projekte und Innovationen) frei:

- Die Pensen der Verwaltung werden im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienförderung um die 40%-Stelle einer Fachperson von bisher **470% auf 510% erhöht (+40%)**.

## Pensenzusammensetzung Schulleitung und Schulverwaltung

Um den Betrieb der Schule zu gewährleisten sind neben den Schulleitungen, Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung in die Kernprozesse der Schüler- und Personaladministration sowie des Schulsekretariats eingebunden.

| Stellen-%    | Funktion            |
|--------------|---------------------|
| 100 %        | Direktionsleiter    |
| 100 %        | Sachbearbeitung     |
| 80 %         | Leiter Dienste      |
| 80 %         | Sachbearbeitung     |
| 40 %         | Lohnbuchhaltung     |
| 20 %         | KJFF-Admin (Sachb.) |
| 40 %         | KJFF-Fachperson     |
| 50 %         | Finanzbuchhaltung   |
| <b>510 %</b> | <b>Total</b>        |

Gemäss dem erarbeiteten Modell werden im Sinne der Transparenz und der Gesamtsicht alle Führungs- und Verwaltungspensen der Schule Olten in Zukunft konsolidiert dargestellt. Das bedeutet, dass im Rahmen der Leistungsvereinbarung folgende Pensen dokumentiert werden:

- Schulleitungen der Standorte
- Gesamtschulleitung und Schulsekretariat (Verwaltungspersonal der Direktion Bildung und Sport)
- Schulleitung der Musikschule

## Vergleich Berechnungsmodelle am Schuljahr 2022/23

|                           | Planpensen LV 21-24 (Budget 2021) |                    |               | SOLL-Vergleich 2022 (LV Mitte) |                         |
|---------------------------|-----------------------------------|--------------------|---------------|--------------------------------|-------------------------|
|                           | 2021<br>SL                        | 2021<br>Verwaltung | 2021<br>Total | Empfehlung<br>VSEG 2018        | Differenz<br>IST / SOLL |
|                           | Verteil-<br>vorschlag<br>[VSEG]   | [%]                | [%]           | SL inkl. Admin<br>Faktor 0.7   | SL inkl. Admin          |
| Bannfeld                  | 100                               | 95                 | 195           | 216                            | -21                     |
| Bifang                    | 110                               | 97                 | 207           | 223                            | -16                     |
| Hübeli                    | 70                                | 68                 | 138           | 151                            | -13                     |
| Säli                      | 145                               | 134                | 279           | 310                            | -31                     |
| Sek I                     | 115                               | 105                | 220           | 244                            | -24                     |
| Projektpensen             | 80                                | 11                 | 91            |                                |                         |
|                           | (Projektpensen)                   |                    |               |                                |                         |
| <b>Total</b>              | <b>620</b>                        | <b>510</b>         | <b>1130</b>   | <b>1144</b>                    | <b>-14</b>              |
| Vollzeitstellen           |                                   | (inkl. Lehr-/KJFF) |               |                                |                         |
| Wachstum durchschnittlich |                                   |                    |               |                                |                         |
| Musikschule               | 60                                |                    |               |                                |                         |
|                           | Projektpens.                      |                    |               |                                |                         |
| <b>Total über alles</b>   |                                   |                    | <b>1190</b>   |                                |                         |

## Berechnung

Die konsolidierten Führungs-pensen der Schule Olten erhöhen sich im neuen Berechnungsmodell nach den Empfehlungen der Fach-verbände von **bisher 929% auf 1130% (+201%)**. Dabei werden nicht die vollen 1`144% gemäss den Empfehlungen ausgenutzt.

Die Empfehlungen und die Berechnung zeigen deutlich auf, dass zwischen der bisherigen und den benötigten Ressourcen eine Diskrepanz besteht.

## Finanzielle Konsequenzen

### Etappierte Umsetzung von Pensenerhöhungen

Die Direktion Bildung und Sport ist sich der politischen Brisanz der Thematik von zusätzlichen Stellen bewusst. Dem politischen Spardruck und dem kostenbedingten Stellenstopp stehen in der aktuellen Situation direkt die gefährdeten Innovations- und Entwicklungsprojekte, die Qualität der Personalführung und der oft krisenbedingten und belastenden Fallbegleitungen - sowie die Gesundheit der Mitarbeitenden des Kadrs gegenüber.

Es ist aus strategischer und operativer Sicht zwingend notwendig, das nötige Gleichgewicht zwischen den vorhandenen Ressourcen und dem zu leistenden Aufwand in der Schulführung herzustellen. Es sind signifikante Anpassungen erforderlich, um eine gesunde Basis für die qualitative und strukturelle Weiterentwicklung der Oltnen Schulorganisation zu schaffen.

Um die finanzielle Tragbarkeit zu erleichtern und die politische Akzeptanz zu erhöhen, schlägt die Direktion Bildung und Sport entlang des quantitativen Wachstums der Schule und im Rahmen der veränderten Rahmenbedingungen eine etappierte Pensenerhöhung vor:

Budget 2020:            989%            + 0%

Budget 2021:            1090%            + 101%

## Detailplanung

| Führungspensen 2018-21        | Führungspensen 2021-24        | Führungspensen 2021-24        | Führungspensen 2021-24        |
|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| <b>Betrieb (Budget 2020):</b> | <b>Betrieb (Budget 2021):</b> | <b>Betrieb (Budget 2022):</b> | <b>Betrieb (Budget 2023):</b> |
| • Schulleitung 479%           | • Schulleitung 479%           | • Schulleitung 570%           | • Schulleitung 600%           |
| • Projektpens. 40%            | • Schulleitung + 91%          | • Schulleitung + 30%          | • Projektpens. 80%            |
| <b>SL-Total 519%</b>          | • Projektpens. 40%            | • Projektpens. 50%            | • Schulverw. 510%             |
| • Schulverw. 450%             | • Projektpens. + 10%          | • Projektpens. + 30%          | <b>Total 1190%</b>            |
| • KJFF-Admin 20%              | <b>SL-Total 620%</b>          | • Schulverw. 470%             | <b>Q-Arbeit:</b>              |
| <b>Verw.-Total 470%</b>       | • Schulverw. 470%             | • KJFF-Fachp. + 40%           | • Konsolidierung Modell       |
| <b>Total 989% (+0%)</b>       | <b>Verw.-Total 470%</b>       | <b>SL-Total 680%</b>          |                               |
|                               | <b>Total 1090% (+101%)</b>    | <b>Total 1190% (+100%)</b>    |                               |

## Berechnung Basis 100%

| Funktion                    |             |               |                    |             |
|-----------------------------|-------------|---------------|--------------------|-------------|
| Projektleitung Schulleitung |             |               |                    |             |
| Lohnklasse                  | Altersbasis | Systemzustand |                    |             |
| 26                          | 25          | 100.00%       |                    |             |
|                             | (max 25)    |               |                    |             |
| Name                        | Jahrgang    | Alter         | anrechenbare Jahre | Lohn System |
| Jüngste StelleninhaberIn    | 1995        | 25            | 0                  | 106'343     |
| Mittelwert                  | 1975        | 45            | 20                 | 138'246     |
| Älteste StelleninhaberIn    | 1955        | 65            | 40                 | 148'880     |

Auf Grund der Berechnungen für ein Vollpensum von 100% ergeben sich in der Lohnklasse 26 jährliche Lohnkosten von SFR 138'300.- plus Sozialleistungen SFR 27'700.- (Anteil von 20% der Lohnkosten). Dies entspricht einem Total von SFR 166'000.- pro Jahr.

## Effektiver Wert

Durch die beantragte Erhöhung von **101%** ergibt sich ein Budgetbetrag von **SFR 167'700.-** jährlich bzw. **SFR 69'900 im Budget 2021** für die fünf Monate von August (Schuljahresbeginn) bis Dezember.

### Beschlussesantrag:

#### I.

1. Der Erhöhung der Stellenprozente Schulleitung in Lohnklasse 26 um zusätzliche 101 Stellenprozente ab August 2021 wird zugestimmt. Unter Konto 2190.3010.00 (Löhne Verwaltung) und Konto 2190.3930.99 (Verrechnete Sozialleistungen) werden die entsprechenden Kosten von CHF SFR 69'900 eingestellt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### II.

3. Ziffer I.1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Heinz Eng, GPK:** Ich habe den Finanzplan mitgenommen. Dort steht auf Seite 9 eigentlich eine Schlüsselpassage: «Bedingt durch die höheren Schülerzahlen» ....., von der Planung her, ...»und die zusätzlichen Schülerpauschalen». Das heisst, die Stadt Olten lebt, die Schule Olten lebt und die Schülerzahlen steigen. Das lässt für die Zukunft doch Vieles erhoffen. Man muss vorausschickend auch sagen, dass die Oltnen Schulen die grössten und wichtigsten im Kanton Solothurn sind. Das wird in Solothurn manchmal ein wenig vergessen, und es ist gut, wenn man die entsprechenden Stellen dort etwas ermahnt und einen Fingerzeig macht, Olten ist wichtig, die Oltnen Schulen sind wichtig. Wir haben das Geschäft in der GPK besprochen. Ich zitiere den Präsidenten, Thomas Kellerhals: «Wenn es um Bildung geht, kann man nichts falsch machen, wenn man dafür ist». Bildung und Einbildung sind auch nicht weit weg voneinander. Aber hier geht es effektiv um die Bildung im wahrsten Sinne des Wortes, und es geht darum, dass eine Anpassung der Schulleiterpensen notwendig ist. Es ist eine Realität. Es ist eine Tatsache. Ihr habt es auf dem entsprechenden ausführlichen Bericht und Antrag, der gemacht wurde. Herzlichen Dank auch an Thomas Küng. Die Schulleitungen, die Lehrerinnen und Lehrer respektive die Schulleiterinnen und Schulleiter haben eine Scharnierfunktion und sind das Medium zwischen den Lehrpersonen und Schülern, den Lehrpersonen untereinander, gegenüber den Bezugspersonen, Erziehungsberechtigten usw. Diese Funktion wird immer wichtiger. Ich war mit Felix Wettstein vor zehn Jahren, vielleicht kannst Du Dich erinnern, in der Arbeitsgruppe Geleitete Schulen. Ich glaube, das ist eines der einzigen Male, dass wir zwei einigermaßen die gleiche Meinung hatten. Auf diesem Konzept basieren die Oltnen Schulen immer noch. Das war etwas, wo man auch eine gewisse Dauerhaftigkeit hat. In der GPK wurde diese Vorlage eingehend diskutiert. Fragen wie kann man diesen Aufwand nicht anderweitig kompensieren, ist es jetzt wirklich notwendig, kann man nicht noch etwas zuwarten usw.? wurden auch intensiv diskutiert und von Stadträtin Iris Schelbert und Thomas Küng beantwortet. Es ist eigentlich immer wieder das Gleiche. Es ist unbestritten. Die Aufgaben der Schulleitungen haben zugenommen und sind komplexer geworden. Da bin ich wieder beim Kanton. Er macht immer mehr Auflagen, gibt Empfehlungen und bricht dies hinunter. Am Schluss landet dies bei den Schulleitungen. Das macht ihren Aufwand noch zeitintensiver und es müssen Ressourcen investiert werden. Die Vorlage ist gemäss der GPK adäquat, ausgewogen, und die vorgesehene Etappierung mit anfänglich 101 % vernünftig. Die GPK war einstimmig für den Antrag des Stadtrates und möchte somit auch ein Zeichen für die geleiteten Schulen, für die Schülerinnen und Schüler, für die Schulleiterinnen und Schulleiter setzen und dadurch nachher auch Motivation für eine permanente Weiterentwicklung und Förderung der Schulen Olten schaffen.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Danke dem GPK-Sprecher, Heinz Eng, und der GPK für die gute Aufnahme und all die Fragen, die sie zu diesem wichtigen Geschäft gestellt wurden. Ganz kurz: Gegenüber dem Schulleitungsmodell vor zehn Jahren, als dies flächendeckend eingeführt wurde, wir haben es ja in Olten schon etwas länger, wurden die Anforderungen an die Schulen wirklich ganz anders. Ich möchte nur ein paar kurze Blitzlichter öffnen. Integration von Kindern mit speziellem Förderbedarf in die Regelklasse war eine Riesenherausforderung für alle, die Individualisierung. Man hat 20 bis 25 Kinder in der Klasse und muss wirklich jedes als Person und als Kind nehmen, wie es ist, mit den Vorgaben, die es hat, den Fähigkeiten, die es hat, und dann bilden. Der Lehrplan 21 ist eine grosse Herausforderung, unter anderem informatische Bildung, die dazu gekommen ist. Die Qualitätsanforderungen des Kantons sind ganz hoch. Das ist nicht falsch, weil wir ja eine hohe Qualität unserer Schulen haben wollen. Wir haben sie hier in Olten, und wir haben jetzt einfach gesehen, dass wir zu wenig Schulleitungspensen haben. Im letzten Jahr haben wir ja 40 % Projektpensen erhalten. Diese haben wir aufgebraucht. Es braucht mehr. Dass dies

nicht nur Olten betrifft, ist auch klar. Im Dezember 2018 hat der Verband der solothurnischen Schulleitungen ein Schreiben herausgegeben, zusammen mit dem VSEG, dem Einwohnergemeindeverband. Ihr habt diese Beilage erhalten, in der sie empfehlen, wie viele Schulleitungspensen man heute braucht. Die tatsächlichen Erfahrungen aus dem Schulleitungsalltag, gestützt auf diese Empfehlungen, begründen unseren Antrag. Zur Diskrepanz zwischen dem Ist-Zustand und den Empfehlungen: Das sind 201 Stellenprozente. Das eine Stellenprozent, für diejenigen, die dies noch nicht mitbekommen haben, wir haben im Sälischulhaus, im grössten Schulhaus, 99 Stellenprozente Schulleitung. Man hat dort einmal ganz genau gerechnet und ist auf 99 gekommen. Das war bis jetzt in Stein gemeisselt. Ich kann Euch sagen, dass diese Schulleitung viel mehr gearbeitet hat, als das eine Prozent bis 100. Wir möchten die Empfehlung gerne und sehr bewusst, die 201 Stellenprozente, die uns fehlen, in einer Etappierung, also 101 % ab August 2021, deshalb sind in diesem Budget nur fünf Monate, und beim nächsten Budget werden dann die Nachfolgerinnen und Nachfolger oder Ihr selber wieder darüber befinden, ob man die 100 %, den zweiten Schritt, auch noch geben würde. Ihr habt eine sehr detaillierte Vorlage mit einem Management Summary erhalten, in der auf vier Seiten einfach sehr kurz erklärt ist, warum, wieso, weshalb. Diejenigen, die es ganz genau wissen wollen, können nachher die restlichen Seiten anschauen. Die heutigen Pensen, die wir haben, muss man sich einmal vorstellen. Für eine 100%-Stelle haben wir Führungsspannen zwischen 35 bis 55 Personen. Wer hier eine Führungsposition und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterqualifikationen machen muss, weiss, dass dies gar nicht geht. Man kann nicht 55 oder 35 Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterqualifikationen pro Jahr machen. Nur schon dies. Eigentlich reichen die heutigen Pensen für die operative Führung des Regelbetriebs. Was Heinz Eng gesagt hat, die Scharnierfunktion zwischen Kindern, Eltern und Schule und was es sonst noch alles hat. Aber nachher fehlt es. Wir wollten aber nicht nur jammern und zeigen, wo es überall fehlt, wir haben in dieser Vorlage auch aufgezeigt, was wir erreicht haben. Wir haben wirklich grosse Schritte und gute Sachen erreicht. Aber wir haben immer auch die Herausforderungen aufgezeigt, die Herausforderungen, die wir durch externe Vorgaben vom Kanton erhalten. Sie sind so hoch, dass unsere Schulleitungen nur noch ganz wenig Handlungsspielraum für Entwicklungen haben. Wir haben versucht, Euch so offen und transparent wie möglich zu informieren, was wir alles können, und das ist eigentlich bis zu einer Verzichtsplanung gegangen. Ich komme nicht umhin und möchte an dieser Stelle meinem Schulleitungsteam unter der Führung von Thomas Küng wirklich ein Riesenkompliment machen und ein grosses Danke aussprechen. Sie arbeiten mit einem feu sacré. Sie wollen die gute Schulqualität erhalten. Sie arbeiten alle über ihr Pensum hinaus. Aber man kann dies auch nicht immer zulassen, und man darf es auch nicht ausnützen. Wir haben eine tolle Schule. Wir haben eine hohe Qualität. Gerade während Corona läuft dies wahnsinnig gut. Wir haben über die ganze Corona-Zeit keine negativen Rückmeldungen von Eltern erhalten. Fazit: Wir wollen Qualität, Innovation, Entwicklung hochhalten, und ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag zu unterstützen. Merci vielmals.

**Corina Bolliger:** Die Fraktion SP/Junge SP ist froh, dass der Stadtrat und die Stadt Olten ihren Schulleitenden Sorge geben will, denn das ist es, was mit diesem Antrag bezweckt wird. Der Stadtrat hat auf einen unhaltbaren Umstand reagiert, dass sehr viele schulleitende Personen am Limit laufen oder ihr Limit sogar überschreiten und in ein Burnout hineinschlittern. Dieses Phänomen ist leider nicht nur in Olten zu beobachten, sondern in sehr vielen Gemeinden. Gerade in Zeiten einer Pandemie leisten diese Leute unglaublich wichtige und stressige Arbeit. Falls wir dieses Geschäft ablehnen würden, nähmen wir in Kauf, dass weitere Personen über ihre körperlichen und psychischen Grenzen hinausgehen würden. Das ist nicht nur für Betroffene ganz schlimm, sondern wäre es auch als Stadt, die diese Personen anstellt. Schliesslich möchte Olten ja weiterhin auf ihre gute Schulstruktur stolz sein können, die über Jahre aufgebaut wurde. Die Schule Olten scheint nämlich sehr ambitioniert zu sein, um auf dem neuesten Stand der Bildung zu bleiben, und dies unterstützen wir aus tiefstem Herzen. Gute Bildung ist das A und O. Die Stellenprozente sollen für eine Projektleitungsstelle in der pädagogischen Entwicklung sein, was wir als sehr sinnvoll erachten. Es ist professionell abgeklärt worden, wie viele Stellenprozente für eine so grosse Schule wie in Olten angemessen sind, und die hohen Anforderungen, gerade auch

des Kantons, sollen professionell angegangen, begleitet und zu Ende geführt werden können. Deshalb ist die Aufstockung auf jeden Fall gerechtfertigt und wichtig. Unsere Fraktion stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

**Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Digitalisierung, Integration, schwierige Konfliktsituationen, Tagesschulen, Talentförderung, Corona-Schutzkonzept, Individualisierung, Lehrplan 21 mit seiner Kompetenzorientierung, spezielle Förderung, zunehmendes Qualitätsmanagement etc., etc. Die Trends im Bildungswesen sind fast unendlich, und wir haben dies in den letzten Jahren gesehen, und sehr herausfordernd, all dies in Kombination mit zunehmenden Schülerzahlen. Seitdem die Schulleitungsfunktionen im Kanton vor zehn Jahren flächendeckend eingeführt wurden, sind die Anforderungen zweifellos gestiegen. Die Schulwelt ist nicht mehr die gleiche wie noch vor einem Jahrzehnt. Dass ein Schulleitungsposten kein Schoggijob ist, lässt sich sicher auch daran ablesen, dass der Markt für Schulleiter ausgetrocknet ist. Gute Schulleiter sind rar. Das sieht man auch. Eine durchschnittliche Schulleiterkarriere dauert rund sechs Jahre, und nachher haben viele Leute eigentlich wieder genug von diesem Job. Aber gute Schulen sind eine zentrale Visitenkarte für jede Gemeinde. Die Schweiz ist aus meiner Sicht zu Recht stolz auf ihr Schulsystem und die Resultate, die es erzielt. Ohne angemessene Kapazitäten sind aber diese hohen Ziele gefährdet. Es gibt zwar das sogenannte Parkinson'sche Gesetz, dass sich Arbeit genau in diesem Mass ausdehnt, wie die Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht. Das gibt es sicher. Aber wir sind der Meinung, dass dies hier nicht der Fall ist. Die Arbeit ist bereits jetzt vorhanden. Sie muss nicht gesucht oder neu geschaffen werden. Sie wartet darauf, erledigt zu werden. Nicht zuletzt muss die Stadt hier auch ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihren bestehenden Mitarbeitern nachkommen und darf nicht zulassen, dass die unerledigten Dokumentenstapel, die warten, den Amtsinhaber fast erschlagen. Mit den Empfehlungen des VSL steht zudem ein gutes Instrument zur Einschätzung des Pensenbedarfs bereit. Wir finden es gut, dass die geplante Erhöhung auch in zwei Schritten erfolgen soll, lässt sich daraus doch nach einem Jahr ein Fazit ziehen und die weiteren Schritte planen. Wir erwarten auch, dass dies dann tatsächlich auch gemacht wird. Aber für die erste Erhöhung wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion dem Antrag des Stadtrats einstimmig zustimmen.

**Felix Wettstein:** Auch die Grünen stimmen dem Beschlussesantrag einstimmig zu. Ich möchte gleich mit Heinz Eng anfangen, dem damaligen Weggefährten, mit dem wir inzwischen vor mehr als zehn Jahren die Bedingungen für die Schulleitungen aufgegleist haben. Du hast ja beim vorherigen Traktandum erinnert oder gewünscht, die Sehnsucht nach dem weiten Meer, im Zusammenhang mit dem Schwimmbad. Vielleicht könnte man jetzt auch hier sagen, wenn man ein Schulgeschäft behandelt, haben wir auch Sehnsucht nach der begeisternden und begeisterungsfähigen Bildung damit verbunden. Dem 20-seitigen Dokument, das wir als Grundlage haben, sieht man dies vielleicht nicht unmittelbar an. Aber was Iris Schelbert vorhin über das feu sacré unserer Oltner Schule ausgeführt hat, trifft zu. Das kann man in ganz vielen Zusammenhängen feststellen. Ein Element als Beispiel, das hier enthalten ist, ist, dass wir auch eine relativ grosse Musikschule haben und deshalb allein für den Bereich Musikschule natürlich auch ein Teil Leitungsfunktion drin ist. Wer in den letzten Jahren je schon bei Projekten, welche die Musikschule durchgeführt hat, dabei war, muss am feu sacré wirklich nicht zweifeln. Aber es geht jetzt nicht darum, quasi generell die Bildung und der Wert der Bildung hochzujubeln, das können wir uns für den 1. August aufsparen, sondern einfach die Zahlen anzuschauen. Die Kinderzahlen wachsen, die Anzahl Klassen wächst, die speziellen Bedarfslagen oder die Personen, die für den speziellen Bedarf zuständig sind, nehmen zu. Generell nimmt die Anzahl der Mitarbeitenden zu. Die Führungsspanne hat stark zugenommen. Das haben wir vorher gehört. Das ist die Basis für die Erweiterung, die jetzt einfach ganz nüchtern nötig ist. Wir haben auch gesehen, dass es Richtlinien zur Berechnung der kantonalen Fachverbände gibt, dass es, wenn man diesen Richtlinien folgen würde, sogar noch ein bisschen mehr sein müssten, als was jetzt beantragt ist. Wir stellen keinen Antrag auf die Differenz, sondern nehmen zur Kenntnis, dass man trotz allem mit den Ressourcen immer noch sorgsam umgehen will. Der Titel dieser Vorlage heisst zwar «Schulleitungspensen». Aber bei diesen Veränderungen ist auch ein wichtiger Teil enthalten, der nicht Schulleitungsaufgabe im engeren Sinn ist, sondern ein

wichtiger Stabsbereich. Das ist der koordinative Bereich von Kinder-, Jugend- und Familienförderungsfragen. Bis jetzt war dies sehr schmal dotiert. 20 % sollen auf immerhin 60 % erhöht werden. Es gibt ganz viele Fragestellungen in unserer Stadt, wo jemand, der nicht vollamtlich, aber mit einem 60-prozentigen Gewicht an diesen Fragen arbeiten kann, dass dies wirklich das entsprechende Gewicht erhält. Noch einmal: Wir werden zustimmen.

**Matthias Borner, SVP:** Bei uns in der Fraktion wurde dies sehr kontrovers diskutiert. Bei diesem Geschäft hat es bei uns von einer Zustimmung bis zur Ablehnung und Zwischenphasen alles gegeben. Deshalb sind wir am Schluss so verblieben, dass wir Stimmfreigabe beschliessen und uns hier je nach Diskussionsverlauf auch noch inspirieren lassen. Ich fange mit dem Positiven an. Sicher muss ich einmal Thomas Küng und sein Team für diese Vorlage loben. Sie ist tatsächlich sehr gut ausgearbeitet, auch mit verschiedenen Aspekten. Da kann man wirklich nicht den Vorwurf machen, dass er irgendetwas ausgelassen hat. Vielen Dank dafür. Was uns einfach stört ist, wenn man die Diskussion von früher anschaut, hatten wir, wenn man Olten mit anderen Schulen verglichen hat, mehr Führungsleute, mehr Führungspensen. Es hat auch eine grosse Diskussion gegeben, und es hat einen extrem vehementen Kritiker gegeben. Er ist jetzt nicht mehr im Rat, ist aber nicht in unserer Fraktion. Der Eine oder Andere hier kann sich vielleicht hier noch an diese Diskussionen erinnern. Jetzt kommt man plötzlich und sagt, wir haben zu wenig. Jetzt dotiert man plötzlich auf, ohne irgendein Beispiel zu nehmen, was Wangen macht, was Solothurn macht usw., dass man dies vergleicht. Das hat man nicht gemacht. Man weiss nicht genau, womit wir uns hier vergleichen. Es steht ja drin, dass die Anforderungen an die Schulleiterinnen und Schulleiter heute sehr gross sind. Es hat auch viele Burnouts gegeben. Meine Eltern haben beide an den Oltnen Schulen unterrichtet. Ich kenne diese Situation ein wenig. Anstatt, dass man sich überlegt, dass man es vielleicht anders machen muss, erhöht man einfach die Pensen. Möglicherweise schickt man die zwei Personen, über die man spricht, direkt ins Burnout. Vielleicht müsste man sich einmal überlegen, dass man dies anders machen sollte. Das Zweite, das uns stört, ist ein Thema, das wir immer bringen. Wir wollen eigentlich, dass man wieder einmal mehr Geld im Schulzimmer ausgibt und nicht immer für Overhead, Consulting und irgendwelche Berichte der Fachhochschule, dass man endlich wieder einmal bei den Lehrerinnen und Lehrern oder auch dem Equipment oder was auch immer, im Schulzimmer mehr Geld ausgibt. Das vermischen wir in dieser Vorlage. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Mich stört es, dass man in der ganzen Vorlage nur versucht hat zu begründen, weshalb man mehr Leute braucht. Es scheint mir nicht, dass man irgendeinmal auch einen anderen Weg gesucht hat. Ich fühle mich persönlich aber als zu inkompetent, um dies am Schluss abzulehnen. Deshalb werde ich mich der Stimme enthalten. Aber unsere Fraktion macht auf Regenbogen.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich halte mich kurz. Unsere Fraktion sieht den Bedarf, dass es Aufgaben gibt, die aktuell mit dem Pensum nicht gestemmt werden können. Unsere Fraktion sieht den Bedarf auch auf dieser Ebene, auf einer Führungsebene, dass man all die Leute, die man hat, die guten Leute, die scheinbar alle dieser Meinung sind, ich weiss es selber nicht, ich kenne mich zu wenig aus und bin noch nicht mit der Schule konfrontiert, unterstützen, leiten und führen muss und dass es immer mehr Aufgaben gegeben hat, die wahrgenommen werden müssen. Dementsprechend stimmen wir diesem Antrag zu. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass wir die gleiche Thematik immer wieder haben. Es gibt zu tun. Die Leute sind überfordert, haben zu viel Arbeit. Dann kommt von der einen Seite des Rats die Idee, dass man die Stellen erhöhen könnte, und die andere Seite sagt dann einfach immer nein. Vielleicht können wir auch bei anderen Themen einmal anerkennen, dass es einfach zum Teil mehr Arbeit gibt als wir Leute haben. Später haben wir noch solche Diskussionen.

**David Plüss, FDP-Fraktion:** Ich mache es auch relativ kurz. Wir werden diesem Antrag mehrheitlich zustimmen. Ein Teil der Fraktion ist nicht besonders glücklich darüber, dass die Aufwanddiskussion nicht auch geführt wird. Das hat nichts damit zu tun, dass man Aufgaben zurückstreichen will, aber man muss sich trotzdem auch Gedanken machen, mehr Pensen

sind nicht immer die Lösung. Man muss es auch bis zum Schluss durchdenken. Deshalb werden wir mit wenig Begeisterung zustimmen. Aber wir stimmen zu.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Herzlichen Dank für die gute Aufnahme, herzlichen Dank auch für die kritischen Stimmen. Matthias, es ist halt so, dass schon eine gewisse Zeit vergangen ist, seit Dein Vater Schulvorsteher war. Da sind Lichtjahre entfernt. Wir haben nicht die Wahl, Sachen nicht zu machen, weil der Kanton vorgibt. Du bist Kantonsrat. Es liegt in Deinen Händen, dort aktiv zu werden, wenn Du findest, wir müssen dort etwas ändern, damit wir weniger erledigen müssen. Aber die ganze Schulqualität, und alles wird vom Kanton vorgeschrieben, und wir können uns dem nicht entziehen. Einfach nicht, weil er sagt, wie es läuft. Aber was ganz wichtig ist und gesagt wurde, wir haben auch eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das scheint mir ganz wichtig. Wir haben eine so tolle Schule, und wir möchten die Schulqualität wirklich hochhalten. Dieser erste Schritt hilft uns schon sehr. Ganz herzlichen Dank. Ich glaube, unseren Schulleiterinnen und Schulleitern fällt heute Abend ein Stein vom Herzen. Merci vielmals.

## **Beschluss**

Mit 35 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

### I.

1. Der Erhöhung der Stellenprocente Schulleitung in Lohnklasse 26 um zusätzliche 101 Stellenprocente ab August 2021 wird zugestimmt. Unter Konto 2190.3010.00 (Löhne Verwaltung) und Konto 2190.3930.99 (Verrechnete Sozialleistungen) werden die entsprechenden Kosten von CHF SFR 69'900 eingestellt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### II.

3. Ziffer I.1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Direktion Bildung und Sport  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kanzleiakten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18./19. November 2020

Prot.-Nr. 25

## Budget 2021/Genehmigung

Das Budget 2021 der Stadt Olten weist, bei gleichbleibendem Steuerfuss von 108%, einen Verlust von 3'722'700 Franken aus. Das entspricht rund 3.5% des Bruttoaufwandes ohne interne Verrechnungen. Das Ergebnis setzt sich aus einem Betriebsverlust von 8'380'800 Franken, einem Gewinn aus Finanzierung von 3'228'100 Franken und einem a.o. Ertrag von 1'430'000 Franken zusammen.

Die Personalkosten steigen um 1.1% und sind durch höhere Behördentätigkeit im Wahljahr, Stellen- und Pensen- und Arbeitsvertragsanpassungen sowie Verschiebungen von geplanten Aus- und Weiterbildungen aufgrund der im Jahr 2020 ausgelösten Covid-Pandemie begründet. Der Sachaufwand steigt gegenüber dem Planjahr 2020 um 324'000 Franken. Ein Grossteil davon (rund 137'000 Franken) ist auf eine höhere Uneinbringlichkeit von Steuern und Gebühren zurückzuführen. Personen, welche wirtschaftlich von der Covid-Pandemie betroffen sind und mit den Steuerzahlungen stark im Rückstand sind, dürften mit der Begleichung von offenen Forderungen erhebliche Schwierigkeiten bekommen. Zusätzlich fallen die voraussichtlichen Kosten für das alle zwei Jahre stattfindende Schulfest im Betrag von 110'000 Franken an. Ein starker Anstieg ist bei den Dienstleistungen Dritter festzustellen.

Beim Transferaufwand (Beiträge an Dritte) muss aufgrund höherer Pro-Kopf-Beiträge im Leistungsfeld Alter (Pflegekostenfinanzierung, Ergänzungsleistungen AHV) einmal mehr mit deutlichen Kostenschüben gerechnet werden. Die Zunahme für dieses Leistungsfeld beträgt rund 520'000 Franken. Die vom Kanton vorgegebenen Pro-Kopf-Beiträge an die gesetzliche Sozialhilfe sowie die daraus resultierenden Restkosten der Sozialregion belasten die Stadtkasse ebenfalls erneut stark. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich auf rund 383'000 Franken.

Bei den Steuererträgen machen sich nebst Ertragseinbrüchen aufgrund der Covid-Pandemie auch die Auswirkungen der STAF-Vorlage bemerkbar. Die Erlöse aus Steuern juristischer Personen sinken durch die Annahme der Vorlage markant und können auch durch die befristete, vom Kanton gewährte Gegenfinanzierung nicht wettgemacht werden.

Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2021 betragen 14'274'000 Franken und liegen rund 0.48 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert. Teilweise liegen Verschiebungen aus dem Jahr 2020 vor, welche erst im Jahr 2021 ausgelöst werden können. Der Planwert 2020 der Investitionen dürfte klar unterschritten werden. Nebst den Investitionen in der Werterhalt fallen auch erstmals wesentliche Tranchen für die Schulanlagen Kleinholz an.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen das Budget für das Jahr 2021 mit dem Antrag auf Genehmigung.

## 1. Ausgangslage

Nachdem in den letzten Jahren für die Stadt Olten konsequent Schulden abgebaut werden konnten, verfügte die Stadt per Ende 2019 noch über eine mittlere Verschuldung und eine gute Eigenkapitalsituation. Bereits im Budget 2020 hat sich jedoch eine erste Verschlechterung der Situation abgezeichnet. Das Parlament hat die Finanzsituation durch seine Ausgabenpolitik zudem weiter verschlechtert. Verschärfend kam im Jahr 2020 die Corona-Pandemie dazu. Nebst höheren Kosten für einen sicheren Umgang mit der Pandemie können durch den Wegfall von Veranstaltungen auch viele Erträge nicht mehr erzielt werden. Nach einem ersten Schock und düsteren Aussichten haben sich die finanziellen und konjunkturellen Aussichten aber wieder etwas aufgehellt. Ob sich der geplante Verlust 2020 von 0.7 Mio. Franken einhalten lässt, ist Stand heute fraglich und hängt im Wesentlichen von der Entwicklung der Steuerveranlagungen 2019 ab.

Gegenüber dem Budget 2020 muss insbesondere im sozialen Bereich wieder mit starken Kostenschüben gerechnet werden. Nebst erheblichen Steigerungen in der gesetzlichen Sozialhilfe steigen auch die Kosten für Leistungen im Alter kräftig. Die Stadt wird durch massive Mehrbelastungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und der Pflegekostenfinanzierung übermässig stark belastet. Erste Prognosen des Amtes für Soziale Sicherheit (ASO) zeigen auch, dass die budgetierten Kosten 2020 voraussichtlich überschritten werden. Sollten die Sozialkosten weiterhin in diesem Ausmass steigen, wird eine langfristige Finanzierung dieses Bereichs zu einem immer grösseren Problem für die Stadt.

Der Transferaufwand beträgt nun rund 37.2% des gesamten Aufwandes des städtischen Haushalts. Aufgrund der zum grössten Teil fremdbestimmten Kostenfaktoren im Transferaufwand wird der finanzielle Spielraum für die Gestaltung des Gemeinwesens immer enger. Die sinkende Selbstfinanzierung zeigt das deutlich.

| Jahr                     | 2021          | 2020          | 2019          | 2018          | 2017          | 2016          |
|--------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>Transfer o. FILAG</b> | 33'417        | 32'195        | 30'990        | 30'605        | 29'314        | 29'331        |
| <b>Finanzausgleich</b>   | 6'730         | 7'103         | 6'172         | 4'549         | 3'373         | 6'995         |
| <b>Total</b>             | <b>40'147</b> | <b>39'298</b> | <b>37'162</b> | <b>35'154</b> | <b>32'687</b> | <b>36'326</b> |
| <b>Anteil Aufwand*</b>   | <b>37.3%</b>  | <b>37.3%</b>  | <b>36.3%</b>  | <b>34.7%</b>  | <b>34.0%</b>  | <b>36.8%</b>  |

Tabelle Transferaufwand vs. Gesamtaufwand: \*ohne interne Verrechnungen, in TCHF

Bei den Erträgen wurden die Auswirkungen der STAF-Vorlage erstmalig mitberücksichtigt. Es zeichnet sich trotz eines befristeten Teilausgleichs des Kantons ein stattlicher Fehlbetrag ab. Während die Steuererträge juristischer Personen aufgrund der STAF-Vorlage um rund 5.5 Mio. Franken zurückgingen, beträgt der Ausgleich des Kantons rund 4.02 Mio. Franken.

## 2. Ergebnisse auf einen Blick

### 2.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierungen

Bei einem Aufwand von 107'710'100 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 103'987'400 Franken ergibt sich ein **Mehraufwand von 3'722'700 Franken**.

## 2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahre 2021 betragen 14.27 Mio. Franken, wobei sich der Anteil für werterhaltende Investitionen auf rund 9.6 Mio. Franken beläuft. Die Investitionen der spezialfinanzierten Bereiche (Abwasser, Abfall) belaufen sich auf rund 2.67 Mio. Franken. An Erweiterungsinvestitionen sind rund 5.34 Mio. Franken vorgesehen. Die generelle Realisierungskorrektur beträgt 3.38 Mio. Franken (20% der Nettoinvestitionen).

Bei den Erweiterungsinvestitionen von 5.34 Mio. Franken sind unter anderem folgende Investitionen vorgesehen:

|   |                   |
|---|-------------------|
| - Schulraumplanung / neuer Schulraum, Turnhalle | 1'700'000 Franken |
| - Planungskredit Kunstmuseum                    | 500'000 Franken   |
| - Planung neuer Bahnhofplatz                    | 870'000 Franken   |
| - Planung Fussgänger- und Veloverbindung OSW    | 600'000 Franken   |
| - Parkleitsystem                                | 1'000'000 Franken |
| - Attraktivierung Ländliweg                     | 600'000 Franken   |
| - Räumliches Leitbild                           | 150'000 Franken   |

Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen am konsolidierten Gesamtaufwand) von 14.3% bedeutet, dass die Stadt Olten im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben eine mittlere Investitionstätigkeit anstrebt. Gegenüber den Vorjahren nimmt der Investitionsanteil aber zu (2018: 11.6%, 2019: 12.8. %, 2020: 13.7%).

## 2.3. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt in der betrieblichen Tätigkeit das Ergebnis aus dem ordentlichen Jahresbetrieb. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst den Zinskosten den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen) und unter anderem die Verzinsung des Dotationskapitals der sbo. Das ausserordentliche Ergebnis zeigt die Auflösung der Neubewertungsreserve.

| <b>Gemeinde Total (in TCHF)</b>                  | <b>Budget<br/>2021</b> | <b>Budget<br/>2020</b> | <b>Rechnung<br/>2019</b> |
|--|------------------------|------------------------|--------------------------|
| 30 Personalaufwand                               | 41'472                 | 41'019                 | 40'771                   |
| 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand             | 16'139                 | 15'815                 | 13'952                   |
| 33 Abschreibungen VV                             | 7'671                  | 6'684                  | 6'596                    |
| 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen   | 1'276                  | 1'364                  | 1'364                    |
| 36 Transferaufwand                               | 40'147                 | 39'298                 | 37'162                   |
| 39 Interne Verrechnungen                         | 8'635                  | 8'452                  | 7'129                    |
| <b>Total betrieblicher Aufwand</b>               | <b>115'339</b>         | <b>112'631</b>         | <b>107'721</b>           |
| 40 Fiskalertrag                                  | 66'637                 | 73'864                 | 76'188                   |
| 41 Regalien und Konzessionen                     | 1'958                  | 1'966                  | 1'965                    |
| 42 Entgelte                                      | 15'137                 | 15'226                 | 15'145                   |
| 43 Verschiedene Erträge                          | 12                     | 12                     | 57                       |
| 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen | 477                    | 212                    | 213                      |
| 46 Transferertrag                                | 14'103                 | 9'705                  | 10'139                   |
| 49 Interne Verrechnungen                         | 8'635                  | 8'452                  | 7'129                    |
| <b>Total betrieblicher Ertrag</b>                | <b>106'958</b>         | <b>109'438</b>         | <b>111'008</b>           |
| <b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>      | <b>-8'381</b>          | <b>-3'193</b>          | <b>3'287</b>             |

|                            |                                       |               |              |              |
|----------------------------|---------------------------------------|---------------|--------------|--------------|
| 34                         | Finanzaufwand                         | 1'006         | 1'219        | 1'639        |
| 44                         | Finanzertrag                          | 4'234         | 3'706        | 4'416        |
|                            | <b>Ergebnis aus Finanzierung</b>      | <b>3'228</b>  | <b>2'487</b> | <b>2'776</b> |
| <b>Operatives Ergebnis</b> |                                       | <b>-5'153</b> | <b>-706</b>  | <b>6'063</b> |
| 38                         | Ausserordentlicher Aufwand            | 0             | 2            | 61           |
| 48                         | Ausserordentlicher Ertrag             | 1'430         | 0            | 3'892        |
|                            | <b>Ausserordentliches Ergebnis</b>    | <b>1'430</b>  | <b>-2</b>    | <b>3'831</b> |
|                            | <b>Jahresergebnis Erfolgsrechnung</b> | <b>-3'723</b> | <b>-708</b>  | <b>9'894</b> |
|                            | Gew. (+)<br>Verl. (-)                 |               |              |              |

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

### 3. Zielerreichung im Budget 2021

#### 3.1. Budgetvorgabe Sachaufwand, Investitionen, Zielsaldo

In seinen Richtlinien zum Budget 2021 hat sich der Stadtrat 3 Ziele gesetzt:

- Sachaufwand: 15.2 Mio. Franken (analog Vorjahre)
- Nettoinvestitionen: 12 Mio. Franken
- Verlust: 0.9 Mio. Franken

Aufgrund der Auswirkungen der Pandemie war jedoch schnell klar, dass das Steuerziel nicht erreicht werden kann. Weiter hat der Stadtrat nicht mit solch grossen Kostenschüben im Sozial- und Pflegebereich gerechnet. Zudem fiel der Ausgleich STAF tiefer aus als erwartet. Das Ziel zur Einhaltung des Sachaufwandes wurde klar nicht erfüllt.

Gegenüber den Richtlinien haben sich folgende Planwerte verändert:

| Position  | Betrag        |
|---|---------------|
| <b>- Vorgabe</b>  | <b>-830</b>   |
| <b>- Nicht eingehaltener Sachaufwand (Koa 31)</b>   | <b>-938</b>   |
| <b>-Höhere Abschreibungen Verwaltungsvermögen (33/365/366) – abhängig von Investitionen der Jahre 2020 und 2021</b> | <b>-1'035</b> |
| <b>- Mehraufwand Beiträge an Pflegekostenfinanzierung (Koa 36)</b>  | <b>-180</b>   |
| <b>- Projekt SIP (Koa 36)</b>   | <b>-150</b>   |
| <b>- Beiträge EL AHV und Verwaltungskosten EL AHV (Koa 36)</b>  | <b>-340</b>   |
| <b>- Beiträge an die gesetzliche Sozialhilfe und die Restkosten der SRO (Koa 36)</b>                                | <b>-392</b>   |
| <b>- Finanzausgleich aus STAF (Plan 4.8 Mio. / IST 4.02 Mio.) (Koa 36)</b>  | <b>-776</b>   |
| <b>- Steuerertrag natürliche und juristische Personen (Koa 40) - Coronabedingt</b>                                  | <b>-1'223</b> |
| <b>+ Ausgleich der Spezialfinanzierungen (Koa 35)</b>   | <b>532</b>    |
| <b>+ Auflösung Neubewertungsreserve (Koa 48)</b>  | <b>830</b>    |
| <b>+ SBO: höhere Dividende (Koa 44)</b>   | <b>500</b>    |
| <b>- Tiefer Zinserlöse (aufgrund Corona 1. + 2. Raten 2020 ohne VZ) (Koa 44)</b>                                    | <b>-266</b>   |
| <b>- Stellen Verwaltung abzüglich Gegenfinanzierung Verlustscheine</b>  | <b>-118</b>   |
| <b>+ Fondsauflösung Zivilschutz und Diverse Fondsaufösungen (Koa 45)</b>  | <b>264</b>    |
| <b>+ Diverses</b>   | <b>399</b>    |
| <b>Neuer Saldo</b>  | <b>-3'723</b> |

Tabelle: Abweichungen Zielvorgaben in TCHF, Koa = Kostenart

Bei den Nettoinvestitionen hat sich der Stadtrat ein Ziel von maximal 12 Mio. Franken gesetzt. Der operative Cashflow wurde aufgrund der Budgetvorgaben auf 8.0 Mio. Franken fixiert, was zu einer Kapitalaufnahme von 4.0 Mio. führen sollte. Aktuell betragen die Investitionen 2021 nun 14.27 Mio. Franken. Der zur Deckung dieser Investitionen vorhandene Cashflow beträgt 3.98 Mio. Franken. Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt somit 10.3 Mio. Franken. Hier gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass Investitionen aus dem Vorjahr auf das Jahr 2021 verschoben wurden und nochmals eingestellt sind. Die Nettoinvestitionstranche 2020 wird aufgrund der aktuellsten Prognose nur zu rund 75% ausgeschöpft.

### **3.2 Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze**

Die vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätze können im Jahr 2021 zum grossen Teil umgesetzt werden.

#### **Grundsätze zur Verschuldung:**

Die Pro-Kopf-Verschuldung soll Fr. 2'500 nicht übersteigen:

Zwar wird die Pro-Kopf Verschuldung im Jahr 2021 wieder ansteigen, die maximale Soll-Verschuldung von 2'500 Franken pro Einwohner wird aber nicht überschritten. Per Ende 2021 wird mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2'320 Franken gerechnet.

Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

Per Ende 2018 weisen die Solothurner Gemeinden ein Pro-Kopf-Vermögen von rund 430 Franken aus (Statistik 2019 liegt noch nicht vor). Mit 1'552 Franken Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2019 besteht immer noch ein deutliches Manko gegenüber der Vorgabe einer Verschuldung im kantonalen Durchschnitt.

#### **Grundsätze zu den Investitionen**

Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) für Werterhalt beträgt dauernd 100%:

Die Nettoinvestitionen des steuerfinanzierten Werterhalts (nach genereller Kürzung) betragen rund 8.45 Mio. Franken, der operative Cashflow des steuerfinanzierten Bereiches beträgt 2.82 Mio. Franken. Das wichtige Ziel einer vollständigen Finanzierung des Werterhalts bestehender Anlagen kann im steuerfinanzierten Bereich somit in diesem Budget nicht erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad für diese Anlagen beträgt 33.3%.

Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:

Der operative Cashflow von 3.98 Mio. Franken deckt die Nettoinvestitionen von 14.27 Mio. Franken nicht. Der effektive Finanzierungsgrad beträgt 27.9% und gilt nach der Definition von HRM2 als sehr problematisch.

#### **Grundsätze zu den Steuern**

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen weicht nicht mehr als 10% voneinander ab:

Aktuell wird dieser Grundsatz eingehalten werden.

Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden:

Der einwohnergewichtete durchschnittliche Steuerfuss der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2020 bei 115.4% (2019: 116.0%). Mit einem Steuerfuss von 108% für natürliche Personen sowie 108% für juristische Personen hat die Stadt Olten einen Steuerfuss, der unter dem Gemeindedurchschnitt liegt.

#### 4. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

##### 4.1. Verfeinerung der Steuerplanung

Gegenüber dem Vorjahr wurde der Steuerertrag der natürlichen Personen in der Darstellung verfeinert. Die vom Kanton erhobenen Gemeindesteuern für Kapitalabfindungen werden neu unter dem Konto 9101.4022.10 verbucht und nicht mehr unter dem Konto 9100.4000.00

| Konto                                  | B2021         | B2020         |
|--|---------------|---------------|
| <b>9100.4000.00 Steuerertrag NP</b>    | 50'650        | 52'530        |
| <b>9101.4022.10 Kapitalabfindungen</b> | 750           | 0             |
| <b>Total</b>                           | <b>51'400</b> | <b>52'530</b> |

Tabelle: Kostenverschiebung IT in TCHF

##### 4.2. Legat Atzli

Das Legat Atzli wird im Jahr 2021 erstmals unter der Funktion 5791 geplant. Im Jahr 2020 war das Legat noch in der Funktion 5790 integriert. Die Rechnungslegung ist jedoch bereits im Jahr 2019 erstmals erfolgt.

##### 4.3. Grössere Abweichungen im Aufwand der Erfolgsrechnung

Die grössten Abweichungen betreffen folgende Funktionen / Sacharten:

| Funktion                                | B2021 | B2020 | Differenz | Begründung                                   |
|---|-------|-------|-----------|--|
| <b>4120 Pflegekostenfinanzierung</b>    | 2'412 | 2'231 | 180       |  |
| <b>5320 Ergänzungsleistungen AHV</b>    | 6'369 | 6'029 | 340       |  |
| <b>5720 Gesetzliche Sozialhilfe</b>     | 6'276 | 5'962 | 314       | + 5% Steigerung (kant. Vorgabe)              |
| <b>5790 Sozialadmin./Restkosten SRO</b> | 3'104 | 3'033 | 71        | Teilw. Entflechtung / Mehrkost. SRO          |
| <b>5790 Projekt SIP</b>                 | 150   | 0     | 150       | 2020: bewilligt mittels NK                   |
| <b>xx.33x + xx.366 Abschreibungen</b>   | 8'335 | 7'294 | 1'041     | Hohe Investitionen mit tiefer Nutzdauer (IT) |
| <b>9300 Finanz- und Lastenausgleich</b> | 6'730 | 7'103 | -373      | Gem. kantonalen Vorgaben                     |

Tabelle: Grösste Abweichungen Aufwand in TCHF

##### 4.4. Grössere Abweichungen im Ertrag der Erfolgsrechnung

Die grössten Abweichungen im Ertrag betreffen folgende Funktionen:

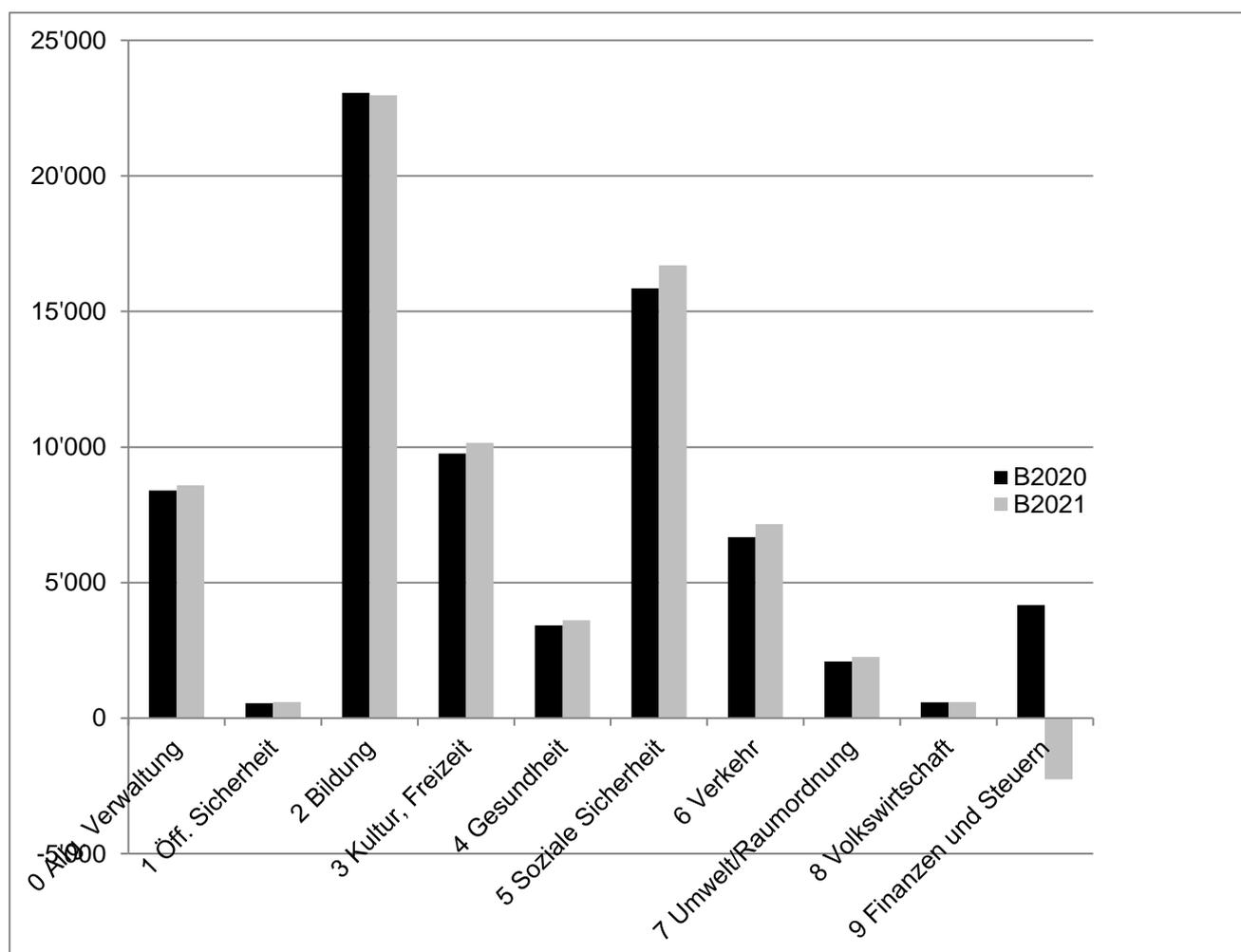
| Funktion                 | B2021  | B2020  | Differenz | Begründung               |
|--------------------------|--------|--------|-----------|--------------------------|
| <b>9x.401 Steuern JP</b> | 10'800 | 16'500 | -5'700    | STAF, Konjunktur, Corona |

|   |        |        |        |   |
|---|--------|--------|--------|---|
| <b>9x.400/402 Steuern NP/Kapitalabfindung</b> | 52'245 | 53'404 | -1'159 | Konjunktur, Corona  |
| <b>9100.40200.00 Quellensteuern NP</b>        | 3'100  | 3'450  | -350   | Konjunktur, Corona  |
| <b>9300.4621.61 Beträge STAF</b>              | 4'024  | 0      | 4'024  | Befr. Ausgleich Kanton an STAF  |
| <b>9690.4896.00 Auflösung Neubewertung</b>    | 1'430  | 0      | 1'430  | Auflösung Neubewertungsreserve in den Jahren 2021-2025 (nur Buchertrag, kein Geldfluss) |
| <b>9610.4451.01 Beteiligungsertrag sbo</b>    | 1'480  | 980    | 500    | Höhere Ausschüttung sbo   |

Tabelle: Grösste Abweichungen Ertrag in TCHF

## 5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen (ohne Steuerertrag Kostenart 40) der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2020/B2021 – in Tausend Franken

### 0 Allgemeine Verwaltung (B2020: 8'396 B2021: 8'586 Differenz: +191)

Der Mehraufwand in der allgemeinen Verwaltung beträgt rund 213'000 Franken. Folgende Positionen erfahren die grössten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr:

- Kosten Wahljahr 2021: +174'200 Franken (Wahlbüro, Verarbeitung)
- Informatik: Offene Zuweisung der Abschreibungen IT Projekt (+38'000 Franken)

- Kanzlei: Erhöhung Stellenetat Personaldienst 40% (+57'000 Franken) und Erarbeitung Grundlagen Personaldienst durch Externe (+30'000 Franken)

### **1 Öffentliche Sicherheit (B2020: 548 B2021: 595 Differenz: +48)**

Bei der öffentlichen Sicherheit ergeben sich wenige Aufwandänderungen:

- Finanzierung ½ Zivilschutzaufwand via Schutzbautenfonds (-120'300 Franken)
- Feuerwehr: Höhere Entschädigungen Milizfeuerwehr (Einsätze und Übungen) +37'500 Franken, Aus- und Weiterbildungen +30'000 (Verschiebungen aus Vorjahr) Ausrüstung, insbesondere Brandschutzhosen und Brandschutzjacken (+76'000 Franken), Werkservice Autodrehleiter (+26'000)

### **2 Bildung (B2020: 23'069 B2021: 22'969 Differenz: -100)**

Bei den Schulliegenschaften (2170) ergeben sich folgende Mehrkosten:

- Gebäudeunterhalt: (+45'000 Franken) – Projekte siehe Begründung Konto 2170.3144.00
- Mietaufwand für prov. Schulraum Zementweg (+24'200 Franken p.a.)

Bei der Heilpädagogischen Sonderschule wird mit 2.5 zusätzlichen Fällen gerechnet. Eine Platzierung in der Heilpädagogischen Sonderschule kostet pro Jahr 24'000 Franken.

Bei der Schulleitung ist die Aufstockung von 101% Schulleitungspensen für 5 Monate geplant (ab 2022 dann für ein ganzes Jahr): die Mehrkosten betragen 69'900 Franken. Weiter sind folgende externe Arbeiten vorgesehen: Schulwebsite: 25'000 Franken, Elternumfrage: 25'000 Franken.

In der Funktion 2990 (Bildung übrige) fallen im Jahr 2021 die Kosten für das Schulfest an. Der veranschlagte Betrag beläuft sich auf 110'000 Franken.

### **3 Kultur und Freizeit (B2020: 9'765 B2021: 10'147 Differenz: +382)**

Im Bereich Kultur und Freizeit fallen folgende Mehrkosten an:

Abschreibungen Haus der Museen (3119) +444'900 Franken

### **4 Gesundheit (B2020: 3'426 B2021: 3'609 Differenz: +183)**

Im Bereich Gesundheit ergeben sich folgende Abweichungen:

Pflegekostenfinanzierung gem. kant. Vorgaben: + 180'400 Franken

### **5 Soziale Wohlfahrt (B2020: 15'848 B2021: 16'701 Differenz: +853)**

Bei der sozialen Sicherheit kommen Pro-Kopf-Beiträge zur Anwendung. Für diese werden durch das Amt für Soziale Sicherheit (ASO) geschätzt und den Gemeinden als Planungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Sozialregion Olten sowie die Stadt Olten stellen ihre Planung auf dieser Grundlage ab. Für das Jahr 2021 wurden die Zahlen der Stadt mit 18'600 Einwohner (ohne Wochenaufenthalter) berechnet. Bereits heute prognostiziert das ASO wesentlich höhere Beiträge als im Jahr 2020 budgetiert.

Pro Einwohner wird mit folgenden Richtwerten geplant:

| Beitrag                  | B2021  | T2020  | B2020  | R2019  |
|--------------------------|--------|--------|--------|--------|
| Verwaltungskosten EL AHV | 15.25  | 14.65  | 13.40  | 7.05   |
| Verwaltungskosten EL IV  | 0.00   | 0.00   | 0.00   | 4.65   |
| Ergänzungsleistung AHV   | 327.15 | 319.15 | 312.50 | 152.80 |
| Ergänzungsleistung IV    | 0.00   | 0.00   | 0.00   | 128.75 |
| Sozialadministration     | 78.00  | 76.00  | 75.00  | 74.70  |
| Sozialhilfe              | 339.20 | 333.65 | 323.00 | 412.00 |
| Alimenten Bevorschussung | 16.05  | 16.00  | 16.00  | 16.10  |

*Pro Kopf-Beiträge*

Im Budget 2020 wurden die Beiträge mit 18'500 Einwohner berechnet. Im Budget 2021 wurde mit 18'600 Einwohner gerechnet. Dies hat bei den Veränderungen einen Mengen- und einen Preiseffekt, wobei der Preiseffekt wesentlich stärker ins Gewicht fällt.

| Beitrag                     | Mengeneffekt<br>( $\Delta$ Menge * P <sub>neu</sub> ) | Preiseffekt<br>(Malt * $\Delta$ Preis) | Total<br>Veränderung |
|-----------------------------|---|--|----------------------|
| Verwaltungskosten EL AHV    | 1'525   | 34'225                                 | 35'750               |
| Ergänzungsleistung AHV      | 32'715  | 271'025                                | 303'740              |
| Sozialadministration        | 7'800   | 55'500                                 | 63'300               |
| Sozialhilfe                 | 33'920  | 299'700                                | 333'620              |
| Alimenten<br>Bevorschussung | 1'605   | 925                                    | 2'530                |

*Preis- Mengeneffekte Sozialhilfe*

#### **6 Verkehr (B2020: 6'671 B2021: 7'150 Differenz: +479)**

Im Bereich Verkehr bleiben die Kosten und Erlöse konstant. Die grössten Abweichungen betreffen:

- Wegfall einmaliger Unterhalt Buswartehäuschen (-50'000 Franken)
- Unterhalt öffentliche Beleuchtung: -40'000 Franken (Zinseffekt Abrechnung sbo)
- Unterhalt Grünanlagen (+80'000 Franken)
- Verbesserung Verkehrssicherheit (+25'000 Franken)
- Höhere Abschreibungen aufgrund der aktivierten Investitionsbeiträge (+543'700 Franken)

#### **7 Umwelt und Raumordnung (B2020: 2'092 B2021 2'261 Differenz: +169)**

- Anschaffungen und Unterhalt von Grünanlagen auf dem Friedhof (+30'000 Franken)
- Erlöse aus Kremationen und Grabtaxen (-47'000 Franken)
- Beitrag an den Kanton für den Unterhalt der Aare – Gösgerstrasse (+80'000 Franken)

#### **8 Volkswirtschaft (B2020: 560 B2021: 568 Differenz: +8)**

Keine Bemerkungen

#### **9 Finanzen ohne Steuern Koa 40 (B2020: 4'172 B2021: -2'255 Differenz: -6'427)**

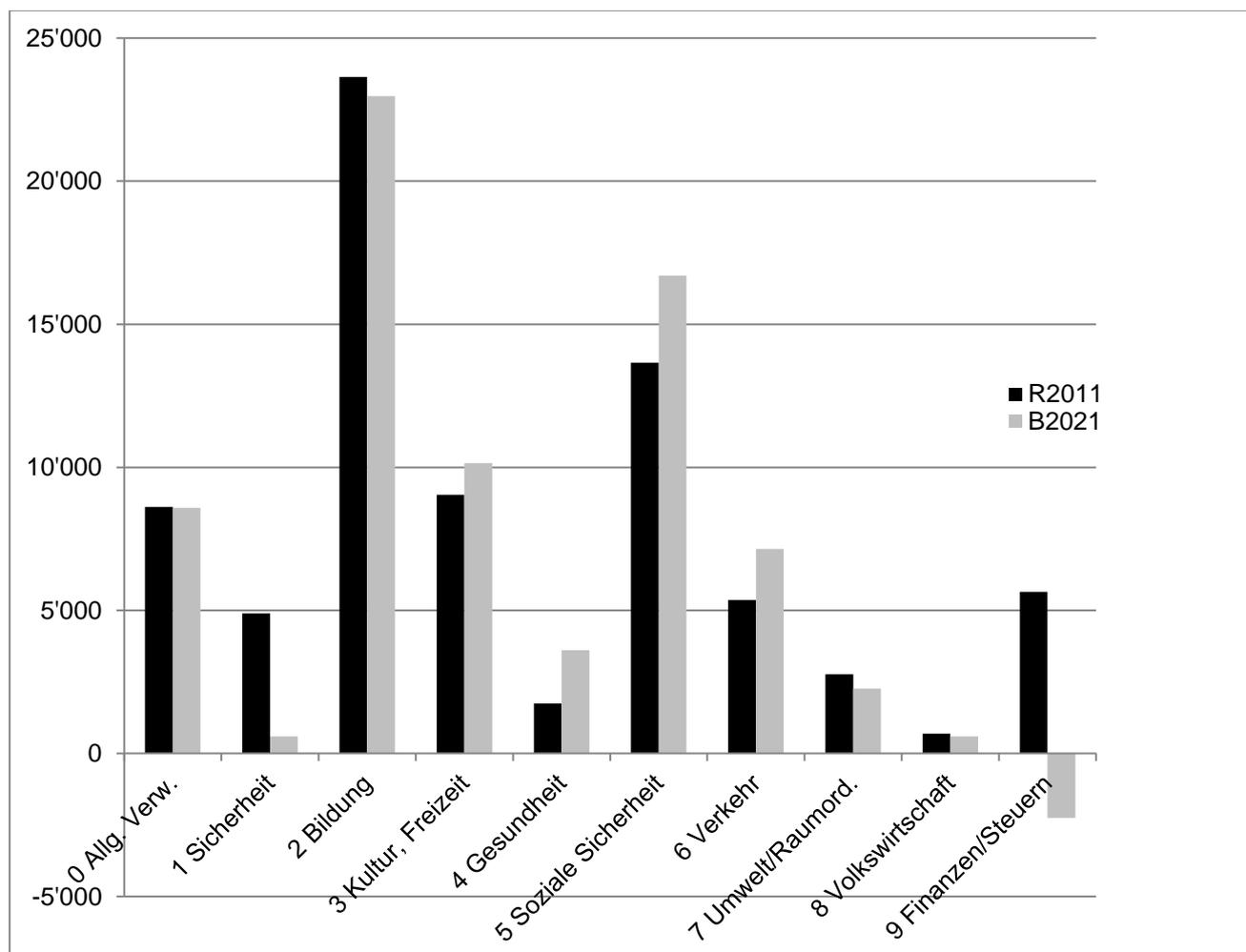
Die Veränderungen ergeben sich ausfolgenden Positionen:

- Mehraufwand aus Abschreibungen (nicht erhältliche) Steuern (+125'000 Franken)
- Minderaufwand Finanz- und Lastenausgleich ordentlich (-390'000 Franken)
- Mehrertrag Lastenausgleich STAF (-4'024'000)

- Zinsaufwand (-200'000 Franken) – Refinanzierungen mit 0% Zins
- Mehrertrag aus Dotationskapital sbo (+500'000 Franken)
- Mehrertrag aus Auflösung Neubewertungsreserve (+1'430'000) – liquiditätsunwirksam

## 5.1 Ein Blick 10 Jahre zurück

Mit der Umstellung auf HRM2 wurden alle Rechnungswerte bis ins Jahr 2010 zurück an das neue System angepasst.



Grafik: Entwicklung des Nettoaufwandes pro Funktion vor Steuern

Ein Blick 10 Jahre zurück zeigt, dass folgende Bereiche ihre Nettokosten (ohne Steuern) senken konnten:

| Funktion vor Steuern            | R2011  | B2021  | Δ EFF  | Δ %     |
|---------------------------------|--------|--------|--------|---------|
| <b>0 Allgemeine Verwaltung*</b> | 8'615  | 8'586  | -29    | -0.3%   |
| <b>1 Sicherheit</b>             | 4'886  | 595    | -4'291 | -87.8%  |
| <b>2 Bildung*</b>               | 23'645 | 22'969 | -676   | -2.9%   |
| <b>7 Umwelt/Raumordnung</b>     | 2'768  | 2'261  | -507   | -18.3%  |
| <b>8 Volkswirtschaft</b>        | 691    | 595    | -96    | -13.9%  |
| <b>9 Finanzen/Steuern</b>       | 5'650  | -2'255 | -7'904 | -139.9% |

Alle anderen Bereiche haben teilweise hohe 2-stellige Zuwachsraten erfahren:

| Funktion                         | R2011 | B2021  | Δ EFF | Δ %   |
|----------------------------------|-------|--------|-------|-------|
| <b>3 Kultur, Freizeit, Sport</b> | 9'040 | 10'147 | 1'107 | 12.2% |

|                             |        |        |       |        |
|-----------------------------|--------|--------|-------|--------|
| <b>4 Gesundheit +</b>       | 1'739  | 3'609  | 1'871 | 107.6% |
| <b>5 Soziale Sicherheit</b> | 13'658 | 16'701 | 3'043 | 22.3%  |
| <b>6 Verkehr</b>            | 5'362  | 7'150  | 1'788 | 33.3%  |

Tabellen: Abweichungen funktionale Gliederung 10 Jahre

\*Im Bildungsbereich gab es grosse Verschiebungen aufgrund des neuen Finanzausgleichs. Während die Bruttobelastung aus dem Disparitätenausgleich und dem Lastenausgleich in der Funktion 9 zu einer Mehrbelastung führte, fand im Bereich Bildung durch die Einführung der Schülerpauschale eine Entlastung statt. Seit dem Jahr 2020 werden zudem die Informatikkosten im Umfang von 540'000 Franken ausserhalb der Funktion 0, Allgemeine Verwaltung verteilt.

## 6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten

(Abweichungen zum Vorjahresbudget)

### 30 Personalaufwand

Gegenüber dem Budget 2021 steigen die Personalkosten um rund 453'000 Franken.

Die Mehrkosten sind begründet durch:

#### 300 Behördenentschädigungen

|   |        |
|---|--------|
| Mehrkosten Behörden aufgrund Wahljahr 2021 (alle 4 Jahre)                 | 58'900 |
| Höheren Entschädigungen an die Mitglieder der Feuerwehr (dauerhaft - SRB) | 37'500 |

#### 301 Städtisches Personal

Die Bruttolohnkosten des städtischen Personals nehmen um 262'000 Franken zu. Grund dafür sind:

|  |         |
|--|---------|
| Stellenveränderungen (vgl. unten) / nur Bruttolohnkosten   | 148'200 |
| Überführungen Personal Stundenlohn / Monatslohn            | 22'000  |
| Lohnsteigerungen Museen (ohne Überführungen) / Mehrstunden | 69'500  |
| Stufenanstiege aufgrund Personalreglement                  | 59'200  |

|  |                                    |
|--|------------------------------------|
| Stellenveränderungen Verwaltung                        | 178'200 Franken inkl. <u>Soz.L</u> |
| - 101% Schulleitung (ab August 2021)                   | 69'900                             |
| - 40% Personaldienst                                   | 47'500                             |
| - 40% Verlustscheinbewirtschaftung (befristet 2 Jahre) | 35'900                             |
| - Praktikumsstelle Stadtbibliothek                     | 24'900                             |

Bei den Museen werden diverse Arbeitsverträge von Mitarbeitenden, welche bis jetzt im Stundenlohn angestellt waren, in einen Arbeitsvertrag im Monatslohn überführt. Die Mehrkosten dieser Überführung betragen pro Jahr rund 26'000 Franken. Grund für die Steigerung sind nicht zusätzliche Stunden, sondern der Umstand, dass Stundenlöhne nicht dem Leistungslohnprinzip unterstehen. Mit der Überführung von Mitarbeitenden im Stundenlohn in ein Arbeitsverhältnis im Monatslohn wurden die Löhne nach Massgabe der ordentlichen Arbeitsverträge neu beurteilt. Der Mehrbedarf an Stundenlöhnen bei den Museen beträgt rund 69'000 Franken, entspricht jedoch in etwa den Erwartungen des Jahres 2020.

### 3090/3091 Aus- und Weiterbildung, Personalwerbung

Die Ausbildungskosten steigen um rund 40'000 Franken. Wobei es sich hierbei zu einem grossen Teil um Mehrkosten von Aus- und Weiterbildungen handelt, welche im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemien nicht ausgeführt wurden.

Aufgrund der Pensionierung eines Direktionsleiters muss eine Stelle neu besetzt werden. Die Besetzung der Direktionsleitung Soziales wird durch die Begleitung eines externen Rekrutierungsspezialisten vorgenommen. Dieser führt auch ein entsprechendes Assessment durch. Der Anteil Stadt beträgt 20'000 Franken, jener der Sozialregion ebenfalls 20'000 Franken.

#### **31 Sachaufwand**

Der Sachaufwand des Budgets 2021 steigt gegenüber dem Budget 2020 erheblich. Nebst den geplanten Kosten für das Schulfest (110'000 Franken) muss auch mit höheren Wertberichtigungen und Abschreibungen der Steuerguthaben gerechnet werden. Dies weil etliche Steuerpflichtige ihre Steuern nicht im Zeitpunkt des Lohnanfalls bezahlen, sondern erst im Zeitpunkt der definitiven Steuerveranlagung. Reduziert sich das Einkommen, sind viele Personen nicht mehr in der Lage, die Steuern auf dem höheren Einkommen zu begleichen.

| <b>Kostenart</b>                       | <b>B2021</b>  | <b>B2020</b>  | <b>R2019</b>  | <b>Δ 21/20</b> | <b>Begründung</b>                  |
|--|---------------|---------------|---------------|----------------|------------------------------------|
| <b>310 Material- Warenaufwand</b>      | 1'933         | 1'899         | 1'625         | 35             |                                    |
| <b>311 Nicht aktivierbare Anlagen</b>  | 1'432         | 1'487         | 1'120         | -55            |                                    |
| <b>312 Versorg. Liegenschaften</b>     | 2'617         | 2'639         | 2'494         | -22            |                                    |
| <b>313 Dienstleist./Honorare</b>       | 2'805         | 2'572         | 2'532         | 233            | Vgl. Detail unten                  |
| <b>314 Baul. / betriebl. Unterhalt</b> | 3'517         | 3'696         | 2'839         | -179           |                                    |
| <b>315 Unterhalt /Anlagen</b>          | 1'245         | 1'233         | 1'002         | 12             |                                    |
| <b>316 Mieten, Leasing, Pachten</b>    | 829           | 793           | 697           | 37             | Schulraum Zementweg                |
| <b>317 Spesenentschädigungen</b>       | 626           | 608           | 492           | 18             |                                    |
| <b>318 Wertberichtigungen</b>          | 1'015         | 878           | 1'032         | 137            | Höhere Ausfälle von Steuererträgen |
| <b>319 div. Betriebsaufwand</b>        | 121           | 10            | 120           | 110            | Geplantes Schulfest                |
| <b>Total</b>                           | <b>16'139</b> | <b>15'815</b> | <b>13'952</b> | <b>324</b>     |                                    |

*Tabelle: Abweichung Sachaufwand in TCHF, Differenz zwischen B2021 und Budget 2020*

Ein starker Anstieg ist bei den Dienstleistungen durch Dritte (Kostenart 3132) festzustellen. Arbeiten werden teilweise aufgrund fehlender Ressourcen oder aufgrund von fehlendem Knowhow extern vergeben. Gegenüber dem Vorjahr sind folgende externe Arbeiten geplant:

| <b>Konto</b>        | <b>Massnahme</b>                                   | <b>Betrag</b> |
|---------------------|--|---------------|
| <b>0110.3132.00</b> | Verpackung Stimm- und Wahlmaterial (Wahljahr)      | 35'800        |
| <b>0224.3132.00</b> | Bedarfserhebung Geschäftsverwaltung (GEVER)        | 30'000        |
| <b>0224.3132.00</b> | Beratung Kommunikationssysteme                     | 15'000        |
| <b>0229.3132.00</b> | Aufbau Personaldienst / Grundlagenarbeit d. Dritte | 30'000        |
| <b>2190.3132.00</b> | Schulwebsite                                       | 25'000        |
| <b>2190.3132.00</b> | Elternumfrage und Auswertung durch FHNW            | 25'000        |
| <b>3111.3132.00</b> | Arbeiten Erdgeschichte (gegenfinanziert)           | 50'000        |
| <b>5721.3132.00</b> | Aufträge Integration (teilweise gegenfinanziert)   | 19'600        |

*Abweichungen Kostenart 3132*

### 33 Abschreibungen

Seit dem Jahr 2016 gelten für die Abschreibungen differenzierte, nach Nutzdauer bestimmte Abschreibungen. Für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens Stand Ende 2015, welches noch unter HRM1 geführt wurde, gilt eine lineare Abschreibung auf 18 Jahre (Abwasser 11 Jahre). Die Abschreibungen auf „Altbestände“ sind in der Unterkontonummer unterscheidbar. Sie werden mit der Unterkontonummer 25 (Bsp. 2170.3300.25) ausgewiesen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| Abschreibungstyp                  | B2021        | B2020        | R2019        |
|-----------------------------------|--------------|--------------|--------------|
| Abschreibungen HRM1               | 5'015        | 5'027        | 5'012        |
| Abschreibungen ab 2016 steuerfin. | 2'415        | 1'427        | 1'458        |
| Abschreibungen Abwasser ab 2016   | 182          | 140          | 103          |
| Abschreibungen Abfall ab 2016     | 59           | 90           | 23           |
| <b>Abschreibungen Total</b>       | <b>7'671</b> | <b>6'684</b> | <b>6'596</b> |

Die Zunahmen der Abschreibungen im steuerfinanzierten Bereich sind gegenüber dem Budget 2020 frappant. Sie sind jedoch vor allem auf die kurze Nutzungsdauer der Informatikmittel zurückzuführen.

| Art, Steuerfinanziert | B2021        | *B2020       | Δ 2020/21  |
|-----------------------|--------------|--------------|------------|
| Tiefbauten            | 508          | 360          | 148        |
| Hochbauten            | 380          | 343          | 36         |
| IT-Mittel             | 710          | 290          | 420        |
| Mobiliar              | 801          | 740          | 61         |
| Fahrzeuge             | 16           | 16           | 0          |
| <b>Total</b>          | <b>2'415</b> | <b>1'749</b> | <b>666</b> |

*Tabelle: Detail Abschreibungen ab 2016, Steuerfinanziert, in TCHF, \*bereits angepasst auf Trend*

Hinzu kommen die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Diese sind unter der Kostenart 365/366 geführt. Wir verweisen diesbezüglich auf den Transferaufwand.

Es gelten dabei folgende Abschreibungssätze:

| Anlagekategorie   | Nutzungsdauer | Abschreibungsmethode                         |
|---|---------------|--|
|   |               | linear                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Grundstücke nicht überbaut</li> </ul> Abweichung zu HRM2; überbaute Grundstücke werden über die Nutzungsdauer des Objektes abgeschrieben | 40 Jahre      | 2.50 %                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Gebäude, Hochbauten</li> </ul>   | 33 Jahre      | 3.03 %                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Tiefbauten (Strassen, Plätze, Friedhof etc.)</li> </ul>  | 40 Jahre      | 2.50 %                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Wald, Alpen und übrige Sachanlagen</li> </ul>  | 40 Jahre      | 2.50 %                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Kanal- und Leitungsnetze, Gewässerverbauungen</li> </ul>   | 50 Jahre      | 2.00 %                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Orts- und Regionalplanungen sowie übrige Planungen</li> </ul>  | 10 Jahre      | 10.00 %                                      |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Mobilien, Ausstattungen, Maschinen und allgemeine Motorfahrzeuge</li> </ul>  | 8 Jahre       | 12.50 %                                      |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Spezialfahrzeuge (Feuerwehr, Strassenreinigung etc.)</li> </ul>  | 15 Jahre      | 6.67 %                                       |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Informatik- und Kommunikationssysteme</li> </ul>   | 4 Jahre       | 25.00 %                                      |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Immaterielle Anlagen</li> </ul>  | 5 Jahre       | 20.00 %                                      |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Investitionsbeiträge</li> </ul>  | ~             | Nach Nutzungsdauer des finanzierten Objektes |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Anlagen im Bau</li> </ul>  | ~             | keine planmässige Abschreibung               |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Darlehen</li> </ul>  | ~             | keine planmässige Abschreibung               |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>Beteiligungen, Grundkapitalien</li> </ul>  | ~             | keine planmässige Abschreibung               |

Tabelle: Abschreibungssätze

### 34 Finanzaufwand

Trotz der Aussicht, dass ein sehr hoher Anteil der neuen Investitionen mit Fremdkapital finanziert werden muss, sinkt der Finanzaufwand. Dies aufgrund der aktuellen Kapitalmarktsituation. Mit einem Zinsaufwand wird nur noch für bestehende fällige Verpflichtungen gerechnet.

| Position  | Begründung   | B2021 | B2020 |
|---|--|-------|-------|
| <b>Zinsen auf lfd. Verbindlichkeiten</b>        | Rückzahlung Steuern aufgrund zu hoher Vorbezüge (Corona) | 25    | 16    |
| <b>Kurzfristige Finanzverb.</b>                 | Senkung des Zinssatzes für das PK-Kontokorrent           | 123   | 140   |
| <b>Langfristige Finanzverb.</b>                 | Refinanzierungen zu 0%-Zinssatz                          | 647   | 839   |
| <b>Aufwand Liegenschaften im Finanzvermögen</b> |  | 211   | 224   |

Tabelle: Finanzaufwand in TCHF

### 35 Einlage in Spezialfinanzierungen / Fonds

Unter den Einlagen in die Spezialfinanzierung ist im Budget 2021 fast ausschliesslich die Einlage der Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall geplant. Nebst den Einlagen in die Spezialfinanzierung sind die Überschüsse des Legates Atzli noch erwähnenswert.

| Fonds                      | B2021        | B2020        | Abw.       |
|----------------------------|--------------|--------------|------------|
| Einlage in die SF Abwasser | 983          | 1'098        | -115       |
| Einlage in die SF Abfall   | 185          | 168          | 17         |
| Einlagen Fonds Atzli       | 98           | 78           | 20         |
| Diverse Fonds              | 10           | 20           | -10        |
| <b>Total</b>               | <b>1'276</b> | <b>1'364</b> | <b>-88</b> |

Tabelle: Einlage in Fonds in TCHF

### 36 Transferaufwand

Die Transferzahlungen sind nach den Löhnen die grösste Kostenposition. Im Rahmen einer Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden kommen die Gemeinden ab dem Jahr 2020 für den Bereich Alter auf, der Kanton für den Bereich der Invalidität. Dadurch kam es in den Funktionen zu grösseren Verschiebungen. Alle Positionen, welche betroffen sind, sind gekennzeichnet (+). Folgende sind die grössten Positionen (> 200'000 Franken Einzelpositionen) im Transferaufwand:

| Funktion  | B2021         | B2020         | R2019         |
|---|---------------|---------------|---------------|
| Finanz- und Lastenausgleich                           | 6'730         | 7'103         | 6'172         |
| Ergänzungsleistungen AHV +                            | 6'369         | 6'029         | 2'950         |
| Gesetzliche Sozialhilfe +                             | 6'303         | 5'990         | 7'561         |
| Rest- und Verwaltungskosten Sozialregion              | 3'104         | 3'033         | 3'012         |
| Pflegekostenfinanzierung, Restkosten amb. Pflege+     | 2'512         | 2'231         | 1'155         |
| Beiträge an den Regionalverkehr                       | 2'231         | 2'239         | 2'136         |
| Beiträge an die Abwasserreinigung (Spezialfinanziert) | 2'195         | 2'195         | 1'795         |
| Schulgelder an die Sekundarschule                     | 1'590         | 1'606         | 1'429         |
| Beiträge an Sonderschulen (HPS, Heime)                | 1'160         | 1'104         | 1'193         |
| Beiträge für die Steuerveranlagungen                  | 945           | 950           | 924           |
| Beträge an Kinderkrippen- und Horte, Tagesbetr.       | 830           | 830           | 645           |
| Beitrag an den Eissport                               | 700           | 700           | 700           |
| Abschreibung von Investitionsbeiträgen/Beteiligungen  | 664           | 610           | 611           |
| Beitrag an Spitex Olten (Leistungsauftrag)            | 600           | 700           | 564           |
| Beitrag an das Stadttheater*                          | 560           | 560           | 597           |
| Standortbeitrag an die FHNW                           | 340           | 340           | 340           |
| Beitrag an Alkohol und Drogenprävention               | 316           | 315           | 314           |
| Beiträge an die Alimenter Bevorschussung              | 299           | 296           | 298           |
| Beiträge an Region Olten Tourismus                    | 230           | 230           | 230           |
| Bezugsprovisionen Quellensteuern                      | 210           | 213           | 220           |
| Regionaler Zivilschutz                                | 208           | 207           | 173           |
| Benützung Hallenbad                                   | 204           | 204           | 204           |
| Beitrag an den Verein Robi                            | 200           | 200           | 200           |
| Ergänzungsleistungen IV +                             | 0             | 0             | 2'463         |
| Restbeträge   | 1'646         | 1'413         | 1'276         |
| <b>Total</b>  | <b>40'147</b> | <b>39'298</b> | <b>37'162</b> |

Tabelle: Transferaufwand in TCHF, \* Vom Stadttheater fliessen 205 TCHF an Mieterträgen zurück + Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden

### 38 a.o Aufwand

Keine Bemerkung

### 39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können. Im Jahr 2020 wurden erstmals die Informatikkosten über die internen Verrechnungen an die Abteilungen weiterverrechnet. Dies aufgrund der Kostenauswertung zwischen den drei solothurnischen Städten zur Festlegung des Zentrumslastenausgleichs.

#### **40 Steuererträge**

Für die Budgetierung der Steuererträge wurde auf die letzten sicheren Veranlagungsstände abgestellt. Aufgrund einer Softwareumstellung beim Kanton lagen für die Festlegung der Steuererträge 2021 noch nahezu keine Steuerveranlagungen 2019 vor. Für das Budget 2021 wurde bei den natürlichen Personen auf die Veranlagungen 2017/2018 abgestellt. Der Kanton empfiehlt den Gemeinden gegenüber dem Jahr 2019 einen Abschlag von 1.7% vorzunehmen. Der Stadtrat schätzt die aktuelle Situation etwas weniger dramatisch ein und stellt einen Abschlag von lediglich 1.2% ein. Als Basis diene der Veranlagungsstand des Steuer-Management-Informationssystems per August 2020.

#### Natürliche Personen / Veranlagungsstände per 24.08.2020 (Abschluss August 2020)

|   | <b>2021</b>  |
|---|--------------|
| <b>+ Durchschnitt 2017/2018 natürliche Personen</b>           | 50.98        |
| <b>+ Personalsteuer – Konto 9100.4008.00</b>                  | 0.60         |
| <b>+ Anteil aus Vorjahren</b>                                 | 0.18         |
| <b>+ Kapitalabfindungen (via Kanton) – Konto 9101.4022.10</b> | 0.75         |
| <b>= Basis 2021</b>   | <b>52.51</b> |
| <b>* Konjunkturprognose (ohne Personal- und Sondersteuer)</b> | -1.2%        |
| <b>* Wachstum Bevölkerung / Steuerpflichtige</b>              | 0.2%         |
| <b>= Planertrag 2021 Steuern natürliche Personen</b>          | <b>52.00</b> |
| <b>+ Steuererhöhung</b>                                       | 0.00         |
| <b>= Total geplanter Steuerertrag 2021</b>                    | <b>52.00</b> |

*In Mio.*

#### Juristische Personen

Bei den Juristischen Personen werden erstmals die Auswirkungen der STAF-Vorlage sichtbar. Als Basis für die Festlegung der Steuern 2021 dient der voraussichtliche Steuerertrag 2019. Stand August 2020 setzt sich der Steuerertrag 2019 aus Vorbezügen von 15.8 Mio. Franken und definitiven Veranlagungen von 1.2 Mio. Franken zusammen. Auf dem sich ergebenden Saldo wird ein Abschlag von 35% aufgrund der Senkung des Gewinnsteuersatzes vorgenommen. Auf dem sich ergebenden Saldo von 11.0 Mio. Franken wird eine Konjunkturprognose von -1.3% vorgenommen. Die Korrektur entspricht der vom Seco publizierten Prognose vom 16. Juni 2020.

#### **41 Konzessionen**

Von den 1.958 Mio. Franken an Konzessionserträge werden rund 86% von den sbo für Energie, Wasser und Gas abgeliefert.

| Position   | B2021 | B2020 | Differenz |
|--|-------|-------|-----------|
| <b>Konzessionserträge SBO (Energie, Gas, etc.)</b> | 1'690 | 1'685 | +5        |
| <b>Plakatgebühren</b>                              | 35    | 35    | +0        |
| <b>Taxikonzessionen</b>                            | 35    | 37    | -2        |
| <b>Konzessionen Kilbibuden/Schausteller</b>        | 118   | 118   | +0        |
| <b>Diverse (Anlässe, Marktkonzessionen)</b>        | 80    | 91    | -11       |

*In TCHF*

#### **42 Entgelte**

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich Mindererträge von rund 90'000 Franken (-0.6%).

Folgendes sind die wichtigsten Abweichungen:

| Position  | Betrag |
|---|--------|
| <b>Erlöse aus Grabtaxen, Kremationen</b>                | -47    |
| <b>Feuerwehersatzabgaben / (Verlauf Analog Steuern)</b> | -50    |
| <b>Rückerstattungen aus Betreibungen</b>                | +40    |
| <b>Leistungen RZ Olten+ an Dritte</b>                   | +25    |
| <b>Vermietungen Stadthalle</b>                          | -19    |

*In TCHF*

#### **43 verschiedene Erträge**

Keine Bemerkungen

#### **44 Finanzertrag**

Der Finanzertrag im Budget 2021 liegt rund 528'000 über dem Budget 2020.

Die Mehrerträge erfolgen fast ausschliesslich aus einer höheren Rendite aus dem Dotationskapital der sbo:

| Position   | Betrag |
|--|--------|
| <b>Verzinsung des Dotationskapitals sbo</b>  | + 500  |
| <b>Mietzinserträge inkl. Stadthaus (Schalter SRO) und Legat Atzli</b>  | +67    |
| <b>Zinserträge aus Steuerguthaben und Festgeldanlagen (2 Raten Steuern 2020 werden ohne Verzugszins berechnet)</b> | -28    |
| <b>Haus der Museen / Mietzinserträge Archäologie (zu hoch budgetiert)</b>  | -13    |

*In TCHF*

#### **45 Entnahme aus Spezialfinanzierung**

Für das Jahr 2021 sind folgende grössere Fondsentnahmen geplant:

| Entnahmegrund   | Betrag |
|---|--------|
| <b>Fondsentnahmen Kulturpreisverleihungen</b>   | 30     |
| <b>Entnahme aus dem Freizeitfonds für den Betrieb der Trendsportanlage, Midnight, Förderkurse Deutsch</b> | 93     |
| <b>Fondsentnahmen Museen (Kunstmuseum)</b>  | 25     |
| <b>Fondsentnahme zur Finanzierung der Altersausflüge</b>  | 40     |
| <b>Auflösung Schulfestfonds</b>   | 12     |
| <b>Auflösung Fonds für Planstudien</b>  | 9      |
| <b>Auflösung Fonds Kindergärten</b>   | 59     |
| <b>Auflösung Fonds Jugendhort</b>   | 18     |

|  |     |
|--|-----|
| <b>Auflösung Fonds Stadtarchiv</b>   | 8   |
| <b>Auflösung Fonds Ersatzabgaben (15'000 Parkuhren/ 30'000 Unterhalt)</b>      | 45  |
| <b>Teilfinanzierung des Zivilschutzes aus Ersatzbeiträgen Schutzraumbauten</b> | 120 |

In TCHF

#### **46 Transfererträge**

Die Transferbeiträge steigen um 4'398'000 Franken.

Folgende Hauptursachen tragen zur Steigerung bei:

| <b>Funktion</b>         | <b>Kommentar</b>  | <b>Veränderung</b> |
|-------------------------|---|--------------------|
| <b>9300</b>             | Kantonsbeitrag STAF   | +4'024             |
| <b>Finanzausgleich</b>  |   |                    |
| <b>9300</b>             | Lastenausgleich neu mit Verwaltungsfixum von 50 TCHF        | + 17               |
| <b>8400 Tourismus</b>   | Weihnachtsbeleuchtung sbo, Beitrag an die effektiven Kosten | -30                |
| <b>3111 Naturmuseum</b> | Kantonsbeiträge – teilweise ausstellungsspezifisch          | +75                |
| <b>3111 Naturmuseum</b> | Sponsoring  | -11                |
| <b>3113 Kunstmuseum</b> | Sponsoring  | -45                |
| <b>3113 Kunstmuseum</b> | Kantonsbeiträge   | +32                |
| <b>21xx Schulen</b>     | Kantonsbeiträge an Lehrerbesoldungen                        | +415               |

In TCHF

## **7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen**

### **7201 Abwasserentsorgung**

Das Budget 2021 weist einen Überschuss von 983'100 Franken aus. Dieser ist rund 115'000 Franken tiefer als im Budget 2020. Der Überschuss wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserversorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abfallrechnung beträgt 1'442'200 Franken und kann die geplanten Investitionen im Bereich Abwasser von rund 1.932 Mio. Franken (nach 20% Pauschalabzug) nur zu 74.6% decken.

### **7301 Abfallbeseitigung**

Der Bereich Abfall weist für das Jahr 2021 einen Überschuss von 184'600 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 267'100 Franken und kann die geplanten Investitionen von 200'000 Franken (nach Pauschalabzug 20%) decken. Das Guthaben der Abfallrechnung gegenüber der Stadt betrug Ende 2019 rund 2.24 Mio. Franken.

## **8. Investitionsbudget**

Das Gemeindeparlament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2021 – 2027. Das vorliegende Investitionsbudget 2021 basiert auf diesem Investitionsplan. Die Nettoinvestitionen betragen 14.27 Mio. Franken. Die Nettoinvestition gilt im Verhältnis zum Gesamtaufwand der Stadt mit 14.3% als „Mittlere Investitionstätigkeit“.

Die Investitionen lassen sich folgendermassen aufteilen (in TCHF):

| <b>Investitionstyp</b>   | <b>Betrag</b>      |
|--|--------------------|
| <b>Nettoinvestitionen in den Werterhalt bestehender steuerfinanzierter Anlagen</b> | 9'644 TCHF         |
| <b>Entwicklungsinvestitionen</b>   | 5'340 TCHF         |
| <b>Investitionsbeiträge</b>  | 0 TCHF             |
| <b>Investitionen an gebührenfinanzierte Bereiche Abwasser/Abfall</b>               | 2'665 TCHF         |
| <b>Generelle Kürzungen (~20%, bisher 15%) / Realisierungsgrad</b>                  | -3'375 TCHF        |
| <b>Total Nettoinvestitionen</b>  | <b>14'274 TCHF</b> |

*Gliederung Nettoinvestitionen*

Folgende Entwicklungsprojekte mit Investitionstranchen im Jahr 2021 von über Fr. 200'000 sind im Voranschlag enthalten:

| <b>Entwicklungsinvestitionen</b>                             | <b>Betrag</b> |
|--|---------------|
| <b>Schulraumplanung Kleinholz / Dreifachturnhalle</b>        | 1'700 TCHF    |
| <b>Planung / Neubau Kunstmuseum</b>                          | 500 TCHF      |
| <b>Umsetzung Motion Aktivierung Ländiweg (7900.5010.004)</b> | 600 TCHF      |
| <b>Parkleitsystem (6150.5090.000) - fondsfinanziert</b>      | 1'000 TCHF    |
| <b>Stadtteilverbindung Hammer (6150.5010.013) - netto</b>    | -400 TCHF     |
| <b>Neuer Bahnhofplatz Olten</b>                              | 870 TCHF      |
| <b>Diverse Strassenerschliessungen (6150.5010.DIV)</b>       | 600 TCHF      |

*Grösste Entwicklungsinvestitionen*

## 9. Kennzahlen, gesetzlich vorgesehene Massnahmen

Im Anhang zum Budget 2021 finden drei Seiten mit Finanzkennzahlen. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

### Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach dessen Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2021 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

### Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann 80% betragen. Der für das Jahr 2021 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2019 ausgewiesen wird. Er beträgt 40.9%. Die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) ist somit eingehalten und es ist somit keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

## 10. Zusammenfassung

Im Budget 2021 muss die Stadt einen herben finanziellen Dämpfer hinnehmen. Nebst den erwarteten Einbrüchen aufgrund der Corona-Pandemie macht sich auch die Umsetzung der STAF-Vorlage stärker bemerkbar als in einer ersten Planung eingeschätzt. Die zu erwartenden Steuerausfälle können durch den befristeten kantonalen Finanzausgleich nur

teilweise gedeckt werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass auch dieser Ausgleich ab dem Jahr 2028 komplett wegfällt.

Die Kostenschübe im sozialen Ausgleich (Ergänzungsleistung, Pflegekostenfinanzierung, Sozialhilfe) wurden aufgrund der kantonalen Vorgaben eingestellt und sind fremdbestimmt. Innerhalb der Verwaltung werden wenige neue Stellen für den Personaldienst, die Schulleitung und die Verlustscheinbewirtschaftung beantragt. Bei den Sachkosten wirken sich hohe Steigerungen für externe Berater, höhere Wertberichtigungen für Guthaben und das nächstes Jahr voraussichtlich stattfindende Schulfest aus.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit den Änderungsanträgen der Finanzkommission zugestellt.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Muriel Jeisy:** Ihr konntet schon lesen, dass die Finanzkommission das Budget wie jedes Jahr an zwei Sitzungen eingehend diskutiert., in Anwesenheit des Stadtrates und dann auch noch der Direktionsleitenden, des Finanzverwalters und des Stadtschreibers. Wir hatten zuerst die Fragerunde, wo man noch sehr viele Sachen beleuchtet hat, und wir dann im Verlauf der Woche Informationen und Unterlagen noch zusätzlich erhalten und studiert haben. Die Finanzkommission wird, wie schon gesagt und mitgeteilt, diesem Budget einstimmig zustimmen. Sie wird auch noch drei Anträge stellen, einen davon, wie Ihr auch sieht, zur Laufenden Rechnung, wo es um die Streichung der Aufstockung des Personaldienstes um eine 40%-Personalassistentenstelle geht, und zwei Anträge betreffen die Investitionsrechnung. Dort sollen Fr. 115'000.— für die Einrichtung eines WLAN-Gästenetzwerks im Stadthaus gestrichen und die Fr. 600'000.—, die für die Fussgänger- und Veloverbindung Hammer-Olten SüdWest eingestellt sind, um Fr. 30'000.— reduziert werden. Insgesamt ist es relativ wenig, wenn man doch sieht, dass das Budget von einem Aufwand inklusive Verrechnungen von gut Fr. 116'000.— und von einem Ertrag von gut Fr. 112'000.— ausgeht, bei einem Verlust von gut 3,5 Millionen. Ohne interne Verrechnungen ergibt sich bloss ein Aufwand von Fr. 107'000.— und ein Ertrag von knapp Fr. 104'000.—. Die grössten Abweichungen im Aufwand zum Vorjahr sind hohe Abschreibungen, die jedoch gleich wieder etwas zu relativieren sind, wenn man das aktuelle Jahr anschaut, und wir uns dort über den Investitionsstand, der noch ziemlich deutlich im Rückstand ist, informieren konnten. Wir haben uns diesbezüglich vom Finanzverwalter updaten lassen, und auch den Finanzdirektor gebeten, dass er heute auch noch das Parlament orientiert, wie der Stand der aktuellen Rechnung jetzt im fortgeschrittenen Jahr 2020 aussieht. Höhere Pro-Kopf-Beiträge in den Leistungsfällen Alter und gesetzliche Sozialhilfe sowie beim Sachaufwand sind vorgesehen, wobei man dort wissen muss, dass es nicht hauptsächlich Aufwandausgaben sind, sondern ein Grossteil, wo man rechnet, dass Steuern und Gebühren abgeschrieben und als uneinbringlich bezeichnet werden müssen. Beim Steuerertrag werden sich voraussichtlich Ertragseinbrüche aufgrund der Covid-Pandemie und die Auswirkungen der STAF-Vorlage stark bemerkbar machen. Auch dort muss man sagen, dass dies noch sehr unsicher und schwierig einzuschätzen ist. Gerade bei der Covid-Pandemie weiss man noch nicht genau, wie es weitergeht und wie die Auswirkungen auf die Wirtschaft sein werden. Der Finanzverwalter hat uns gesagt, dass, wenn es quasi beim ersten Lockdown bleiben würde, die Schätzungen vielleicht eher etwas zu gut sind, wenn aber dann effektiv noch einen zweiten kommen würde, sähe es düsterer aus und würden die Entwicklungen eher negativer sein. Was es für ihn auch schwierig macht, ist, dass der Kanton aufgrund einer neuen Software noch Veranlagungsverzögerungen hat. Das Budget 2021 sieht unter diesen Voraussetzungen unveränderte Steuerfüsse von 108 % für die Einwohnerinnen und

Einwohner von Olten wie auch für hier ansässige Unternehmen vor. Die Finanzkommission hat einen Antrag auf Steuerfusserhöhung der juristischen Personen um 15 Punkte abgelehnt. Geplant sind rund 14 Millionen Franken für Nettoinvestitionen. Zu berücksichtigen ist eine generelle Realisierungskorrektur von 20 %. Sie wurde leicht erhöht, weil man gerade in den Vorjahren gemerkt hatte, dass man die bisherige Korrektur auch noch nie ausgeschöpft hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass knapp zwei Drittel davon in den Werterhalt fliessen, vor allem Strassen, Hochbau, wie auch die Sanierung von Schulanlagen und der Badi, die wir vorher diskutiert haben, betroffen werden. Die Entwicklungsinvestitionen sind auch in den bekannten grossen Bereichen Schulraum Kleinholz, Dreifachturnhalle, neues Kunstmuseum, Umsetzung Motion Aktivierung Ländiweg, Parkleitsystem, das fondsfinanziert ist, die Planung Stadtteilverbindung Hammer und neuer Bahnhofplatz vorgesehen. Teilweise muss man auch wissen, dass gerade Verschiebungen vorliegen, die man nicht realisieren konnte und dass man gewisse Projekte schon im letztjährigen Budget gesehen hat und sie jetzt halt noch einmal aufgeführt sind, weil sie noch nicht oder zu einem grossen Teil erst 2021 ausgelöst können werden. Wie schon gesagt, hat die Finanzkommission dem Budget 2021 einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Parlament, ebenfalls zuzustimmen.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Zuerst besten Dank an Muriel für ihre Ausführungen. Das Budget 2021 weist unter dem Strich einen Verlust von rund 3,7 Millionen aus und die wesentlichen Veränderungen in den verschiedenen Ertrags- und Aufwandposten gegenüber dem Budget 2020 sind im Bericht und Antrag ab Seite 8 abgebildet. Auf den ersten Blick, wenn man die Krise anschaut, in der wir jetzt stecken und wo wir auch nicht wissen, wie sie weiter vor sich gehen wird, sieht dieses Budget gar nicht einmal so schlecht aus. Es gibt aber auch Punkte, die dieses Budget einerseits noch unsicherer machen oder zum Teil auch verbessern. Ich möchte zwei Budgetposten erwähnen, die eigentlich dazu führen, dass das Budget künstlich verbessert wird. Auf Seite 6 oben ist ein ausserordentlicher Ertrag von 1,43 Millionen zu sehen. Dabei handelt es sich um den ersten Fünftel der Neubewertungsreserve. Diese muss ab dem Jahr 2021 innert fünf Jahren aufgelöst werden. Seite 19 zuoberst seht Ihr Entnahme aus Fonds, insgesamt Fr. 477'000.—. Wir haben noch nie so viele Fondsentnahmen wie in diesem Jahr gemacht. Wir versuchen, diese Fonds nach und nach aufzulösen. Es hat so viele Fonds, die seit Jahren bestehen und eigentlich nie verwendet werden. Aber beide Punkte führen zu einer Verschönerung des Budgets. Das macht fast 2 Millionen aus. Sie bringen aber keinen zusätzlichen Franken in die Kasse, sondern es gibt rein buchhalterisch eine Verbesserung. Nachher gibt es Posten, die dazu führen, dass die Rechnung 2021 schlussendlich viel schlechter ausfällt als das Budget, das wir vorlegen. Da ist einerseits der Transferaufwand. Der Kanton gibt hier Zahlen vor. Diese müssen wir im Budget übernehmen, beispielsweise bei der sozialen Wohlfahrt und auch die Beiträge an den Regionalverkehr. Ich verweise hier auf Seite 10 und 16 unten des Berichts und Antrags. Es ist aber zu befürchten, dass diese Beträge in der Rechnung 2021 aufgrund der Corona-Krise höher ausfallen werden. So ist davon auszugehen, dass beim öffentlichen Verkehr Einnahmen zurückgehen. Das heisst, die Städte und Gemeinden müssen mehr zum öffentlichen Verkehr beitragen. Wir gehen auch davon, dass die Ausgaben bei der sozialen Wohlfahrt steigen werden. Im Moment weiss man nicht, wie sich das Ganze entwickeln wird. Aber wenn die Arbeitssituation und die Wirtschaftssituation weiter so anhalten, werden sicher mehr Leute Sozialhilfe beantragen müssen. Auch bei den Steuern war es schwierig zu budgetieren. Der Kanton hat bei den natürlichen Personen empfohlen, von einem Rückgang von 1,7 % auszugehen. Das seht Ihr auf Seite 17 des Berichts und Antrags. Wir waren hier etwas optimistischer und haben einen Rückgang von 1,2 % budgetiert. Aber auch hier weiss man nicht, wie sich das Ganze entwickelt, und hier könnte sich auch der Ertrag der natürlichen Personen bei den Steuern effektiv verschlechtern. Bei den Wertberichtigungen, das sind Uneinbringlichkeiten von Steuern und Gebühren, Seite 14, oben, rechnen wir mit höheren Ausfällen von rund Fr. 137'000.—. Aber auch hier, je nach Verlauf der Pandemie, könnte auch diese Zahl höher ausfallen. Ein Posten, den Muriel auch schon angesprochen hat, der eigentlich dazu führen könnte, dass die Rechnung besser als das Budget besser dasteht, betrifft die Abschreibungen. Diese findet Ihr auf Seite 15 oben. Sie sind auf der Basis der budgetierten Investitionen 2020 und 2021 berechnet worden. Wir wissen 2020

schon, dass nicht alle Investitionen ausgelöst werden und auch 2021, je nachdem, was ausgelöst wird, kann sich diese Zahl reduzieren. Vielleicht zu den Investitionen noch eine Bemerkung: Das ist nicht immer böser Wille des Stadtrates oder der entsprechenden Verwaltung, dass die Investitionen nicht ausgeführt werden. Manchmal gibt es auch Einsprachen, Rechtsmittel, die eingelegt werden, und dann verzögert sich das Ganze. Da gibt es verschiedene Gründe, weshalb die Investitionen nicht in diesem Jahr ausgelöst werden können, in dem wir es planen. Die Finanzkommission hat den Wunsch geäußert, dass ich mich im Parlament zum Trend des Jahres 2020 äussere. Das Budget 2020 hatte einen Verlust von rund Fr. 700'000.— vorgesehen. Effektiv liegt der Trend, Stand 9. November, bei rund 1,2 bis 1,3 Millionen Gewinn. Aber auch hier hat es noch viele Unsicherheiten, die diese Zahl wesentlich verändern könnten. 2020 wird sicher der Sachaufwand deutlich tiefer ausfallen. Auf der Einnahmenseite fallen die Erlöse ebenfalls deutlich tiefer aus. Was die Unsicherheiten betrifft, die diese Zahl noch wesentlich verändern könnten, sind es eigentlich die gleichen, die ich schon erwähnt habe, was die Rechnung 2021 beeinflussen könnte. Bei den Nettoinvestitionen liegt der Trend bei 9,8 Millionen, und wenn man diesen Betrag auch ausgeben würde, würde der Finanzierungsfehlbetrag bei rund Fr. 250'000.— liegen, also ein relativ kleiner Betrag, wo wir uns zusätzlich verschulden müssten. Besten Dank.

**Raphael Schär, Fraktion Grüne:** Zum Budget 2021: Das macht uns nicht so viel Freude. Man könnte jetzt denken, dies liege am Minus, das vorgesehen ist. Aber das ist nicht hauptverantwortlich dafür. Aus der Erfahrung kann man sagen, dass es am Schluss so oder so wieder anders herauskommen wird, wir haben es jetzt auch gerade gehört, oder dass zum Beispiel die Steuereinnahmen einfach einmal mehr unterschätzt wurden, gerade auch bei den natürlichen Personen, die eigentlich doch immer noch verdient haben, diejenigen, die viel verdienen. Es gibt auch andere Sachen in diesem Budget, die uns wenig Freude machen. Der Stadtrat schreibt zum Beispiel in der Einleitung: „Das Parlament hat die Finanzsituation durch seine Ausgabenpolitik weiter verschlechtert“. Wir finden es ein wenig schade. Anscheinend hat man den Gestaltungswillen der Parlamentsmehrheit im Hinblick auf eine schnelle und kostengünstige Umsetzung des Ländiwegs noch nicht ganz verdaut. Wir hoffen, das verbessert sich noch. Die bekannten Sätze bezüglich der Kosten im sozialen Bereich, die massiv steigen. Aber dazu liegen keine direkten Angaben vor, was massiv heisst. Man weist einfach jedes Jahr wieder daraufhin, und man kann es zusammensuchen, wenn man dies möchte und auch macht. Bei der Umsetzung der STAF machen sich die Auswirkungen bemerkbar. Das haben wir schon gesagt, als wir nein dazu gesagt haben. Wieso schliesst man dann nicht daraus, dass zum Beispiel einmal der finanzpolitische Grundsatz eines Steuerfussunterschieds von 10 % zwischen juristischen und natürlichen Personen schlicht überholt ist. Sie haben ja nichts mehr miteinander zu tun. Sie hatten vorher schon nichts miteinander zu tun. Von diesen Überlegungen kann man leider nichts lesen. Im Bereich der Steuerfüsse werden wir deshalb auch Anträge machen, um sie zu korrigieren, einige zwar heruntersetzen, das haben wir schon geschrieben, und die anderen, das habt Ihr auch erhalten, zum Heraussetzen. Auch hier wird sich dies natürlich ein wenig auf das Budget selber auswirken. Hoffen wir doch, dass Ihr dies unterstützen könnt. In der laufenden Rechnung hat es ein paar Punkte, die uns Freude bereiten, so zum Beispiel unter anderem die Bestrebungen im Bereich der Stadtbäume, die klar ersichtlich sind. Das freut uns Grüne natürlich sehr. Bei der Investitionsrechnung dagegen hätte Felix, wenn wir es andersrum gesagt hätten, ausführlich sagen können, wieso wir nicht so sehr Freude daran haben. Dort werden wir entsprechende Anträge zur Erhöhung machen. Das haben wir auch schon verteilt. Da geht es einfach darum, dass wir nicht den Schneepflug an Investitionen weiterhin vor uns herschieben, sondern das Ganze ein wenig entlasten können. Die grossen Brocken kennen wir alle. Sie werden noch kommen. In der Zusammenfassung der Erweiterungsinvestitionen auf Seite 5 hat man eigentlich copy paste des letzten Jahres gemacht, das ist witzig, und konnte zum Glück zwei von neun Projekten erledigen. Es ist klar, dass es mehrjährige Projekte sind. Aber welcher Anteil sich von 2020 auf 2021 verschoben hat und welche neu dazugekommen sind, ich hoffe, es sind ein paar, das ist dort nicht ersichtlich. Das ist zur Vorbereitung doch etwas schwierig, um nachzuvollziehen, wo wir mit unserer Investitionstätigkeit überhaupt stehen. Ich denke, das könnte man von der

Darstellung her noch ein wenig verbessern. Weiter erwarten wir klar Nachtragskredite zur allfälligen Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, wenn der Massnahmenplan vorliegt. Es ist aber bereits jetzt erfreulich zu sehen, dass man den Ersatz des BHKW anstrebt, auch wenn der Text der Investitionsbeschreibung auf den ersten Blick etwas anderes vermuten liess. Aber danke an Kurt Schneider für die entsprechende Auskunft in der Vorbereitung auf die heutige Sitzung. Zur effizienten Bearbeitung liegen unsere Anträge eigentlich alle schriftlich vor. Es wird noch einer bezüglich Stadtmusik dazukommen.

**Reto Grolimund, FDP-Fraktion:** Der Effizienz halber rede ich auch jetzt ganz kurz zum Budget und zu den Anträgen, wenn sie vorliegen werden. Ein paar werden ja vielleicht erst morgen zur Sprache kommen werden. Das hoffen wir zwar nicht. Alle Fragen, die im Rahmen des Budgets aufgetaucht sind, konnten in der FDP-Fraktion beantwortet werden. Es hat nicht viel Diskussionsanlass gegeben, weil es ein ziemlich rundes Budget ist, einerseits durch ein Wahljahr geprägt, andererseits durch grosse Unsicherheiten, gerade auf der Ertragsseite in der aktuellen Wirtschaftslage durch eine grosse Veränderung. Das ist die STAF, dazu werde ich dann bei den Anträgen sprechen, und durch die angekündigten selbstzerstörerischen Steuererhöhungsanträge für juristische Personen. Aber der Reihe nach ganz kurz: Das Budget sieht im laufenden Betrieb ein Ergebnis von minus 8 Millionen vor. Das ist nicht so sonnig. Wir haben 14 Millionen Nettoinvestitionsvolumen, und damit wir, weil wir einen relativ tiefen Selbstfinanzierungsgrad von nur rund 30 % haben, mit diesem Selbstfinanzierungsgrad die Investitionen bewältigen können, bittet uns der Stadtrat darum, rund 15 Millionen Neuverschuldung eingehen zu dürfen. Jetzt haben wir insgesamt einen Verlust von 3 Millionen bei gleichbleibenden Steuern budgetiert. Zur Unsicherheit möchte ich noch kurz etwas sagen. Corona hat das Potenzial, einerseits ein grosses Loch in die Steuereinnahmen des nächsten Jahres zu reissen, es hat aber auch das Potenzial, dass es doch gleich ein wenig anders herauskommt. Man weiss es einfach nicht so genau. Wie gesagt möchte ich zur STAF nachher etwas sagen. Insgesamt wird die FDP dem Budget, so wie es jetzt vorliegt, zustimmen, wird auch bei den Anträgen der Finanzkommission zustimmen, behält sich vor, bei gewissen Anträgen, die jetzt noch während der Debatte gestellt werden, natürlich zuzustimmen und damit zuerst einmal danken und bis später.

**Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wir anerkennen dieses Budget. Es war in der heutigen Zeit, in diesem bewegten Jahr sicher nicht einfach, ein Budget aufzustellen. Die Planungssicherheit hat sicher nicht zugenommen, sondern es war sehr schwierig. Der geplante Weg des Stadtrates trotz des eher dunkeln Finanzhorizonts, weitere zweckmässige, sinnvolle Investitionen zu tätigen, empfinden wir eigentlich als gut und richtig. Insbesondere auch für das lokale Gewerbe können damit Aufträge generiert werden, die in diesen schweren Zeiten sicher sehr wichtig sein können. Aber eben: Die finanzielle Situation beginnt jetzt auch zu kippen. Von den sechs, vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätzen, die Ihr auf Seite 7 findet, können eigentlich nur drei eingehalten werden. Das ist derjenige über die Pro-Kopf-Verschuldung, die Differenz zwischen den Steuerfüssen für natürliche und juristische Personen und die steuerliche Belastung im Vergleich mit den anderen Solothurner Gemeinden. Wir sind aber im Vergleich relativ stark verschuldet. Der Selbstfinanzierungsgrad für Werterhaltung und auch der Selbstfinanzierungsgrad für die Gesamtinvestitionen sind sehr tief. Das ist wirklich eine schlechte Situation. Zusammen mit den kommenden Herausforderungen gibt dies ein sehr problematisches Bild. Trotz allem wäre es finanzpolitisch töricht, in einer solchen Krisensituation mit anziehenden Geschäftskonkursen, mit einer zunehmenden Zahl an Leuten, bei denen das Arbeitsumfeld wegbricht und was in Zukunft sicher auch zu steigenden Sozialkosten führen wird, finanziell eine volkswirtschaftliche Vollbremsung zu vollziehen. Im jetzigen wirtschaftlichen Umfeld wäre sicher auch eine Steuererhöhung fatal. Bezogen auf die direkte Konkurrenz in benachbarten Kantonen ist Olten insbesondere für Mittelstandsfamilien immer noch sehr teuer. Umso mehr gilt die Konkurrenzsituation natürlich auch im Bereich der juristischen Personen. Die Mobilität ist in diesem Bereich noch viel grösser, und ein Wechsel des Hauptsitzes wäre schnell gemacht. Die Fraktion wird in diesem Sinn dem Budget in der Schlussabstimmung zustimmen, solange keine grundlegenden Parameter nachher noch

verändert würden. Die Grundrichtung, wichtige Investitionen weiterhin zu planen und umzusetzen, ohne aber das finanzielle Gewissen zu verlieren, unterstützen wir. Wir warnen aber auch eindringlich vor finanzpolitischen Schüssen aus der Hüfte ohne gesicherte finanzielle und rechtliche Grundlagen. Zu den vorgebrachten Änderungsanträgen der FIKO und der Fraktionen werden wir uns dann differenziert äussern, einige annehmen und einige auch nicht.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Wir sehen nach wie vor als Problem nicht die Einnahmen, wie wir gehört haben, wir haben sehr hohe Steuern, sondern wir haben ein Ausgabenproblem. Der Stadtrat hat vor nicht allzu langer Zeit ein Sparpaket von 2 Millionen angekündigt. Davon haben wir aber nichts gesehen. Auch bei den Sparbemühungen fanden wir, dass eigentlich etwas mehr drin gelegen hätte. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt im Moment 27,9 %. Das heisst, dass wir für drei Viertel der Investitionen auf dem Markt Kapital aufnehmen müssen. Das ist viel zu wenig. Der Investitionsanteil von uns beträgt 14,3 %. Das ist nach wie vor relativ hoch. Wenn man vergleichbare Städte mit 30'000 Einwohnern anschaut, ist der Investitionsanteil dort bei 12 % gelegen. Von daher geben wir immer noch relativ viel Geld aus. Im Hinblick darauf, dass das Budget 2021 ein Baustein des Finanzplans ist, müssen wir auch das Gesamte betrachten und uns bewusst sein, dass wir bereits 2021 Massnahmen werden ergreifen müssen. Für uns ist es relativ eindeutig. Der Stadtrat will ja im nächsten Jahr die Steuern erhöhen. In diesem Jahr macht er es nicht, weil Wahlen sind. Aber er gibt trotzdem das Geld aus. Das geht natürlich nicht. Man kann nicht einfach so Schulden machen, weil Wahljahr ist. Dann kann man weiterhin Geld ausgeben, aber quasi das Leben des nächsten Jahres schon leben. Wir kritisieren sehr, dass man wegen eines Wahljahrs so viel Geld ausgibt und die Steuern gleichwohl nicht erhöht hat. Wir danken allen Beteiligten, die mitgeholfen haben, dieses Budget zu erstellen. Sollten Sparmassnahmen durchkommen, wir werden auch noch Anträge stellen, und soweit die FIKO-Anträge durchkommen, werden wir das Budget annehmen. Sollte es eine Verschlechterung des Budgets geben, werden wir sicher gegen dieses Budget ankämpfen.

**Simon Muster:** Wie Matthias möchte ich auch im Namen der Fraktion Junge SP/SP der Finanzverwaltung für die Erstellung dieses Budgets danken. Gleich zu Beginn: Wir werden diesem Budget einstimmig zustimmen, wenn es nicht grosse Änderungen gibt. Dass das Budget mit einem Mehraufwand von 3,7 Millionen abschliessen wird, macht uns nicht wirklich Bauchschmerzen, im Gegensatz zu anderen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass budgetierte Hiobsbotschaften selten eintreten. Dennoch zeigt sich jetzt, dass eine Hiobsbotschaft eingetreten ist, nämlich diejenige, die wir mit der STAF vorausgesagt haben. Es ist tatsächlich so, dass der Ausfall höher ist und die Ausgleichsmassnahmen des Kantons schon jetzt im ersten Jahr nur noch zu drei Vierteln den Ausfall decken. Wenn Reto bei der Erhöhung bei den juristischen Personen von Selbsterstörung spricht, er hat den Finanzplan gesehen. Das Einzige, das selbsterstörerisch ist, sind die STAF und die Initiative „Jetzt send mer dra“. Aus diesen Gründen sagt eine Mehrheit unserer Fraktion auch ja zu einer Steuererhöhung von 15 %. Wie es bei dieser Erhöhung auf 138 % aussieht, wissen wir nicht, weil dies erst nach unserer Fraktionssitzung eingegangen ist. Auf das politische Statement auf Seite 4, das Raphael erwähnt hat, muss ich nicht mehr eingehen. Es ist einfach so, dass es schön wäre, wenn auch der Finanzdirektor einsehen würde, dass in dieser Stadt vor allem das Parlament Budgethoheit hat. Aber das sagen wir ja jedes Jahr. In der Fraktion haben verschiedene Entscheide des Stadtrates für Diskussionen gesorgt, zum einen die Umwandlung der Stundenlöhnerinnen und Stundenlöhner in Festanstellungen. Der Stadtrat macht hier einen richtigen und wichtigen Schritt, um die Arbeitssituation von Angestellten zu verbessern. Gleichzeitig ist es allerdings so, dass es für einige Mitglieder in der Fraktion zu wenig weit geht. Zum Beispiel werden viele Personen in der Raumpflege von dieser Umwandlung ausgeschlossen. Wir werden allerdings keinen Antrag stellen, aber behalten uns vor, je nachdem eine Motion zu machen. Positiv bewertet hat die Fraktion die Stellenerhöhung im Personaldienst. Obwohl sich der Stadtrat dort am Anfang etwas dagegen gewehrt hat, geht er hier eigentlich auf eine wichtige Forderung der Gewerkschaften ein. Dass der Anteil der werterhaltenden Investitionen höher ausfällt, findet die Fraktion Junge SP/SP positiv, wobei wir jetzt hier auch nicht wirklich jublieren, weil es vor allem einfach ein

Abbau von Pendenzen ist. Auf wenig Verständnis sind wir allerdings bei den Kürzungen der Unterstützungsbeiträge bei den Kulturinstitutionen gestossen. Ihr habt ja heute alle die Emails der Solothurner Handelskammer gesehen, die hier vor einer drohenden Wirtschaftskrise warnen. Fakt ist, dass es tatsächlich schon lange, seit Mitte März, eine Krise im Kulturbereich gibt. Im Gegensatz zur Wirtschaftskrise, wo wir alle noch ein wenig am Werweissen sind, wissen wir, dass die Kulturbetriebe in einer Krise stecken. Es ist nun einmal so, dass es eigentlich ein gutes Zeichen gewesen wäre, wenn der Stadtrat dort nicht Kürzungen gemacht hätte, sondern proaktiv Unterstützungen ausgebaut hätte. Matthias, einfach noch zwei Sachen. Du widersprichst Dir heute schon zum zweiten Mal, und das muss ich jetzt einfach sagen. Das erste Mal war, dass Du ja nicht unbedingt in höhere Lehrerpensen investieren möchtest, sondern in Infrastruktur. Aber Ihr lehnt dann dafür Lichter und die neue Beleuchtung beim Sälischulhaus an. Das ist irgendwie seltsam. Beim zweiten Mal sagst Du, wir haben ein Ausgabenproblem. Aber Deine Partei ergreift ein Referendum bei der Stilllegung des Krematoriums, wo es massive Ausgaben gibt, die je nachdem unnötig sind. Zumindest sagt dies der Stadtrat. Insgesamt sind wir mit dem vorliegenden Budget zufrieden. Die Finanzsituation, das zeigt der Finanzplan, ist für die nächsten Jahre solid. Die geplanten Projekte können innerhalb der kantonalen Richtlinien finanziert werden. Wenn keine grossen Streichungsanträge durchkommen, wird die Junge SP/SP diesem Budget einstimmig zustimmen. Zu den einzelnen Anträgen werden wir zu gegebener Zeit reden.

**Laura Schöni, Olten jetzt!** Ich halte mich kurz. Wir haben schon sehr viele Sachen gehört, die von unserer Seite auch so aufgefasst wurden, gerade vorher von Raphael und Simon. Auch wir bedanken uns ganz herzlich bei der Verwaltung für die Erstellung des Budgets. Wir sind grundsätzlich zufrieden und hoffen vor allem, dass sie alles, was sie sich in der Stadt vornehmen, auch umsetzen können. Wir wissen aus Erfahrung oder konnten diese Erfahrung in den letzten drei Jahren, dass es nicht so sein wird, dass man alles machen kann, was man geplant hat. Deshalb wird es höchstwahrscheinlich wieder eine bessere Rechnung geben, so wie wir dies heute schon wieder gehört haben, wie es 2020 sein wird. Wir sind auch gerne dazu bereit, Nachtragskredite zu genehmigen, wenn es darum geht, Massnahmen für den CO2-Plan umzusetzen. Wir finden es ein wenig schade, dass es im Moment nicht im Budget vertreten ist. Aber wir haben gehört, dass im Hintergrund schon ganz viel gearbeitet wird und viele Sachen in den Weg geleitet werden und dass das ganze schon etwas Früchte trägt, wie zum Beispiel mit dem BHKW im Stadthaus, das ersetzt wird. Das Problem zur STAF werden wir heute oder morgen sicher noch ausgiebig diskutieren. Der Ausgleich des Kantons reicht in diesem Jahr schon nicht. Was passiert, wenn man dann gar keinen mehr haben. Das wissen wir auch nicht, und wir sehen dort schwarz. Zu den Anträgen, die von diversen Fraktionen gestellt wurden, werden wir teilweise zustimmen, werden teilweise eine ablehnende Haltung haben. Ich freue mich auf ganz vielfältige Diskussionen in den nächsten paar Stunden zu den verschiedensten Themen.

**Matthias Borner:** Ich mache es kurz, habe aber einfach Angst, dass es heisst, ich sei inkonsequent. Erstens wird das Krematorium in meinen Augen günstiger, wenn man es bei uns führt. Da haben wir einen Meinungsunterschied. Das Zweite ist, dass es mir scheint, dass man für 2 Millionen für die Bildung Besseres machen. Wir haben nicht gesagt, wir wollen kein Licht, sondern wir wollen es günstiger.

## DETAILBERATUNG

### Bericht und Antrag

Keine Wortmeldungen.

### Übersicht

Keine Wortmeldungen.

## Erfolgsrechnung

### Seiten 36 und 37

**Matthias Borner:** In Absprache mit dem Parlamentspräsidenten stellen wir zwei Anträge, einen zu Punkt 0110.3099.00, Geschenk abtretender Präsident und Blumen/Wein abtretender Präsident. Er fand, dass er hier auch seinen Beitrag leisten möchte und darauf verzichten und deshalb einen Streichungsantrag auf null Franken stellen möchte. Gleichzeitig 0110.3170.00, Schlussessen Legislatur Parlament. Hier schlägt er vor, dass wir dies auch streichen.

### **Beschluss**

Mit 24 : 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag auf Streichung von Fr. 200.— abgelehnt.

**Daniel Kissling:** So sehr ich als Katholik Selbstkasteiung begrüsse, finde ich immer noch, dass man daran denken muss, für wen die Fr. 5'000.— dann auch ausgegeben werden, einerseits für unsere Magen, andererseits aber auch an die Gastronomie, die gerade in diesem Jahr extrem unter der Corona-Krise gelitten hat. Wenigstens damit könnte man einen kleinen Beitrag leisten. Ich möchte hier noch beliebt, dass man nicht immer die Gleichen nimmt, nur, weil sie gleich neben dem Stadthaus sind.

**Heinz Eng:** Ich möchte einfach beliebt machen, dass man, wenn man solche Anträge betreffend Fr. 100.— oder Fr. 200.— und Fr. 5'000.— hat, den Wald sehen muss und nicht die einzelnen Gräser oder Bäume, die vor dem Wald wachsen. Da bitte ich einfach, den Gesamtrahmen zu sehen. Man muss den Wald sehen, nicht die Bäumlein.

### **Beschluss**

Mit 31 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag auf Streichung von Fr. 5'200.— abgelehnt.

### Seiten 38 bis 39

Keine Wortmeldungen.

### Seite 40, 0227.3010.00/0227.3930.99, Aufstockung Personaldienst, Antrag FIKO

**Muriel Jeisy, FIKO:** Ich möchte kurz erläutern, weshalb es zu diesem Antrag gekommen ist. Der Hintergrund in der FIKO war, dass Personalaufstockungen immer besonders gut begründet sein sollten und zeitgleich, neben dieser 40-Prozent-Assistenzstelle, auch noch ein externer Auftrag in der Höhe von Fr. 30'000.— beantragt wurde, wo es zuerst hiess, man müsse den Bedarf überprüfen, nachher aber noch näher erläutert wurde, dass es vor allem Grundlagenarbeit beinhalten werde, dass diese Person nachher nicht, weil es 40 % sind, zwei Tage nur damit absorbiert sei und dann auch effektiv arbeiten könne. Bei uns haben sich einfach noch Fragen gestellt und es war unklar, welche Aufgaben wofür benötigt werden, auch wenn man in diesem Bereich natürlich einen gewissen Bedarf, der hauptsächlich durch Rechtskonsultanten abgedeckt wird, sieht. Man findet aber, dass dies zuerst erledigt und näher beleuchtet werden sollte.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** In den 30 Jahren, die ich hier verbringen darf, hat das Personalwesen bei der Stadt Olten, ja eine lebhaftige Zeit hinter sich. Ich glaube, es hat nicht immer eine Legislatur lange gedauert und dann hat man das System wieder umgekehrt, weil man eigentlich immer wieder nach neuen Systemen gesucht hat. Ich kann mich erinnern, dass es einmal ganz andere Bewirtschaftungen des Personalwesens gab. Es ist nicht so, dass ein Gejammer von den Gewerkschaften losgegangen ist und man deshalb darauf

eingestiegen ist, sondern es gibt auch aus der Sicht des Stadtrates tatsächlich ein Handlungsbedarf, weil man gesehen hat, dass die Bewirtschaftung des Personals etwas ganz Zentrales ist, nicht nur als Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch, dass in der Grösse, wie die Verwaltung aufgestellt ist, professionell gute und vor allem auch angemessene Ressourcen vorhanden sind. Natürlich war auch das Gespräch zwischen den Verbänden, der Betriebskommission, aber auch dem Personalverband, und den Fraktionen. Das war schlussendlich auch das Thema, das wir von den Fraktionen selber rückgemeldet erhalten haben. Wir müssen dort auch genauer hinschauen. Deshalb ist der Antrag des Stadtrates nicht nur daraus gewachsen, sondern eigentlich auch aus dem Bedarf als solchem. Es sind tatsächlich zwei Sachen, die der Stadtrat möchte. Einerseits sind gewisse Arbeiten in der Vergangenheit nicht genügend tief erfolgt. Das heisst, es geht dort um Abläufe und Checklisten, es geht um interne Abläufe, auch des Personalwesens, die man optimieren will. Das möchte man gerne in professionelle externe Hände geben und aufarbeiten, was man in der Vergangenheit nicht machen konnte. Das ist einmalig. Man braucht dieses Geld, die Fr. 30'000.—, um die entsprechenden Papiere herzustellen. Das Andere ist tatsächlich die Assistenz. Unser Rechtskonsulent macht dies tipptopp. Aber er hat daneben noch ganz andere Themen zu bewirtschaften, wenn ich an die verschiedenen Einsprachen und Beschwerdeverfahren, die derzeit insbesondere auch im Bereich des Baus zu bewirtschaften und zu erledigen sind, denke. Dann reichen seine Ressourcen einfach nicht, um die entsprechenden Aufgaben wahrzunehmen. Natürlich haben wir auch die Unterstützung der Finanzdirektion. Das ist Frau Losa, die entsprechend die Lohnbewirtschaftung macht, die Stundenlöhne bewirtschaftet, AHV und so weiter und so fort. Aber das reicht schlichtweg nicht. Ich habe es auch in der FIKO gesagt. Es kann fatal sein, wenn wir im Personalwesen zu wenig Ressourcen einsetzen, und es kann am Schluss teurer werden, wenn wir dort nicht genau hinschauen und Unterstützung geben, weil es schlussendlich Folgeschäden geben kann, wenn gewisse Bereiche des Personaldienstes nicht genügend abgedeckt sind. Im Vergleich zu anderen Städten und Organisationsformen in dieser Grösse sind wir absolut unterdotiert. Das ist nicht ein Gejammer, sondern ein dringender Appell an das Parlament, dass man diese Ressourcen jetzt bereitstellt, auch mit dieser Assistenz. Ich bitte Euch deshalb im Namen des Stadtrates, diesen Streichungsantrag abzulehnen.

**Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP:** Ungefähr vor einem Jahr hat die offizielle Vertretung des Personals die Parlamentarier zu einer Aussprache eingeladen. Ich war auch dabei. Das Personal hat sich darüber beklagt, dass die Anliegen des Personals vom Stadtrat zum Teil zu wenig ernst genommen werden und dass der Rechtskonsulent nicht genügend Zeit hat, um sich den Anliegen des Personals, wenn irgendetwas stört oder wenn sie irgendetwas einbringen möchten, zu widmen. Alle Parlamentarier aller anwesenden Parteien haben mehr oder weniger Verständnis für die Sorgen des Personals gezeigt. Der Stadtrat war über die Klagen des Personals nicht gerade sonderlich begeistert, hat jetzt aber reagiert, was wir schätzen und fordert in diesem Bereich eine Erhöhung des Stellenbudgets um 40 %. Ein zufriedenes und wirklich motiviertes städtisches Personal ist ein zentraler Schlüssel für eine attraktive Stadt. Nur wenn die Leute bei der Stadt freundlich und motiviert sind und eine positive Einstellung haben, wirkt die Stadt auf die Leute, die hierhin ziehen oder etwas wissen wollen, attraktiv. Eine Ablehnung des Antrags des Stadtrates wäre eine bodenlose Respektlosigkeit und würde bestimmt nicht zum Vertrauen des Personals in das Parlament beitragen und wäre eine weitere Demotivation, die wir bestimmt nicht wollen. Wir haben mit all den Sparrunden, die wir in den letzten Jahren durchgezogen haben, schon genug demotiviert. Die Fraktion SP/Junge SP hat null Verständnis für den Antrag der Finanzkommission und stimmt deshalb geschlossen gegen diesen Antrag.

**Urs Knapp, FDP-Fraktion:** Ich glaube, man muss unterscheiden, was die Aufgabe des Personaldienstes ist. So, wie es Martin gesagt hat, und jetzt auch ganz stark Ruedi, dass die Leute zufrieden sind und sich dies positiv auswirkt, das ist nicht der Personaldienst. Das ist eine Führungsaufgabe. Die hauptsächlichen Leute, die das Personal führen und anweisen müssen, das sind ihre Chefs. Der Personaldienst kann mit Prozessen und Dienstleistungen unterstützen. Das ist auch, was passiert, zuerst einmal werden, Martin hat es gesagt, mit diesem externen Auftrag die Prozesse, Abläufe und die einzelnen Aufgaben definiert. Wenn

man nachher dort sieht, dass es auch im Backoffice im Personaldienst mehr Arbeit gibt, kann man darüber reden. Aber es ist widersinnig, dass man zuerst einmal mehr Stellen schafft und gleichzeitig parallel dazu einen Prozess überprüft und anpasst, bei dem man gar nicht weiss, was herauskommt. Noch einmal: Die hauptsächliche Zufriedenheit des Personals ist nicht jemand im Personaldienst zuständig. Das hängt von der Führung ab. Dort müsste man halt auch mehr fordern.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich möchte gerne an ein Votum von mir anknüpfen, das ich vor einer Stunde gehalten habe. Man hat analysiert, der Bedarf ist da, und es gibt immer mehr Handlungsbedarf. Es gibt immer mehr Aufgaben, die man stellen muss, und man kommt nicht hinterher. Das hat das Personal selber gesagt. Das hat scheinbar der Stadtrat gesagt. Das würde jede einzelne Person sagen, die mit dem Personalwesen zu tun hat, die Richtlinien vereinbart. Ab wie vielen Angestellten man welche Leistungen erbringen muss, Olten hat weit über 200 Angestellte. Es ist also ein mittleres Unternehmen. Wenn man in der Wirtschaft schaut, das ist ja immer so ein wichtiges Beispiel, dass die Verwaltung mehr wie die Wirtschaft wird, hat jedes Unternehmen HR, Personaldienst, Verantwortliche, die dies alles machen. In Olten gibt es dies faktisch nicht bzw. in einem Prozentpensum, und das ist einfach zu wenig. Das kann man in jeder Firma nachfragen. Dass man sich bei der Stadt überlegt hat, dass es Sinn macht, zuerst ein wenig aufzuräumen und das Ganze etwas ordnet, bevor man jemanden einstellt, der vielleicht nachher drei Jahre lang nichts Anderes macht als aufzuräumen und zu ordnen, finden wir als Olten jetzt! eigentlich gut. Das ist eben genau das, was sonst jeweils passiert. Man sagt jemandem, mach einmal etwas, und bevor er anfangen kann, gibt es ihn schon wieder nicht mehr. Wie vom Stadtpräsidenten gesagt wurde, ist es gut möglich, dass man im nächsten Jahr in dieser Stadt wieder auf eine andere Idee kommt. Von daher macht dies für uns auch durchaus Sinn. Ich möchte einfach noch etwas sagen. Es erinnert mich ein wenig an Corona bzw. an den Frühling. Damals stand man auf dem Balkon und hat für all diejenigen, die gute Arbeit leisten, geklatscht. Das Gleiche tun wir hier auch immer. Bei keiner Gelegenheit lassen wir es uns nehmen zu sagen, wie toll der Werkhof wieder diese Blumen gepflanzt hat, wie toll der Werkhof diesen Job macht und wie toll die Verwaltung dies macht, zum Beispiel, wenn wir wieder das Budget mit all diesen Angestellten verdanken. Aber ihnen wir etwas zu geben, im Sinne von nur einer Anlaufstelle, die alles etwas koordiniert, kontrolliert, und an die sie ihre Probleme und Anliegen richten, scheint ein grosser Teil hier nicht machen zu wollen. Das ist eigentlich, wie wenn man dafür klatschen dafür, wenn man etwas Gutes geschaffen bekommt. Deshalb stimmen wir ganz klar gegen den Antrag der Finanzkommission. Unser Personal hat mehr verdient, als ab und zu ein wenig klatschen.

**Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP:** Ich muss sagen, dass unsere Fraktion auch ein wenig erschrocken ist, als wir festgestellt haben, dass es eigentlich gar keine richtige Personalabteilung gibt. Wenn man sagt, die Personalabteilung sei nicht wichtig, fühle ich mich schon fast ein wenig persönlich angegriffen, weil ich dies ein paar Jahre an der Uni Bern studiert habe. Wenn man dies sagt, muss ich annehmen, dass ich dort wahrscheinlich gar nicht so viel gemacht habe. Ich möchte Euch jetzt nicht einen Vortrag halten, was alles in diesem Personalbereich gemacht werden kann, gemacht werden sollte. Aus meiner Sicht ist es eine wichtige Querschnittsfunktion, die Führungskräfte eben auch unterstützen kann. Daniel Kissling hat es gesagt. Es sind etwa 200 Personen, die bei dieser Stadt arbeiten. Schön, dass der Rechtskonsulent jeweils auch noch Funktionen übernommen hat. Aber ich nehme an, er wurde Jurist, nicht, weil er Personalarbeit machen will, sondern dass er juristisch arbeiten kann. Das sollte doch auch Leuten überlassen werden, die wirklich eine Ausbildung in diesem Bereich gemacht haben. Unsere Fraktion wird den Streichungsantrag grossmehrheitlich ablehnen.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Vielleicht noch etwas aus der Praxis. Es geht ja jeweils sehr rasch in zehntausende Franken, wenn es hier Probleme gibt. Die Leute erzählen eigentlich nicht von Führungsproblemen. Führung sind Strukturen, ausschaffen, was man in der praktischen Arbeit macht. Aber es gibt dann, wie man so modern sagt, sogenannte Softkills, dass Leute einfach aussteigen, und niemand merkt dies, und plötzlich sind sie in der Sprechstunde und

mögen nicht mehr. Dann läuft dies. Wenn es einen HR gibt, hat man ein Gespräch, und die Krankenkasse hat auch einen Coach und hat ebenfalls ein Gespräch. Wenn es dies nicht gibt, ist es wie im Sozialbereich und überall, gibt es viele Kosten und Unstimmigkeiten. Die Leute steigen aus und es kostet manchmal rasch mehrere zehntausend Franken, jemanden ein Jahr lang arbeitsunfähig zu schreiben. Dann denke ich auch immer, all die Giezendanners haben einfach gute Leute, mit denen man reden kann. Dann kann man Sachen abmachen, man kann eine Pensenreduktion vornehmen, einmal auf 50 % gehen oder einen Einstieg. Es gibt eine Ansprechperson. Wir wissen ja, dass unser Rechtskonsulent ein guter Typ ist. Aber das kann man nicht einfach so nebenbei machen. Bei 200 Personen, man arbeitet vielleicht 18'000 Stunden, hat man vielleicht für eine Person fünf, sechs Stunden Zeit pro Jahr.

## **Beschluss**

Mit 29 : 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Antrag der FIKO auf Reduktion um Fr. 47'500.— abgelehnt.

Seite 40, 0227.3010.00/0227.3930.99, Aufstockung Stadtarchiv

**Luc Nünlist:** Die Anträge waren ja heute Abend bis jetzt noch nicht von so grossem Erfolg gekrönt. Ich versuche es jetzt trotzdem noch einmal und blase ein wenig ins gleiche Horn. Ich finde, wir müssen uns unserem Personal etwas geben und vor allem eigentlich die Ressourcen schaffen, damit es seine Arbeit auch anständig machen können. Ich habe mir wirklich zu Herzen genommen, was mir in den letzten Budgetsitzungen jeweils etwas vorgeworfen wurde, und dies sorgfältig vorbereitet. Ein halbes Jahr vorher habe ich ein Postulat eingereicht. Das hat eigentlich auch etwas gezeigt, was ich mir eben nicht erhofft habe, aber etwas die Substanz gegeben, um diesen Antrag einzureichen. Über die Ergebnisse werden wir morgen darüber reden. Aber es spielt jetzt natürlich heute etwas ins Budget hinein. Für mich ist es eigentlich klar, und gestützt auf die Absprachen mit dem Archiv und der Direktion Präsidium, sehe ich es als notwendig, dass man die Archivstelle um 20 % ausbaut. Die Stadtarchiv-Stelle wird traditionell von einer gut ausgebildeten Historikerin oder einem Historiker mit einer Spezialausbildung im Bereich Archivwesen geführt. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Was macht ein Archiv? Es gibt das Gemeindegesetz, Richtlinien aus diesem Gemeindegesetz, die diesem Archiv einen gesetzlichen Auftrag geben, was es erfüllen muss. Die Ablage aller städtischen Dokumente. Was wir heute Abend hier machen, wird in diesem Archiv bis in alle Ewigkeit abgelegt. Natürlich ist es sehr prickelnd, was wir heute Abend tun. Aber es sind die etwas weniger aufregenden Sachen. Wenn wir dann in der Geschichte graben, und alles, was wir so populärwissenschaftlich oder auch mitunter für akademische Arbeiten sehr spannend finden, ist eigentlich, was über den gesetzlichen Auftrag hinausgeht. Ich rede etwas von Vereinsgeschichte, Vereinsarchiv, Wirtschaftsgeschichte, Unternehmensarchiv, Familiennachlasse. Die ganze Genealogieforschung ist sehr oft mit einem breiten Interesse verbunden. Aber das ist nicht der gesetzliche Auftrag des Stadtarchivs. Dort setze ich etwas an, weil wir dieses doch spanende historische Erbe, das uns als Oltnerinnen und Oltner auch stolz macht und wir immer gerne graben oder die Olten Gruppe mit schönen alten Fotos füllen, unbearbeitet liegen lassen. Das ist schade. Oder wir lassen es sogar, und das ist noch schlimmer, unbearbeitet bar liegen, nämlich nicht einmal geordnet, nicht einmal katalogisiert, sondern es steht einfach irgendwo am Laufmeter für zukünftige Generationen von Archivarinnen und Archivaren bereit, die dies dann einmal einordnen könnten, damit allenfalls, wenn es eingeordnet ist, eine wissenschaftliche Arbeit damit geschrieben werden kann, weil man etwas zum Thema finden würde. Aus dem laufenden Betrieb wurde mir zugesichert, dass die zu bearbeitenden Laufmeter eigentlich mit einer relativ bescheidenen Erhöhung um Stellenprozent über die nächsten drei bis vier Jahre abgebaut werden könnten. Das sind rund 1'000 Stunden, die sich dort so etwas angehäuft haben. Peu à peu könnte man dies ein wenig abbauen. Denken wir daran: Der aktuelle Stadtarchivar wird irgendeinmal in Pension gehen, und es wäre natürlich schön, wenn er seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger ein aufgeräumtes Haus übergeben könnte. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass wir

dort eine kleine personelle Ressource schaffen würden. Es kostet uns Fr. 33'600.— pro Jahr, und wir haben dafür ein wenig etwas gemacht, damit die Oltnen Geschichte in Zukunft einfacher zu bearbeiten ist. Ich bin sicher, wir werden auch schöne Ergebnisse daraus ziehen können. Merci vielmals.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Zuerst herzlichen Dank an Luc, auch für den Vorstoss, den Du eingereicht hast. Das hat uns die Möglichkeit gegeben, tatsächlich aufzuzeigen, wo was gemacht wird, und wie Du gesagt hast, dass natürlich gewisse Sachen nicht bearbeitet werden können, weil die Ressourcen nicht vorhanden sind. Ich möchte aber insbesondere auch Marc Hofer danken, dass er einen sehr guten Job macht und die ganze Archivarbeit, die er erledigen muss, sehr gut bewältigt und wir dort im Hick sind. Im Stadtrat haben wir natürlich auch anhand Deines Vorstosses diskutiert, ob wir etwas aufnehmen oder nicht, und haben dann unter Abwägung der Möglichkeiten, auch von den Priorisierungen und dem finanziellen Umfeld, in dem wir stecken, von einer Stellenerhöhung abgesehen.

## **Beschluss**

Mit 18 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit Stichentscheid des Parlamentspräsidenten wird der Antrag auf Erhöhung um Fr. 27'300.— respektive Fr. 6'300.— abgelehnt.

### Seiten 42 bis 59

Keine Wortmeldungen.

### Seiten 60 und 61

**Ernst Eggmann:** Meine Frage richtet sich darauf, weshalb das Naturmuseum und das Historische Museum einzeln aufgeführt werden. Wir haben doch jetzt ein Haus der Museen. Wieso ist es jetzt zweimal aufgeführt? Das verstehe ich nicht ganz.

**Markus Dietler:** Wir haben damals beschlossen, und Ihr wart bei dieser Abstimmung dabei, dass man nicht ein Eintopf-Museum macht, sondern dass dies weiterhin erkennbare Institutionen sind. Das ist das Eine. Es gibt weiterhin ein Historisches Museum, es gibt ein Naturmuseum, und es gibt einen übergeordneten gemeinsamen Teil, das Haus der Museen, der weitgehend mit Personal und mit der Liegenschaft zu tun hat. Beim Naturmuseum kommt noch dazu, dass wir immer noch eine Liegenschaft des Naturmuseums haben, die wir auch noch in einem Konto führen müssen. Aber der Grundsatzentscheid war damals einmal, dass man nicht einen Eintopf macht, alles untereinander mischt, sondern dass man diese Institutionen weiterhin hat.

### Seiten 64 und 65

Keine Wortmeldungen.

### Seiten 66 und 67, 3290.3636.01, Beitrag an Musik- und Orchestervereine

**Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ihr alle habt ja den Antrag im Vorfeld dieser Sitzung erhalten. Die Stadtmusik Olten hat in diesem Jahr ihr 175-jähriges Jubiläum gefeiert, also eine lange ehrenvolle Geschichte als eines der Aushängeschilder unserer Stadt. Wir verstehen schon und begrüßen es eigentlich auch, dass von Zeit zu Zeit Beiträge an Organisationen und Vereine überprüft werden. Wir verstehen es auch, dass diese Beiträge von Zeit zu Zeit auch gekürzt werden müssen. Bei der Stadtmusik wurde es begründet, dass diese Kürzungen aufgrund der begrenzten Auftrittsmöglichkeiten realisiert werden sollten. Wenn aber die Unterstützung gerade um fast 50 % gekürzt wird, und die Stadtmusik hatte zudem das Problem, dass die geplanten Jubiläumsveranstaltungen in diesem Jahr wegen Corona alle gestrichen werden mussten, was Einnahmemöglichkeiten eigentlich auch unmöglich gemacht hat, so kann dies Organisationen, Vereine in ihren Grundfesten

erschüttern. Für uns sind dies in einem so grossen Budget vielleicht „nur“ ein paar tausend Franken, die irgendwo in einer Tabelle auftauchen. Im Vergleich zu den anderen Millionenbeträgen ist dies ja fast nichts. Aber für Vereine kann sehr viel davon abhängen, beispielsweise auch, weil man durch längere Verträge gebunden ist. Ohne Vorwarnung lehnen wir solche Streichungen eigentlich ab und beantragen in diesem Sinne eine stufenweise Kürzung, zuerst um Fr. 4'000.— auf Fr. 15'000.—, was immer noch mehr als 20 % des Vorjahresbetrags entspricht, und dann in einem Jahr noch weitere 20 %. Das gibt den Vereinen etwas mehr Zeit, um zu atmen und die notwendigen Vorkehrungen vorzunehmen. Wir würden es begrüßen, wenn man diesen finanziellen Schock, den es für jeden Verein, für jede Organisation bedeutet, so abmildern könnte.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Ich möchte zuerst allgemein etwas zu den Kulturbeiträgen sagen. Es werden nachher auch noch Anträge oder Fragen zu Institutionen, die im Konto darunter aufgeführt sind. Es liegt in der Natur der Sache, dass es, wenn es um solche Beiträge geht, Diskussionen gibt. Man hat dies auch in der letzten Budgetdebatte gemerkt, wo natürlich auch entsprechende Interessenvertretungen hier durchaus auch zu Wort kommen sollen. Wenn ich als Stadtpräsident rede, bin ich praktisch in all diesen Vereinen Mitglied oder Ehrenmitglied. Das Dilemma haben wir alle persönlich auch. Damit möchte ich eigentlich sagen, dass wir, als wir die entsprechenden Kulturbeiträge diskutiert haben, einen Auftrag erhalten haben, auch vom Parlament, all diese Beiträge zu überprüfen und zu schauen, ob sie noch gerecht sind, auch im Vergleich zu anderen Beiträgen, die man vielleicht nicht gibt, oder kleinere, die man gibt. Ihr seht in der Auflistung auch, dass wir dort durchaus transparent aufzeigen, welche neue Institutionen man unterstützen möchte, dass man dort in diesem Sinne auch à jour bleibt. Deshalb war die Überprüfung für uns ein Auftrag. Dazu kommt, dass wir Leistungsvereinbarungen zu überprüfen haben. Jetzt komme ich auf die Stadtmusik zu sprechen. Insbesondere dort läuft die Leistungsvereinbarung aus, wie bei anderen Institutionen auch. Das heisst, wir werden mit diesen Institutionen auch festlegen müssen, was für dieses Geld geleistet wird. Von daher hat der Stadtrat auch eine Abwägung gemacht, was von der Stadtmusik geleistet wird. Erstens einmal hervorragende Musik. Leider sind von Euch bei den Jahreskonzerten jeweils nicht so viele anwesend. Aber das ist natürlich fantastisch, was dort geleistet wird, auch beim Adventskonzert. Von daher eine tipptoppe Musik, die gut aufgestellt ist und diese Stadt auch repräsentiert. Es sind aber auch gewissen Veranstaltungen weggefallen, was wir auch als Stadtrat festgestellt haben, zum Beispiel der Empfang der Neuzuzüger, bei dem sie früher regelmässig gespielt hat. Man hatte auch regelmässig Auftritte am 1. August. Das macht sie zwischendurch selbstverständlich auch. Bei den Seniorenausflügen ist ebenfalls gespielt worden. Das ist aber in den letzten paar Jahren nicht mehr der Fall gewesen. Das heisst also, dass es aus Sicht der Leistungserbringung durchaus Veränderungen gegeben hat, und dies muss man mit der Stadtmusik auch neu aushandeln, was dies genau bedeutet. Vielleicht für das Jahr 2020: Der Beitrag ist ausbezahlt worden, nicht nur, weil es ein Jubiläum gibt, sondern weil wir dies auch vertraglich und nach Treu und Glauben ausschütten wollen, aber in Zukunft auch gemäss der untenstehenden Tabelle der Kulturinstitutionen, wo wir vom Stadtrat Anpassungen gemacht haben. Oben bei den sogenannten Orchester- und Musikvereinen ist es jetzt mit Fr. 14'000.— zusammengefasst, und unten ist es als Gesamtbetrag zusammengefasst. Das heisst, wenn das Parlament hier Veränderungen vornehmen möchte, müsste man die entsprechenden Kontierungen aufstocken. Der Stadtrat ist nachher zuständig, die entsprechenden Gelder auszuzahlen, nämlich, wenn eine Leistungsvereinbarung vorliegt und diese Leistungen auch erbracht wurden.

**Raphael Schär, Fraktion Grüne:** Wir haben es gerade gehört. Die Leistungsvereinbarung mit der Stadtmusik wird Ende dieses Jahres auslaufen. Für uns ist es ein wenig befremdend, dass man mit diesem Budget eigentlich vor den Verhandlungen mit der Stadtmusik bereits Tatsachen schafft. Wir reden mit dem Beitrag von Fr. 19'000.— etwa von 40 % des Budgets der Stadtmusik. Das heisst, wenn wir hier auf Fr. 10'000.— heruntergehen, streichen wir plus/minus 20 % des Budgets. All diejenigen, die schon einmal ein Vereinsbudget erstellt haben, wissen, dass dies nicht einfach so easy zu nehmen ist. Gemäss unseren Informationen ist die Stadtmusik dazu nicht angehört worden, sondern man hat dies einfach

gestrichen. Unter anderem auch dank der Intervention von Luc sind sie dann informiert worden. Wir würden deshalb einen Gegenantrag, zusätzlich zu demjenigen der CVP-Fraktion, stellen und diesen Betrag auf Fr. 19'000.— belassen. Dann kann man mit den neuen Leistungsvereinbarungen Verhandlungen führen und diskutieren, wie viel es für welche Gegenleistungen gibt. Vielleicht sind ja die Musikerinnen und Musiker auch wieder bereit, beim Neuzuzügerinnen- und Neuzuzüger-Apéro aufzutreten. Das kann man ja verhandeln.

**Luc Nünlist, Fraktion SP/Junge SP:** Ich mache es kurz. Mit Raphael habe ich mich vorhin kurzgeschlossen. Wir stellen den Antrag, dass man den Betrag behält. Der Grund ist, dass es wenig Gründe gibt, weshalb man dort eine Reduktion anstreben würde. Auch dies ist eine kulturelle Institution, die in diesem Jahr ein schwieriges Jahr hatte. Es ist das 175-jährige Jubiläum. Die erwarteten Einnahmequellen konnten eigentlich auch nicht generiert werden. Besonders stossend ist in diesem Fall auch wieder die Kommunikation des Stadtrats. Ich kann dies bestätigen. Vor zwei Tagen habe ich die Präsidentin angerufen und sie gefragt, ob sie mir sagen könnte, wie dies aussieht und was sie dazu meint. Ich konnte mich informieren und habe etwas schockiert festgestellt, dass sie gar nichts gewusst hat. Ich habe ihr die Hiobsbotschaft überbracht. Das finde ich doch eine schwache Kommunikation der Stadt. Wenn wir dort etwas um doch 47 %, dann bitte in Absprache mit den betroffenen Institutionen. Das müssen wir uns auf die Fahne schreiben, auch wenn es um andere Leistungsvereinbarungen geht. Vielleicht auch noch zur Leistung: Die Stadtmusik hat sich ja die Stadt natürlich sehr stark auf die Fahne geschrieben. Das ist eine extrem mit der Stadt verbundene Institution und leistet für die Stadt Olten auch sehr gerne. In der Leistungsvereinbarung sind vier Konzerte, die gratis für die Stadt abgehalten werden. Das sind Grosskonzerte, 40 bis 45 Personen, die auftreten. Dafür bekommen wir auch eine Leistung. Marschmusik kann sein Ding sein oder nicht. Wir sind vielleicht nicht alle am Neujahrsapéro. Aber das sind doch insgesamt etwa 200 Musiker, die für die Stadt auf die vier Auftritte verteilt auftreten. Da bekommen wir eigentlich auch etwas für das Geld.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich muss etwas gestehen, nämlich, dass unsere Fraktion diese Streichung hingenommen hätte, wenn nicht der Antrag gekommen wäre. Ich bin sehr überrascht, dass allen die Stadtmusik so sehr am Herzen liegt. Ich habe nicht gedacht, dass alle grosse Fans davon sind. Man muss der Aktualität ins Auge blicken. Es ist natürlich so. Eine Stadtmusik hat nicht mehr den Stellenwert, die sie vielleicht vor 50 Jahren einmal hatte. Dementsprechend macht es auch Sinn, dass man immer wieder überprüft, was man kulturpolitisch in dieser Stadt haben will. Trotzdem sehen wir, dass das Vorgehen des Stadtrates in dieser Hinsicht nicht vorbildlich war. Ich möchte hier noch eine andere Stadt nennen, in der ein ähnlicher Fall passiert ist, nämlich in Baden. Für all diejenigen, die gerne Rankings haben, es hat ein paar, soweit ich weiss, Baden ist beim Thema Kultur auf Platz 1, vor Olten, und dies schon seit ein paar Jahren. Sie haben übrigens eine Kulturfachstelle. Nur, damit ich es noch erwähnt habe. Dort hatten sie auch das Problem, dass sie nicht mehr so viel Geld hatten. In Baden gibt es ein Globalbudget, und dort ist es so, dass ein gewisser Prozentsatz dieses Budgets für Kultur ist. Das heisst, wenn die Finanzen der Steuereinnahmen sinken, müssen sie auch bei der Kultur sparen. Was haben sie gemacht? Sie haben sich überlegt, wie sie dies am besten machen. Dann haben sie alles angeschaut, weil sie auch die personellen Ressourcen hatten, und überlegt, wo es Sinn macht, dass man streicht. Sie haben gemerkt, okay, wir haben in Baden sogar mehrere Musikgesellschaften. Das macht heute nicht mehr so viel Sinn. Dann sind sie zu allen hingegangen und haben gesagt, schaut, wir müssen sparen. Wir geben viel für Musiken aus. Wie sieht es bei Euch aus? Was kann man machen? Drei Musiken hatten sie. Am Schluss hat es noch eine gegeben, bestehend aus zwei, die fusioniert haben, und die dritte hat aufgehört. Ohne, dass man ihnen einfach gesagt hat, Ihr erhaltet jetzt kein Geld mehr, ohne, dass man ihnen gesagt hat, schaut im nächsten Jahr selber oder schaut nur noch mit der Hälfte, sondern indem man miteinander geredet und eine Lösung gesucht hat, wie sie eventuell auch wieder mehr für die Stadt machen können oder sich anders aufstellen könnten. Das verlangt aber einerseits eine Ressource in der Kulturpolitik. Das verlangt aber andererseits auch eine Idee, welche Kulturpolitik man machen will. Wenn das, was der Stadtpräsident vorhin gesagt hat,

dass man jetzt einen neuen Plan entwickelt, ist dies super. Es ist ein wenig spät, nachdem man die Kulturszene das letzte Mal 2004 analysiert hatte und es seither nicht mehr wirklich gemacht hat. Aber es ist gut. Dann unterstützen wir von Olten jetzt! sehr, wenn man eine neue kulturpolitische Strategie fahren will. Bei einer kulturpolitischen Strategie ist es aber so, dass man zuerst die Strategie definiert und dann die Konsequenzen daraus zieht. Dementsprechend verstehen wir diesen Antrag. Wir haben uns jetzt noch nicht abgesprochen, welchen der beiden Anträge wir unterstützen. Aber es ist sicher so, dass es manchmal doch noch sinnvoll ist, wenn man zuerst redet, bevor man einfach etwas macht.

**Heinz Eng, FDP-Fraktion:** Vielleicht müsste man sich kurz damit auseinandersetzen, was Thomas Kellerhals hier vorgeschlagen hat. Es geht ja nicht darum, wie Du, Raphael, gesagt hast, noch einmal zu erhöhen, sondern was sie wollen ist ein Aufschub, einen Aufschub, indem man nicht von Fr. 19'000.— auf Fr. 10'000.— geht, sondern portionenweise einmal Fr. 15'000.— und dann in einem Jahr je nachdem die Fr. 10'000.— drin. Sonst musst Du mich korrigieren, Thomas, wenn ich Dich jetzt falsch interpretiert habe. Dann geht es noch um etwas Anderes. Der Stadtrat hat vorhin die Liste genommen und gesagt, bei den nächsten usw. Martin, einen Aspekt hast Du vergessen. Es hat hier Beiträge an kommerzielle Anlässe. Ich glaube, diesen Aspekt muss man auch anschauen. Da, wo wir Beiträge geben, ist es ein kommerzieller Anlass oder ist es je nachdem eine Stadtmusik usw., die praktisch um jeden Franken froh ist, den man ihnen in die Kasse gibt? Da möchte ich einmal etwas sagen. Zum Beispiel gerade bei den Kabaretttagen etc. Wir Parlamentarier müssen nicht das Schreiben erhalten, dass wir Gratiseintritte erhalten. Ihr bekommt ja auch keine Gratisbillette für die SPOAG-Eintritte. Das muss man irgendwie auch sagen. Jemand von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern an die Kabaretttage oder Tanztage, oder ich weiss nicht was alles, gehen will, zahlt entsprechend den Preis. Einfach noch einmal: Wertet bei dieser Ausschüttung oder diesen Beiträgen den kommerziellen Aspekt auch. Dann korrigiert sich das Eine oder Andere dieser Liste auch entsprechend wieder.

**Raphael Schär:** Im letztjährigen Budget sind Fr. 19'000.— enthalten. Im diesjährigen Budget sind nur noch Fr. 10'000.— enthalten. Ich beantrage Fr. 19'000.—, somit plus Fr. 9'000.—. Bei Thomas Kellerhals ist es irgendetwas dazwischen. Es wäre also eine Gegenüberstellung unserer beiden Anträge und am Schluss gegenüber demjenigen des Stadtrates.

### **Beschluss**

Mit 19 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag von Raphael Schär auf Erhöhung um Fr. 9'000.— zugestimmt.

### **Beschluss**

Mit 28 : 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag von Raphael Schär auf Erhöhung um Fr. 9'000.— zugestimmt.

### 3290.3636.02, Beitrag an Kulturorganisationen

**Florian Eberhard, Fraktion SP/Junge SP:** Die relevanten Infos sind im Euch vorliegenden Antrag ersichtlich. Wir würden gerne, wie formuliert, das Konto für Beiträge an Kulturorganisationen erhöhen und zwar um Fr. 17'500.—. Für uns ist dieser Antrag momentan aus zwei Gründen sehr wichtig. Ich finde es erstens nicht okay, dass diese Beiträge jetzt gekürzt wurden, gerade auch zu diesem Zeitpunkt, und finde zweitens, dass wir eher früher als später allgemein darüber diskutieren müssen, wie Kulturförderung in dieser Stadt organisiert ist. In Corona-Zeiten bei den Musikvereinen und Kulturorganisationen zu sparen, für solche Übungen fehlt mir total das Verständnis. Wir müssen unseren Kulturorganisationen Sorge tragen. Solche Projekte, die wir jetzt sterben lassen, in diesen Betrieben wird es nicht einfach automatisch wieder nachwachsen. Wie trostlos ein Leben ohne Kultur sein kann, durften wir während des letzten halben Jahres alle zu gut miterleben. Wir konnten heute im Oltner Tagblatt lesen, dass die Beiträge für das

laufende Jahr nicht komplett ausbezahlt werden. Pro Kultur hat gestern kommuniziert, dass sich laut Rückmeldungen zwei Drittel der Kulturorganisationen mit hohen finanziellen Einbussen und gleichzeitig erhöhtem Arbeitsaufwand konfrontiert sehen. Für mich ist nach wie vor nicht klar, wer wie und vor allem auch mit welchem Fachwissen entscheidet, welche Kulturorganisationen in dieser Stadt unterstützt werden. Ich habe mit verschiedenen Personen darüber geredet, allerdings noch keine befriedigende Antwort erhalten. Ich würde mir wünschen, dass solch wichtige Entscheidungen nicht einfach nach einem Bauchgefühl oder persönlicher Sympathie getroffen werden. Genau so fühlt es sich teilweise an. Ich fände es sinnvoll, eine kulturell fachkundige, breit abgestützte Gruppe einzusetzen, die für diese Unterstützungsgesuche zuständig ist und über die Kulturförderung in Olten kompetent entscheiden kann. Dieser Wunsch haben mir gegenüber auch diverse Kulturmenschen so geäußert. Ich möchte ganz bestimmt niemandem bösen Willen unterstellen. Ich bin überzeugt, dass es nach bestem Gewissen gemacht wird. Aber eine professionelle, kulturelle, fachkundige Stelle könnte dies sicher transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Dieses Vorgehen wurde bei der Revision der Gemeindeordnung auch so besprochen worden, wie mir Leute aus der Fraktion erzählt haben, die schon ein wenig länger als ich dabei sind. Ich glaube, dies würde viel Klarheit und Verständnis schaffen. Es würde uns die Bastelarbeit bei den Beiträgen in den letzten Jahren, aber auch in diesem Jahr etwas ersparen, wenn wir dort klare Richtlinien hätten. Wir werden zu diesem Thema morgen auch noch einen Vorstoss einreichen. Dem Stadtrat steht grundsätzlich offen, wofür er die zusätzlichen Fr. 17'500.— investieren möchte, sofern die Kolleginnen und Kollegen im Parlament diesem Antrag zustimmen würden.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Vielleicht gleich zum letzten Punkt, den Florian selber erwähnt hat, dass natürlich das Volk entschieden hat, wer zuständig sein soll, um die Beiträge auszurichten. Da kann man jetzt dafür oder dagegen oder glücklich oder nicht sein. Die Kompetenz liegt dort beim Stadtrat. Ob wir dies gut oder nicht gut machen, kann man beurteilen. Wir geben uns im Stadtrat Mühe, die Gesuche entsprechend auch zu beurteilen. Es sind ja nicht nur die Sachen der einzelnen Beiträge in der Budgetphase, sondern auch Kulturförderbeiträge. Da kann ich Euch sagen, dass sich unser Stadtratsgremium durchaus auch die Zeit nimmt, und es hat doch den Einen oder Anderen, die vielleicht auch eine gewisse Kompetenz haben, dies zu beurteilen. Dann zu den Korrekturen: Ich muss auch sagen, und Ihr konntet es in der Zeitung lesen, was Ihr hier seht, die letzten vier Positionen sind Korrekturen, die eigentlich darlegen, wie wir im Stadtrat auch diskutiert haben. Eigentlich hätten sie nicht hierhin gehört. Es sind nicht effektive Streichungen, sondern es waren eigentlich Anträge oder auch Fragestellungen, wo man gefragt hat, möchte man dort etwas geben, möchte man dem Coq d'Or etwas geben, möchte man dem Schwager-Theater noch etwas mehr geben, gibt man dem Buchfestival noch etwas mehr geben möchte oder neu den Sternschnuppen? Da ist unsere Diskussion, die wir im Stadtrat geführt haben, abgebildet. Das sind nicht eigentliche Streichungen zu den Vorjahren, sondern Rückkommen auf Abstimmungen, die wir im Stadtrat hatten und man im Stadtrat gesagt hat, nein, dort wollen wir diese Beiträge in diesem Sinne nicht ausrichten. Es sind nicht Streichungen aus dem eigentlichen Budget des Vorjahres, sondern es sind, wie gesagt, in der Budgetdiskussion in der zweiten Lesung die entsprechenden Beträge dann auch korrigiert worden. Aber ich möchte noch einmal sagen, meine Stadtratskolleginnen und –kollegen nehmen uns tatsächlich auch diese Zeit, so gut es geht. Diese Kompetenz haben wir erhalten. Die Kriterien sind entsprechend im Reglement. Von daher ist es Euch natürlich unbenommen, hier weiterhin eine Stelle, wie Ihr sie einmal gefordert hattet, wieder zu fordern. Aber das Volk hat einmal nein dazu gesagt.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Martin hat es richtig gesagt. Man muss natürlich diese Zahlen mit dem Budget des letzten Jahres vergleichen. Das Schwager-Theater hat 2020 Fr. 5'000.— erhalten. Dann ist der Antrag des Stadtpräsidiums gekommen, man solle dies auf Fr. 20'000.— erhöhen. Wir hatten das Gefühl, dies sei doch eine massive Erhöhung, und nach unserem Budget würde er jetzt Fr. 10'000.— erhalten. Das ist eigentlich das Doppelte, von dem, was er bis jetzt hatte. Das Buchfestival hatte im letzten Jahr auch Fr. 5'000.—. Diesen Betrag werden sie wieder erhalten. Wie Martin gesagt hat, ist es eigentlich nicht ein

Streichungsantrag in diesem Sinne. Bei den Sternschnuppen war es so, dass sie auch noch ein Gesuch wegen Kulturförderungsbeiträgen eingereicht haben. Ihr seht den Posten unten, 3290.3637.00, wo wir insgesamt Fr. 24'000.— auszahlen. Sie haben aus diesem Topf Fr. 1'500.— erhalten. Das war der Grund, weshalb wir den Betrag oben gestrichen haben. Das hat auch ungefähr dem entsprochen, was sie gestellt haben. Bei den Sternschnuppen ist es so, dass sie eigentlich jeden Abend finanziert haben. Sie haben ja immer einen Sponsor. Insofern hatten wir das Gefühl, der Betrag von Fr. 5'000.— sei zu viel. Wo wir effektiv alles gestrichen haben, das ist beim Beitrag an das Coq d'Or. Ihr habt ja im letzten Jahr hier entschieden, dass man einmalig einen Beitrag von Fr. 20'000.— auszahlt. Vielleicht noch zum Bericht, der heute im OT war: Ich bin ein wenig erstaunt, dass man uns jetzt vorwirft, hier weniger ausbezahlt zu haben. Das ist tatsächlich so. Das Coq d'Or hat auch weniger erhalten. Aber Markus Dietler sass mit Nils Löffel zusammen. Sie haben den Betrag, den wir in diesem Jahr auszahlen, abgemacht. Das war im gegenseitigen Einverständnis und nicht einfach so, dass wir das Gefühl hatten, wir zahlen jetzt weniger aus, nur, weil wir das Gefühl haben wir zahlen weniger. Wie Martin gesagt hat, müsste man eigentlich diese Zahlen mit dem Budget des letzten Jahres vergleichen. Dann sieht man, dass es ausser beim Coq d'Or gar keine Streichungsanträge sind. Die Sternschnuppen haben bis jetzt aus diesem Budgetposten nie etwas erhalten.

**Felix Wettstein:** Ich rede als Einzelsprecher und muss vor allem auf das, was Martin Wey gesagt hat, reagieren. Wenn ich höre, wie begründet wird, wenn ich höre, wie vorhin auch erklärt wurde, weshalb bei der Stadtmusik weniger Auftrittsmöglichkeiten bestehen, erschrecke ich schon ein wenig. Es waren Entscheidungen des Stadtrates, Anlässe nicht mehr durchzuführen, die bewirkt haben, dass die Stadtmusik ihren Auftritt nicht mehr hatte. Nachher rechnet man ihnen vor, dass sie weniger Auftritte haben. Da beisst sich die Katze in den Schwanz. Wenn wir gerade in diesem Corona-Jahr feststellen, dass die Leute nicht alle Kulturveranstaltungen durchführen dürfen, weil es wegen der nationalen Vorgaben nicht sein kann, dass man sie vielleicht mit einem ganz reduzierten Teilnehmerinnen- und Teilnehmerkreis durchführen kann und dadurch ableitet, in diesem Fall braucht es ja auch weniger Geld, und dann müssen sie von der Stadt nicht mehr so viel erhalten. Sorry, das ist ein Zeichen davon, dass man nicht versteht, wie der Kulturbereich funktioniert. Was kostet an der Kultur? Gerade dort, wo wir auch professionelle Strukturen begleitet haben, kosten nicht nur die Löhne, wo man zum Beispiel mit Kurzarbeit etwas machen und anmelden konnte, sondern man hat relativ viele Fixkosten. Das kennen wir ja gut dort, wo die Stadt selber Vermieterin ist und schon die Mieteinnahmen auch meistens wieder voll verlangt hat. Ich weiss, es hat Ausnahmen gegeben. Aber normalerweise ist es bei Dritten bekanntlich nach wie vor nicht geregelt. Sie sind auf Goodwill angewiesen, wenn bei der Vermietung etwas entgegenkommt. Nehmen wir das Beispiel Sternschnuppen. Die Organisation Sternschnuppen steht in diesem Jahr vor der Wahl, blasen wir das Ganze ab oder führen wir es gleichwohl durch, dass man es halt mit 30 Personen und Anmeldungen machen kann? Sie haben sich für die Durchführung entschieden. Das ist ihnen ganz hoch anzurechnen. Warum? Erstens, weil wir endlich etwas die Gelegenheit haben, Kultur zu geniessen. Ich hoffe, dass ich nicht der Einzige bin, der dies vermisst und sich danach sehnt. Zweitens, und das ist das Entscheidende, wenn sie abgesagt hätten, hätten sie Fr. 10'000.— Verlust gehabt. Indem sie es durchführen, haben sie Fr. 25'000.— Verlust. Das kann man jetzt schon berechnen. Der Abendsponsor, Entschuldigung, Benvenuto, es ist schön, dass sie jeden Abend einen Sponsor haben. Aber das ist natürlich im ganzen Budget auch ein relativ kleiner Betrag, der dort hereinkommt. Sie haben eine namhafte Kollekte. Das funktioniert gut, wenn an einem Abend 200 Personen kommen. Bekanntlich sind immer etwa wieder 200, manchmal noch mehr Personen gekommen. Aber trotzdem, und sie arbeiten ehrenamtlich, haben sie viele Fixkosten, die eben gerade nicht damit zu tun haben, dass man zum Beispiel mit Kurzarbeit oder irgend so etwas reagieren könnte. Das wäre hier gar nicht relevant. Die Tatsache, dass sich die Sternschnuppen trauen und machen, verdient eigentlich aktuell ein höheres Engagement der Stadt und sicher nicht ein kleineres.

## Beschluss

Mit 24 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der Fraktion SP/Junge SP auf Erhöhung um Fr. 17'500.— zugestimmt.

#### 3424.3130.01, Sicherheit Parkanlagen

**Laura Schöni, Olten jetzt:** Man hat gesagt, dass die Hotspots eben nicht nur in der Innenstadt sind, sondern auf der Trottermatte, Römermatte, „Seufzerallee“. Ich schlage in die gleiche Kerbe wie Simon und verstehe das Argument des Stadtrates nicht ganz.

**Urs Knapp:** Ich rede als Einzelsprecher, da wir uns ja nicht darauf vorbereiten konnten, und stelle fest, dass Simon und auch Laura die Wünsche der Bevölkerung nicht ernst nehmen und auch im Vergleich nicht ernst nehmen. Im Städteranking ist Olten laut der letzten Umfrage an drei Orten möglichst schlecht weggekommen. Ein Punkt ist die Sicherheit. Wir haben in dieser Stadt ein Unsicherheitsgefühl. Der Stadtrat hat gesagt, dass man dies, wenn es nötig ist, einsetzen kann. Ich sehe nicht ein, weshalb man diese Möglichkeit dem Stadtrat im Interesse der Bevölkerung nicht geben soll. Von daher werde ich ablehnen. Ich kann nicht für die ganze Fraktion sprechen.

**Tobias Oetiker:** So viel ich weiss, wird die SIP, die jetzt von den Langenthalern ausgeführt wird, sich sowohl um soziale Probleme als auch um Sicherheitsprobleme kümmern, und ich sehe nicht ein, weshalb es jetzt plötzlich sozusagen zwei Masse geben soll. Wenn man sich an einem Ort aufhält und es Probleme gibt, kommt die SIP und redet mit einem, und wenn man sich am anderen Ort aufhält und es Probleme gibt, kommt die SIP nicht, sondern dann kommt die Securitas. Warum dies so sein soll, finde ich völlig nicht einleuchtend. Wir sind ja eine Stadt, und es gibt nicht verbotene Zonen, wo man nicht hingehen darf, und dann kommt dort die Securitas, und an anderen Orten wird man von der SIP menschlich behandelt.

#### **Beschluss**

Mit 19 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag auf Streichung um Fr. 20'000.— zugestimmt.

#### Seiten 72 bis 75

Keine Wortmeldungen.

#### Seiten 76 und 77, 5350, Altersausflüge

**Eugen Kiener:** Gestern haben sich diejenigen, die an der Kultur interessiert sind, zu Recht und legitimerweise für ihre Anliegen eingesetzt. Ich wurde Präsident der IG aktives Alter und möchte jetzt hier für meine Leute auch etwas fragen. Es ist so, dass alle, die 75 werden, auf einen Altersausflug gehen können. Jetzt konnte dieser aber zweimal nicht stattfinden, einmal wegen des Budgetreferendums und jetzt wegen der Pandemie. Diejenigen, die gerne auf Kosten der Stadt auf diese Reise gehen würden, fühlen sich ein wenig geprellt. Können sie dies nachholen?

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Ich glaube, ich habe mich zu diesen Veranstaltungen auch schon geäußert, die ich sehr schätze, weil man dort auch Kontakt mit der Bevölkerung und diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hat. Selbstverständlich werden sie es nachholen können, wenn sie 80 werden oder später dazu stossen. Spass à part, es ist so, das ist gestrichen. Wir haben nicht vor, für sie irgendwie einen Nachzug zu machen.

#### Seiten 78 bis 87

Keine Wortmeldungen.

**Luc Nünlist:** Den Antrag habt Ihr erhalten. Es würde um ungefähr 40 Stellenprocente gehen. Ich möchte kurz begründen. Vorweg: Alle, die schon einmal das Privileg hatten, auf einem Müllwagen mitzufahren, wissen, dass keine Arbeit so durch getaktet ist wie diese, und ich habe wirklich grössten Respekt vor den Werkhofmitarbeiterinnen und –mitarbeiter, die unsere Stadt sauber und ordentlich halten. Aber in der Stadt Olten ist Littering immer wieder ein Thema. Wir dürfen uns hier im Rat und in allen anderen Gefässen ab und zu wieder darüber unterhalten. Daher kommt mein Antrag. Ich mache es kurz. Aber ich gehe von drei Prämissen aus. Erstens: Wenn genügend Entsorgungskapazitäten vorhanden sind, wird Littering eigentlich reduziert. Es ist unumstösslich, dass Littering bevorzugt dort entsteht, wo keine Abfalleimer vorhanden sind, oder dort, wo sie schon voll sind. Zweitens: Unsere Werkhofmitarbeiterinnen und –mitarbeiter leeren auf ihren Touren eigentlich unermüdlich die Abfalleimer und räumen die Stadt, wo sie können. Aber die Kapazitäten sind begrenzt. Drittens: Littering aufzuräumen benötigt mehr personelle Kapazitäten, als einen Abfalleimer zu leeren. Wenn dem nicht so wäre, müssten wir ja das Konzept, Abfall zentral in einem Eimer zu sammeln, noch einmal überdenken. Diese Überlegungen bringen mich eigentlich zum Schluss, dass wir mit einem kleinen zusätzlichen Polster im Stellenetat sowohl das Personal entlasten können, als auch effektiv dem Littering vorbeugen, effektiver Abfall aus dem öffentlichen Raum entsorgt werden kann. Danke für die Unterstützung. Wenn ich noch einen kleinen Wunsch anbringen darf, lassen wir doch aus Gründen der Zeit- und Nervenersparnis die Grundsatzdiskussion. Ich verteidige nicht Littering und möchte Steuergelder für Litterer einfordern, sondern einfach unsere Mittel effektiv und dort einsetzen, wo ich es als sinnstiftend und entlastend erachte. Wenn es aber Fragen zum Antrag gibt, sind wir ja hier, um zu diskutieren, und dann hoffe ich, dass sie gestellt werden. Merci.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich kann fast das Votum von vorhin wiederholen. Als oberster Chef des Werkhofs ist mir die Reinlichkeit, Sauberkeit der Stadt ein Anliegen, wirklich auch persönlich. Insofern bin ich sehr froh, wenn wir diese Kapazitäten ausdehnen können. Es ist so, der öffentliche Raum wird halt heute mehr beansprucht. Das Ausgehverhalten hat sich verändert. Ihr kennt alle auch die Bilder am Morgen, wenn Ihr aus dem Haus geht bzw. ist es dann eigentlich schon fast wieder geräumt, nicht an allen Orten gleichzeitig. Von daher freue ich mich über die Ressourcen. Es ist vor allem auch vor dem Wochenende und nach dem Wochenende das Thema, Freitag und Montag. Das würde eigentlich dieser Kapazitätsausweitung entsprechen, zwei Tage, 40 %, im Umfang von Fr. 40'000.—.

**Felix Wettstein:** Ich wollte einfach die Frage stellen. Der ganze Bereich Abfallbeseitigung 7301 ist ja ein ausgeglichener. Alle Ausgaben sind durch Einnahmen gedeckt. Was würde es bedeuten, wenn wir zustimmen und den Besoldungsanteil Werkhof erhöhen? Wird es dann auch eine Veränderung auf der Ertragsseite geben, oder haben wir dann einfach die Differenz, doch einen Aufwandüberschuss um den beantragten zusätzlichen Betrag? Wie sieht dies aus?

**Urs Tanner:** Felix Wettstein hat es richtig gesagt. Es ist eine Spezialfinanzierung. Das heisst, wenn Ihr dort Fr. 40'000.— erhöht, würde die Position 7301.3510.00 um Fr. 40'000.— gesenkt werden. Das heisst, so ist es wieder ausgeglichen. Es ist einfach eine tiefere Einlage. Nicht der Steuerzahler, sondern der Gebührenzahler zahlt sie.

## **Beschluss**

Mit 21 : 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag auf Erhöhung um Fr. 40'000.— zugestimmt.

Seiten 90 bis 93

Keine Wortmeldungen.

## Seiten 94 und 95, Tourismus

**Eugen Kiener:** Als wir im Sommer die Rechnung behandelt haben, habe ich festgestellt, dass der Verein Region Olten Tourismus von der Stadt einen grossen Betrag erhält und habe dies ein wenig in Frage gestellt. Daraufhin wurde ich von den Verantwortlichen dieses Vereins mit Informationen beliefert worden. Besten Dank. Diese Unterlagen konnten aber meinen Verdacht nicht ganz aus der Welt schaffen, nämlich den Verdacht, dass die Gemeinden in der Region von diesem Verein profitieren, dass sie im Vorstand mitentscheiden, aber dass eigentlich wir Oltnen praktisch allein zahlen. Bei meinen Recherchen habe ich festgestellt, dass in den Rechnungen der Gemeinden Egerkingen und Oensingen, wo es zum Beispiel auch Hotels hat, keine Beiträge für diesen Tourismus-Verein gesprochen werden. Ich möchte jetzt keinen Antrag zur Senkung stellen, wie dies andere tun, wenn ihnen etwas nicht passt. Aber ich möchte doch die Verantwortlichen bitten, diese Gäuer Gemeinden zu ermuntern, auch etwas an den Regionaltourismus zu zahlen. Sie sind nicht arm. Sie haben den gleichen Steuerfuss wie wir.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Besten Dank, Eugen, für Deine Frage. Die Region ist hier sehr stark eingebunden, auch über den OGG die entsprechenden Gelder über OGG auch noch fliessen. Das heisst, es ist ein Topf von Oensingen bis Schönenwerd. Von daher ist klar, dass die Stadt Olten den Hauptteil trägt. Das ist so. Ich denke, das ist als Zentrumsgemeinde dieser Region auch richtig, dass die Aussengemeinden dort durchaus mitzahlen. Aber ich nehme Deine Aufforderung oder Ermunterung gerne entgegen und werde auch dort immer wieder sagen, dass das Engagement der Aussengemeinden zentral und wichtig ist. Aber sie machen dort mit, in dem Verhältnis, in dem sie davon profitieren können.

**Deny Sonderegger, FDP-Fraktion:** Lieber Eugen, Du musst in Kauf nehmen, dass ich darauf kurz eine Antwort gebe, einerseits bereits durch Martin Wey erklärt. Wir hatten im letzten Jahr nach der Versammlung bereits einen kurzen Austausch miteinander. Entsprechend habe ich Dich als Präsident auch dokumentiert. Ich hätte es geschätzt, wenn man es vorgängig hätte klären können. Dann hätte ich Dir diese Frage ersparen können. Nebst dem OGG ist es nämlich so, dass wir Projektfinanzierungen haben, selbstverständlich auch von den Aussengemeinden. Dort ist unter anderem auch Egerkingen mit involviert. Egerkingen erhebt selber eine Übernachtungstaxe, die auf kommunaler Ebene stattfindet. Über diese Übernachtungstaxe wird projektfinanziert, werden Werbeleistungen für die Regionen finanziert, also damit abgedeckt. Vielleicht noch zur Leistungsvereinbarung als solche: Der Grossteil, den die Stadt zahlt, ist bei dem Betrieb des Tourist-Centers. Da steht eine Leistung dahinter. Es ist Manpower dahinter, Personen dahinter. Das ist es der Stadt wert, zumindest in der Vergangenheit. Das ist eine politische Diskussion, die man gerne im Rahmen einer Leistungsvereinbarung diskutieren kann. Sie kommt jeweils auch in den Rat. Dann kann man dies grundsätzlich diskutieren. Aber für diesen Betrag wird im Sinne der Tourist-Office-Öffnungen entsprechend auch Leistung erbracht.

## Seiten 96 bis 108

Keine Wortmeldungen.

## 0224.5060.008, Gästernetzwerk Stadthaus

**Muriel Jeisy:** Die FIKO stellt einen Antrag auf Streichung der Fr. 115'000.—, mit denen man ein WLAN-Gästernetzwerk im Stadthaus einrichten sollte. Uns schien dieser Betrag ganz schön stolz, und wir haben auch kritisch nachgefragt, im Sinne, ob es nicht eine günstigere Möglichkeit für die Bedürfnisse, die genannt wurden, gäbe, unter anderem ja auch im Parlament, aber auch von externen Leuten, die Sitzungen im Stadthaus hätten und dies gerne in Anspruch nehmen würden. Es wurde dann für uns abgeklärt und es wurde uns mehrfach versichert, dass dies aus Datenschutzgründen und so, wie das Stadthaus gebaut

ist, leider effektiv nicht günstiger machbar ist. Wenn wir dies dann in Bezug darauf, dass fast alle Handys mit unbeschränktem Datenvolumen haben, abwägen, und Hotspots einrichten können, haben wir es dann im Verhältnis doch als zu hoch empfunden und würden dies deshalb gerne wieder herausstreichen.

**Tobias Oetiker, Olten jetzt!:** Die Kosten für das WLAN sind hoch. Aber das Stadthaus ist halt leider ein Gebäude, das zu einer Zeit gebaut wurde, als man noch nicht daran gedacht hat. Dann ist es renoviert worden und man hat auch nicht daran gedacht. Ich weiss nicht weshalb nicht. Aber jetzt ist es halt einfach so. Das Gebäude ist nicht aus Holz oder irgendwie durchsichtig für die 5 G elektromagnetischen Wellen. Das heisst, der Empfang innerhalb des Stadthauses ist nicht super gut. Wenn man schaut, wie dies an Flughäfen, in Sportarenen oder in der Migros funktioniert, haben sie dort lokal einen 5 G-Sender, damit man mit dem Handy hineinkommt. Aber im Stadthaus hat es nichts Solches. Von daher bleibt uns nichts Anderes übrig, wenn wir im Stadthaus eine gute Internet-Versorgung haben wollen, und ich denke, das ist zeitgemäss, müssen wir dieses Geld ausgeben. Es bleibt uns nichts Anderes übrig. Ein neues Stadthaus zu bauen ist teurer.

**Corina Bolliger:** Die Fraktion SP/Junge SP findet wirklich auch, dass ein Wifi sehr teuer ist, wo man dieses Geld doch auch für etwas wirklich Soziales investieren könnte. Gleichzeitig ist es aber auch peinlich, dass unser Stadthaus als eines der wenigen Regierungsgebäude in der Schweiz oder sogar auf der Welt kein WLAN hat. Wir sind uneins und werden uns grossmehheitlich enthalten. Allenfalls werden sich einige Mitglieder von guten Argumenten dafür oder dagegen überzeugen lassen.

**Urs Knapp, FDP-Fraktion:** Wir gehen ein Risiko ein und widersprechen dem IT-Unternehmer Tobias Oetiker. Mit meinem Handy habe ich im Gemeinderatsaal immer vollen Empfang, und dieser ist im Prinzip in einem Zivilschutzbunker unten. Ich stelle fest, auch alle anderen wie Facebook usw. sind problemlos. Man muss, wie Corina gesagt hat, auch abwägen. Fr. 115'000.— für etwas, das wirklich nice to have ist, das problemlos jeder, der ein Handy hat, es gibt jemandem im Saal, von dem ich weiss, dass er kein Handy hat, aber er braucht Wifi auch nicht, wenn der Laptop da ist, oder Herr Finanzminister?, aber alle anderen können es benützen. Ich glaube, in der Abwägung davon, was man mit Fr. 115'000.— auch noch machen kann, kann man mindestens einmal sagen, wir brauchen dies nicht.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich habe ein Handy. Von daher bräuchte ich persönlich das WLAN nicht unbedingt. Gleichzeitig weiss ich nicht, wenn die Stadt zum Beispiel bereit ist, auch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Stadthaus ein gutes Handy mit einem guten Abo zu kaufen, ist dies eine Option, die ich für die Arbeitenden sehe. Ansonsten haben sie am Schluss eigentlich einfach genau dort Internet, wo sie normalerweise arbeiten. Auch schon feste Arbeitsplätze sind etwas, das man eher der Vergangenheit anrechnet. Dazu haben wir gerade in der aktuellen Krise gesehen, wie wichtig es ist, dass man erreichbar ist, dass man zum Beispiel Videokonferenzen durchführen kann, gerade diejenigen, die in der Echo-Gruppe der Ortsplanungsrevision waren, dass man dies heute so machen muss. Dort hat es funktioniert. Aber dann muss jeder noch an seinem einzelnen Platz sitzen. Man kann nicht miteinander zusammenarbeiten. Man kann nicht in irgendein Sitzungszimmer gehen. Ich glaube nicht, dass es dort 17 Internetkabel hat, wo jeder hineingehen kann. Ein anderer Punkt neben den Mitarbeitenden, der noch dazu kommt, ist, dass wir eine Bevölkerung haben, bei der das Ziel ist, und ich glaube, das steht auch im Regierungsprogramm, dass man dort die Nähe noch sucht, auch Transparenz sucht und man quasi auch immer mehr Dienste digitalisiert. Nachher kommen sie dorthin und es hat kein WLAN. Das mag für die meisten mit einem Flatrate-Abo kein Problem sein, aber ganz viele andere haben dies nicht und können es sich auch nicht leisten. Ein solches Flatrate-Abo kostet schnell Fr. 50.— pro Monat. Es gibt hier Leute, die immer wieder darüber reden, wie gut es Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger haben. Aber die 50 „Stutz“ sind dann 50 „Stutz“. Dann will man ihnen noch das Handy wegnehmen. Es gibt auch solche, die immer sagen, alle, die über das Meer gekommen sind, haben ein Handy. Was soll dies, dass sie ein Handy

haben? Ein WLAN ist zeitgemäss und auch eine soziale Sache für Leute, die es brauchen. Wenn dann am Schluss vielleicht auch noch ein Teenager vor dem Stadthaus sitzt und ein Handy-WLAN klaut, finde ich dies noch so gut. Das ist wieder ein Grund mehr, sich in der Stadt im öffentlichen Raum aufzuhalten. Es ist eine Investition. Es ist teuer. Aber so ist es halt mit der Zukunft. Sonst kann man sich auch wieder alte Computer anschaffen.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich wollte nur erwähnen, weil das Wort Renovation gefallen ist, dass mit der Sanierung des Stadthauses vor sechs Jahren selbstverständlich die Vorbereitung stattgefunden hat und alle Leerrohre für eine LAN-Verbindung alle gelegt wurden. Es ist ja immer nur am Schluss WLAN. Bis zum Router ist es immer kabelbasiert. Selbstverständlich sind die Leerrohre alle gesetzt worden, und man hat an die Nachrüstung gedacht. Aber es ist so. Es braucht halt in einem elfstöckigen Gebäude, das vor allem aus Betonarmierungseisen besteht und verwinkelt ist, sehr viele Hotspots oder Verstärker, und es braucht vor allem auch eine Authentifizierung des Benutzers und der Benutzerin. Wir sind als öffentliche Hand auch verantwortlich, wer welche Inhalte herunterlädt. Hier haben wir eine besondere Sorgfaltspflicht, etwas anders, als vielleicht im Hotel irgendwo auf der Welt. Vor allem die Authentifizierung der Benutzerinnen und Benutzer ist vor allem das Teure, dann via SMS oder mit welchen Mechanismen auch immer, und insbesondere das Stadthaus auf Stockwerke verwinkelt, Beton- und Armierungseisen sind ein Thema. Selbstverständlich brauchen auch unsere Besucherinnen und Besucher WLAN, und oft ist es so, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kanton, Bund, SBB-Investoren dies halt auch gerne und auf ihre Unterlagen zugreifen.

**Tobias Oetiker:** Thomas, eine Frage. Daniel Kissling hat es vorhin angedeutet. Ich bin nicht ganz sicher, ob es so ist. Heisst dies, im Stadthaus haben die Mitarbeiter, die im Moment, wie ich glaube auch mit Laptops unterwegs sind, kein WLAN?

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich bin nicht der Spezialist. Meines Wissens haben sie kein WLAN. Es geht ausgewählte Orte wie die Jugendbibliothek, wo es vorhanden ist. Es gibt auch in der Bildung gewisse Zonen, wo es vorhanden ist, weil sie Tablets für die Schülerinnen und Schüler in den Schulen ausrüsten müssen. Es gibt ausgewählte Orte, wo es zur Verfügung steht. Aber in der Regel ist es nicht der Fall.

**Tobias Oetiker:** Das heisst, Ihr habt gar keine Laptops?

**Stadtrat Thomas Marbet:** Wir haben Verschiedenes.

**Tobias Oetiker:** Okay. Ich bin immer wieder erstaunt. Wenn Ihr dies bauen würdet, gäbe es nachher auch für die Mitarbeiter WLAN? Wäre dies im Gäste-WLAN inbegriffen?

**Urs Tanner:** Es ist so, dass wir kein WLAN für die Mitarbeiter haben. Wenn man einen Laptop hat, was man heute haben kann, kann man in ein Sitzungszimmer gehen. Dort haben wir ein Kabel. Das kann man einstecken, und dann funktioniert dies selbstverständlich auch im WLAN. Es ist auch so, dass die Mitarbeiter die Möglichkeit haben, ein sehr günstiges Abonnement zu haben. Das heisst, man kann seine Handynummer auf die Stadt überschreiben lassen. Ich habe dies zum Beispiel auch gemacht. Ich habe das schnellste 5G-WLAN-Netz mit zwei SIM-Karten für Europa und die Schweiz frei. Das kostet Fr. 50.— pro Monat. So kann man eigentlich bei uns arbeiten. Aber es ist im Moment auch vorgesehen. Wir haben eine IT-Strategie. Das ist auch eine Position. Sie ist zehn Jahre her. Man hat gemerkt, dass man etwas moderner arbeiten muss. One drive, Microsoft 365, das sind Sachen, die wir noch nicht im Einsatz haben. Virtualisierung eines zweiten Rechencenters. Das sind Sachen, an denen wir im Moment sind. Von daher ist das WLAN sicher ein Teil, den wir auch brauchen werden.

**Tobias Oetiker:** Urs Knapp, Du hast Dich technisch geäussert. Es ist so, dass das WLAN die gleichen Frequenzen wie 5 G verwendet. Das heisst, wenn das WLAN im Stadthaus offensichtlich so schwierig einzurichten ist, weil man ganz viele Sender aufbauen muss, weil

eben das Stadthaus aus Beton und Stahl ist, gilt das Gleiche für die Sender, die ausserhalb des Stadthauses liegen, auch. Das heisst, sie kommen einfach nicht überall hinein. Das ist Physik.

**Simone Sager:** Ich glaube, bei der Fraktionssitzung war ich noch die Einzige, die eigentlich gegen diesen Streichungsantrag war und zwar aus dem Grund, weil ich sage, es ist ein öffentliches Gebäude mit x verschiedenen Sitzungszimmern. Man hat Leute, welche die Sitzungszimmer benützen, die nicht nur Geld brauchen, sondern auch Geld bringen. Das ist eine Geschichte, die ein Service public ist. Korrigiert mich. Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist auch das Projekt Gewera angedacht, das heisst eine Digitalisierung der Stadt Olten. Das bedeutet, wenn sie nach vielleicht dann einmal Laptops haben, müssen sie nicht mehr mit dem Laptop einstecken und ihre Unterlagen, die alle digitalisiert sind, mit dem Kabel herunterladen, sondern können via WLAN darauf zugreifen. Ich arbeite auch bei einer Stadt im Nachbarkanton. Wir haben x verschiedene Sitzungszimmer. Wir haben WLAN. Wir haben die Digitalisierung hinter uns. Ich habe schon vor Corona gesehen und jetzt extremer, Du nimmst den Laptop, setzt Dich ins Sitzungszimmer, loggst Dich ein und hast nachher alle Daten. Du hast nicht mehr x Ordner, die Du mitnehmen musst, und meistens hast Du eh nicht das Richtige dabei, sondern Du kannst es abrufen. Das ist ein erster Schritt, mit dem wir unser Stadthaus ein wenig modernisieren können. Klar ist es ein Riesenbetrag. Aber ich glaube, die Ausführung mit 11 Stockwerken und Betonbunkern ergibt sich. Wenn ich sehe, wie viele Sitzungen heutzutage nur noch digital laufen, wo Du Dich in die Sitzungszimmer verschanzest, damit Du Dein „Arbeitsgspönl“ im Büro nicht störst, bist Du umso mehr froh, wenn Du nicht noch mit einem Kabel und mit dem Laptop, wenn Du ihn vielleicht hast, irgendwo einstecken musst. Von meiner Seite lehne ich den Streichungsantrag ab.

**Simon Muster:** Ich habe das Gefühl, die Frage von Tobias ist nicht beantwortet worden. Er hat ja gefragt, ob die Mitarbeitenden WLAN hat. So wie ich mich erinnere, gibt es eine Zugangsbeschränkung. Man muss sich mit einem Ticket anmelden, und es gibt auch eine Zeitbeschränkung.

**Urs Tanner:** Vorgesehen ist, dass man für die Gäste eine Zeitbeschränkung macht, dass sie sich einloggen müssen. Wir haben für die Gäste auch vorgesehen, dass dies maximal vier Stunden möglich ist. Dann ist es sicher für 24 Stunden gesperrt, und man kann nicht noch einmal einloggen. Aber das würden wir natürlich intern als Verwaltung anders nutzen. Das ist klar. Aber gegenüber den Gästen, den Leuten, die ringsherum sind, ist es klar, vier Stunden, und dann werden wir es abstellen. Deshalb ist es auch wichtig, dass man sich einloggt, dass wir auch wissen, wer sich mit einer Handynummer einloggt. Dann bekommt er mit einer SMS einen Code auf das Handy und kann dann während vier Stunden damit arbeiten.

**Simon Muster:** Sehe ich dies richtig, dass Ihr keine Laptops für die Mitarbeitenden, die das WLAN brauchen können, habt, und die Leute, die von aussen kommen, welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind, haben dann vier Stunden Zugangsbeschränkung und dann 24 Stunden blockiert. So sehe ich dies.

**Urs Tanner:** Ja, das ist richtig. Man möchte nicht unbedingt, dass einfach die Leute ringsherum sind und 24 Stunden daran sitzen. Nein, das können sie nicht. Aber einfach den ganzen Tag im Stadthaus sitzen und das WLAN so brauchen. Das wäre nicht Sinn der Sache, und ich denke, es wäre auch nicht im Sinne der Anbieter, die sonst WLAN anbieten.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Wenn Ihr die Beilage zum Budget, Seite 17, nehmt, seht Ihr eigentlich, was geplant ist. Es ist nicht ein Gäste-WLAN für alle im ganzen Stadthaus, sondern nur spezielle Besprechungszimmer werden dies haben, das 10. Obergeschoss und der Empfangsraum im 11. Obergeschoss. In allen anderen Büros wird man dies nicht haben. Man kann nicht einfach ins Stadthaus gehen und alle haben WLAN, sondern das ist nur in ganz speziellen Zimmern geplant.

## Beschluss

Mit 18 : 15 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Antrag der Finanzkommission auf Streichung abgelehnt.

#### Seite 109, Sanierung Fernwärmeverbund

**Raphael Schär:** Ich tue dies auch für die Klimajugend, wenn sie schon hier sind. Es ist eines der einzigen Projekte zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, das enthalten ist, auch wenn es nicht ganz klar ist. Es geht um die Sanierung des Fernwärmeverbunds. Ich möchte hier einfach noch mitgeben, dass ein Ersatz mit Biogas nicht die Lösung sein kann, sondern es muss etwas sein, das am Schluss wirklich kein CO<sub>2</sub> mehr ausstösst.

#### Seiten 111 bis 118

**Felix Wettstein:** Ihr habt ja im Vorfeld im Ganzen neun Anträge erhalten, auf einem Blatt zusammengefasst. Das beginnt auf Seite 111 und geht bis Seite 118. Ich kann einen grossen Teil der Begründung an einem Stück, also gleich jetzt, liefern. Ich komme aber an diesem Punkt nicht umhin, einen Blick auf den siebenjährigen Finanz- und Investitionsplan zu werfen. Dieser mehrjährige Plan ist die Begründung, weshalb ich diese Anträge stelle. Wir haben im Finanzplan 2021 – 2027, Seite 18, die Übersicht, wie sich die Nettoinvestitionen in den nächsten sieben Jahren entwickeln werden. Wenn wir dies anschauen, dann sieht man etwas, das mir Sorgen bereitet, nämlich, dass wir nicht etwa jetzt im bevorstehenden Jahr, in dem wir ja die grösste Planungssicherheit haben, auch den höchsten ausgewiesenen Investitionsanteil haben, sondern dass es im folgenden Jahr und 2023 noch einmal massiv höher sein wird als jetzt im Budgetjahr 2021. Wir wissen aus Erfahrung, dass wir in der Planung nach hinten nicht nur ungenauer sind, sondern dass vor allem Jahr für Jahr Sachen neu auftauchen, unverzichtbare Investitionen, die wir aber in diesem Jahr im siebenjährigen Plan noch nicht haben. Das ist der Hauptgrund, weshalb eigentlich das unmittelbar bevorstehende Jahr am meisten Investitionen ausmachen sollte und dass es nach hinten tendenziell abnimmt, weil wir wissen, dass es dann halt schon wieder aufgestockt werden muss, sei es, weil wir zum Teil Verzögerungen haben, davon war gestern auch schon die Rede, das ist nicht nur, weil man schlecht arbeitet, sondern es ist gesagt worden, Einsparungen oder Drittbeteiligte, die nicht im gleichen Rhythmus vorankommen. Für mich ist es sehr beunruhigend, dass wir heute schon 2023 auf 26,5 Millionen sind, aber im nächsten Jahr nur auf 14,3 Millionen. Wir haben in den Positionen der darauffolgenden Jahre verschiedene Sachen, die spruchreif sind, aber jetzt für 2021 noch nichts eingesetzt ist. Genau das war meine Überlegung. Ich bin den Finanzplan durch die verschiedenen Positionen, Investitionsvorhaben durchgegangen und habe geschaut, welche davon eigentlich reif sind, um zu starten, haben aber 2021 null Franken und erst ab 2022 fängt es an einzusetzen. Acht dieser neun Vorschläge, die Ihr jetzt auf dem Tisch habt, sind genauso erklärt. Es gibt nirgends eine Investition, die nicht vorgesehen ist, sondern es geht schlicht darum, dass man sie schon 2021 in Angriff nimmt und dies nur, damit wir nicht 2022 und 2023, wenn wir die beiden Grossprojekte immer mehr brauchen werden, Schulhaus und Bahnhofplatz, ganz viele andere Sachen auch noch machen müssen, dass also Sachen, die schon früher gestartet oder sogar abgeschlossen werden können, auch früher gemacht werden. Es gibt auf dieser Liste eine Ausnahme. Das sage ich jetzt auch gleich. Friedhofsanierungen. Auch diese Fr. 200'000.— sind nicht irgendwie zusätzlich, sondern schon enthalten, aber nicht schon für das übernächste Jahr, sondern etwas weiter hinten. Alle anderen Beträge habe ich tatsächlich schlicht und ergreifend um ein Jahr vorgezogen, damit man sie eben 2021 wird starten können bzw. ist man im Fall des Wilerfeld-Hochwasserschutzes schon gestartet. Aber dass wir dort den grösseren Brocken von Fr. 500'000.—, den man für 2022 vorgesehen hätte, schon 2021 macht, so dass das ganze Projekt, das uns ja schon seit Jahren begleitet, dann irgendeinmal, lieber früher als später, abgeschlossen sein wird. Das ist die Begründung für das ganze Paket. Wir haben zusammengezählt bzw. ich habe es ja gemacht und habe es unten geschrieben. Das macht zusammengezählt 1,85 Millionen Franken aus. Das tönt nach viel, ist aber, wenn man es zu den jetzt geplanten oder vom Stadtrat vorgeschlagenen Investitionen dazu zählt, immer noch

deutlich tiefer als was man heute schon weiss, dass 2022 und vor allem 2023 nötig sein wird. Auch wenn man diese beiden Jahre um die vorgezogenen Beträge entlastet, werden sie immer noch deutlich mehr beanspruchen. Es ist ganz wichtig, dass man dies im Zusammenhang sieht. Noch einmal: Die Gesamtsumme der Investitionen ändert nicht. Es ist nur eine Frage, dass man früher damit startet. Ich weiss, dass jetzt das Stichwort Selbstfinanzierungsgrad kommt. Das ist gestern schon gekommen. Ja, klar, wenn wir im nächsten Jahr bei gleich vielen Einnahmen mehr investieren, haben wir einen tieferen Selbstfinanzierungsgrad. Das ist aus zwei Gründen verkraftbar. Erstens: Es ist momentan sogar lukrativ, Geld aufzunehmen. Es ist wirklich vertretbar. Die Rückzahlung von Geld, die Verzinsung von aufgenommenem Geld ist im Moment, und das wird nicht so schnell ändern, wirklich günstig. Zweitens: Wir haben die grossen Vorhaben schon in der Pipeline. Wir haben die angekündigte Steuererhöhung, die es selbstverständlich braucht. Aber sie umfasst nicht das Ganze, was an Zusatzinvestitionen auf uns zukommt. Wir werden auch mit dieser angekündigten Steuererhöhung ab 2022 Geld aufnehmen müssen. Deshalb schmerzt es nicht, wenn wir damit schon im nächsten Jahr anfangen. Ich bitte Euch, allen neun Anträgen zuzustimmen.

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Ich bringe hier einen Input von mir. Vielleicht ist es für alle anderen klar. Aber für mich hat sich gerade noch die Frage gestellt, wenn man sie vorziehen würde, hätte man dann auch die nötigen Ressourcen und kann dies entsprechend umsetzen?

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich gehe mit Felix Wettstein einig, dass sich für diese Diskussion sicher ein Blick auf den Finanz- und Investitionsplan lohnen würde. Wir werden ihn erst später behandeln. Er bildet in den nächsten sieben Jahren ab, was unsere Pläne, unsere Vorhaben im Werterhalt sind, aber auch in den Entwicklungsinvestitionen. Die Pläne, die wir dem Finanzplan unterlegen, enthalten natürlich eine logische Abhängigkeit, nehmen Rücksicht auf die Ressourcen des Personals in der Planung, ihr wisst, wir haben im letzten Jahr eine Stelle beantragt und haben sie nicht erhalten, aber auch auf die Jahrestanchen, die im Hinblick auf die Restriktionen, die es von den Finanzen gibt, Selbstfinanzierung und Nettoverschuldung, verkraftbar sind. In diesem Sinne ist der Vorschlag, den wir gemacht haben, einerseits auf die Planungsressourcen abgestimmt, aber andererseits eigentlich auch auf die logische Entwicklung. Wir haben zum Beispiel die Sanierung der Stadthalle im nächsten Jahr nicht vorgesehen. Das ist übrigens ein Planungskredit. Das ist ja noch nicht die Ausführung. Sie wird mehr kosten. Wir haben gesagt, es ist sinnvoll, wenn jetzt Ihr und nachher auch das Volk entscheiden wird, ob wir die Schulanlage mit Schulhaus realisieren und der Dreifachturnhalle oder ob es eine andere Entscheidung gibt. Das wird Abhängigkeiten geben, wie die Stadthalle ausgestaltet wird. Ist es nachher eine Turnhalle für die Schule? Dann muss man sie entsprechend ausrüsten und umbauen. Oder ist es eine Eventhalle und braucht andere Einrichtungen als eine Schulturnhalle? Deshalb haben wir es in der zeitlichen Abfolge nach hinten geschoben, damit wir im nächsten Jahr den Entscheid zur Schulanlage und Turnhalle haben werden. Ähnlich ist es auch bei den Schulanlagen Frohheim und Kindergarten Bannfeld. Da sind wir eigentlich auch im Rhythmus, dass wir ab 2023/2024 in die Sanierung gehen werden, auch mit Rücksicht auf unsere Planungsressourcen, die sich im Moment vor allem in der Erarbeitung des Bauprojekts konzentrieren, dann die Auslösung des Kredits im nächsten Jahr, zuerst bei Euch, dem Parlament, und dann durch den Souverän. Dort sind die Ressourcen darauf, und es ist tatsächlich ein Problem, sich mit mehreren Bauvorhaben zu verzetteln. Ich muss schon einmal sagen, dass Kurt eigentlich drei Funktionen hat. Er leitet die Direktion, er leitet den Hochbau, und er leitet einzelne Projekte. Da müssen wir uns schon auch auf das beschränken, was von der zeitlichen Abfolge her Zeit Sinn macht, von der Planung steuerbar ist, und was auch von den Finanzen verkraftbar ist. Deshalb sind wir eigentlich zu diesem Vorschlag gekommen, der im Finanzplan abgebildet ist. Selbstverständlich ist es möglich, ein zusätzliches Bushäuschen aufzustellen. Das haben wir gestern noch mit Ernst Eggmann diskutiert. Das ist möglich. Da haben wir kein Ressourcenproblem. Auch beim Friedhof kann man die Sanierung des Kolumbariums, die Du vielleicht angesprochen hast, Felix Wettstein. Das kann man vorziehen. Das ist möglich. Bei der Ortsplanungsrevision allerdings nicht, weil

wir dort in der Erarbeitung des räumlichen Leitbilds sind. Ich glaube, Ihr habt die Broschüre Partnerstadt Olten auch erhalten, wo wir die Erarbeitung des räumlichen Leitbilds gestartet haben. Wir hatten die erste Sitzung mit der Echogruppe. Das Plenum mit dem Volk, in diesem Saal, wie wir es eigentlich angedacht haben, kann leider coronabedingt nicht stattfinden. Das verschiebt sich um ein halbes Jahr. Aber der Prozess ist gestartet, und die eigentliche Ortsplanung mit der Nutzungsplanung und den Sonderbauvorschriften wird 2021 nicht stattfinden können. Deshalb ist es ein Jahr weiter hinten eingereiht. Es hat eine Logik, wie wir es vorbereitet haben. Ich denke, man kann gewisse Positionen vorziehen. Die Garderobe in der Badi würde ich jetzt gerade nicht machen, weil wir gesagt haben, wir machen jetzt den Sprungturm und den Wasserkreislauf und nachher das Gesamtprojekt für die Garderobensanierung, das dann auch eine Volksabstimmung geben wird. Wir haben uns etwas überlegt. Ich denke, man kann bei den einzelnen Positionen etwas vorziehen. Das ist es, was ich noch aus politischer Sicht sagen möchte.

**Laura Schöni:** Thomas Marbet, Du hast zwei Sachen gesagt, die möglich wären, das Bushäuschen und eventuell der Friedhof. Gibt es etwas, wo Du sagen würdest, das ist sicher nicht möglich?

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich denke, die Sanierung der Stadthalle macht jetzt keinen Sinn. Wir haben ja noch ein paar Vorstösse zur Nutzung der Turnhallen. Wir haben den Volksentscheid zur Busführung. Das würde ich nicht machen, würde ich nicht empfehlen. Man kann die Position natürlich aufnehmen. Vielleicht wird sie dann einfach nicht benutzt. Die Ortplanungsrevision machen wir definitiv nicht. Der Prozess räumliche Leitbilderarbeitung findet bis Ende des nächsten Jahres statt. Es macht keinen Sinn. Beim Schwimmbad macht es jetzt keinen Sinn, irgendein Projekt anzudenken, wenn wir 2023/2024 die Gesamtübersicht anstellen wollen. Bei den Schulanlagen müsste ich vielleicht noch kurz zu meinem Direktionsleiter schauen, was von der Planung her möglich ist. Sicher möglich ist das Bushäuschen, allenfalls auch Schulmobiliar.

**Philippe Ruf:** Ich denke, es macht Sinn, wenn wir diese Diskussion gleich generell führen und dann auf die einzelnen Anträge etwas rascher eingehen können.

**Kurt Schneider:** Der Punkt mit den Schulanlagen einfach noch als Ergänzung. Dies ist eigentlich auf das Provisorium, das wir gebaut haben, abgestimmt. Die Idee ist, sobald wir das neue Schulhaus im Kleinholz beziehen, wird die Zementi leer. Dann wäre sie für das Schulhaus Frohheim bereit, wo man dann die Sanierung angehen wird. Es bringt nichts, wenn wir dies jetzt machen, sondern die Idee ist, dies dann baulich umzusetzen, wenn wir ein Provisorium haben werden, nämlich in den Jahren 2024 und 2025.

**Reto Grolimund:** Die FDP setzt sich klar dafür ein, dass wir bei den Investitionen weiterhin fokussieren. Wir sind der Meinung, Olten investiert jetzt im Vergleich zu anderen Städten schon relativ viel, die im Schnitt etwa 14 Millionen investieren. Dann sind wir aktuell mit den Nettoinvestitionen schon leicht höher. Felix, Dein Argument mit den geplanten Investitionen kann man auch umkehren. Sie sind geplant, so wie es jetzt auch Thomas gesagt hat. Ich glaube, wir können uns darauf verlassen, dass sie kommen. Das Argument mit dem Personal spricht für uns auch dafür, dass sie dann kommen, wenn sie kommen sollten, dass wir das Personal, das dies umsetzen kann, dann haben. Deshalb hatten wir eigentlich die Volksabstimmung. Wir wissen, dass die Bauverwaltung mit der Kapazität am oberen Limit ist. Ihnen mit einem solchen Entscheid noch mehr Arbeit aufzuhalsen, sind wir nicht überzeugt, dass dies zu dem Resultat führt, das wir uns als Stadtpartei eigentlich erhoffen. Oben drauf kommt das Ganze mit dem Selbstfinanzierungsgrad. Ich möchte nicht, dass wir jetzt eine Debatte über die finanzpolitischen Grundsätze anfangen. Das wäre schade. Aber ich möchte gleichwohl deponieren, dass unser Ziel oder meines nicht ist, dass wir uns hier grausam verschulden, jetzt schon auf Kosten der nächsten Generation. Die Position der FDP ist klar. Wir fokussieren. Wir werden die Anträge ablehnen. 14 Millionen, wie sie jetzt drinstehen, sind gut.

**Matthias Borner, SVP:** Ich kann mich erinnern, dass Felix Wettstein eigentlich jedes Jahr zu Recht moniert hat, dass wir im Budget immer ziemlich viele Investitionen budgetiert haben. Aber in der Rechnung war es immer massiv tiefer. Wenn man jetzt einfach noch mehr Investitionen beschliesst, würde ich dies als investitionspolitisches Schattenboxen bezeichnen, das man jetzt hier vorführt. Wenn wir uns noch mehr vornehmen, werden wir uns noch mehr verzetteln. Es sollte besser einmal unser Ziel sein, dass wir auch durchführen, was wir planen. Das ist etwas, was Du jedes Jahr moniert hast und jetzt willst Du diesen Berg plötzlich noch weiter erhöhen. Etwas möchte ich noch erwähnen. An alle mit dem roten T-Shirt: Mehr bauen ist nicht unbedingt mehr Klimaschutz.

**Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich mache es relativ kurz. Wir werden gegen diese Anträge sein. Für uns ist es ein Murks. Man sollte es dann machen, wenn es auch am meisten Sinn macht, und nicht, weil es auf dem Papier finanziell einfach besser aussieht. Wir haben gehört, viele Sachen wird man vielleicht trotzdem nicht umsetzen können. Das Personal dazu fehlt. Bei den meisten Posten macht es einfach auch keinen Sinn, dies nach vorne zu nehmen. In diesem Sinne werden wir dies einstimmig ablehnen.

**Felix Wettstein:** Danke vielmals für diese Kommentare. Ich finde es wichtig, dass wir uns genau diese Abwägungsüberlegungen machen. Matthias, zuerst dazu, dass ich hier einen grossen Berg aufbauen will. Vielleicht ist es denjenigen, die schon seit ein paar Jahren im Parlament auch aufgefallen, dass das Beilagenbuch, das wir jeweils zum Budget, und auch die Beilage zum Finanzplan, die wir erhalten, ist ja immer gleich aufgebaut. Eine Investitionsaufgabe eine Seite. Vielleicht ist es Euch aufgefallen, dass die Beilage zum Budget dünner geworden ist. Wir haben anzahlmässig tatsächlich deutlich weniger Projekte, um im nächsten Jahr daran zu arbeiten, als wir uns dies noch im vorletzten und vorvorletzten Jahr vorgenommen hatten, dies rein bezüglich Anzahl Projekte. Reto, wir haben mit diesen 14 Millionen genug. Wir haben auf die sieben Jahre verteilt 116 Millionen im Sinn, die wir schon wissen. Das tönt für viele Leute nach wahnsinnig viel. Es ist eben gar nicht so sehr viel. Das ist ja das Schlimme. Wenn man noch mit bedenkt, dass wir in den abgerechneten zurückliegenden drei Jahren, nicht im letzten, aber im vorletzten und in den beiden vorherigen Jahren, drei Jahre hintereinander nicht nur deutlich unter der Planung gewesen, das hat Matthias zu Recht angesprochen, sondern wir waren unter dem Wert, den man für werterhaltende Investitionen bräuchte. Wir waren im Bereich von 6 bis 8 Millionen und müssten rein für die Werterhaltung jährlich 9,5 Millionen Franken machen können. Das ist nicht irgendeine Erfindung von mir. Dazu gibt es Masszahlen, und sie sind ja auch ausgewiesen. Wir haben wirklich einen Rückstand, und diesen müssen wir irgendwann aufholen. Dies zum Generellen. Thomas, hoffentlich ist es auch in Eurem Sinne, wie es Thomas Marbet angesprochen hat. Es sind nicht alle der Anträge, die ich jetzt hier stelle, einfach in einen Topf zu werfen. Ich hoffe etwas, dass Ihr bei den einzelnen Posten schauen mögt. Es gibt solche, die keine zusätzliche Planung brauchen. Es gibt solche, die schon am Laufen sind. Es ist klar. Es braucht Personal, um die Ausführungsbegleitung zu machen. Aber das ist auch auf einer anderen Ebene. Thomas Marbet hat einige dieser Beispiele genannt. Ausdrücklich nennen möchte ich hier noch das Schulmobiliar. Dort ist es schlicht so, dass man in diesem Jahr die Fr. 100'000.— ausgegeben hat oder es jedenfalls im Sinn hatte. Es wird mit der Rechnung auskommen, ob es so ist. Im nächsten Jahr will man eine Null und im übernächsten Jahr wieder Fr. 100'000.—. Der Plan ist schon lange so, dass man jährlich Fr. 100'000.— gibt und nach 25 Jahren das Schulmobiliar ausgewechselt hat. Im Moment sind wir in diesem Turnus, dass wir 50 Jahre brauchen würden. Hier müssen wir nicht etwas Neues planen. Ähnliches ist beim Bushäuschen gesagt worden. In Angriff nehmen kann man die Sache mit dem Friedhof. Das Thema Hochwasserschutz Wilerfeld ist noch einmal etwas anders zu bewerten. Dort ist man daran, und es geht schlicht darum, wann man endlich fertig sein soll. Soll man im nächsten Jahr wieder eine kleinere Etappe mit Fr. 250'000.— machen und erst im übernächsten Jahr auf die 500'000er Etappe gehen. Dann wird es erst 2024 fertig. Nach meinem Empfinden müsste dies eigentlich demnächst reif sein, dass man den Rest, der noch nicht gemacht ist, machen kann. Dort ist es wirklich auch vom Planerischen her kein Zusatzaufwand, wenn man den grösseren Brocken 2021 macht, weil dies ja Aufträge an Dritte sind. Bei der Ortsplanungsrevision dauert die jetzige

Phase des räumlichen Leitbilds gemäss der Terminübersicht, die ich auch erhalten habe, weil ich in der Echogruppe bin, bis Mitte 2021. Ich habe dies natürlich auch angeschaut. Sonst hätte ich den Vorschlag nicht gemacht. Ich bin davon ausgegangen, dass die Planung dann am eigentlichen Ortsplan wirklich noch 2020 einsetzen kann. Es sind zu einem wesentlichen Teil auch Drittpersonen, die man mit solchen Aufgaben betraut. Ich meine, da wird man im nächsten Jahr schon loslegen können. Bei der Sanierung Stadthalle leuchtet mir die Reihenfolge ein, die erwähnt wurde. Diesen Antrag ziehe ich zurück. Es ist berechtigt, dass man zuerst weiss, wie die Abstimmung herauskommt, obwohl ich keinen Zweifel habe, dass sie angenommen wird. Aber die übrigen Posten würde ich wie gesagt aufrechterhalten, auch gerade den ersten, die Schulanlage Frohheim. Man hat eine Abklärung über die Machbarkeit gemacht. Man hat die Machbarkeit belegt. Die Fr. 250'000.—, die für 2022 vorgesehen waren und ich auf 2021 vorziehen möchte, sind Planungsaufgaben. Ich verstehe die Argumente, dass man sagt, wenn das neue Schulhaus bezogen werden kann, wird der Ausweichraum am Zementweg frei. Aber die Fr. 250'000.— machen noch nicht nötig, dass Schülerinnen und Schüler im nächsten Jahr schon umziehen, sondern es wird einfach voran gearbeitet. Wir haben ja jetzt die Machbarkeitsgrundlagen, also machen wir den nächsten Schritt. Wenn wir wieder einen Abstand machen, muss die Planung wieder vorne anfangen. Das haben wir beim aktuellen Schulhausplan auch gesehen, und das sehen wir beim Ländiweg, und, und, und. Wo wir einmal angefangen haben, etwas zu machen, sollten wir es durchziehen.

**Daniel Kissling:** Ich habe zuerst noch zwei Fragen in der Reihenfolge, wie es vorhin schon gekommen ist und was Thomas gesagt hat. Eine betrifft den Hochwasserschutz. Ist dies machbar oder nicht? Oder würdest Du sagen, es geht gar nicht. Das Zweite ist bei den Sofort-massnahmen im Bannfeld, ob es dafür auch ein Provisorium, die Zementi, braucht oder ob es machbar wäre. Das sind die zwei Fragen, die ich habe. Dann möchte ich auch noch sagen, dass Matthias schon recht hat, wir haben ja mittlerweile gelernt, dass ganz viele Investitionen aufgeschrieben und dann nicht gemacht oder viel später gemacht werden und wir auch im nächsten Jahr wieder davon ausgehen müssen, wie in diesem Jahr auch schon, unser Finanzdirektor hat es heute im Oltner Tagblatt gerade gesagt, dass man halt doch weniger Geld ausgeben konnte als man ausgeben wollte oder budgetiert hat. Das kann ein Grund dafür sein, dass man sagt, man nicht noch mehr rein. Es kann aber auch genau so der Grund dafür sein, dass wir jetzt sagen, das und das und das wollen wir jetzt endlich umgesetzt, gemacht und in Angriff genommen haben. Sonst geht es im übernächsten Jahr wieder so und im überübernächsten Jahr wieder so. Felix hat es auch richtig gesagt. Dann kommt immer wieder etwas Anderes, etwas Neues. Plötzlich ist wieder etwas defekt. Plötzlich muss man wieder etwas Neues ersetzen. Plötzlich kommt das dazu. Plötzlich kommt ein Vorschlag aus der Bevölkerung, aus dem Parlament, der wieder Geld kostet. Mit dem Argument, dass man nicht zu viel ins Budget aufnehmen sollte, weil es nicht umgesetzt wird, kann man auch genauso gut sagen, dass wir es jetzt ins Budget aufnehmen müssen, damit es überhaupt vielleicht irgendeinmal in absehbarer Zeit umgesetzt wird.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich möchte einfach für zwei Posten von Felix, die ich sehr wichtig finde, wirklich noch ein Wort einlegen. Es ist jetzt x Mal gesagt worden, dass es nice to have sei und man nicht unnötig Geld ausgeben soll. Aber bei zwei Posten finde ich wirklich, dass es absolut nicht stimmt. Der eine ist der Hochwasserschutz Wilerfeld. Ich bin nicht mehr Neuling im Parlament. Aber an der ersten Sitzung, als ich im Parlament war, hat man schon über diesen Hochwasserschutz gesprochen. Es ist jetzt noch nichts gemacht. Da kann man nach etwa 17 Jahren nicht begründen, man sei mit der Planung nicht nachgekommen. Ich finde, es ist einfach wirklich an der Zeit, und ich habe null Verständnis, dass man mit diesem Hochwasserschutz nicht endlich vorwärts macht. Das ist nicht etwas, was einfach nice to have gebaut wird, sondern dort geht es darum, dass, wenn es wieder einmal richtig regnet, nicht alle Einstellhallen und in den Häusern die Keller dort oben unter Wasser sind. Das ist durchaus eine sinnvolle Sache. Etwas Anderes liegt mir einfach auch auf dem Magen. Ich weiss, es tönt etwas dumm, aber ich fahre selber nie Bus, weil ich zu Fuss immer noch schneller bin als der Bus. Vielleicht werde ich in zehn Jahren auch Bus fahren, wenn ich nicht mehr so schnell gehen kann. Die Buswartehäuschen. Zum Beispiel gerade im

Wilerfeld, wo ich wohne, stehen die Leute im Regen und Wind. Das ist eine unmögliche Sache. Die Buswartehäuschen brauchen jetzt gewiss nicht unendlich viele Mannjahre Planungsarbeit und Vorbereitungszeit., sondern wenn man sie bauen will, kann man sie bauen. Sie kosten auch nicht Millionen pro Häuschen. Ich finde, dass man die Buswartehäuschen endlich einmal bauen sollte und vor allem bei den Bushaltestellen, wo man in die Stadt fährt, natürlich nicht von da, wo man nur von der Feldstrasse in Olten nach Starrkirch fahren kann, wo vielleicht zwei Personen pro Tag einsteigen, aber dort, wo wirklich viele einsteigen und es keine hat, da finde ich, das ist wirklich etwas, das sinnvoll ist und das man vorziehen kann. Deshalb hätte ich diese zwei Posten, die ich gerne priorisieren würde.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Das räumliche Leitbild wird wirklich erst Ende 2021 fertig sein. In diesem Sinne wäre ich froh, Felix, wenn Du diesen Antrag zurückziehen würdest, wenn ich dies einmal so direkt sagen darf. Wir sind dort wirklich nicht weiter vorangekommen. Vielleicht hast Du es falsch interpretiert oder es war nicht ganz klar. Mit dem räumlichen Leitbild werden wir erst Ende 2021 so weit. Der Hochwasserschutz ist ein beschlossener Gesamtkredit. Da kann das Parlament eingreifen. Der Prozess läuft. Wir machen, was zulässig ist. Vielleicht kann mein Verwaltungsleiter gleichwohl noch etwas dazu sagen. Es ist sicher so, dass man ein Bushäuschen erstellen kann. Wir haben dies ja bezüglich Vorstoss gemacht, wo auch Zuschriften gekommen sind. Seither hat sich einfach niemand mehr gemeldet. Es gab keine Reklamation, und wir haben gesagt, aufgrund der Investitionslast sehen wir es jetzt für das nächste Jahr nicht vor. Selbstverständlich kann man dies aufnehmen. Es ist auch so, dass natürlich die Investitionen, die wir im nächsten Jahr haben werden, ja noch nicht ganz abgeschlossen sind. Wir haben Verzögerungen. Das heisst, die Last ins Jahr 2021 wird sich erhöhen, weil sich zum Beispiel die ganze Uferverbauung, die Pontoniere, wegen eines Rechtsmittels verschoben haben. Dort ist eigentlich gar nichts passiert. Hoffentlich wird alles im nächsten Jahr ab Herbst in Angriff genommen werden, wenn es dann auch von der Umwelt und Fischlaichschonzeit möglich sein wird. Beim Schulraum müsste ich vielleicht noch einmal bitten, dass man Kurt zu Wort kommen lässt.

**Kurt Schneider:** Ich versuche, mich kurz zu halten. Das eine Thema ist der Schulraum. Da haben wir die Machbarkeit tatsächlich gemacht. Darauf werden wir selbstverständlich aufbauen. Aber im Hinblick auf die Realisierung wäre die Idee gewesen, und das ist heute im Finanzplan oder auch im Budget abgebildet, dass man die Planung im Hinblick auf die Realisierung 2024/2025 auslöst. Die Planung, die Machbarkeit, die wir jetzt gemacht haben, ist nicht vergebens. Das ist eine gute Grundlage. Wir brauchen dort auch noch eine Konsolidierung von Seiten der Schule, Entwicklung der Schulzahlen. Wie viel Zusatzbedarf ist nötig? Müssen wir dies aufstocken? Ja oder nein? Geht der Kindergarten raus, ja oder nein? Von daher ist es sicher sinnvoll, wenn man dies mit dem Vorprojekt und Bauprojekt noch aussetzt, bis wir dann wirklich entsprechende Sicherheiten haben. Das Zweite bezieht sich auf das Wilerfeld, Hochwasserschutz. Das zeigt etwas das Dilemma in solchen Projekten. Wir haben sehr viel Arbeit in der Anfangsphase, bis das Ganze entwickelt ist und auch los läuft. Es ist tatsächlich so, dass der Anteil der Ressourcen in diesem Prozessteil natürlich viel höher ist und wir dort grosse Schwierigkeiten mit den Grundeigentümern haben. Es sind auch Projekte, die über die Gemeindegrenzen hinaus gehen. Das führt zu einer Verzögerung. Selbstverständlich sind wir dort daran. Wenn wir mehr auslösen können, werden wir auch mehr auslösen. Wir haben einen Gesamtkredit, den Ihr bewilligt habt. Wir haben einfach einmal festgehalten, was im nächsten Jahr realistisch ist. Ihr werdet ja heute Abend nicht über diesen Kredit beschliessen. Wir haben einen Gesamtkredit für das Ganze und werden dort so viel als möglich machen, weil wir natürlich auch selber interessiert sind, dieses Projekt endlich einmal umzusetzen. Es besteht auch noch eine gewisse Gefahr, wo wir bezüglich Hochwasserschutz zur Rechenschaft gezogen werden. Von daher haben wir das grösstmögliche Interesse, dies möglichst rasch umzusetzen.

## **Beschluss**

Mit 31 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag, Konto 2170.5040, Schulanlage Frohheim, Sanierung Erweiterungsbau, Fr. 250'000.— gutzuschreiben, abgelehnt.

#### 2170.5040.004, Sofortmassnahmen Kindergarten Bannfeld Fr. 300'000.—

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Die Antwort habe ich noch nicht verstanden. Ich habe nachgefragt, ob dies machbar ist. Kurt, ist es das, was Du am Schluss gesagt hast. Sofortmassnahmen tönt für mich so nach das ist sofort nötig, das kann man sofort machen. Deshalb ist mir noch nicht ganz klar, ob überhaupt schon darüber gesprochen wurde. Ich würde gerne noch einmal die Meinung der Verantwortlichen hören.

**Kurt Schneider:** Solche Namen wie Sofortmassnahmen oder auch andere Bezeichnungen in diesen Projekten ziehen sich leider auch etwas durch. Das ist ein Name, der schon seit ewigen Zeiten drinsteht. Es geht effektiv darum, dass wir das Schulhaus Frohheim eigentlich von den zwei Kindergärten, die drin sind, freispielen müssen. Das ist Schulraumplanung. Wir wollen sie im Schulhaus Bannfeld ansiedeln und mit den Räumlichkeiten, die wir dort haben, die zusätzlichen Bedürfnisse von Seiten der Oberstufe abdecken. Es sind nicht Sofortmassnahmen, sondern ursprünglich war es einmal gedacht, das ist ein Überbleibsel aus dieser ganzen Schulraumplanung, sondern es ist einfach wirklich eine Schulraumplanung, bei der wir jetzt auf der Zeitachse fast alles konsolidiert haben.

#### **Beschluss**

Mit 26 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag auf Gutschreibung von Fr. 300'000.— abgelehnt.

#### 2170.5060, Schulmobiliar, Fr. 100'000.—

#### **Beschluss**

Mit 21 : 17 Stimmen wird dem Antrag auf Schaffung von Fr. 100'000.— zugestimmt.

#### 3412.5040, Schwimmbad Sanierung Garderobe, Fr. 300'000.—

**Felix Wettstein:** Dazu würde ich tatsächlich noch gerne einen Satz sagen, auch noch als Reaktion, was Thomas Marbet vorher dazu gesagt hat. Ich glaube, Du warst es, und hoffentlich unterschiebe ich Dir jetzt nicht etwas Falsches. Gestern ist sehr zu Recht betont worden, dass die ganze Garderoben-Sache, die ja sehr stark ein architektonisches wertvolles Erbe ist, und alles, was bei den Becken passiert, zwei voneinander losgelöste Projekte sind. Es ist auch meine Überzeugung, dass dies so ist. Genau deswegen ist es ohne weiteres möglich, dass man mit den Garderoben, bei denen die Vorarbeiten auch gemacht sind, im nächsten Jahr auch wird starten können.

**Matthias Borner:** Gehe ich richtig in der Annahme, dass es um die Garderoben der Badi geht, dass man hier sagt, dass die Garderoben der Badi nichts mit der Investition ins Badebecken zu tun haben. Das finde ich irgendwie schon etwas weit hergeholt. Dann wären wir nachher über 4 Millionen, und es gäbe eine Volksabstimmung. Das ist genau, was wir wollen. Dann würde man uns auch einmal das Gesamtkonzept vorlegen. Ich finde dies von der Interpretation her schon etwas weit hergeholt.

**Felix Wettstein:** Jetzt bin ich leicht enttäuscht von Dir, Matthias. Ich kenne dies als jemanden, der die Unterlagen gut zusammen hat. Wir haben in der Beilage zum Budget sauber auf zwei aufeinanderfolgenden, aber verschiedenen Seiten ausgewiesen, das ist das eine Projekt, das ist das andere Projekt. Das Anliegen, das gestern geäussert wurde und Du jetzt auch äusserst, teile ich, dass wir eine Gesamtschau über die Sache mit dem Schwimmbad auf einer Mehrjahresachse wollen. Da muss ich Thomas Marbet in Schutz nehmen oder etwas richtigstellen, was gestern falsch gesagt wurde. Daniel Kissling, wir haben die Gesamtübersicht seit Jahren. Wir haben sie jedes Jahr. Wir haben sie samt der Priorisierung, was jetzt schon läuft, was in der nächsten und was erst in einer übernächsten

Etappe nötig ist. Wir haben die Gesamtschau des Schwimmbads tatsächlich seit Jahren wirklich gut dokumentiert. Man muss diese Beilage halt einfach anschauen, und es ist jetzt zum ersten Mal so, dass es auf zwei verteilt ist. Das ist gestern angesprochen worden. Man kann in guten Treuen sagen, wir hätten dies lieber als Ganzes und in diesem Moment als Projekt gehabt, das vor das Volk gekommen wäre. Ich argumentiere im Moment nicht innerhalb dieses Rahmens. Wir haben nicht diesen Rahmen, sondern wir haben jetzt zwei verschiedene Projekte, die eingefädelt werden. In der Budgetbeilage ist nur das eine, weil der Finanzplan vorsieht, dass für das Garderobengebäude noch Fr. 0.00 drin sind. Deshalb seht Ihr dies in der Budgetbeilage nicht. Deshalb muss man im Finanzplan schauen. Aber es sind zwei Projekte, und es ist alles transparent.

**Deny Sonderegger:** Lieber Felix, jetzt bin ich leicht enttäuscht und auch etwas irritiert. Wenn Du schon die Unterlagen ansprichst und sie schon so genau angeschaut hast, müsstest Du feststellen, dass diese Projekte unter der gleichen Nummer fungieren, nämlich 3412.5040, Diverses, sie den gleichen Titel beinhalten, nämlich das Schwimmbad, und damit auch davon ausgegangen werden kann, dass es Einheit der Materie ist, nämlich eine Sanierung der Badi Olten, verschiedene Bauakte, einverstanden. Aber grundsätzlich geht es um die Sanierung, einerseits Garderoben und andererseits Schwimmbäder. Damit kann man schon davon ausgehen, dass es letztendlich auch um diese Sanierung geht. Um Deine Planperioden oder Priorisierungen anzusprechen, möchte ich auch noch das Votum von Thomas aufgreifen. Ich war gestern mit der Argumentation nicht ganz einverstanden. Zwar sind die einzelnen Jahre sehr wohlweislich aufgeführt. Aber was in den einzelnen Jahren gemacht wird, steht nicht. Es stehen Beträge drin, auf die einzelnen Jahre zugeteilt. Es stehen oben Investitionsvolumen zu den einzelnen Tätigkeiten. Aber was wann wie und wo gemacht wird, ist nicht definiert. Einfach, um dies noch kurz richtigzustellen.

**Daniel Kissling:** Ich möchte auch noch kurz klarstellen, dass mir schon bewusst ist, dass das Schwimmbad Stück für Stück saniert werden muss und soll, wie es im Finanzplan steht. Die Frage ist, das habe ich gestern schon gesagt hat, welche Badi wollen wir? Wenn wir einfach darum herumschrauben und einfach immer alles wieder schön machen. Aber wem soll die Badi nützen? Welches Angebot soll es geben? Das wissen wir gleichwohl nicht, wenn wir wissen, dass wir in den nächsten paar Jahren einfach Geld dafür ausgeben. Ich kann in den nächsten paar Jahren auch für meinen Kühlschrank Geld ausgeben. Aber ich muss mir gleichwohl überlegen, was kaufe ich ein, weshalb kaufe ich dies ein, und was will ich damit machen? Dementsprechend ist mir schon bewusst, dass wir dort daran sind. Ich kann auch nichts dafür, dass wir von Olten jetzt! erst seit dreieinhalb Jahren in diesem Parlament sitzen und nicht vorher, als man damit angefangen hat, schon so tief in der Materie waren, dass wir uns dies anders gewünscht hätten. Was jetzt die beste Idee ist, wie weiterzufahren. Ich habe Sympathien für die Ideen, die Matthias vorhin erwähnt hat, schon wieder, es ist heute ganz schlimm, dass man sagen könnte, das ist ein Projekt. Reden wir darüber, welche Badi wir wollen? Lassen wir das Volk mitreden, welche Badi wir wollen? Wahrscheinlich will es eine Badi, so gut, wie sie genützt wird. Bis jetzt war dies auch immer ein Argument, weshalb die Badi Verluste schreiben darf. Es war zum Beispiel auch vom Stadtrat ein Argument, weshalb die Badi eine zusätzliche Wiese braucht, die jetzt neu zaunfrei ist. Wenn es so ist, dann ist es so. Dann finden wir es mit dem Volkswillen heraus. Das tönt jetzt unglaublich populistisch. Ich habe Sympathien. Man nimmt es zusammen und stimmt darüber ab. Man nimmt gleich alles zusammen. Sonst kann man auch noch warten und in dieser Zeit vielleicht Gedanken reifen lassen, was mit dieser Badi sein soll.

**Matthias Borner:** Danke, Deny, danke, Daniel für diese Voten. Ich bin hier voll einverstanden. Felix Wettstein, wenn Du nur, weil es auf einer anderen Seite ist, den Zusammenhang zwischen einer Badi-Garderobe und einem Badi-Becken nicht siehst, hast Du Dich schon recht stark von der Realität verabschiedet.

3412.5040, Diverses

**Raphael Schär:** Wenn wir schon in den Theorien von Ziffern herumgehen, kann mich vielleicht Urs Tanner noch korrigieren, dass wir heute noch etwas lernen. Wenn wir auf Seite 112 schauen, hat es dort verschiedene Zahlen. Diese Zahl ist 013 für das Sprungbecken für dieses Jahr. Das hat eigentlich direkt nichts mit dieser Zahl, die wir nachher für das Garderobengebäude haben. Es sind nämlich zwei verschiedene Titel. Es ist einfach allgemein eingeteilt, und es gibt nachher eine Ziffer. Wenn Ihr ein Beispiel braucht, wie dies funktioniert, könnt Ihr auf Seite 115 schauen. Wenn wir deswegen eine Volksabstimmung machen möchte, müssten wir jedes Jahr über ganz viele Strassen abstimmen. Sie haben alle die gleichen Ziffern und erhalten nachher dahinter einzelne Zahlen. Urs Tanner, Du kannst mich noch korrigieren, falls ich dies falsch gesagt habe.

## **Beschluss**

Mit 23 : 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

**Raphael Schär:** Ich habe folgende Frage: Unter Sport haben wir Minigolfabbruch und Begrünung. Begrünung tönt immer toll für die Grünen. Gibt es hier konkrete Projektideen oder einfach eine Wiese mit Kühen? Ich wäre froh um eine Auskunft.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Vorgesehen ist, dass man diese Anlage wegnimmt. Es sind ja zwei Anlagen. Es ist eine Profi-Anlage und eine Laien-Anlage, eine aus Holz und eine aus Metall, und es sind auch die Containers abzuräumen. Vorgesehen ist, dass man sie abräumt und dann eine Art Kiesplatz hat, den man verwenden kann. Es gibt aber allerdings Wünsche und Ideen von Oltner Sportbegeisterten, die dort eine sogenannte Pumptrack-Anlage machen. Wir sind mit ihnen im Gespräch. Wir werden dies in den Stadtrat tragen. Wir werden es auch ins Parlament tragen müssen und wollen, weil es die Finanzkompetenz bei einem Erlass allfälligerweise überschreiten würde. Das Parlament kann sich dazu äussern. Wichtig für uns ist, dass wir dort eigentlich aufräumen, eine neue Nutzung ins Auge fassen könnten und wenn möglich mit diesen Initiantinnen und Initianten eine Sportanlage für Junge, Kinder und Erwachsene möchten, einrichten könnten. Aber das ist ein Geschäft, das noch zu Euch kommen würde. Im Moment ist abräumen gedacht mit einem Kiesplatz mit einer Verwendung, was man möchte, aber nicht Wiese und keine Versiegelung.

6150.5090.000

**Matthias Borner:** Wir haben lange wegen des Parkleitsystems. In der aktuellen finanziellen Lage ist es vielleicht unverhältnismässig, ein solches Parkleitsystem zu machen, bei dem Keyplayer wie Sälipark, Schützi, Rötzmatt und diverse andere gar nicht mitmachen. Wir haben hier schon gewisse Zweifel, ob es sinnvoll ist, eine Million dafür auszugeben. Deshalb stellen wir einen Kürzungsantrag um Fr. 500'000.—.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Das Parkleitsystem ist tatsächlich schon ein sehr langes Projekt. Wir sind froh, dass das Parlament, diesem Kredit auch zugestimmt hat und die Finanzierung in diesem Sinne sichergestellt hat. Ich glaube, es ist noch nicht so lange her. Das wäre jetzt das schlechteste Zeichen, das man setzen würde, dies jetzt abzusetzen. Wir sind soweit, dass wir die entsprechenden Vertragsverhandlungen und auch die Abschlüsse schon haben, Matthias. Es stimmt aber auch, dass nicht alle mitmachen. Aber wesentliche Parkhausbetreiber machen mit. Von daher haben wir einen Parlamentsbeschluss. Er ist rechtsgültig, und wir werden ihn vollziehen. Ein Übungsabbruch wäre das Dümme, das wir machen würden. Mit Fr. 500'000.— machst Du nichts mehr. Wir müssen den ganzen Kredit haben, damit wir dies überhaupt durchziehen können.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Ich möchte als Mitverursacherin des Parkleitsystems auch noch kurz etwas sagen. Wir haben von Anfang an gesagt, wir möchten ein Modulare System. Das heisst, da können Betreibende jederzeit dazu kommen. Wie Martin gesagt hat, kostet es einfach einmal einen Grundbetrag, um dies zu machen. Es wäre schön, wenn alle mitmachen würden. Es war nie der Anspruch, dass alle mitmachen. Ich finde es

ganz, ganz seltsam, dass etwas, wofür wir jahrelang gekämpft haben, jetzt quasi mit einem Hüftschuss wieder abgeschossen werden sollte. Wir haben absolut null Verständnis.

**Simone Sager:** Auch wir können nicht hinter dieser Budgetkürzung stehen. Wenn wir es jetzt auf Fr. 500'000.— hinunterbrechen, müsste man sehr wahrscheinlich diejenigen, die mitmachen wollen, Ihr könnt noch nicht alle mitmachen, weil wir nur Fr. 500'000.— zugute haben. Die Million braucht man, damit man sicher einmal diejenigen anhängen kann, die mitmachen wollen. Wenn wir sie nicht haben, können diejenigen, die wollen, nicht mitmachen. Dass ein Sälipark hier nicht mitmacht, ist für mich logisch. Ein Sälipark ist nicht Innenstadt, und die Leute gehen nicht unbedingt hier parkieren. Es ist so, dass es nie die Idee war, dass alle mitmachen. Es ist immer mit einer finanziellen Folge von den Parkhausbetreibern abhängig. Sie können dort nicht gratis mitmachen. Das heisst, jedes Parkhaus muss für sich selber überlegen, rendiert sich dies für mich? Was mache ich mit meinen Parkgebühren? Muss ich sie anpassen, damit ich dort mitmachen kann etc.? Ich fände es völlig daneben, wenn wir anfangen würden, hier etwas zu kürzen, vor allem, weil das Geld ja aus diesem Fonds vorhanden ist, nicht ganz, aber fast.

**Tobias Oetiker:** Ich habe zwei Sachen. Erstens ist das Geld vorhanden. Das ist aus einem Fonds. Da müssen wir uns nicht entscheiden. Das ist ja schon da. Das Andere ist, dass das Ziel des Parkleitsystems ist, den Parksuchverkehr zu reduzieren. Da die Parkhäuser in der Stadt eh nicht gefüllt sind, ist dies allenfalls im Interesse des Parkhauses, dass es Werbung hat, dass die Leute zu ihm kommen, indem es in diesem System aufgeführt ist. Aber wenn es dem Parkhaus egal ist, die Leute, die in dieses Parkhaus gehen, finden dort sowieso immer Platz. Das heisst, für den Parksuchverkehr hat dies gar keine Folgen. Wichtig ist, dass die oberirdischen Parkplätze drin sind, und sie sind ja drin.

**Matthias Borner:** Wegen den wichtigen Parkplätzen: Rötzmatt und Schützi sind übrigens auch nicht dabei. Als wir dies gelesen haben, haben wir uns einfach schon gefragt, wie es mit der Nachfrage ist. Aber Ihr habt mich überzeugt. Ich ziehe den Antrag zurück.

#### 6150.5010.013, Antrag FIKO

**Muriel Jeisy:** Ich komme ungern zurück. Aber wir haben den Antrag vorab eingereicht. Von Seiten der FIKO geht es dort um die weitere Planung von Fussgänger- und Veloverbindung SüdWest/Hammer. Dort sind Fr. 600'000.— eingesetzt. Weil man dort auch die Gesamtplanung angeschaut hat, hat man gesehen, dass insgesamt mit 20 Millionen anstatt der 19 Millionen, wo man rechnet, dass man sie aus den Beiträgen der Umzonung erhalten soll, gerechnet wird. Deshalb findet es die FIKO angebracht, ein Zeichen zu setzen, dass man dies anteilmässig reduzieren würde, auch wenn es nur ein kleiner Betrag ist, um Fr. 30'000.— auf Fr. 570'000.—, um ein Zeichen gegenüber dem Grundeigentümer zu setzen, aber auch gegenüber der Bevölkerung.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Wir haben dies detailliert besprochen, und ich meine, ich hätte auch eine Antwort nachgeliefert, die allerdings nicht ganz so einfach war. Das Résumé daraus war meines Wissens, dass man dies machen kann.

#### **Beschluss**

Mit 22 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag zugestimmt.

#### Seite 116, 6150.5020.001, Wilerfeld, Hochwasserschutz

#### **Beschluss**

Mit 18 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag auf Erhöhung von Fr. 250'000.— auf Fr. 500'000.— mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Seite 116, 6150.5040, Wartekabinen Bushaltestellen

### **Beschluss**

Mit 29 : 9 Stimmen wird dem Antrag, diesem Konto Fr. 100'000.— gutzuschreiben, zugestimmt.

Seite 118, 7710.5040, Friedhof, diverse Sanierungen

### **Beschluss**

Mit 22 : 10 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag auf Schaffung von Fr. 200'000.— abgelehnt.

Seite 118, 7900.5290.009, Ortsplanungsrevision

**Felix Wettstein:** Zu diesem Punkt muss ich noch kurz etwas sagen, weil Thomas Marbet ja vorhin auch gesagt hat, man könne wirklich erst 2022 mit dieser Etappe starten. Das gehört tatsächlich zu den Vorhaben, bei denen die relative Ungeduld, die wir rund um die Investitionen immer wieder erleben, einfach dazu. Wir hatten uns 2016 vorgenommen, dass wir 2017 mit der Ortsplanungsrevision anfangen würden, und haben dafür Fr. 100'000.— oder Fr. 200'000.— eingesetzt. Ein Jahr später hatten wir gesagt, wir würden 2018 beginnen. Ein Jahr später hatten wir gesagt, wir würden 2019 anfangen. Nachher haben wir ein Jahr ausgelassen und gesagt, wir würden 2021 anfangen. Ursprünglich wollte man gar nicht zwei Etappen daraus machen bzw. im gleichen Jahr Leitbild und Ortsplanungsrevision in Gang setzen. Ist es nachvollziehbar, weshalb ich zu diesem Schluss komme? Ich bin nach wie vor der Meinung, es ist an der Zeit. Unsere 15-Jahres-Periode der Planung ist längstens abgelaufen. Wenn wir wollen, kommen wir mit diesem Projekt schneller in die Gänge.

### **Beschluss**

Mit 21 : 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag, Fr. 200'000.— gutzuschreiben, abgelehnt.

Seiten 119 bis 159

Keine Wortmeldungen.

Seite 22, Beschlussesanträge

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Es ist ein Antrag von Olten jetzt! eingegangen, die Steuern für juristische Personen auf 138 % anzuheben.

**Laura Schöni:** Der Antrag ist von Tobias Oetiker, Daniel Kissling, Raphael Schär und von mir, nicht von der Partei Olten jetzt!. Im Kanton Solothurn haben wir STAF angenommen. Durch das neue Steuergesetz verliert die Stadt Olten im Jahr 2021 45 % der Steuereinnahmen von juristischen Personen. Wenn wir den Steuerfuss auf 138 % erhöhen, verliert Olten im nächsten Jahr nur noch 30 % dieser Steuereinnahmen. Aus der Sicht des Unternehmens ist es so, dass sie mit den Steuern von 138 %, die wir fordern, dass sie für das nächste Jahr immer noch 30 % weniger zahlen als 2019. Wir reden also hier eigentlich von den Zahlen her schon von einer höheren Zahl. 108 % sind natürlich weniger als 138 %, die wir fordern. Aber es geht nicht um diese Zahl. Die Basis dieser Zahl hat sich verändert. Der Steuerfuss hat sich verändert. Weil die kantonalen Steuern zusätzlich auch noch gesunken sind, sieht es für die Unternehmen im Kanton Solothurn und in der Stadt Olten noch besser aus. Sie zahlen nämlich im Kanton 2021 mit einem Steuerfuss von 138 % in der Stadt Olten immer noch 37 % weniger Gewinnsteuern als 2019.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Die Aussagen, die jetzt hier gemacht wurden, stimmen natürlich so, wie sie gemacht wurden, nicht. Vorweg: Eine Erhöhung wäre in der jetzigen Krise ein völlig falsches Signal gegen aussen. Der Bund versucht, mit Millionenhilfsprogrammen die Wirtschaft zu retten, soweit man es kann. Wir würden in Olten die Steuern erhöhen. Das wäre völlig kontraproduktiv. Die Aussage von Olten jetzt!, dass nur der Gewinn versteuert wird, ist falsch. Nicht nur Betriebe, die einen Gewinn haben, müssen Steuern zahlen, sondern auch solche, die keinen Gewinn haben. Es gibt nämlich eine Kapitalsteuer. Diese beträgt 8 Promill des steuerbaren Eigenkapitals beim Kanton. Das ist § 107 des Steuergesetzes. Das ist etwas Ähnliches wie die Vermögenssteuer bei den natürlichen Personen. Was müssen sie in Olten bezahlen? Die 108 Prozente x die 0,8 Promill. Die Unternehmen, die nur Kapitalsteuer zahlen, haben nicht von der STAF profitiert, im Gegenteil. Sie zahlen mehr, weil sie aufgrund der Gegenfinanzierungen mehr AHV-Beiträge und auch die Beiträge an die Familienausgleichskasse zahlen müssen. Dazu werde ich später kommen. Das Gleiche gilt für Unternehmen mit einem Gewinn bis zu Fr. 100'000.—. Nach bisherigem Recht haben sie den Gewinn nur zu 5 % versteuert, und solche Unternehmen mit einem Gewinn bis zu Fr. 100'000.— haben für 2020 keine Entlastung, weil der Steuersatz immer noch 5 % ist. 2021 wird er sich dann auf 4,7 % reduzieren und im darauffolgenden Jahr auf 4,4 %. Im Jahr 2017 hatten wir in Olten 1'400 Unternehmungen. 1'193 hatten Gewinne unter Fr. 100'000.— oder nur Kapitalsteuer bezahlt. Ihr seht, das sind 85 % aller Unternehmungen, und nur 15 % haben mehr als Fr. 100'000.— Gewinn. Drei juristische Personen in Olten zahlen 40 % des Steuerertrags, und eine davon zahlt nur Kapitalsteuer. Jetzt könnt Ihr Euch vorstellen, wie viel Kapital sie haben muss, damit sie in Olten bei den besten drei ist. Im Jahr 2018 sind Kapitalsteuern von 2,23 Millionen Franken bezahlt worden. Bei einem Steuerfuss von 138 % würde sich dieser Betrag auf 2,85 Millionen erhöhen. Die Summe der Gewinne im Jahr 2018 unter Fr. 100'000.— war Fr. 15'126'392.—. Bei einer Steuerbelastung von 108 % für das Jahr 2020 ergibt dies rund 2,4 Millionen. Das ist gleich viel wie vor der STAF mit einem Satz von 16,2 %. Wenn man dann die Steuerbelastung bei 108 % für 2022 nimmt, reduziert sich dieser Betrag auf 2,39 Millionen, weil der Satz nur noch 15,8 % ist. Wenn man aber 2021 auf 138,5 hinaufgehen würde, gäbe es 2,54 Millionen. Dann würden diese Unternehmungen mehr zahlen als vor der STAF, nämlich 16,8 %. Das Fazit: Mit dieser Erhöhung auf 138 % würden 85 % der Unternehmen wesentlich mehr zahlen als vor STAF, einerseits durch höhere Steuern und andererseits aufgrund der Gegenmassnahmen in Form von höheren Sozialbeiträgen. Nur nebenbei gesagt, die Holdinggesellschaften, von denen wir in Olten nicht so viele wie in anderen Kantonen oder anderen Städten haben, zahlen rund Fr. 250'000.— mehr. Was sind hier die Gegenfinanzierungen, die eingeführt wurden? Diese Unternehmungen zahlen auf eidgenössischer Ebene 2 Milliarden mehr in die AHV, einerseits durch die Lohnbeiträge der Arbeitgeber und andererseits in der gleichen Höhe der Arbeitnehmer. Die Unternehmungen steuern hier eine Milliarde mehr bei. Auf kantonaler Ebene hat man ja die Dividendenbesteuerung erhöht. Wir haben die Vermögenssteuer erhöht, und wir zahlen die Lohnprozente für die Familienergänzungsleistungen. Wir sind einer derjenigen Kantone in der Schweiz, die Familienergänzungsleistungen kennen, wenn die Familien finanziell nicht gut dastehen. Das sind 0,11 %, welche die Arbeitgeber mehr zahlen. Die Beiträge an die Familienausgleichskasse sind reine Arbeitgeberbeiträge. Da trägt der Arbeitnehmer nichts dazu bei. Es stellt sich die Frage, ob wir effektiv mehr Steuereinnahmen hätten, wenn wir jetzt auf 138 % gehen würden. Wir zweifeln daran. Die Sitzverlegungen sind schnell gemacht. Unsere drei besten Steuerzahler sind höchst mobil. Sie wären schnell an einem anderen Ort. Dann gibt es noch eine legale Möglichkeit, wie man die Steuern verteilen kann. Unternehmen mit mehreren Standorten können im Rahmen dieser legalen Möglichkeiten durch die Anpassung des Transferpricings oder Gewinnverlagerungsmethoden den steuerbaren Gewinn in Olten reduzieren. Sie können in Olten den Aufwand erhöhen oder den Gewinn reduzieren und in einen Kanton verlegen, der steuergünstiger ist. Wir gehen davon aus, dass es ein Rohrkrepierer wäre, wenn man die Steuern so erhöhen würde und es am Schluss mehr Schaden als Nutzen würde. Besten Dank.

**Simon Muster, Fraktion Junge SP/SP:** Bei uns war es so, dass wir in der Fraktion gemeint haben, es komme noch ein Antrag auf 15 % auf 123 %. Dort war eine komfortable Mehrheit dafür. Wie es jetzt bei diesen 138 % aussieht, dort ist nicht mehr eine so komfortable Mehrheit, aber noch eine Mehrheit dafür.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Es sollte wohl klar sein, dass wir hier auf keinen Fall mitmachen. Welches Zeichen ist dies nach aussen? Wir hatten jetzt gerade Budgetsitzung, für diejenigen, die gestern und heute aufgepasst haben. Wir haben Schulden gemacht. Wir müssen auf dem Kapitalmarkt Geld aufnehmen. Im Moment haben wir eine Krise. Wenn Ihr die Zeitung in den letzten Wochen gelesen habt, hat es Sitzverlegungen von grossen Firmen gegeben. Alle wappnen sich jetzt. Es läuft schlechter. Es kommt eine Rezession. Man schaut die Budgets neu an. Man macht zum Beispiel aus vier Standorten drei. In dieser Phase kommt jetzt die Stadt Olten und erhöht die Steuern für ihre Unternehmen. Ich sage Euch, wenn einmal ein Unternehmen geht, bringen wir es fast nicht mehr hierher. Wir bekämpfen dies auf jeden Fall.

**Reto Grolimund, FDP-Fraktion:** Ich muss eigentlich nur erklären, weshalb wir sicher gegen diesen Antrag stimmen werden. Zuerst möchte ich noch einmal die Aussage von Laura korrigieren. Es ist so, wie es Benvenuto gesagt hat. 85 % der Unternehmen in der Stadt Olten werden höhere Steuerbelastungen haben, wenn wir den Steuerfuss in Olten auf 138 % erhöhen. Das muss gesagt sein. Die Aussage, dass es eine Entlastung gibt, ist falsch. Die anderen 15 % sind diejenigen Unternehmen, die in der Stadt Olten am meisten Steuern zahlen, und wir können es uns nicht leisten, dass solche Unternehmen in Nachbargemeinden, die attraktivere Steuerverhältnisse haben, abwandern. Benvenuto hat die ganzen Ausgleichs- respektive flankierenden Massnahmen zur STAF, die zu einer Mehrbelastung der Unternehmer führen, schon erwähnt. Auf sie möchte ich nicht eingehen. Sie führen auch dazu, dass wir bei den Unternehmern eine höhere Steuerbelastung haben, dass wir nicht zu einer grossen Reduktion der Steuerbelastung der Unternehmer in der Stadt Olten führen, wenn wir jetzt am Steuerfuss von 108 % nichts ändern. Die 85 % der Unternehmer haben dank der STAF praktisch keine Entlastung. Jetzt noch zum Virus: Ja, es gibt Unternehmen, die jetzt keine Gewinnsteuern zahlen, weil sie in diesem Jahr nichts erwirtschaftet haben. Benvenuto hat es gesagt. Sie zahlen Kapitalsteuern. Die Unternehmen, die jetzt einen Gewinn gemacht haben, sind die Unternehmen, die stabil oder einigermaßen stabil durch diese Krise gekommen sind, weil sie für jeden Franken, den sie jetzt verdient haben, gekämpft haben. Diesen Unternehmen wollt Ihr jetzt mit einer Steuererhöhung diesen Gewinn noch kürzen, der nachher in die Zukunft investiert werden und zur Sicherung der Arbeitsplätze führen würde, die wir in der Schweiz, jetzt in dieser Krise, die wir in Olten, jetzt in dieser Krise dringend brauchen werden. Dann möchte ich noch Florian Eberhard von gestern zitieren. Es ging dort um einen Kulturantrag. Er hat gesagt, er würde sich wünschen, dass sich um eine fachkompetente Gruppe um dieses Thema kümmern würde. Er hat dort eine Kulturfachstelle gemeint. Aber ich bin überzeugt, dass hier vorne eine solche fachkompetente Gruppe sitzt, die sich um dieses Thema kümmert hat, und die Gruppe ist zum Resultat gekommen 108 % Steuersatz für juristische Personen. Die FDP steht dort dahinter. Danke.

**Thomas Kellerhals:** Ich versuche, die Argumente, die von den Vorrednern vorgebracht wurden, nicht zu wiederholen. Natürlich wird auch die CVP/EVP/GLP gegen den Steuerfuss von 138 % sein. Wir haben aber darüber gesprochen, dass die Gefahr bestehen würde, dass Unternehmen von Olten wegziehen. Vielleicht sollten wir es noch von der anderen Seite betrachten. Wir sind doch interessiert, dass auch Unternehmen neu nach Olten kommen. Das ist natürlich eine Katastrophe. Jegliche Standortförderung können wir einstellen. Ein Verwaltungsrat, der vor seinen Aktionären erklären will, weshalb er in eine Gemeinde ziehen möchte, in der die Steuern viel höher sind. Diesen Illusionen müssen wir uns gar nicht mehr hingeben. Unternehmen funktionieren eben auch anders als natürliche Personen. Mir liegt etwas an Olten. Ich könnte ein paar hundert Meter weiter nach Aarburg ziehen. Dann würden wir pro Jahr ein paar tausend Franken Steuern zahlen. Aber Unternehmen sind eben nicht wie natürliche Personen. Das ist ein hoch kompetitiver Standortmarkt, und mit solchen

Zeichen müssen wir in den nächsten zehn Jahren oder wann dies dann wieder angepasst wird, wenn es überhaupt angepasst wird, eigentlich gar nicht mehr gross probieren.

**Raphael Schär, Fraktion Grüne:** Es tönt recht brutal, 85 % der Firmen. Aber sagen wir es einfach einmal ehrlich. Es geht um die Beiträge dieser 15 %. Wir wollen einfach, dass man die Gewinnsteuern nicht dorthin senkt, wo es vorgesehen ist, sondern auf einem Mass hält, dass wir in der Stadt weiterhin unsere Beiträge oder generell unseren Haushalt finanzieren können. Das ist eigentlich eine STAF-Umsetzung, und ich mache mir jetzt Gedanken und nicht einfach dann, wenn die Gegenfinanzierung des Kantons auslaufen wird und wir schlicht kein Geld mehr haben werden. Das geht so nicht. Ja, Corona. Schön, haben wir es. Dann hat man noch ein Argument mehr dagegen. Aber es gibt Firmen, die gut durch diese Krisen kommen. Wie gesagt, ein grosser Teil sind Gewinnsteuern. Wenn es einem schlecht geht, macht man bekanntlich nicht viel Gewinn. Ja, wir machen Schulden in unserem Budget, und wir machen wegen der STAF immer mehr. Ihr habt jetzt gesehen, welcher Fehlbetrag enthalten ist. Jetzt erhalten wir noch einen Teil zurück. Es geht irgendwann einfach nicht auf, und wenn wir korrigieren wollen, müssen wir dies jetzt tun. Alles andere ist unglaublich. Die Firmen werden gehen. Das glaube ich nicht. Diese Firmen waren alle schon hier, als unser Steuersatz massiv höher war. Sie schätzen andere Qualitäten. Es gibt ja Rankings, und in diesen Rankings gibt es halt eben mehr Qualitäten als nur der Steuerfuss. Es gibt zum Beispiel die ÖV-Anbindung, und diese ist in Olten ein wenig besser als in Aarburg. Deshalb glaube ich immer noch daran. Es ist halt immer ein Glauben. Am Schluss geht es um unseren Finanzhaushalt. Es ist schön, wenn sie Gegenfinanzierungen in Form von AHV-Beiträgen machen müssen. Aber wir sind dann für den Finanzhaushalt unserer Stadt verantwortlich. Wenn wir diesen Betrag nicht korrigieren, sieht es einfach schlecht aus. Dann haben wir kein Ausgabenproblem. Dann haben wir wirklich ein Einnahmenproblem. Das gibt es ja anscheinend nie. Die Steuern kommen immer. Wir haben ein Einnahmenproblem. Das sieht man jetzt schon. Das Ausgabenproblem habe ich auch schon erwähnt. Das haben wir auch. Aber dort geben wir einfach zu wenig aus. Das ist eine andere Betrachtung. Danke.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich möchte gerne in paar Sachen aufgreifen, welche die FDP gesagt hat, gestern und heute und sonst auch immer wieder. Das Erste sind die Städterankings. Dort sind wir laut FDP unglaublich schlecht. Laut dem Weltwoche-Ranking sind wir unglaublich schlecht. Es ist eigentlich ein Wunder, dass wir überhaupt alle noch hier wohnen. Es ist ein Wunder, dass wir überhaupt noch Firmen haben. Wir sind dort schon so schlecht, dass man eigentlich gar nicht mehr schlechter werden kann. Deshalb finde ich, dass es am Schluss gar nicht so eine Rolle, wenn wir bei einem anderen Punkt noch schlechter werden. Scheinbar spielt dies ja auch keine Rolle. Sonst wären diese Firmen alle schon weggezogen. Das ist das Erste. Das Zweite hat Reto vorhin gesagt. Er vertraut dem Stadtrat und seiner Kompetenz. Das möchte ich einfach bei den nächsten Malen, wenn wir die Steuererhöhungen sehen, auch wieder so hören. Dann ist es plötzlich wieder umgekehrt. Es kommt halt immer etwas darauf an, ob es einem gerade in den Kram passt oder nicht. In diesem Fall passt es uns nicht in den Kram. Ich glaube nämlich, dass man auch festhalten muss, wenn man sagt, es sind 85 %, die mehr zahlen, dann stimmt dies erstens nicht, weil die 85 % auch ganz viele Prozente von denen, die gar keine Gewinnsteuer zahlen, drin haben. Sie sind in diesen 85 % eingerechnet. Das heisst, es sind nicht 85 %, die wir mehr zahlen. Das ist das Erste. Das Zweite ist, dass es nach einer grossen Zahl tönt. Das hat Raphael gerade gesagt. Aber wenn man betrachtet, wie viel Anteil es am Geld, den Steuern, der juristischen Personen ist, ist es wieder ein viel, viel kleinerer Betrag. Ich möchte es nur kurz hochrechnen. Wir reden jetzt über einen Betrag bei einer Firma, die rund Fr. 100'000.— Gewinn macht oder sagen wir Fr. 99'000.— Gewinn macht, also unter den Fr. 100'000.— ist. Sie zahlt, wenn man die Steuererhöhung machen würde, rund Fr. 1'000.— Steuern mehr. Ihr könnt mich korrigieren. Ich bin nicht so gut beim Rechnen. Die krasse Zahl der Prozenterrhöhungen wäre dann Fr. 1'000.— mehr. Wenn ein normales Unternehmen Fr. 25'000.— Gewinn gemacht hätte, wären es rund etwa Fr. 250.— mehr Steuern, die es zahlen würde. Wenn man das Budget einer normalen Firma in diesem Rahmen anschaut, kann es sein, dass man für jemanden, der einen guten Job gemacht hat, für diesen Betrag ein paar Blumen und eine Flasche Wein kauft. Dies einfach noch einmal, um die Relationen

zu sehen. Wir reden nicht darüber, dass jetzt alle Gewerbler in dieser Stadt tausende von Franken mehr zahlen müssen. Wir reden nicht darüber, dass es hunderte von Unternehmen sind, die viel mehr Geld zahlen müssen. Am Schluss geht es um die 15. Dort möchte ich einfach auch noch etwas sagen. Man droht immer damit, dass ganz viele Leute wegziehen würde. Mir kommt es jeweils so etwas vor, wie man auf dem Pausenplatz ist und einfach denjenigen gewinnen lässt, der herummobbt, der Tomaten verteilt, wie man vor ihm kuschen würde, weil er halt der Stärkste ist. Irgendwann müssen wir uns auch einmal überlegen, ob wir dies weiterhin so machen wollen, immer und immer wieder. Wollen wir uns von ihnen herumschubsen lassen? Gottseidank hat es ein Thema gegeben. Plötzlich hatte ein Präsident eines Eishockeyvereins das Gefühl, es wäre eine gescheite Idee, im Interview zu sagen, dass man auch wegziehen könnte. Dann haben die eigenen Fans gesagt, dass es vielleicht nicht so gescheit ist. Vielleicht müsste einfach auch einmal die Bevölkerung sagen, dass es man nicht so goutiert, wenn man die ganze Zeit damit droht, dass in Olten der einzige Grund, weshalb man in dieser Stadt wohnt, ist, weil man halt etwas weniger Geld zahlen muss.

**Luc Nünlist:** Daniel hat in die Zukunft geschaut. Ich möchte kurz anschliessen. Die kompetente Gruppe werden wir auch in Zukunft wieder vor uns haben, wenn es vielleicht einmal in eine andere Richtung geht. Ich möchte noch einen Blick in die Vergangenheit werfen, als Benvenuto eine Steuererhöhung auf 115 % vorgeschlagen und die FDP-Fraktion diese Gruppe überhaupt nicht als kompetent eingestuft hat. Vorweg: Der Antrag, den wir jetzt vorliegend haben, ist keine Steuererhöhung. Das ist eine Abfederung einer Steuersenkung, die auf anderer Ebene beschlossen wurde. Diese Steuererleichterung würden wir jetzt abfedern. Im Falle einer Annahme dieses Antrags gibt es keine zusätzlichen Belastungen. Kein Geld fehlt. Es sind transitorische Abgrenzungen oder eben wie es Daniel vorgerechnet hat. In diesem Moment rede ich gerne als Unternehmer, der den Standortvorteil Oltens sehr schätzt. Ich bin hier sehr verbunden und kann mir nicht vorstellen, nach Aarburg umzuziehen, und ich bin sicher auch nicht der einzige Unternehmer hier im Saal. Ich bin sicher auch nicht der einzige Unternehmer hier im Saal, der in diesem Jahr Mühe hatte, vielleicht staatliche Unterstützungsgelder, Kurzarbeitsentschädigung bezogen hat, froh darum war und selbstverständlich nicht Fr. 100'000.— Gewinn gemacht hat. Wenn ich aber zu den Unternehmern, die Fr. 100'000.— Gewinn oder mehr gemacht haben, gehören würde, und dann hoffentlich nicht Kurzarbeitsentschädigung bezogen hätte oder darauf angewiesen gewesen wäre, wäre ich stolz darauf, und ich würde es als mein Privileg erachten, eigentlich meinen Beitrag zum Staatswesen zu leisten, das meine schwächeren Zulieferinnen und Zulieferer oder Abnehmerinnen und Abnehmer stützt. Insbesondere als Krisengewinner würde ich mir in diesem Moment nicht erlauben, eine Kasse darben zu lassen, die uns hier erlaubt, ein wenig entspannter Beleuchtungen für Schulzimmer, Badiwasseraufbereitungsanlagen, Juniorenförderung im Eissport, Veloverbindungsachsen, Kampffjets oder Samurai-Schwerter oder was auch immer wir dann wollen und als sinnvoll erachten zu finanzieren.

**Dieter Ulrich:** Ich rede für die Minderheit der SP-Fraktion. Wie es Simon schon angekündigt hat, sind wir hier nicht einheitlich gleicher Meinung. Inhaltlich kann ich eigentlich viel übernehmen, was die Befürworter schon gesagt haben. Nichts destotrotz bin ich aber aus verschiedenen Gründen gegen diesen Antrag. Erstens finde ich einmal, dass es politisch halt ein sehr ungünstiger Zeitpunkt ist, vor den Wahlen das Budget in Gefahr zu bringen, so dass es eben ein Spielball der Wahlen und Partikularinteressen wird. Es scheint mir offensichtlich und ist auch schon in der FIKO angekündigt worden. Wenn eine solche Erhöhung durchkommt, wird das Referendum ergriffen. Ich denke, wir sind den Leuten, gerade auch in dieser Zeit, schuldig, dass wir anfangs des nächsten Jahres ein beschlossenes Budget haben werden, mit dem die Stadt arbeiten kann und nicht, dass wir wieder irgendwelche Notfallübungen machen müssen, wie wir dies ja auch schon hatten. Das ist jetzt eher der pragmatische Grund, und der andere ist an und für sich von Reto auf eine Art schon erwähnt worden. Ich finde, man muss dies zuerst kompetent aufarbeiten und überlegen, wie man dort vorgehen will. Ich bin persönlich auch der Meinung, dass sich der Steuerfuss bei den juristischen Personen nach oben bewegen müsste. Aber ich finde, die Frage, wie hoch dies

sein soll, müssen wir zuerst klären. Ich bin der Meinung, da müssen wir vom Stadtrat die Informationen erhalten und dann sicher einmal in der FIKO diskutieren und schauen, zu welchen Schlüssen wir kommen. Rein zeitlich beginnen die Ausfälle natürlich jetzt. Aber aus meiner Sicht ist dieses Budget nicht so dramatisch schlecht, dass man jetzt schon handeln müsste. Wir können uns noch Zeit lassen und zu einem späteren Zeitpunkt einen Entscheid treffen, wo ich dann sicher auch dafür stimmen würde. Dann noch eine kleine Spitze zu Händen des Finanzdirektors, die ich mir gleichwohl nicht verkneifen kann. Ich glaube, Du müsstest Dich noch einmal mit Urs Tanner zusammensetzen. Er erzählt uns an jeder FIKO-Sitzung, wie hoch die Ausfälle bei den juristischen Personen sind, wie schlecht es aussieht und wie es ein Problem wird. Aber wenn ich Dir jetzt zuhöre, ist dies eigentlich gar nicht so schlimm. Im Gegenteil, dass es ja viele Arme hat, die nachher so viel mehr zahlen werden. Ich glaube, da müsst Ihr noch einmal über die Bücher, ob Ihr uns hier wirklich die richtigen Zahlen vorgelegt habt. Ich bin dann noch auf die Diskussion gespannt, wenn wir über die Streichung der Kopfsteuer diskutieren. Dort sind vielleicht gewisse Argumente genau in der Gegenrichtung auch anwendbar, die ich jetzt gegen die Steuererhöhung gehört habe. Aber das werden wir später noch hören.

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Dieter, Du hast jetzt mehrere Aussagen aus der Finanzkommission gemacht. Bitte denke daran, vorsichtig zu sein, weil diese Sitzungen eigentlich vertraulich sind.

**Simon Muster:** Ich gehe zuerst kurz auf das von Dieter Gesagte ein. Das ist sein pragmatisches Argument. Ich denke, bei der Antwort des Finanzdirektors hat man dies auch ein wenig gemerkt. Demnächst ist Wahlkampf. Man setzt sich sehr stark dafür ein und man macht anstelle des inhaltlich Richtigen vielleicht das Pragmatische. Das ist nicht unbedingt die Politik, die ich jetzt angemessen finde. Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, im Stadtrat sind zwei Personen aus der SP und jemand von den Grünen. Das waren die Parteien, die bei der schweizweiten Kampagne und bei der kantonalen Kampagne gesagt haben, wir sagen dann, bei den Kommunen werden wir aber schauen, dass wir es abfedern. Das wäre jetzt die erste Chance gewesen, leider nicht ergriffen. Wenn man von der Krise redet, ist es natürlich so, dass wir eine Wirtschaftskrise haben werden. Viele Unternehmen leiden. Aber die wirkliche Krise, die man jetzt schon quantifizieren kann, ist bei den Angestellten im Gastrobereich. Da sind vor allem Frauen, das sind migrantische Menschen, und das sind Menschen im Tieflohnsektor. Diese Leute haben jetzt eine höhere Arbeitslosigkeit. Sie werden eine schlechtere Lohnentwicklung machen. Nachher plant der Stadtrat 2022 eine Steuererhöhung bei den natürlichen Personen. Das scheint für mich völlig kontraintuitiv zu sein, wenn man in Olten gleichzeitig Unternehmen hat, die im IT-Bereich tätig sind, die nicht unter dieser Krise leiden und Gewinn erzielen werden. Nachher nimmt man eine solche Steuersenkung auf. Wenn man bei 108 % bleibt, ist es nämlich eine Steuersenkung. Wenn man die 138 % macht, ist es immer noch eine Steuersenkung. Das ist keine semantische Klauerei, sondern der reale Wert der Steuern, die bezahlt werden. Am Schluss noch zu Thomas Kellerhals: Die beste Standortpolitik, die man in Olten machen kann, ist, wenn man versucht, Ein- und Zwei-Personen-Haushalte anzuziehen. Das sagt uns Urs Tanner jedes Jahr wieder, diese Präsentation ist öffentlich, dass dies die besten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind. Wie holt man Ein- und Zwei-Personen-Haushalte hierher? Man investiert in Angebote, man investiert in Kultur, man investiert in Infrastruktur. Wie macht man dies? Indem man höher investiert. Wo könnte man dieses Geld holen? Bei den Unternehmen, die jetzt von einer Steuersenkung profitiert haben und immer weniger an den Staatshaushalt zahlen. Die STAF ist eine Katastrophe. Das zeigt sich jetzt. Aber man könnte es auch als Chance sehen. Man könnte sich endlich von diesem ewigen Argument loslösen und sich nicht immer von diesen Unternehmen bedrohen lassen, sondern man könnte sagen, wir investieren in die Leute, die tatsächlich den Staatshaushalt finanzieren, natürliche Personen, mehr in die Kultur, mehr in Infrastruktur, mehr in Angebote.

**Ernst Eggmann:** Ich muss schon sagen, es ist etwas ein Raten, was man hier alles so hört. Mir kommt hier einfach Folgendes in den Sinn: Ich glaube, anfangs Jahr, bevor über STAF abgestimmt wurde, ist Frau Bartholdi mit ihrem Ratskollegen gekommen, und sie haben uns

hoch und heilig versprochen, ja, ihr werdet einen Finanzausgleich erhalten. Ihr werdet gar nichts drauflegen, vor allem nicht im ersten Jahr. Jetzt, päng, wie eine Ohrfeige, muss man vernehmen, wir haben ja viel weniger Einnahmen. Das ist nicht so, wie es damals gesagt wurde. Das ist für mich schon etwas dicke Post. Das muss ich schon sagen. Ich verstehe dies nicht. Andererseits, und wenn man schon eine Ohrfeige bekommt, soll man doch auch noch die andere Wange hinhalten, haben wir vor nicht allzu langer Zeit darüber abgestimmt, ob man Andaare jetzt bauen oder erst in einer zweiten Etappe etwas machen will. Man hätte eine Million eingespart. Da muss ich Euch, liebe Kollegen von Olten jetzt! schon sagen, das war doch von Euch einfach nicht weitsichtig. Zuerst kommt Ihr und verschenkt eine Million und jetzt wollt Ihr 138 %. Das ist nicht ehrlich und rein wahlpolitisch. Es ist nicht fair. Deshalb bin ich dafür, dass wir dem Stadtrat folgen und die 108 % beibehalten.

**Tobias Oetiker:** Ich möchte noch etwas zu den Unternehmen unter Fr. 100'000.— Gewinn sagen. Leider habe ich selber ein solches Unternehmen. Ich erhalte mein Geld als Lohn und nicht als Gewinn. Als Unternehmer ist man relativ frei, wenn man dies strukturiert. Man kann sagen, ich nehme es als Gewinn und zahle dann ganz wenig Steuern, weil es günstig ist, wenn man es als Gewinn nimmt, oder man nimmt es als Lohn, so normal wie die anderen auch, zahlt etwas Steuern. Dann ist man relativ flexibel. Von daher kann sich auch ein kleines Unternehmen durchaus so verhalten, wie es möchte. Die Unternehmen unter Fr. 100'000.— haben im Kanton Solothurn schon immer weniger Steuern gezahlt als die Unternehmen mit sehr hohem Gewinn. Für die ersten Fr. 100'000.— hat man im Kanton Solothurn schon immer nur 5 % Steuern gezahlt. Das heisst, sie hatten das neue Steuerregime, das wir im Januar dieses Jahres angenommen haben, schon vorher. Neu haben alle Firmen in diesem Jahr 5 %, im nächsten Jahr werden alle Firmen 4,7 % haben und im darauffolgenden Jahr alle Firmen 4,4, %. Logisch: Wenn wir jetzt die Steuern auf 138 % erhöhen, trifft dies halt die Firmen mit Gewinn nur bis Fr. 100'000.—, etwas mehr. Daniel Kissling hat es vorhin gesagt, mit maximal Fr. 1'000.— mehr Steuern, die sie zahlen müssten. Man kann es auch anders betrachten. Die Leute, die das neue Steuergesetz designt haben, haben offensichtlich vor allem für die grossen Firmen mit grossem Gewinn gearbeitet, für sie die Steuern kräftig gesenkt und zwar bis zu 50 % bis 2022. Für die kleinen Firmen wurde nichts gemacht. Jetzt werden die kleinen Firmen als Argumente dafür gebraucht, dass sich alle Firmen beteiligen, um die Ausfälle, die wir in Olten haben, zu reduzieren. Klar ist es immer gut, wenn man stark ist, dass man einen Kleinen, Verletzlichen vor sich herschiebt und sagt: Tut ihm aber nicht weh. Aber eigentlich sind die anderen diejenigen, die jetzt den grossen Gewinn daraus machen und die kleinen Firmen als Argument brauchen, um ihre grossen Gewinne zu schützen. Das finde ich schade, nicht ehrlich. Sie haben immer noch einen grossen Gewinn. Sie haben in Olten dann nicht 50 % Reduktion, sondern 30 %. Das ist auch nicht schlecht.

**Denise Spirig:** Ich möchte an dieser Stelle einfach noch einmal sagen, es haben es noch nicht alle hier gemerkt, dass der Antrag nicht von Olten jetzt! ist. Das liegt unter anderem an mir. Bei mir sind es auch ziemlich pragmatische Gründe, ähnlich wie bei Dieter. Ich möchte erstens im nächsten Jahr auch ein Budget haben, gegen das nicht das Referendum ergriffen wird. Zweitens sehe ich die Dringlichkeit noch nicht. Es ist jetzt nicht so, dass man sofort reagieren müsste. Der dritte Punkt, ich mache es wirklich ganz kurz, ist auch bei mir der Respekt davor, dass doch bei Unternehmen sehr schnell auch der Sitz gewechselt ist, weil man weg wechseln kann. Unternehmen sind nicht mit natürlichen Personen zu vergleichen. Aus diesen Gründen bin ich auch gegen diesen Antrag.

**Simone Sager:** Um es vorweg zu nehmen, nicht überraschend werde ich auch gegen diesen Antrag sein. Meine Überlegungen gehen nicht in die Zahlenbeigerei. Da muss ich ganz ehrlich sagen. Irgendeinmal hänge ich ab und kann nicht mehr folgen. Mir geht es eigentlich um ganz pragmatische Sachen. Seit März haben wir Corona und zwar deftig. Seit März wird diskutiert, wie wir Unternehmen, Kulturveranstaltungen, Sportvereine etc. finanziell unterstützen, damit sie überleben können. Man diskutiert irgendeinmal in Bundesbern oben, welche Geschäftsmieter Mietzinsreduktionen erhalten, wie viele Prozente. Geschäftsmieter sind meistens gleich Unternehmungen. Nicht jeder Unternehmer ist vom Gebäude, in

welchem er ist, Eigentümer. Schon klar, das ist Bundesbern. Ich möchte darauf hinaus. Von gewissen Parteien wird so etwas verlangt, und gewisse Leute in unserem Rat von der gleichen Partei, ich unterstelle ihnen nicht, dass sie gleicher Meinung sind, wird jetzt gleichzeitig verlangt, dass man von diesen Firmen auch mehr Steuern verlangt. Das beisst sich für mich. Man kann doch nicht schauen und Firmen finanziell unterstützen, damit sie überleben, und wir in Olten entscheiden, dass wir die Steuern erhöhen. Dazu kommt, wenn eine Firma mehr als Fr. 100'000.— Gewinn hat, heisst dies deswegen nicht, dass sie locker vom Hocker x tausend Franken mehr Steuern zahlen können. Das heisst für mich, sie haben auch eine viel grössere Verantwortung gegenüber ihren Arbeitnehmern, viel mehr Auslagen, als dies vielleicht eine Firma hat, welche die Fr. 100'000.— nicht hat. Genau jetzt, wo alle am Überlegen sind, wo man unterstützen und überlegen kann, wie es mit den Finanzen weiterläuft, überlegen und diskutieren wir in Olten und erhöhen eventuell die Steuern für die natürlichen Personen. Dann muss ich sagen, irgendeinmal habe ich das Gefühl, ich bin im falschen Film. Wenn man darüber im nächsten Jahr diskutieren will, sieht die Situation anders aus. Ich sage nicht, dass ich dann dafür sein werde. Aber ich finde jetzt einfach die Kombination Corona, jeder schaut für das Überleben, und wir überlegen uns, die Steuern zu erhöhen. Sorry, das funktioniert für mich nicht. Noch einmal: Ich wiederhole es gerne. Das ist für mich ein absolut falscher Film. Als ich dies erhalten habe, dachte ich, ich sehe nicht richtig. Ich hoffe, dass dies wirklich nicht durchkommt, schon als Aussenwirkung für unser Städtchen.

**Matthias Borner:** Etwas, wo so ein wenig ein Eindruck entstanden ist, kann ich nicht stehen lassen. Wir haben hier viele juristische Personen, Unternehmerinnen und Unternehmer. Das sind nicht Mobber. Wir können dankbar sein, und ich danke allen Unternehmerinnen und Unternehmern und juristischen Personen, auch Dir, Luc, die Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

**Simon Muster:** Wie Matthias, möchte ich auch allen Unternehmern danken und allen natürlichen Personen, die etwa 80 % des Steueraufkommens zahlen, und wo die SVP die ganze Zeit Angebote wegstreicht. Noch kurz zu Simone Sager: Ein Unternehmen, das Fr. 100'000.— Gewinn macht, würde Fr. 1'086.— mehr zahlen, nicht x tausend Franken. Jetzt könnte man sagen, die Fr. 1'086.— könnte man in Innovation oder Prozessoptimierung investieren. Ich nehme aber an, bei einem Gewinn von Fr. 100'000.— findet man auch andernorts noch Fr. 1'000.—, die man dafür investieren kann. So dramatisch wie Du dies jetzt beschrieben hast, ist es nicht. Ausserdem haben wir gestern, wie gesagt, über eine Branche gesprochen, die tatsächlich schon länger in einer tiefen Krise ist, die Kultur. Dort habe ich dann weniger engagierte Voten gehört, um sie zu unterstützen.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Ich weiss nicht, ob es der richtige Moment ist als Stadtpräsident etwas zu sagen. Aber ich denke, als Präsident der Wirtschaftsförderung der Stadt Olten und der Region haben mich gewisse Voten schon herausgefordert. Ich möchte Euch gerne zwei, drei Gedanken, die den Unternehmungen, die auf dem Platz Olten sind und eine wichtige Rolle spielen, wichtig sind, mitgeben. Ihr glaubt nicht, wie viele Telefone ich von Unternehmungen erhalten habe. Das sind kleinere, aber vor allem auch grössere, welche die Diskussion in diesem Rat besorgt verfolgen. Heute ist der Meilstone überreicht worden. Wirtschaftsförderung Region Olten schreibt einen Preis aus. Dort geht es um Unternehmungen, die sich in der Region einsetzen, damit wir attraktive Arbeitsplätze haben, damit wir Arbeitsplätze schaffen und sie auch erhalten. Es ist mehrfach gesagt worden. Die Signale, die hier ausgesendet werden, darf man nicht unterschätzen. Ihr glaubt nicht, wie viele Unternehmer jetzt genau zuhören, was hier diskutiert wird. Das sind Signale, die nicht nur in der Stadt ihre Wirkung haben werden, sondern weit darüber hinaus. Es ist auch eine Tatsache, dass sehr viele oder ein paar Unternehmungen, die in der Stadt Olten wichtig sind, nicht von der Stadt oder dieser Region bestimmt sind, sondern es sind Firmen, die zum Teil auch vom Ausland geführt werden. Ihr glaubt nicht, welche Auswirkungen solche Diskussionen haben, wenn es um den Standort einer Firma geht. Es ist viel gesagt worden, man soll in Infrastrukturen investieren und man soll dies auch mit Steuergeldern der juristischen Personen finanzieren können. Aber Investitionen in Arbeitsplätze ist etwas

Zentrales. Das sind dann auch natürliche Personen, Simon. Wenn sie Arbeitsplätze haben und auch entsprechend beschäftigt sind, zahlen sie auch Steuern, und es geht darum, dass die Unternehmungen auf dem Platz diese Arbeitsplätze auch erhalten können. Es ist nicht einfach ein Jammern des Wirtschaftsförderungspräsidenten, und ich bin nicht einfach ihre lange Hand, sondern ich bin nahe an diesen Unternehmungen und möchte wirklich bitten, die Diskussion so zu führen, dass sie ziel- und vor allem resultatsmässig für die Stadt Olten keinen Schaden anrichtet. Ich bitte Euch auch als Präsident der Wirtschaftsförderung, im Namen dieser Unternehmungen dieser Steuererhöhung nicht zuzustimmen.

**Muriel Jeisy:** Ja, ich wollte noch anfügen, dass ich nicht möchte, dass irgendwie die Wirtschaft und Kultur gegeneinander ausgespielt werden. Wir hatten den Antrag der CVP und unserer Fraktion her auch unterstützt. Aber wir müssen ganz klar sagen, wenn so etwas angenommen würde, wäre es jetzt sogar bei uns wirklich Ende Feuer und müssten sagen, dass wir schweren Herzens, was wir eigentlich nicht möchten, ein solches Budget ablehnen. Das wäre für uns wirklich ein ganz fatales Zeichen, wie Simone Sager vorhin schon gesagt hat. Ich sehe sonst hier schon die ersten Blick-Schlagzeilen und einen grossen Imageschaden vor uns. Man merkt, dass jeder etwas anders diskutiert, und es ist nicht ganz klar von welchen Zahlen und welchen Steuern. Das konnte in der Finanzkommission noch nicht sauber abgeklärt und auch geprüft werden. Ich schätze die Unternehmer, die wir hier haben auch sehr, dass sie ihre Steuern zahlen wie auch die natürlichen Personen. Aber ich denke, man spricht auch etwas aus einem anderen Herzen, weil man hier wohnt und Steuern zahlt als vielleicht andere Unternehmen, die, wie es der Stadtpräsident gesagt hat, manchmal sogar schweizweit oder vom Ausland her gesteuert sind. Dort sind andere Faktoren noch matchentscheidend. Umgekehrt können aber auch gute Standortpunkte, wie vielleicht jetzt auch die STAF helfen konnte, dazu führen, dass gar zusätzliche Stellen geschaffen werden, was man von einzelnen Unternehmen auch hört. Ich denke, das ist gerade in einer solchen Wirtschaftskrise, wo man auch hört, dass Leute den Job verlieren, besonders wichtig. Das darf man auch nicht ganz verlieren, plus, dass wir, wie ich es verstanden habe, bei denjenigen, die Ihr mit dem Antrag am meisten treffen wollt, nämlich denjenigen, die am meisten Gewinn machen, in Olten einfach nach wie vor bei diesen Steuerzahlern ein riesiges Klumpenrisiko haben und es gerade besonders verheerend wäre, wenn jemand von ihnen nachher den Standort verlegen würde. Dann hätten wir nämlich dann wirklich, was wir nicht möchten, dass schlussendlich die natürlichen Personen noch schlimmer dran wären. Das kann es einfach nicht sein. Deshalb einmal sauber analysieren und vielleicht über eine massvolle Lösung reden, damit man den Auswirkungen Rechnung tragen kann. Da sperre ich mich selber sicher auch nicht. Aber nicht so. Das ist einfach ein Hüftschuss, der viel zu viele negative Folgen hätte.

**Laura Schöni:** Zuerst zu Muriel: Es ist nicht eine Steuererhöhung, sondern einfach eine geringere Senkung. Zu den Unternehmen, die weniger als Fr. 100'000.— verdienen, möchte ich etwas sagen. Bevor ich aber starte, möchte ich noch kurz auf etwas eingehen, was Stadtpräsident Martin Wey gesagt hat. Er hat gesagt, der Schaden, den wir hier anrichten, sei immens. Aber seien wir ehrlich. Die Kacke ist bereits am Dampfen. Wirklich. Mit der STAF, die wir angenommen haben, ist der Schaden jetzt schon riesig. Ich weiss nicht, wie der Stadtrat plant, die Ausfälle wieder hereinzuholen, die wir mit der STAF haben, die wir jetzt angenommen haben. Diese Unternehmen, es wurde heute schon einmal gesagt, die bei der Umsetzung der STAF nichts gewonnen hat, sind die Unternehmen mit weniger als Fr. 100'000.— Gewinn. In diesem Jahr müssen diese Gewinne nämlich alle mit dem gleichen Steuerfuss bezahlt werden, wie wir schon einmal gehört haben, mit diesen 5 %. Das Problem ist jetzt aber, dass die grossen Unternehmen einen dicken Fisch haben. Sie haben viel Rabatt auf ihre Steuern. Sie müssen viel weniger zahlen als kleine Unternehmen. Unsere Ansicht ist folgende: Die ganze STAF resultiert für die Stadt Olten bei den juristischen Personen in einem Steuerverlust von 45 %. Wir stören uns grundsätzlich nicht daran, dass die juristischen Personen mit der angenommenen STAF weniger Steuern zahlen. Wir haben mehr ein Problem damit, dass Olten weniger Steuereinnahmen hat. Es ist nicht unsere Schuld, dass die Kleinen nicht von dieser STAF profitieren, sondern nur die Grossen. Die grossen Unternehmen haben die echten Steuersenkungen mit der STAF

dabei, die kleinen nicht. Es ist gesagt worden, die kleinen Unternehmen werden mit diesen 138 % eine Steuererhöhung haben. Ja, das ist so. Aber sie müssten zusätzlich nur 1 % mehr Steuern ihres erzielten Gewinns zahlen. 1 %. Der Mediengewinn bei den Unternehmen, die in der Stadt Olten unter Fr. 100'000.— Gewinn machen, beträgt Fr. 24'184.—. So viel ist der Mediengewinn der Unternehmen, die weniger als Fr. 100'000.— Gewinn machen. Der Durchschnitt der Unternehmen unter Fr. 100'000.— ist etwas höher, Fr. 33'916.—. Mit der Annahme unseres Vorschlags würden kleine Unternehmen unter Fr. 100'000.— im Median etwa Fr. 245.— mehr und im Mittel Fr. 340.— mehr Steuern zahlen. Diese Beträge sind so klein, dass wir sie in Kauf nehmen würden, um das Loch wieder zu flicken, das wir mit den juristischen Personen, die über Fr. 100'000.— Gewinn haben und uns jetzt ein Loch in die Kasse reissen.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich möchte einfach noch sagen, dass wir uns dessen bewusst sind, und ich folge Dieter Ulrich, obwohl ich eigentlich eine andere Argumentation habe. Aber wir müssen uns wirklich bewusst werden, auch dem Stadtpräsidenten sagen, Du warst für die Wirtschaftsförderung, dass es Tatsache ist, dass es eine Verschiebung von den juristischen zu den natürlichen Personen gibt, wo man auch nicht einfach sagen kann, sie haben keine Krise. Zunehmend müssen sie anfangen, die Investitionen zu stemmen. Ich möchte dies einfach sagen. Wir haben mit dem Stimmbürger, der dies absegnen muss, sehr viel vor. Einen Bahnhofplatz. 25 Millionen. Wofür brauchen wir dies? 10 Millionen. Wofür brauchen wir dies? Das Schulhaus ist wahrscheinlich das Unbestrittenste. Das muss uns hier auch bewusst sein. Wir sind nicht einfach in einer Blase. Da sind Leute draussen, und sie hören zu. Das sind 14'000 Steuerzahlende. Das möchte ich einfach gesagt haben. Aber ich würde gleich sagen, wir folgen dem Stadtrat. Aber seid Euch dessen auch bewusst. Danke.

**Simon Muster:** Muriel, ich frage mich, wo Euer Antrag ist. Wenn Du jetzt Angst hast, wenn dies durchkommt, dass Ihr das Budget ablehnt, aber Du wärst grundsätzlich für eine mässigere Lösung, dann freue ich mich auf diese Lösung. Diese habe ich bis jetzt von der CVP nicht gehört. Es scheint mir einfach ein wenig so, als hättet Ihr keine. So erscheint es mir auch beim Stadtrat. Im Finanzplan ist nichts bei den juristischen Personen vorgesehen, ausser dort, wo man mit den natürlichen Personen noch hinaufgeht. Aber dann muss ich sagen, dass mir dies nicht wirklich eine Strategie zu sein scheint, gegen die STAF vorzugehen. Einfach für all diejenigen, die sagen, wir müssen noch schauen, dass wir juristische Personen vielleicht gleichwohl noch Olten holen. Wer die Kantonsratsdebatte und die Vorlage genau gelesen hat, hat gesehen, dass die Strategie nie war, die Steuerausfälle durch Zuzüge von juristischen Personen zu kompensieren, sondern immer durch Zuzüge von natürlichen Personen. Wie machen wir dies garantiert nicht? Dort nützt die Steuersenkung für die juristischen Personen, die wir jetzt haben, nicht, sondern wir müssten vielmehr investieren, damit wir dies machen können, damit wir die natürlichen Personen im Kanton Solothurn holen könnten.

**Luc Nünlist:** Ich wollte etwas früher sprechen und habe eigentlich aufgehoben, während Muriel geredet hat. Aber ich glaube, Du hast mich das erste Mal übersehen. Ich möchte auf Muriel antworten, weil ich fast darauf gewartet habe, dass wieder wie aus der Pistole geschossen die Referendumsdrohung in den Raum gestellt wird. Das lassen wir einfach nicht mehr durchgehen. Ich habe keine Angst vor einer Blick-Schlagzeile oder vor einem Abstimmungswahlkampf, in dem wir ein krisengebeuteltes Volk fragen, wer die Krise bezahlen soll, grosse Unternehmen mit einem grossen Gewinn oder die Schwächsten unserer Gesellschaft.

**Urs Knapp:** Es ist viel über die Stadt geschimpft worden. Ich möchte noch zwei, drei Punkte erwähnen. Es war ein Kompromiss, der von links bis rechts eine Mehrheit hatte. Die Schweiz hat nicht freiwillig die Unternehmenssteuern geändert. Die Schweiz hatte bis 2009/2010 unbestritten ein System, wo man es bei grossen Steuerzahlern sehr gezielt mit sehr grossen Erleichterungen machen konnte. Das wurde nachher auf internationale Ebene nicht mehr akzeptiert. Aus diesem Grund musste die Schweiz diese Privilegien abschaffen. Dann hatte sie zwei Möglichkeiten. Eine war, wir schaffen sie einfach ab. Dann wären die Steuern für die

Unternehmen, die sehr gut laufen, die Entscheidungszentren meistens im Ausland haben, um 10 oder 12 % gestiegen. Innerhalb von ein, zwei Jahren hätte irgendjemand in Virginia, irgendjemand in England, irgendjemand in Singapur entschieden, das lohnt sich nicht, verschieben wir. Aus diesem Grund hat es zwei Abstimmungen gegeben. In der ersten wurde es abgelehnt, in der zweiten ist es durchgekommen. Man hat entschieden, nein, wir müssen alle Unternehmen gleich behandeln. Wir können sie nicht auf 22 % machen. Wir müssen sie herunternehmen. Im Kanton Solothurn wären es 22 % gewesen. Das ist nicht, weil wir auf einer Insel der Glückseligen sind. Wir sind in einem Konkurrenzumfeld. Es hat aber auch Gegenleistungen gegeben, um dies noch einmal zu sagen. Die wirklich grossen Unternehmen zahlen sowieso mehr Steuern. Die ganze Mettech-Branche im Kanton Solothurn zahlen 3 oder 4 % mehr Steuern als vorher. Es ist schmerzhaft für sie. Aber sie bleiben bis jetzt noch. Die Gegenleistung; die alle Unternehmen zahlen müssen, 2 Milliarden mehr für die AHV. Das war einer dieser Kompromisse. Zusätzliche Abzüge auf höhere Besteuerungen von Dividenden und all dies. Wenn man das Gefühl hat, die Wirtschaft hört an der Stadtgrenze von Olten auf, stimmt dies einfach nicht. Wir haben Unternehmen, die, auch wenn sie über Fr. 100'000.— haben, auf jeden Franken schauen müssen, die vor allem auch Entscheidungszentren sind, die andernorts sind, und dann investieren müssen, damit sie in einem weltweiten Umfeld bestehen können. Wenn man sie so bestrafen will, kann man dies tun. Dann gehen sie einfach weg. Das Andere, bei dem man schon erstaunt ist, dass Gastronomen von Olten jetzt!, Kleinunternehmen, dies einfach in Kauf nehmen. Ja, dann zahlen sie halt ein paar hundert Franken mehr. Die Aussage von Olten jetzt! ist: Man belastet die Kleinen mehr. Das ist uns egal. Das ist ungeheuerlich.

**Muriel Jeisy:** Ich möchte es wirklich nicht verlängern und wurde eigentlich von Arnold Uebelhart gebeten, mich vielleicht zurückzuhalten, muss aber doch sagen, ich habe mir heute schon ein paar Mal auf die Zunge gebissen, um nicht eine Debatte loszutreten. Aber weil jetzt gerade seine Fraktionskollegen dazu schon mehr geredet haben als ich und mich auch angesprochen haben, möchte ich gleichwohl auch noch einmal etwas dazu sagen, das mir wichtig ist. Ich habe nicht Angst wegen solcher Schlagzeilen. Aber mir liegt Olten sehr am Herzen und auch das Image von Olten. Ich finde es einfach extrem schade, wenn dies durch so etwas so leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Zu Simon möchte ich noch sagen, ja, wir haben noch keine Lösung. Aber man kennt die Auswirkungen auch erst jetzt genauer und effektiv, wie es in der Wirklichkeit ist. Ich habe gesagt, ich möchte keinen Hüftschuss. Wir sind auch nicht bekannt für solche Sachen, sondern möchten es möglichst gut und sauber abklären. Ich habe gesagt, ich möchte zuerst auch eine Diskussion darüber und eine saubere Abklärung in der FIKO anstreben. Diese konnten wir noch nicht haben. Ich werde mich dafür einsetzen. Das verspreche ich, dass wir sie haben werden. Nachher werden wir vielleicht eine andere Ausgangslage als heute haben, aber sicher nicht ohne diese Diskussion und gerade so eine Maximalausschöpfung, das geht für mich einfach wirklich gar nicht.

**Florian Eberhard:** Liebe Muriel, ich biete gerne Hand für diesen Wunsch, dass Du bei einer massvollen Erhöhung dabei wärst, indem ich hier einen sogenannten wohlüberlegten Hüftschuss auspacken. Ich würde gerne Antrag auf 123 % für juristische Personen stellen, wie es im Finanzplan bereits angedacht war. Damit hat man genau das Ziel erreicht, dass wir keine Steuererhöhung haben, aber in diesen Zeiten eben auch keine Steuererleichterungen für gewinnbringende Unternehmen.

**Heinz Eng:** Dieses Parlament beschäftigt sich wieder mit etwas, das es am besten kann, nämlich eine riesige Polemik, Diskussionen hüben wie drüben, Standpunkte, die sie vertreten usw., und natürlich hat jeder immer recht. Vom Jargon her gefällt mir dies als Schützenpräsident. Man spricht von Hüftschüssen, man spricht von Rohrkrepierern, aus der Pistole geschossen, abschiessen. Ich fühle mich wirklich wie im Schiessstand. Ihr müsst alle einmal mit mir schießen kommen. Genau dies ist der Jargon dort oben. Aber darum geht es nicht. Wer je einmal geführt hat, auch nur sich selber, so gibt es einen Grundsatz. Wenn es nicht komplett falsch läuft und es nicht wirklich unbedingt Massnahmen braucht, um Gegensteuer zu geben, soll man es einigermassen so belassen, wie es ist. Wenn Ihr jetzt

das Budget anschaut, den Bericht und Antrag, wir haben gestern Geld für die Kulturschaffenden gesprochen. Sie wollen jetzt diese Erhöhung machen. Alle finden sich. Schlussendlich ist alles immer ein Kompromiss und ein Konsens. Ich würde auch dafür plädieren, dass wir zur Abstimmung kommen, und ich bitte Euch, es zu belassen, wie es ist. Wir werden genug Energie und Reserven haben müssen, wenn es schlimmer kommt, als es jetzt ist.

**Tobias Oetiker:** Wenn man diese Zahlen anschaut, ist es jetzt so weit, dass STAF und die Umsetzung der Unternehmen bis 2022, wenn es mit dem Gewinn gleichbleibt, was es ja sicher nicht tut, aber falls doch, noch 9 Millionen wären, welche die Unternehmen zum Geld in Olten beisteuern, sozusagen die Hälfte der 20, die es vorher waren. Irgendwann ist es nicht mehr relevant. Deshalb sind wir wieder dort, wo Simon Muster vorhin gesagt hat, wer in Olten wirklich die Steuern zahlt, sind die Leute, die in Olten wohnen. Das heisst, wir müssen schauen, dass es für die Leute, die hier wohnen, gut ist und wir eben nicht Streichkonzert machen und uns dann selber als Wohnort für die Leute, die wirklich die Steuern zahlen, unmöglich machen.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Die STAF hat natürlich zwei Seiten. Das ist eine Medaille, die eben zwei Seiten hat. Ihr reduziert es jetzt rein auf die Steuerthematik. Ich habe es eingangs gesagt. Ihr müsst auch die flankierenden Massnahmen, die man eingeführt hat, betrachten, mehr AHV-Beiträge, höhere Dividendenbesteuerung, Lohnprozent für Familienergänzungsleistungen. Das sind alles zusätzliche Beiträge, die diese Unternehmen zahlen. Es ist auch nicht so, dass uns diese Unternehmen drohen. Sie kommen nicht ins Stadthaus und sagen, wenn Ihr die Steuern erhöht, gehen wir weg. Martin und ich setzen uns vier- bis fünfmal pro Jahr mit Unternehmen auf dem Platz zusammen, um ein wenig den Puls zu fühlen. Da haben wir schon gemerkt, dass es Unterschiede gibt. Familienunternehmen, die schon seit 100 Jahren in Olten sind, denken anders als wenn wir uns mit einem CEO zusammensetzen, der aus Kanada kommt. Ihm ist es egal, ob er in Olten, in Zürich oder auch im Ausland ist. Ich weiss nicht, ob Ihr dies in der letzten Zeit nicht mitbekommen habt. Es gibt konkret Firmen, die weggegangen sind. Die letzte in Niederbipp, wo so schön steht, Toilettenpapier ist aus der Schweiz. Es ist jetzt nicht mehr aus der Schweiz. Sie gehen weg. Wir hatten in Trimbach Betriebe, die weggingen, die jetzt in Aarburg sind. Sie haben beim Bahnhof einen Neubau erstellt. Wir hatten in Olten einen grossen Betrieb, der wegging. Er ist zwar nicht weit weg gegangen, nach Trimbach. Aber die Unternehmen, die familiär nicht so sehr mit Olten verwurzelt sind, überlegen sich schon: Was ist der Vorteil, wenn ich viel mehr Steuern zahle. Wenn ich viel mehr Steuern zahle, will ich auch einen anderen Vorteil. Das ist klar. Aber wenn sie keinen haben, schauen sie, wo sie am wenigsten Steuern zahlen oder sicher weniger als in Olten. Simon, es ist schon so. Ich gebe Dir recht. Für die 15 %, die mehr als Fr. 100'000.— verdienen, war es eine massive und erhebliche Steuersenkung. Aber alle anderen haben keine Steuersenkung. Sie profitieren wirklich nicht. Luc, Du hast ja selber gesagt, Du hast nicht Fr. 100'000.—. Du hast eine GmbH. Du wirst mit 138 % mehr Steuern zahlen müssen. Klar sind es nur ein paar hundert Franken. Aber wenn man schon Kurzarbeit hat, keinen Gewinn hat, schauen muss, dass man durchkommt, sind auch ein paar hundert Franken wenig. Da staune ich, dass man gross sagt, bei den Kleinen macht es relativ wenig aus. Wenn Ihr auf Seite 18 oben schaut, geht die Reduktion der Steuereinnahmen nicht nur auf die STAF zurück, sondern auch auf die Konjunkturprognosen. Gerade wegen Corona rechnet man damit, dass die Konjunktur viel schlechter ist und aufgrund dessen weniger Steuern gezahlt werden. Als Letztes: Es wurde auch schon gesagt. Ich meine, die STAF ist seit 11 Monaten in Kraft. Was wir hier haben, sind Prognosen. Wir kennen die konkreten Zahlen, die herauskommen werden, im 2020 und 2021 noch nicht. Es ist sinnvoll, wenn wir jetzt einmal zwei, drei Jahre abwarten, schauen, wie sich das Ganze entwickelt. Dann kann man immer noch entscheiden, wohin die Steuern sollen. Ich kann Euch auch mitgeben, dass man sich wieder einmal mit dem Industrie- und Handelsverein zusammensetzt, dort ein wenig den Puls fühlt und schaut, wie weit sie bereit wären, zu irgendeinem Kompromiss Hand zu bieten.

## Beschluss

Mit 17 : 8 Stimmen bei 13 Enthaltungen wird der Variante 123 % zugestimmt.

**Urs Knapp:** Wir haben bis jetzt noch nicht über die 123 % gesprochen. Für uns verändert sich nichts an der Ausgangslage. Wir werden auch 123 % nicht akzeptieren. Einfach, damit dies klar ist.

## **Beschluss**

Mit 23 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung bleibt der Steuersatz für juristische Personen bei 108 %.

## **Beschluss**

Mit 37 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung bleibt der Steuersatz für natürliche Personen bei 108 %.

## Personalsteuer

**Felix Wettstein:** Vorweg Folgendes: Wir müssen all die Argumente von vorhin nicht wiederholen, weder wer zuzieht, noch wer wegzieht, noch, ob es aktuell wegen eines Krisenjahrs noch einmal grundsätzlich anders sei, als wenn es nicht so wäre, können wir uns alles ersparen. Die Frage, die sich hier stellt, ist auf einer völlig anderen Ebene. Was Personalsteuer heisst, ist eigentlich von der Logik her nicht eine Steuer, sondern eine Gebühr wie eine Kehrrichtgrundgebühr oder irgend so etwas. Die Hundesteuer heisst auch Steuer, ist aber eigentlich auch eine entsprechende Taxe. Das ist insofern wichtig, weil immer, wenn man die Überlegungen wegen der Personalsteuer macht, wieder das Argument kommt, ja, aber die Leute haben einen Gegenwert. Selbstverständlich haben all unsere Leute einen Gegenwert von dem, was in der Stadt geleistet wird. Das ist übrigens der Hauptzusammenhang mit der vorherigen Diskussion. Steuern sind vom Prinzip her nicht, ich muss genau den Gegenwert zahlen, sondern Steuern sind hinterlegt mit erstens einem Steuerfreibetrag, wenn ich wenig verdiene und nach einer Progression. Das ist unbedingt gut so. Eine Personalsteuer, eine Kopfsteuer haben, wie Ihr in meiner Begründung gesehen habt, viele Gemeinden nicht. Unter diesen Gemeinden hat es zum Teil anteilmässig noch deutlich mehr „ärmere“ Leute, Leute in bescheidenen materiellen Verhältnissen als bei uns in Olten. Dulliken, Trimbach. Ich habe aufgezählt, wer in unserer Region sonst noch, ich habe noch nicht einmal alle aufgezählt, die bei 0 Franken sind. Die Frage, die sich hier stellt, ist tatsächlich, wollen wir weiterhin die unsoziale Art des Einzugs von Geldern, die wir nicht müssen, aufrechterhalten, wo wir im Vergleich mit Nachbargemeinden schlecht aussehen? Ich habe es geschrieben. Im ganzen Kanton gibt es gerade einmal sechs Gemeinden, die bei diesen 50 Franken oben sind. Höher ist niemand. Bei 40 und 30 Franken ist auch fast niemand. 41 Gemeinden sind bei 20 Franken und fast gleich viele sind eben bei 0 Franken. Vor allem in unserer Region ist es eigentlich verbreitet, dass man keine Personalsteuer einzieht. Diese Menschen beteiligen sich sehr wohl trotzdem am Gemeinwesen. Abgesehen davon, dass man sich bekanntlich auf anderer Ebene, natürlich auch mit der Mehrwertsteuer beteiligen muss. Ich habe das Stichwort Gebühren vorhin angesprochen. Gebühren sind in aller Regel von der Dicke des Portemonnaies losgelöst. Da zahlen diese Leute alle auch mit. Es wäre ein Signal, und das passt vielleicht zum aktuellen Jahr, wo man wirklich sagen muss, die Zukunftsunsicherheit für Privatpersonen, derjenigen, die unten durch müssen, ist insgesamt tatsächlich schlimmer als bei denjenigen, die einigermassen gut gepolstert sind. Aber selbst, wenn wir nicht dieses Corona-Jahr hätten, steht uns Personalsteuer schlecht an. Ich möchte Euch bitten, dass wir hier tatsächlich ein Zeichen setzen. Man muss auch nicht lange rechnen. Diese Zahl ist auf Seite 96 schön auf einer Zeile zu sehen. Es geht um Fr. 600'000.—. Danke für die Unterstützung.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Es ist interessant, wenn ein solcher Vorstoss kommt, werden wir gezwungen, quasi einmal nachzuforschen und zu schauen, wie diese Zahlen sind. Ich sage jetzt einmal die Zahlen und werde nachher zu den Folgerungen kommen. 2018 haben wir 11'836 Personalsteuern à 50 Franken erhoben. Anzahl Pflichtige, die nur diese 50 Franken zahlen, sind 947. Das sind 8 %. Es ist interessant. Es hat noch eine grosse Anzahl von 114 Personen, die Personalsteuer zahlen, zwar keine Einkommenssteuer, aber Vermögenssteuer. Das sind diejenigen, die sehr wahrscheinlich ihr Einkommen optimieren können, indem sie das Haus umbauen oder viel in die Pensionskasse einzahlen. Aber ich muss Dich korrigieren, Felix. Es ist nicht eine unsoziale Steuer. Meine zwei Töchter sind beispielsweise beide volljährig. Sie studieren. Sie zahlen diese 50 Franken auch. Wieso sollen sie diese 50 Franken nicht zahlen? Klar zahle ich sie. Aber sie müssen deswegen nicht unten durch. Das ist jetzt etwas weit hergeholt. Die meisten, welche die Kopfsteuer zahlen, sind Personen, die studieren oder noch zur Schule gehen. Den Leuten, die es sich nicht leisten können, Sozialhilfebezüger oder Leute, die wirklich nichts haben, erlassen wir diese Steuern auch. Das passiert automatisch. Wir erhalten von der Direktion Soziales immer eine Liste, auf der die Kopfsteuer steht. Ihnen allen wird dies erlassen. Wo ich Dir nicht recht gebe und was in Deinem Vorstoss falsch ist, es gibt keine Entlastung für die Verwaltung. Selbst wenn wir eine Nullrechnung haben, müssen wir die Rechnung erstellen, weil sie Verfügungscharakter hat. Du kannst ein Rechtsmittel einlegen. Bei vielen müssen wir auch den Feuerwehrpflichtersatz einziehen, also müssen wir diese Rechnung sowieso erstellen. Für die Verwaltung würde es eigentlich gar keine Ersparnis geben.

**Daniel Kissling:** Danke, Benvenuto, dass Du es gesagt hast. Es sind 11'000 mal 50 Franken, welche die Stadt jährlich in Rechnung stellt. Es sind 11'000 Personen, die wir in diesem Krisenjahr quasi entlasten. Diejenigen, die am Wenigsten haben, spüren dies am Meisten. Diejenigen, die jetzt noch am Meisten haben, spüren es am Wenigsten. Das ist eine positive Seite. Die umgekehrte Seite ist, dass es, wenn wir sie erheben, diejenigen spüren, die am Wenigsten haben am Härtesten und umgekehrt. Es ist eine Gebühr. Das hat Felix schon gesagt. Gebühren treffen immer diejenigen mit dem dünnen Portemonnaie härter als diejenigen mit dem grossen Portemonnaie. Wir haben uns bei Olten jetzt! auch schon über die Kopfsteuer unterhalten. Wenn es auch stimmen mag, dass es unter anderem Studierende hat, die vielleicht einen Papi haben, der genug im Portemonnaie hat, dass er sie übernehmen kann, ist es doch so, dass wir immer sagen, wir wollen eine studierende Stadt mit einer Fachhochschule sein. Wir wollen junge Leute anziehen, die vielleicht hier einen Ein- oder Zwei-Personen-Haushalt, vielleicht später auch Familienhaushalte gründen. Ich sage jetzt nicht, dass dies ein Standortvorteil ist in dem Sinne, dass die Leute schauen, wo zahle ich die höchste oder tiefste Kopfsteuer? Aber es ist ein Zeichen, wie man gerade gesagt hat, wir haben ein Krisenjahr. Vorher hiess es, die paar hundert Franken für Unternehmen seien viel Geld, das dürfe man nicht kleinreden. Jetzt geht es um 50 Franken für Personen, die es wahrscheinlich gerade nach Corona zum Teil um niedrige Einkommen geht, die teilweise Kurzarbeit hatten und dort auch schon einmal Geld verloren haben. Dann sind auch die 50 Franken für natürliche Personen je nachdem viel Geld. Deshalb unterstütze ich den Vorstoss der Grünen. Ich bin mir nicht mehr hundertprozentig sicher, ob ganz Olten jetzt! auch, aber ich glaube die Mehrheit.

**Urs Knapp:** Die Personalsteuer kostet 13,69 Rappen pro Tag. Das ist matchentscheidend für jede Person. Jetzt kann man sagen, nein. Die Sozialhilfeempfänger müssen sowieso nichts zahlen. Das haben wir gerade gehört. Jetzt kann man so wie Felix sagen, das ist unsozial. Ich würde sagen, es ist ein kleiner Beitrag, dass man hier in der Stadt wohnt. Es ist einfach klar, dass der Ausfall von Fr. 600'000.— ein Steuerprozent ist. Wir sind nicht bereit, deswegen die Steuern zu erhöhen. Es wird einfach mehr Druck auf die Ausgaben geben. Dann ist es eine Steuersenkung. Das ist auch nett. Aber an sich ist es ein Fehlanreiz. Ich bin fest überzeugt. 13,69 Rappen pro Tag ist nicht ganz so viel. Das ist ein Zeichen, das man hier auch schaffen kann.

**Corina Bolliger:** Ich wollte einfach noch sagen, dass nicht alle reiche Eltern haben. Von daher machen die 50 Franken sicher etwas aus für Leute, die wenig verdienen oder studieren.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Ich kann es abkürzen. Der Antrag ist gar nicht möglich. Es ist nämlich im Steuerreglement festgesetzt, dass man die 50 Franken zahlen muss. Man müsste das Steuerreglement ändern. Patrik hat mich darauf aufmerksam gemacht. Corina, noch zu diesen 50 Franken. Ich habe nicht gesagt, ich sei reich. Das hat damit nichts zu tun. Ich habe nur gesagt, ich zahle sie für meine Kinder. Noch etwas Anderes, Daniel: Es zahlen nicht nur diejenigen Kopfsteuern, die sonst keine Steuern zahlen. Diese bezahlen alle Steuerpflichtigen. Aber der Antrag von Felix geht eigentlich nicht. Er müsste eine Änderung des Steuerreglements beantragen.

**Felix Wettstein:** Ich habe das Steuerreglement nicht dabei. Haben wir den Fixbetrag auch reglementarisch festgelegt und eine Betragsänderung würde bereits auch den Weg der Reglementsanpassung nötig machen?

**Dr. Patrik Stadler:** § 6 des Steuerreglements der Stadt Olten: „Jede selbständige und steuerpflichtige Person, die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht in der Gemeinde aufgrund persönlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig ist, entrichtet eine Personalsteuer von 50 Franken“.

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Entsprechend stütze ich mich darauf und werde den Antrag nicht zulassen.

**Simon Muster:** Ich finde es einfach etwas lustig. Jetzt werden wir hier auf Effizienz getrimmt. Ihr habt diese Anträge seit Montag, und jetzt erfahren wir vom Rechtskonsulenten, dass dies nicht geht und wir überhaupt nicht über diese Anträge, über die wir bis jetzt jedes Jahr abgestimmt haben, abstimmen können. Das ist ineffizient.

## Beschlüsse

6. Einstimmig
7. Einstimmig
8. Einstimmig
9. Einstimmig
10. Einstimmig
4. Zustimmung mit 29 : 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

**Urs Tanner:** Bei der Erfolgsrechnung ist es so, dass wir den Aufwand um gesamthaft Fr. 19'000.— erhöht haben. Dort ist es so, dass mit Investitionen, die wir noch genehmigt haben, teilweise noch Abschreibungen mitberücksichtigt werden, zum Beispiel Fr. 100'000.— Mobiliar. Dort würden wir, bei allem, was wir einmal gesagt haben, noch eine Pauschalkürzung von 20 % vornehmen. Das heisst bei Fr. 80'000.--, Nutzungsdauer acht Jahre, sind zum Beispiel Fr. 10'000.— enthalten. Neu ist der Aufwand Fr. 116'363'600.— und der Ertrag ist Fr. 112'621'900.—. Das ergibt einen Saldo von Fr. 3'741'700.—. Bei den Investitionen haben wir Fr. 100'000.— für das Schulmobiliar aufgenommen, und wir haben die Kürzung von Fr. 30'000.— bei der PU Hammer vorgenommen. Die Bushaltekabine haben wir noch mitberücksichtigt. Dort würden es so machen, dass wir wieder eine generelle Korrektur von 20 % machen. Das heisst, wir haben Bruttoinvestitionen von Fr. 16'510'000.—, Beiträge von 2,1 Millionen. Das ergibt Nettoinvestitionen von Fr. 14'410'000.—. Wenn ich schon da bin, noch der letzte Punkt, die Spezialfinanzierung Abfall, einen Punkt weiter unten, wenn ich vorgreifen darf. Das wären noch Fr. 144'600.—. Das heisst, mit diesen Fr. 40'000.—, die Ihr für den Abfall mehr ausgeben, reduziert sich diese Einlage entsprechend um Fr. 40'000.—.

1. Einstimmig
2. Zustimmung mit 37 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.
3. Einstimmig

#### Schlussabstimmung

Mit 37 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Budget 2021 genehmigt.

Mitteilung an  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kanzleiakten

**Parlamentspräsident Philippe Ruf:** Ich finde, es hat heute Abend relativ gut geklappt. Schauen wir, dass wir dies auch geordnet abschliessen und den Saal mit Abstand und ohne Gespräche verlassen können. Noch ein letzter Hinweis: Ich wurde von Klima-Jungen, die sich für morgen als Besucher registriert haben, angefragt, ob sie ausnahmsweise von sich Fotos machen dürfen. Ich habe ihnen geantwortet, dass ich dies in Ordnung finde, wenn sie den Parlamentsbetrieb nicht stören, nicht Euch fotografieren, sondern sich und nicht die anderen Besucher, dass wir einen Kompromiss machen und sie dies morgen werden machen dürfen. Das habe ich ihnen so angeboten. Dies auch für Euch zur Information. Danke vielmals für das Mitmachen. Gute Nacht und bis morgen.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.